

Stenographisches Protokoll

61. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 17. Dezember 1980

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1981

Beratungsgruppe IX: Handel, Gewerbe, Industrie

Beratungsgruppe XI: Finanzen

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Stellenplan

Inhalt

Nationalrat

Schlußansprache des Präsidenten Benya (S. 6095)

Personalien

Krankmeldungen (S. 6008)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1981 (547 d. B.)

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe IX: Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie

Spezialberichterstatte: Modl (S. 6008)

Beratungsgruppe XI: Kapitel 50: Finanzverwaltung, Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 53: Finanzausgleich, Kapitel 54: Bundesvermögen, Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 56: Familienlastenausgleich, Kapitel 57: Staatsvertrag, Kapitel 59: Finanzschuld, Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), Kapitel 75: Branntwein (Monopol), Kapitel 76: Hauptmünzamt

Spezialberichterstatte: Tirnthal (S. 6009)

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Stellenplan

Generalberichterstatte: Josef Schlager (S. 6010 und S. 6093)

Redner:

Ing. Sallinger (S. 6010),
Mühlbacher (S. 6015),
Dr. Stix (S. 6020),
Sandmeier (S. 6027),
Dr. Schmidt (S. 6032),
Dkfm. Bauer (S. 6036),
Dr. Tuill (S. 6041),
Ing. Dittrich (S. 6045),
Dr. Heindl (S. 6047),
Dipl.-Vw. Josseck (S. 6052),
Vizekanzler Dr. Androsch (S. 6055),

Dr. Taus (S. 6060),
Dr. Nowotny (S. 6067),
Kern (S. 6070),
Staatssekretär Anneliese Albrecht (S. 6073),
Westreicher (S. 6076),
Hirscher (S. 6079),
Ing. Gassner (S. 6081),
Lußmann (S. 6084),
Landgraf (S. 6087),
Graf (S. 6087 und S. 6091) und
Bundesminister Dr. Staribacher (S. 6087)

Annahme der Beratungsgruppen IX und XI (S. 6095)

Annahme des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1981 (S. 6095)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Elisabeth Schmidt, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend die Einführung der Freifahrt für Präsenzdienner auf öffentlichen Verkehrsmitteln (918/J)

Koppensteiner, Deutschmann, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Gewinnermittlung bei nichtbuchführenden Land- und Forstwirten (919/J)

Dr. Reinhart, Egg, Weinberger, Dr. Lenzi, Wanda Brunner und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Erstattung von Strafanzeige gegen Finanz- und Zollbeamte durch die Finanzlandesdirektion für Tirol (920/J)

Dr. Reinhart, Wanda Brunner, Egg, Weinberger, Dr. Lenzi und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Jugendheim des Landes Tirol in Kleinvolderberg und St. Martin/Schwaz (921/J)

Dr. Schranz und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend statistische Erhebungen zur Einkommensverteilung in Österreich (922/J)

Peter, Dr. Frischenschlager und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Elternvertretung in den Kuratorien der Pädagogischen Akademien des Bundes (923/J)

Dr. Ofner, Grabher-Meyer und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Erhaltung der Stockerauer Au (924/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Reinhart und Genossen (796/AB zu 792/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen (797/AB zu 807/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Mag. Minkowitsch**, Dritter Präsident **Thalhammer**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 58. Sitzung vom 15. Dezember 1980 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Blenk, Kammerhofer, Dkfm. Gorton, Ing. Url, Stögner, Ing. Krenn, Roppert und Köck.

Einlauf

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 796/AB und 797/AB eingelangt sind.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1981 samt Anlagen (547 der Beilagen)

Beratungsgruppe IX

Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie

Beratungsgruppe XI

Kapitel 50: Finanzverwaltung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 51: Kassenverwaltung

Kapitel 52: Öffentliche Abgaben

Kapitel 53: Finanzausgleich

Kapitel 54: Bundesvermögen

Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung)

Kapitel 56: Familienlastenausgleich

Kapitel 57: Staatsvertrag

Kapitel 59: Finanzschuld

Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol)

Kapitel 75: Branntwein (Monopol)

Kapitel 76: Hauptmünzamt

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Stellenplan

Präsident: Gegenstand der heutigen Verhandlung ist der Bericht des Finanz- und Bud-

getausschusses über die Regierungsvorlage: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1981 samt Anlagen.

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über die Beratungsgruppen IX: Handel, Gewerbe, Industrie und XI: Finanzen sowie Text des Bundesfinanzgesetzes und aller Anlagen, soweit sie noch nicht in Verhandlung gestanden sind, zusammengefaßt.

Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Spezialberichterstatte über die Beratungsgruppe IX ist der Herr Abgeordnete Modl. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte Modl: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1981 samt Anlagen, Spezialbericht zu Beratungsgruppe IX, Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe IX enthaltene Kapitel 63 „Handel, Gewerbe, Industrie“ des Bundesvoranschlags für das Jahr 1981 in seiner Sitzung am 17. November 1980 in Verhandlung gezogen.

Bei Kapitel 63 „Handel, Gewerbe, Industrie“ sind für das Jahr 1981 im Grundbudget Ausgaben in der Gesamthöhe von 2 102 899 000 S vorgesehen.

Der Personalaufwand des Kapitels 63 beträgt 259 371 000 S;

er ist gegenüber dem Jahre 1980 um 17 826 000 S höher veranschlagt.

Der Sachaufwand beläuft sich auf 1 843 528 000;

das sind um 157 100 000 S mehr als im Vorjahr.

Die Einnahmen sind mit 1 020 177 000 S vorgeschätzt und damit um 24 235 000 S höher angenommen worden als für das Rechnungsjahr 1980.

In der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlags 1981 sind für das Kapitel 63 keine Kredite enthalten.

Der Personalaufwand beträgt bei unverändertem Stand an Planstellen rund 12,3 Prozent des Gesamtbudgets des Ressorts. Der höhere Personalaufwand ist daher ausschließlich auf die mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1981 in Kraft tretende Bezugserhöhung und auf die

Modl

laufenden Beförderungen und Vorrückungen zurückzuführen.

Zum Sachaufwand ist folgendes zu bemerken:

Die Anlagenkredite des Ressorts, welche lediglich 0,1 Prozent des Gesamtressortkredites ausmachen, sind gegenüber dem Vorjahr fast unverändert geblieben.

Die für das Jahr 1981 veranschlagten Förderungskredite mit einem Anteil von 74,4 Prozent am Ressortbudget sind gegenüber dem Jahr 1980 um 149,4 Millionen Schilling höher veranschlagt. Diese Veränderung ergibt sich einerseits durch eine Erhöhung der Förderungsausgaben für den österreichischen Fremdenverkehr um 108,5 Millionen Schilling, für die sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen um 36,8 Millionen Schilling und gemäß Stärkförderungsgesetz um 7,5 Millionen Schilling sowie durch eine Verminderung bei anderen Förderungsansätzen um 3,4 Millionen Schilling.

Die Kredite für Aufwendungen sind im Bundesvoranschlag 1981 um 7,8 Millionen Schilling höher als im Vorjahr; sie stellen zirka 13,2 Prozent des Ressortgesamtkredites dar.

Die Einnahmen des Ressorts wurden für das Rechnungsjahr 1981 um 24,2 Millionen Schilling höher als für 1980 veranschlagt. Die Mehreinnahmen ergeben sich fast ausschließlich durch die erhöhte Veranschlagung der zu erwartenden Einnahmen an Patentgebühren.

In die Debatte ergriffen außer dem Spezialberichterstatter die Abgeordneten Ing. Sallinger, Teschl, Dr. Stix, Staudinger, Dr. Erich Schmidt, Dkfm. DDr. König, Maria Metzker, Landgraf, Ingrid Tichy-Schreder, Lehr, Dkfm. Löffler, Dr. Heindl, Dr. Ludwig Steiner, Lußmann und Neumann sowie der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher und Staatssekretär Anneliese Albrecht das Wort.

Bei der Abstimmung am 21. November 1980 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe IX unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie des Bundesvoranschlages für das Jahr 1981 (460 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, Herr Präsident, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe XI ist Herr Abgeordneter Tirnthal. Ich ersuche auch ihn um den Bericht.

Spezialberichterstatter Tirnthal: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bringe den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1981 samt Anlagen, Spezialbericht zu Beratungsgruppe XI.

Die Gruppe Finanzen umfaßt zwölf Kapitel. Im Grundbudget sind an Ausgaben rund 126,1 Milliarden Schilling oder über 37 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes und an Einnahmen rund 209,7 Milliarden Schilling oder nahezu drei Viertel der gesamten erwarteten Einnahmen des Bundes im Voranschlag 1981 vorgesehen.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe XI zusammengefaßten Kapitel des BVA für das Jahr 1981 in seiner Sitzung am 21. November 1980 in Verhandlung gezogen.

In der Debatte ergriffen die Abgeordneten Sandmeier, Pfeifer, Dipl.-Vw. Josseck, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Czettel, Dkfm. Dr. Steidl, Dr. Schmidt, Kern, Dr. Pelikan, Teschl, Dr. Feurstein, Hirscher, Josef Steiner und Hagspiel das Wort.

Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der in der gegenständlichen Beratungsgruppe zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages des Abgeordneten Pfeifer mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 50: Finanzverwaltung,
dem Kapitel 51: Kassenverwaltung,
dem Kapitel 52: Öffentliche Abgaben,
dem Kapitel 53: Finanzausgleich,
dem Kapitel 54: Bundesvermögen,
dem Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung),
dem Kapitel 56: Familienlastenausgleich,
dem Kapitel 57: Staatsvertrag,
dem Kapitel 59: Finanzschuld,
dem Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol),
dem Kapitel 75: Branntwein (Monopol), und
dem Kapitel 76: Hauptmünzamt,

Tirnthal

samt dem zum Kapitel 50 gehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1981 (460 der Beilagen) mit den dem schriftlichen Ausschlußbericht angeschlossenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich bitte nunmehr den Generalberichterstatter, Abgeordneten Josef Schlager, um seinen Bericht.

Generalberichterstatter Josef **Schlager:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Regierungsvorlage besteht aus dem eigentlichen Bundesfinanzgesetz sowie den einen Bestandteil desselben bildenden Anlagen. Es sind dies: der Bundesvoranschlag (Anlage I) samt den Gesamtübersichten (Anlagen Ia bis Ic), der Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) samt dessen summarischer Aufgliederung sowie der Stellenplan (Anlage III); Anlagen zum Bundesvoranschlag in gesonderten Heften bilden der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes sowie der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes.

Das Bundesfinanzgesetz, meine Damen und Herren, liegt Ihnen vor.

Der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes liegt Ihnen vor.

Der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes liegt Ihnen vor.

Der Stellenplan liegt Ihnen vor.

Die Vorbereitung im Finanz- und Budgetausschuß über den Text des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1981, den Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, den Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes sowie den Stellenplan fand am 21. November 1980 statt.

Das Bundesfinanzgesetz wurde vom Ausschuß unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages des Abgeordneten Pfeifer mit Stimmenmehrheit angenommen.

Weiters wurden die mit dem Text des Bundesfinanzgesetzes verhandelten Systemisierungspläne und der Stellenplan unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit als Ergebnis seiner Beratungen den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem von der Bundesregierung vorgelegten

Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1981 in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung sowie dessen Anlagen mit Ausnahme der Anlagen I und II, die bereits Gegenstand der Anträge des Ausschusses in den Spezialberichten waren, und zwar

Anlagen Ia bis Ic — Gesamtübersichten unter Berücksichtigung der Abänderungen zu den Beratungsgruppen I, II, III und XI,

Anlage IIa — summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlages,

Anlage III — Stellenplan,

Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, und

Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes,

wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke den Herren Berichterstattern für ihre Ausführungen. Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Ing. Sallinger.

Abgeordneter Ing. **Sallinger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute den letzten Tag der Budgetdebatte über den Bundeshaushalt für 1981, und wir behandeln die Kapitel Handel sowie Finanzen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung befassen, für die der Herr Finanzminister und auch der Herr Handelsminister zuständig sind.

Ich möchte gleich zu Anfang feststellen, daß sich die Wirtschaftspolitik oder der wirtschaftspolitische Kurs der Bundesregierung, soweit man es aus dem Budget 1981 ersehen kann, nicht geändert hat. Die Ausgaben steigen auch im kommenden Jahr stärker als das Bruttoinlandsprodukt, und wir müssen wieder feststellen, daß die Steuern erhöht werden — ich denke dabei an die Bankensteuer, an die Sondersteuer für Erdöl —, die Gebühren und Tarife massiv erhöht werden und auch die Umsatzsteuer in verschiedenen Bereichen stark erhöht wird. Nach wie vor versucht also die Regierung, die Staatsfinanzen von der Einnahmenseite und nicht von der Ausgabenseite her in den Griff zu bekommen.

Trotz dieser neuen Belastungen wird aber das Budgetdefizit nicht abgebaut, sondern höchstens konstant gehalten. Die Belastung des Bruttoinlandsproduktes mit direkten und indirekten Steuern wird von 40,7 Prozent im

Ing. Sallinger

Jahre 1980 auf 41,4 Prozent im Jahr 1981 wieder einmal ansteigen. Die Belastungs- und Schuldenpolitik ist umso bedauerlicher, weil die Wirtschaftsentwicklung ganz andere Maßnahmen verlangen würde. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! International wird 1981 mit einer deutlichen Konjunkturabschwächung gerechnet, die auch an Österreichs Wirtschaft sicher nicht vorbeigehen wird. Wir müssen umso vorsichtiger sein, weil wir vielleicht ein bißchen verwöhnt sind und die letzten Konjunkturrückgänge in Österreich eigentlich nie die Talsohle erreicht haben. Das aber, meine Damen und Herren, muß nicht immer der Fall sein. Die Energie- und Rohstoffpreise werden ansteigen, gemeinsam mit den Steuer- und Abgabenbelastungen wird die Kostensituation der Betriebe weiterhin verschärft, und es wird für diese Betriebe auch immer schwieriger werden. Das wirkt sich natürlich direkt und indirekt auf die Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe im Inland und im Ausland negativ aus.

Bei den jüngsten Konjunktorgesprächen, die von seiten der Bundeswirtschaftskammer alljährlich im Herbst durchgeführt werden — wir gehen in alle Landeskammern hinaus, wir gehen in die Landeshauptstädte und auch in die Betriebe —, ist festgestellt worden, daß sich manche Unternehmen eigentlich sehr optimistisch gezeigt haben, was die wirtschaftliche Entwicklung betrifft. Branchenweise ist das natürlich sehr stark verschieden.

Die Belastungen mit direkten und indirekten Steuern — das habe ich ja schon gesagt — sind stark erhöht worden. Ich glaube, daß wir die wirtschaftliche Lage sehr vorsichtig beurteilen müssen, weil wir ja sehen, daß in der Bundesrepublik Deutschland, in England und in verschiedenen anderen europäischen Staaten ein Rückgang da ist, der auch Auswirkungen auf unsere Wirtschaft haben wird. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Wir müssen daher alles einkalkulieren, damit uns auch bei einer Verschlechterung der Konjunktur eine solche Entwicklung nicht unvorbereitet treffen kann.

Das Institut für Wirtschaftsforschung, meine Damen und Herren, ist weniger optimistisch, was wir ja auf Grund der Aussendung gesehen haben. In dieser Prognose für das kommende Jahr wird eine wirtschaftliche Entwicklung angezeigt, die stagniert, die Investitionen sollen zurückgehen, die Exportmöglichkeiten werden langsamer wachsen, und auch die Arbeitslosenrate wird nach dieser Prognose als größer angenommen.

Meine Damen und Herren! Leider können wir nicht übersehen, daß die bisher gute Beschäftigungslage, die ja in Zahlen immer

wieder ausgedrückt worden ist, in manchen Bereichen zu sehr gefährdet ist. Es vergeht auch kaum eine Woche, in der nicht die Medien anzeigen, daß es Kündigungen gibt, daß es zu Betriebsschließungen kommt, daß Konkurse drohen. Sowohl in der verstaatlichten als auch in der privaten Wirtschaft wird deutlich, daß ein wirtschaftlicher Rückgang da ist.

Dazu möchte ich sehr deutlich feststellen, daß man nicht einfach sagen kann, wie es der Herr Sozialminister in den letzten Tagen gemacht hat, an diesen Schwierigkeiten der Betriebe seien zu 90 Prozent die Unternehmer schuld. Er meinte damit allerdings die privaten Unternehmer. Wir sehen ja, daß die verstaatlichten Betriebe genau solche Schwierigkeiten haben und daß sie vielleicht in manchen Bereichen sogar größer sind. Im verstaatlichten Bereich sagt man allerdings, daß daran die internationale Entwicklung schuld sei, und es werden auch öffentliche Mittel sofort eingesetzt, um hier eine Hilfestellung zu leisten. Beim Privatbetrieb aber wird der Unternehmer für die Entwicklung verantwortlich gemacht, und in der Regel gibt es keine solche Hilfe. Den Verlust, der da auftritt, muß er selber tragen. Bitte, damit kein Mißverständnis entsteht: Ich wünsche keinem dieser Betriebe, ob er verstaatlicht oder privat ist, eine solche Situation. Ich möchte nur aufzeigen, daß man hier nicht mit verschiedenen Maßstäben messen soll. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Verantwortlichen dieser Betriebe sollten eher nachdenken, welchen Anteil die Wirtschaftspolitik und der Herr Sozialminister selber an diesen Schwierigkeiten haben. Die Rettungsaktionen der Regierung für Großbetriebe, die in Schwierigkeiten geraten sind, erfordern erhebliche Geldmittel. Es werden aber meist nur kurzfristige Lösungen und ein kurzfristiger Erfolg erzielt. Durch die Stundung von Schulden, durch die Gewährung von Krediten, durch Kurzarbeit werden Kündigungen sicher im Augenblick, das heißt vorerst, aufgeschoben, aber eine wirkliche Sanierung dieser Betriebe tritt nicht ein. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir haben seit langem vor einer solchen Entwicklung gewarnt, weil sie auf Dauer weder finanzierbar und sicher auch nicht zielführend ist.

Meine Damen und Herren! Ich möchte sehr deutlich sagen — das wird oft sehr unterspielt —: Wirklich sichere und dauerhafte Arbeitsplätze — die wollen wir; da gibt es keine Politik, bei der man der ÖVP vorwerfen kann, daß sie das nicht immer glaubhaft gesagt hat — gibt es eben nur in gesunden und gibt es nur in ertragreichen Betrieben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für eine solide Vollbeschäftigung ist es außerdem notwendig, daß man immer wieder

Ing. Sallinger

neue Arbeitsplätze schaffen muß; daß man die alten sichert, halte ich für eine Selbstverständlichkeit. Voraussetzung dafür ist aber eine dynamische Wirtschaft, eine Wirtschaft, die sich ständig auf den notwendigen Strukturwandel vorbereitet und auch diesen Strukturwandel bewältigt. Mit einem aufwendigen Sanierungsprogramm oder mit Sanierungsversuchen, die eine Strukturkonservierung bringen, ist es sicher nicht getan.

Wir haben immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß es in erster Linie darauf ankommt, die Ertragslage der Betriebe zu verbessern, wenn sie wettbewerbsfähig bleiben sollen und wenn sie auch Arbeitsplätze sichern sollen. Ein erster Schritt dazu — wir haben es immer wieder gepredigt — ist ein Belastungsstopp. Wir haben darüber oft gesprochen, aber es ist nicht dazu gekommen.

Auf Grund der schlechten Staatsfinanzen und des fast schon unkontrollierbar gewordenen Wachstums der Staatsausgaben ist es sicher nicht leicht, auf Steuererhöhungen zu verzichten; das möchte ich auch sagen. Die Regierung wird aber doch manchmal dazu kommen müssen, echte Einsparungen vorzunehmen, auch wenn dazu unpopuläre Maßnahmen notwendig sind. Ich glaube, daß die Staatsfinanzen nicht anders saniert und auch die wirtschaftspolitischen Bedingungen nicht anders verbessert werden können. Das, meine Damen und Herren, muß für jeden Finanzminister gelten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gespart muß überall werden, das gilt nicht nur für Bereiche außerhalb der Wirtschaft. Die Wirtschaft selbst, meine Damen und Herren, wäre durchaus bereit, auf manche Kreditförderung zu verzichten, würden dadurch die Steuerbelastung reduziert und die Chance zur Eigenkapitalbildung verbessert werden. Eine Einschränkung von Förderungsausgaben für die Wirtschaft allein wird allerdings aber nur wenig bringen. Wenn man nämlich bedenkt, daß die gesamten Ressortausgaben des Herrn Handelsministers einschließlich der Personalausgaben rund 1,75 Milliarden Schilling betragen und der Bundeshaushalt, wie wir ja alle wissen, zirka 335 Milliarden Schilling umfaßt, dann muß wohl jedem klar sein, daß der Schwerpunkt der Einsparungen nicht bei der Wirtschaft liegen kann.

Wir wissen längst, daß der finanzielle Spielraum für wirtschaftspolitische Maßnahmen sehr gering ist. Aber gerade deshalb sollte eine Wirtschaftspolitik gemacht werden, die die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft fördert und die vorhandenen Mittel — es sind ja nicht sehr viele — sinnvoll einsetzt.

Schon deshalb müssen wir, meine Damen und Herren, bei der Verwendung der öffentli-

chen Mittel für teure ausländische Großprojekte zurückhaltend sein. Wir müssen sie ablehnen, weil sie außerdem keinen Beitrag zu einer Strukturverbesserung bringen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Deshalb sind wir auch gegen die Dauersubventionierung von Großbetrieben, die nicht mehr konkurrenzfähig sind und auch keine Chancen haben, sich auf ertragreiche Produktion umzustellen.

Wir treten sehr vehement dafür ein, daß die Forschung forciert wird, daß die Innovation forciert wird, daß man auf die Entwicklung großes Augenmerk richtet und daß die Eigenkapitalbildung der Betriebe verbessert wird, damit diese Strukturanpassung, die für die österreichische Wirtschaft so notwendig ist, auch durchgeführt werden kann.

Wir wollen, daß die Chancen der kleinen und der mittleren Betriebe erhöht und ihre Belastungen verringert werden. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das sollte auch ein Hauptanliegen des Herrn Handelsministers sein. Er sollte sich in erster Linie nicht nur — ich betone: nur — auf die Konsumentenpolitik beziehen. Damit könnte ein entscheidender Beitrag zur Sanierung des Bundeshaushaltes und auch zum allmählichen Abbau des Leistungsbilanzdefizits geleistet werden.

Meine Damen und Herren! Diese Betriebe sind es, die mit steigenden Erträgen für steigende Staatseinnahmen sorgen. Diese Betriebe sind ideenreich und sie sind auch qualifiziert, um sich auf den internationalen Märkten durchsetzen zu können, wenn man ihre Wettbewerbsfähigkeit stärkt und wenn man sie auch arbeiten läßt. Diese Betriebe sichern die meisten Arbeitsplätze in unserem Land und bilden auch den Großteil unserer Jugend aus.

Ich glaube — das möchte ich auch heute hier sagen —, daß man der Jugend in unserem Land weitaus mehr Chancen geben solle, Betriebe zu gründen und selbständig zu werden. Die Wirtschaft tritt vehement dafür ein, daß diesen jungen Menschen eine Betriebsgründung möglich gemacht wird und man auch bestehende Betriebe dazu bringt, daß die Jugend dort einsteigen kann.

Die österreichischen Unternehmer haben ja bewiesen, daß sie auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten den Markt halten, daß sie ihre Produkte an den Mann bringen, ob das im In- oder Ausland ist, daß sie die Marktchancen nützen und daß sie sich auch im Export erfolgreich betätigen. Ich möchte da besonders auf die kleinen und mittleren Betriebe hinweisen. Wir wissen, daß unsere Industrie auf den Weltmärkten präsent ist, daß aber gerade in letzter Zeit die kleinen und mittleren Betriebe als Zulieferer und auch als Spezialerzeuger herangezogen wurden. Am Markt vorbeiproduziert wird nur

Ing. Sallinger

dann, wenn man nicht konkurrenzfähige Produktionen am Leben erhält und jeden einzelnen Arbeitsplatz einzementiert.

Die Bundeskammer unterstützt alle Bemühungen der österreichischen Unternehmen, neue Märkte zu erschließen; unsere Außenhandelsstellen sind immer bereit, unsere Firmen zu unterstützen. Wir haben zum Beispiel erst vor kurzem in Saudi-Arabien eine Österreich-Ausstellung durchgeführt. Daran waren 108 Firmen beteiligt, die dort ihre Produkte zur Ausstellung gebracht haben. Ich habe in Saudi-Arabien mit vielen Regierungsmitgliedern und auch mit maßgeblichen Persönlichkeiten der Wirtschaft Gespräche geführt. Diese Firmen und damit auch Österreichs Wirtschaft haben dort ein großes Interesse erweckt. Ich bin überzeugt davon, daß auf diesem Zukunftsmarkt für unsere Wirtschaft viele Chancen und Möglichkeiten sind.

Ich möchte noch zwei Beispiele bringen. Ich führe sie deshalb an, weil sehr viel dahintersteht, aber sie in der Öffentlichkeit gar nicht erwähnt werden. Wir haben uns vom 19. September bis 1. Oktober an der in Teheran abgehaltenen Messe beteiligt. Dabei haben wir den Schwerpunkt auf Industriegüter und auf Industriebedarf gelegt. Österreich war zu dieser Zeit, wo es ja nicht sehr ruhig in diesem Land war, die einzige westliche Nation.

Das Ergebnis dieser Ausstellung war, wie ich es mit den Firmen, die dort ausgestellt haben, besprochen habe, ein recht gutes. Die österreichischen Aussteller waren an Ort und Stelle und haben gezeigt, daß sie trotz des Kriegszustandes in diesem Lande den Markt für die Zukunft erhalten wollen. Die offiziellen Stellen, ob es Presse, Rundfunk oder Fernsehen war, haben dies sehr positiv vermerkt, nicht nur für die Wirtschaft und die Aussteller, sondern auch für unser Land. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bei der Internationalen Messe in Bagdad, die ebenfalls vom 15. bis 30. November abgehalten wurde, waren 57 Firmen vertreten, obwohl sie gewußt haben, daß auch dort kriegerische Zustände sind. Die Österreicher kümmerten sich zum Großteil selbst bei dieser Ausstellung um den Verkauf ihrer Waren. Ich möchte das deshalb sagen, weil es notwendig ist, darauf hinzuweisen. Die erzielten Umsätze in Bagdad haben die 100-Millionen-Schilling-Grenze erreicht. Ich glaube, daß die Haltung der Österreicher sehr positiv war, weil es ein Markt der Zukunft ist und weil wir ja auch von dort Erdöl beziehen.

Wenn man die kriegerischen Zustände in den beiden Ländern betrachtet, muß man feststellen, daß alle Menschen, die dort waren, daß alle Menschen, die dort die österreichische Wirtschaft und das Land vertreten haben, fast

unüberwindliche Schwierigkeiten gemeistert haben und auch persönlichen Mut bewiesen haben. Das zeigt, daß nicht nur von Regierungsseite — und das möchte ich auch sagen — hier eine Hilfestellung vorhanden ist, sondern daß die Unternehmer und die Vertreter der einzelnen Firmen dort die Hauptlast zu tragen gehabt haben.

Ich glaube, meine Damen und Herren, man muß den Firmen danken, ob es die großen, die kleinen oder die mittleren sind. Mit diesen Beispielen ist der Beweis erbracht, daß die Unternehmer weder Mühe noch Risiko scheuen, um ihre Produkte, die nicht unintelligent sind — das möchte ich auch sehr unterstreichen —, abzusetzen und die Weltmarktplätze zu halten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe diese Beispiele nur deshalb etwas breiter ausgeführt, weil man in der Öffentlichkeit ja nur von den Reisen des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Finanzministers und des Herrn Handelsministers, die sicher auch notwendig waren, gesprochen hat, auch von gewissen Erfolgen, daß man aber von den Vorbereitungen für diese Arbeiten, die durch unsere Außenhandelsstellen gemacht worden sind, und von den Firmenvertretern, die dort persönlich am Platz gewesen sind, und von den Unternehmern wenig oder vielleicht gar nichts gesprochen hat.

Hohes Haus! Wir haben mit Interesse festgestellt, daß auch der Herr Bundeskanzler die Meinung vertritt, leistungsfähige Klein- und Mittelbetriebe könnten die Strukturprobleme am besten bewältigen, und er hat vorgeschlagen, daß im obersteirischen Industriegebiet, wo Tausende Arbeitsplätze in Gefahr sind, solche kleine und solche mittlere Unternehmer angesiedelt werden sollen, um in dieser Region auch Ersatzarbeitsplätze zu schaffen.

So sehr wir auch dafür eintreten, Betriebsgründungen und Betriebsansiedlungen zu forcieren und ihnen eine Erleichterung zu schaffen, so glaube ich doch, daß zu einer nachhaltigen Strukturverbesserung ein umfassendes wirtschaftspolitisches Konzept notwendig ist und nicht nur einzelne punktuelle Investitionen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wenn nämlich das wirtschaftspolitische Klima generell investitions- und leistungsfeindlich ist und die freie Entfaltung von Unternehmen beeinträchtigt wird, wird es kaum gelingen, Problemzonen durch einzelne Förderungsmaßnahmen zu sanieren.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon gesagt, daß wir ein wirtschaftspolitisches Klima brauchen. Wir brauchen ein Klima des Vertrauens, ein Klima des Vertrauens zum Wohle der gesamten österreichischen Bevölkerung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ing. Sallinger

Dessen muß sich aber die Regierungspartei im besonderen bewußt sein. Was in den letzten Tagen und Wochen geschehen ist — ich meine hinsichtlich der Belastungen und der Banken —, trägt sicher nicht dazu bei. Sicher müssen wir alle Probleme, vor denen wir stehen, zuerst einmal korrekt und sachlich lösen. Wir brauchen eine saubere Wirtschaft und eine saubere Verwaltung!

Eines aber dürfen wir dabei nicht vergessen: Daß das Leben weitergeht und sich im kommenden Jahr sicher größere wirtschaftliche Schwierigkeiten zeigen werden. Deshalb müssen der Politiker und die Politik glaubhaft sein und die Demokratie muß in unserem Land Vorrang haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Wir dürfen aber niemals, und das möchte ich auch sehr deutlich sagen, eine Situation schaffen, in der wir nicht mehr alle miteinander reden können. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Unternehmer werden nur dann neue Betriebe in strukturschwachen Gebieten gründen, wenn sie darauf vertrauen können, daß ihnen die Wirtschaftspolitik auf Dauer eine Entwicklung ermöglicht und sie sich auch entfalten können. Das ist aber gerade heute im klein- und mittelbetrieblichen Bereich nicht der Fall. Ich begrüße es daher sehr, daß im Jänner eine parlamentarische Enquete über die Lage der klein- und mittelbetrieblichen Wirtschaft abgehalten werden wird. Bei dieser Gelegenheit werden sich alle im Parlament vertretenen Parteien mit den Sorgen, mit den Anliegen der mittelständischen Wirtschaft befassen. Diese Enquete sollte aber auch zu wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen führen.

Ich hoffe, daß es uns gelingt, alle Parteien, die hier im Parlament vertreten sind, von der Notwendigkeit des Mittelstandsgesetzes zu überzeugen. Ich glaube, dann sollte auch das Gesetz die Zustimmung der Parteien hier finden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein wichtiges Anliegen des Mittelstandsgesetzes ist die Orientierung der Wirtschaftspolitik an den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft. Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft erscheint uns am besten geeignet, die Leistungskraft der Wirtschaft zu erhalten und eine freie Entfaltung der Unternehmer zu gewährleisten, aber auch die Vollbeschäftigung zu sichern. Soziale Marktwirtschaft als ein wirtschaftspolitisches Programm hat auch einen sozialen Fortschritt zur Folge. Wenn der soziale Fortschritt aber dauerhaft sein soll, muß er im Einklang mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit stehen.

Soziale Maßnahmen, die die Wettbewerbskraft und die Substanz der Betriebe überfordern, bedrohen die Basis des wirtschaftlichen

und des sozialen Standards und müssen zu einem Rückschritt führen.

In der heutigen Situation, in der sich enorme wirtschaftliche Schwierigkeiten abzeichnen, halte ich neue soziale Forderungen, die zusätzliche Kosten verursachen, für nicht angebracht. Das gilt beispielsweise für die Einführung der fünften Mindesturlaubswoche, für eine Zurücknahme der Wochenarbeitszeit, aber auch für eine generelle Herabsetzung des Pensionsalters.

Wir sollten viel mehr alles daransetzen, daß der bisher erzielte hohe Standard der sozialen Sicherheit in Österreich auch in Zukunft gewährleistet werden kann. Schon jetzt treten sowohl in der Krankenversicherung als auch in der Pensionsversicherung erhebliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung auf, die sich sicher in der nächsten Zukunft drastisch verschärfen werden. Mit ständigen Beitragserhöhungen und immer höheren staatlichen Zuschüssen wird man diese Probleme sicher nicht lösen können *(Zustimmung bei der ÖVP)*, vor allem dann nicht, wenn die Ertragskraft der Wirtschaft sinkt, wenn Arbeitslosigkeit droht und wenn die Lage der Bundesfinanzen ständig schlechter wird. Die Wirtschaft ist immer für einen sozialen Fortschritt eingetreten und hat auch einen wesentlichen Anteil daran.

Die Unternehmer sind schon im eigenen Interesse daran interessiert, daß sie zufriedene, gut ausgebildete, gesunde, engagierte und gut bezahlte Mitarbeiter haben, die sich etwas leisten wollen und die sich dann auch etwas leisten können. Denn nur mit solchen Mitarbeitern können die Betriebe im Wettbewerb bestehen und auch Gewinne erzielen. Wenn aber die Kostenbelastung überhandnimmt und die konjunkturelle Entwicklung ganz allgemein schlecht ist, dann müssen neue Forderungen, die vielleicht jetzt gar kein unmittelbares Bedürfnis darstellen, zurückgestellt werden.

Ich möchte noch einmal in aller Deutlichkeit sagen, daß die Wirtschaft einen Stopp der Belastungen wünscht. Dieser Forderung wird das Budget für 1981 mit all seinen Begleitmaßnahmen in keiner Weise gerecht. Anstelle eines Belastungsstopps der Wirtschaft haben wir mit neuen Belastungen zu rechnen, werden mit ihnen konfrontiert, und anstelle des rigorosen Sparens treten die Ausgaben wieder höher zutage.

Eine Reduzierung des hohen Budgetdefizits wird trotz einer massiven Einnahmensteigerung wieder nicht erreicht. Eine solche Budgetpolitik trägt nicht dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu verbessern, die Leistungskraft der Wirtschaft zu stärken, das Lei-

Ing. Sallinger

stungsbilanzdefizit abzubauen und eine dauerhafte Vollbeschäftigung zu gewährleisten.

Damit, meine Damen und Herren, werden schließlich auch nicht die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, die für die Bewältigung der schwierigen Probleme der achtziger Jahre notwendig wären. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aus diesem Grund lehnt die Österreichische Volkspartei die Kapitel Handel und Finanzen ab. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mühlbacher.

Abgeordneter **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Die diesjährige Budgetdebatte findet in einer Zeit statt, die weltweit durch Krisen und Unsicherheiten gekennzeichnet ist. An dieser Tatsache kann man gerade bei den Beratungen des Budgetkapitels Handel nicht vorbeigehen. Man muß dieses Budget vor dem Hintergrund der Entwicklung der Weltwirtschaft und der Weltpolitik sehen und beurteilen. Dies habe ich bei den Sprechern der Oppositionsparteien bisher vermißt.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir vor einer gewaltigen Herausforderung stehen. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat erst in seinem jüngsten Monatsbericht in einer Analyse der internationalen Konjunktur festgestellt, daß die Rezession in den westlichen Industrieländern um die Jahreswende die Talsohle erreichen wird. Über die Auswirkungen und die Anforderungen, die sich daraus für unser Land und für unsere Wirtschaft ergeben, wurde meiner Meinung nach hier viel zuwenig gesprochen.

Es wurde nicht davon gesprochen, welche drastischen Auswirkungen die Explosion der Ölpreise seit 1979 hat. Der Ölpreis ist in den letzten eineinhalb Jahren um 150 Prozent gestiegen.

Es wurde nicht davon gesprochen, daß in unseren Nachbarländern die Inflationsspirale ganz gewaltig in Bewegung geraten ist. Im OECD-Bereich stiegen die Preise im Jahr 1980 im Durchschnitt um 13 Prozent.

Es war nicht die Rede davon, daß die Inflation dazu führt, daß weltweit die Zinsen steigen. Kein Wort davon, meine Damen und Herren, wurde gesagt, daß wir uns mit beträchtlichen Einkommensverlusten in den ölimportierenden Staaten, die unsere Handels- und Wirtschaftspartner sind, konfrontiert sehen. Dort steigt die Arbeitslosigkeit und sinkt das Wirtschaftswachstum.

Dazu kommt noch, daß sich der internationale Wettbewerb zwischen den Industrielän-

dern zunehmend verschärft, weil die Märkte enger werden. Der Welthandel, der in den sechziger Jahren um 15 Prozent im Schnitt gewachsen ist, steigt im Jahr 1980 kaum noch. Die günstigsten Prognosen sprechen von einer Zunahme von 2 Prozent, die schlechtesten von minus 1 Prozent.

Die Zahlungsprobleme vieler Länder nehmen weiter zu. Wir wissen, daß sich eine ganze Reihe nichterdölexportierender Entwicklungsländer an der Grenze der Zahlungsunfähigkeit befinden. Sie fallen als Handelspartner praktisch aus.

Diese schwierige Situation, verehrte Damen und Herren, trifft uns als kleines exportabhängiges Land ganz besonders. Trotzdem besteht kein Grund zur Resignation oder zu übertriebenem Pessimismus, denn auch die letzten zehn Jahre waren nicht leicht und nicht problemlos.

Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Kreisky, die in diesen zehn Jahren die Verantwortung für die Politik in diesem Lande getragen hat, hat mit ihrer Wirtschaftspolitik bewiesen, daß es sehr wohl möglich ist, entgegen der internationalen Wachstumsschwäche und entgegen ungünstiger Wirtschaftsperspektiven eine erfolgreiche Politik zu machen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Trotz Ölschocks, Energie- und Währungskrisen steht Österreichs Wirtschaft heute im Vergleich mit anderen westlichen Industriestaaten wesentlich günstiger da. Die Politik dieser Bundesregierung hat in den siebziger Jahren ein angemessenes Wirtschaftswachstum gesichert. Während die Wirtschaft in den OECD-Ländern Europas im letzten Jahrzehnt im Durchschnitt um 3,3 Prozent wuchs, erreichte Österreich ein Wirtschaftswachstum von 4,3 Prozent. 400 000 neue Arbeitsplätze wurden geschaffen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im Gegensatz zu den meisten anderen Industrieländern herrscht bei uns seit zehn Jahren Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosenrate hat in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt um 2 Prozent betragen. Sie wird auch heuer — trotz ungünstiger Prognosen — im Jahresdurchschnitt unter der 2-Prozent-Marke bleiben. *(Beifall bei der SPÖ.)* Insgesamt standen Ende November über 2,8 Millionen Personen in Beschäftigung. Das ist der höchste Stand, der je zu diesem Zeitpunkt registriert wurde. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Das, meine Damen und Herren, ist der sichtbare und eindrucksvolle Erfolg der Vollbeschäftigungspolitik der sozialistischen Bundesregierung.

Vollbeschäftigung, darauf möchte ich bei dieser Gelegenheit noch hinweisen, ist nicht nur für die Arbeitnehmer in unserem Lande wich-

Mühlbacher

tig, sie ist auch für die Wirtschaft ganz entscheidend. Denn Vollbeschäftigung heißt für die Wirtschaft Sicherung der Kaufkraft der Bevölkerung und damit Aufträge und Umsatz für unsere Betriebe.

Ein weiterer ganz wichtiger Punkt, verehrte Damen und Herren: Zum Unterschied von vielen anderen Ländern gibt es bei uns keine Jugendarbeitslosigkeit. Mit fast 200 000 in den Betrieben in Ausbildung stehenden Jugendlichen gibt es bei uns einen neuen, noch nie dagewesenen Lehrlingsrekord. Das ist der gemeinsamen Leistung aller Beteiligten zu verdanken. *(Beifall bei der SPÖ.)* Eine Leistung, auf die wir mit Recht stolz sein können und um die uns alle anderen Länder beneiden.

Österreich schneidet auch bei einem internationalen Vergleich der Preisentwicklung in den siebziger Jahren hervorragend ab. Mit einer durchschnittlichen Steigerung der Verbraucherpreise um 6,1 Prozent gehörte unser Land zu den stabilsten der Welt.

Im OECD-Durchschnitt stiegen in den letzten zehn Jahren die Preise in Europa um 9,4 Prozent. Die Bundesregierung konnte mit ihrer Stabilitätspolitik in eindrucksvollster Weise die Preisstabilität sichern. Der Schilling zählt seit zehn Jahren weltweit zu einer der stabilsten und härtesten Währungen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese Erfolge der Wirtschaftspolitik schlugen sich auch in der Einkommensentwicklung nieder. Während in vielen Industriestaaten die Menschen in den siebziger Jahren real Einkommensverluste hinnehmen mußten, stiegen bei uns die Masseneinkommen real um fast 60 Prozent. Diese gleiche positive Entwicklung gab es auch bei den Pensionen, wobei gleichzeitig die sozialen Leistungen zusätzlich ausgebaut und das soziale Netz enger geknüpft wurde.

Um das Bild abzurunden, möchte ich noch zu einem der wichtigsten Säulen unserer Wirtschaft eine Feststellung treffen, dem Fremdenverkehr. Auch in diesem Bereich werden wir heuer neue Rekordergebnisse erzielen. Mit 78,2 Millionen Nächtigungen haben wir in diesem Sommer ein Plus von 4,5 Prozent erreicht und den bisherigen Rekord des Jahres 1972 weit übertroffen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Mit 80 Milliarden Schilling Deviseneinnahmen in diesem Jahr liegen wir auch weltweit an der Spitze, was die Pro-Kopf-Einnahme aus dem Fremdenverkehr betrifft.

Schließlich stellt Österreichs Wirtschaft auch im internationalen Wettbewerb ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis. Trotz der schwieriger gewordenen Bedingungen hat sich das Export-

volumen der österreichischen Wirtschaft von rund 74 Milliarden Schilling im Jahre 1970 auf über 206 Milliarden Schilling im Jahre 1979 fast verdreifacht. In den Monaten Jänner bis Oktober dieses Jahres stiegen die Ausfuhren gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 10,2 Prozent auf über 204 Milliarden Schilling. *(Abg. Dr. Zittmayr: ... Leistungsbilanzdefizit!)* Ich komme auf die Leistungsbilanz noch zu sprechen, Herr Kollege Zittmayr! *(Abg. Dr. Fischer: Mehr Käse produzieren!)*

Wie wichtig gerade der Außenhandel ist, darauf werde ich noch, wie bereits gesagt, im Zusammenhang mit unserer Leistungsbilanz zu sprechen kommen.

Meine Damen und Herren! Niemand kann wohl leugnen, daß diese im internationalen Vergleich günstige wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande in hohem Maße ein Verdienst der Politik dieser Regierung ist. *(Beifall bei der SPÖ.)* Sie hat durch wichtige Reformen und Entscheidungen die Voraussetzungen dafür geschaffen. Ich möchte nur einige besonders hervorheben:

Die Regierung Kreisky hat nach erfolgreichen Verhandlungen die EG-Verträge zum Abschluß gebracht und damit unserer Wirtschaft den Zugang zum großen europäischen Markt erleichtert.

Die Regierung Kreisky hat, beginnend mit der großen Stahllösung, die Strukturverbesserung im Bereich der verstaatlichten Industrie eingeleitet.

Die Regierung Kreisky hat aber auch für die vielen kleineren Betriebe mit der Reform der Gewerbeordnung ein modernes, zeitgemäßes Gewerbeamt geschaffen.

Und die Regierung Kreisky hat die Förderung der Wirtschaft wesentlich ausgebaut. Dabei wurde auch die Förderung der vielen kleinen und mittleren Betriebe in Gewerbe, im Handel und Dienstleistungsbereich besonders stark verbessert.

Dazu nur einige wenige Zahlen, die diese gewaltige Ausweitung deutlich machen:

Im Jahre 1969 konnte die BÜRGES insgesamt 45 Millionen an Zuschüssen auszahlen. Im Budget für das Jahr 1981 sind insgesamt 780 Millionen Schilling für die BÜRGES-Aktionen vorgesehen; das ist eine Ausweitung auf das 17fache.

Bei der Aktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz wurden im Budget für 1970 72 Millionen Schilling bereitgestellt. In diesem Budget sind es über 368 Millionen. Allein im heurigen Jahr wird im Rahmen sämtlicher BÜRGES-Aktionen ein Kreditvolumen

Mühlbacher

von über 8 Milliarden Schilling gefördert. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das ist in einem einzigen Jahr mehr als doppelt so viel als in den zehn Jahren von 1960 bis 1969; damals hat das Förderungsvolumen in zehn Jahren insgesamt 3,6 Milliarden Schilling erreicht.

In den letzten zehn Jahren wurden nicht nur die Förderungsgrenzen stark erhöht, sondern auch eine Reihe neuer Aktionen eingeführt. Das gesamte Förderungsvolumen erreichte in den zehn Jahren von 1970 bis 1979 rund 33 Milliarden Schilling. Das bedeutet, daß allein bei den BÜRGES-Aktionen die Förderung gegenüber den sechziger Jahren in den letzten zehn Jahren unter der sozialistischen Bundesregierung auf das Zehnfache gestiegen ist.

Besonders bemerkenswert ist dabei, daß einer der Schwerpunkte des Interesses die neugeschaffene Existenzgründungsaktion ist. Das läßt den Schluß zu, man läßt sich auch vom Gejammer der ÖVP nicht mehr abschrecken, selbständig zu werden. Einer der Gründe dafür ist aber sicher, daß dafür von der Bundesregierung so günstige Rahmenbedingungen geschaffen wurden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wie enorm wichtig Zinsenzuschüsse und Förderungen gerade in einer Hochzinsperiode sind, wird Ihnen jeder Selbständige, mit dem Sie darüber sprechen, bestätigen.

Eine wesentlich verstärkte Förderung der Wirtschaft erfolgt auch in allen anderen Bereichen. Denken Sie nur an die umfangreichen Förderungsprogramme für Problemgebiete und die regionale Förderung! Hier wurden von der Bundesregierung Aktionen geschaffen, wie es sie in diesem Ausmaß noch nie gab.

In diesem Zusammenhang auch ein Wort zu General Motors. Jawohl, auch für dieses für die Ostregion unseres Landes so wichtige Industrieprojekt gibt es vom Bund und von der Stadt Wien eine kräftige Förderung. Wir bekennen uns zu dieser Förderung. Aber — und auch das muß bei dieser Gelegenheit deutlich gesagt werden — es gab und gibt für General Motors nicht mehr und nicht weniger Förderung, als es für jede vergleichbare Investition in der gleichen Größenordnung auch gibt. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Staudinger: Stimmt ja gar nicht!*) Egal ob es sich um einen großen oder um einen kleineren Betrieb handelt, egal! (*Ruf bei der ÖVP: So etwas traut er sich zu sagen!*) Und erst recht, wenn es sich um ein heimisches Unternehmen handelt. Entscheidend ist, daß zukunftssichere, neue Arbeitsplätze geschaffen werden oder daß bestehende Arbeitsplätze für die Zukunft gesichert werden!

Denn eines kann man heute auch schon sagen: Die Förderung von General Motors bedeutet gleichzeitig eine Förderung einer gan-

zen Reihe österreichischer Unternehmen in allen Bundesländern, von Unternehmen, die als Zulieferer Aufträge erhalten werden. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Eine moderne Industrie ist und bleibt nun einmal ein wichtiger Motor der Gesamtwirtschaft.

Meine Damen und Herren! Trotz unserer beachtlichen Exporterfolge in den letzten Jahren wird das vordringlichste Problem, das die Wirtschaftspolitik zu lösen hat, die Wiederherstellung unseres außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes sein. Der Abbau des Leistungsbilanzdefizits wird die zentrale Aufgabe der kommenden Jahre.

Die Fragen, die sich dabei für alle für die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen stellen, lauten: Was muß getan werden, um diese sicher nicht leichte Aufgabe zu bewältigen? Was muß geschehen, damit sich unsere Betriebe der großen Herausforderung der achtziger Jahre mit Erfolg stellen können?

Die Antwort ist in der Theorie einfach: Es ist notwendig, unsere Wirtschaft, unsere Betriebe umzustrukturieren. Es ist notwendig, die Struktur unserer Wirtschaft zu verbessern.

Das bedeutet: Wir müssen uns verstärkt bemühen, hochwertige Produkte zu erzeugen, Produkte, die auf den Exportmärkten gute Chancen haben und die sich auch im Ausland gut verkaufen lassen. Wir müssen versuchen, auf dem Inlandsmarkt verlorene Marktanteile zurückzugewinnen. Das heißt, es muß uns gelingen, Produkte, die heute importiert werden, in gleicher Qualität und in gleicher Güte bei uns zu erzeugen, um so unsere Handelsbilanz auch von der Importseite her zu entlasten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir müssen dafür sorgen, daß die heute so oft gestellte Forderung nach einer Umstrukturierung unserer Wirtschaft nicht ein Schlagwort ohne konkreten Inhalt bleibt. Wir müssen jedoch unsere Ziele und die Anforderungen, die an uns gestellt werden, klar erkennen und müssen bereit sein, die notwendigen Schritte zielstrebig und konsequent in Angriff zu nehmen. Dies wird sicherlich ein Prüfstein der Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Parteien werden.

Eine solche Politik heißt, daß sich zum Beispiel Betriebe umstellen müssen, wenn klar ist, daß sie mit ihrem derzeitigen Produktionsprogramm keine Zukunftschancen haben.

Eine solche Politik heißt, daß Forschung und Entwicklung verstärkt vorangetrieben werden müssen; das heißt, daß, um einen heute oft verwendeten Begriff zu gebrauchen, die Innovation einen vorrangigen Platz einnehmen muß.

Mühlbacher

Innovation in allen Bereichen: bei der Herstellung neuer Güter, bei der Einführung neuer Produktionsverfahren, bei der Erschließung neuer Bezugsquellen und Absatzmärkte, bei der Anwendung neuer Vertriebsformen und neuer Verkaufsstrategien.

Eine solche Politik bedeutet aber auch, daß sowohl bei den Unternehmern und den Führungskräften in der Wirtschaft als auch bei den Arbeitnehmern die Bereitschaft zur ständigen Weiterbildung bestehen muß. Wir müssen bereit sein, das vorhandene Informations- und Bildungsangebot auch zu nützen. Diese Bereitschaft muß unterstützt und gefördert werden. Hier haben auch die Interessensvertretungen ein wichtiges Betätigungsfeld.

Die Wirtschaftspolitik hat dabei die Aufgabe, für möglichst günstige Rahmenbedingungen, für produktive Investitionen zu sorgen. Bekennt man sich zu diesem Grundsatz, so bedeutet dies, daß die Wirtschaftsförderung auf klare Ziele ausgerichtet werden muß und daß die bestehenden Förderungsinstrumente auf diese Ziele abgestimmt werden. Das heißt zum Beispiel, daß die Richtlinien und Schwerpunkte der geförderten Kreditaktion diesem Ziele angepaßt werden müssen. Das bedeutet aber auch, daß die steuerlichen Investitionsförderungen neu überdacht und, meines Erachtens, grundlegend geändert werden müßten. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Staudinger.)*

An Stelle des bisherigen Gießkannenprinzips — und dazu, Herr Abgeordneter Staudinger, gehört meines Erachtens die Begünstigung der vorzeitigen Abschreibung — müßten auch von der Steuerpolitik her neue Kriterien der Investitionsförderung geschaffen werden.

Eine solche grundlegende Umstellung führt zwangsweise zu einer neuen großen Steuerreform. Die Möglichkeiten, die sich hier bieten, möchte ich nur in Stichworten aufzeigen.

Es wird immer wieder, verehrte Damen und Herren, Klage geführt, daß unsere Betriebe mit zu wenig Eigenkapital ausgestattet sind. Ich habe schon des öfteren von hier darauf hingewiesen, daß unsere Bilanzen nicht der Maßstab hiezu sind, weil nämlich durch die steuerlichen Investitionsförderungen die Bewertungen in diesen Bilanzen nicht richtig sind.

Wir glauben daher, daß es sicherlich notwendig sein wird, in Hinkunft die Bilanzwahrheit wiederherzustellen und durch eine Neubewertung unserer Bilanzen in Form einer Schilling-eröffnungsbilanz nachzukommen. Das wäre ein Übergang von der vorzeitigen AfA zu einer neuen Abschreibungsmethode, wobei unsere Bilanzwahrheit gegeben wäre und man eine ... *(Ruf bei der FPÖ: Der Finanzminister hat das*

vor kurzem abgelehnt!) Ich spreche jetzt von meiner Warte, ich spreche meine Meinung aus. Ich gehe davon aus, daß dann als Übergang eine Abschreibungsmöglichkeit, eine der Wirtschaft, der Bewertung angepaßte Abschreibung geschaffen werden muß. Ich denke da an die degressive Abschreibungsmethode.

Das nur einige Gedanken für eine große Steuerreform ... *(Abg. Dr. Jörg Haider: Die waren aber sehr sparsam, die Gedanken! — Heiterkeit bei ÖVP und FPÖ.)* Wir können noch darüber sprechen. Wir werden dazu noch viel Gelegenheit haben. Denn diese Steuerreform wird im nächsten Jahr in Angriff genommen werden.

Eine solche große Reform müßte gleichzeitig eine gerechte und gleichmäßige Besteuerung sicherstellen. Ich denke auch hier an neue Besteuerungsmethoden bei den Selbständigen. Sie wissen, ich habe da eine eigene Idee hinsichtlich der Besteuerung des Unternehmerlohns, die es ja schon bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung gibt.

Eine solche Reform müßte aber auch nach Grundsätzen erfolgen, die die Steuergesetze für den einzelnen Staatsbürger und Steuerzahler verständlicher und überschaubarer machen, als es unsere historisch gewachsenen Steuergesetze heute sind.

Einfachere Steuergesetze sind auch — was sehr wichtig ist — weniger arbeitsaufwendig.

Dieses Ziel — mag es, wie uns allen klar ist, noch so schwierig zu erreichen sein — ist realisierbar. Es muß energisch in Angriff genommen werden.

Meine Damen und Herren! Der tiefgreifende strukturelle Anpassungsprozeß, zu dem uns die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, aber auch der Einsatz neuer Technologien in den nächsten Jahren zwingt, wird nicht leicht sein. Das wissen wir. Die Bewältigung dieser Aufgabe wird die wirtschaftliche Herausforderung der achtziger Jahre sein. Sie wird von uns allen mehr Anstrengungen verlangen.

Für diese Bundesregierung und für die Sozialistische Partei ist es dabei eine Verpflichtung, diesen schwierigen Strukturwandel in einer Weise zu bewältigen, die nach Möglichkeit unzumutbare soziale Härten vermeidet. Denn im Mittelpunkt unserer Politik steht nach wie vor der Mensch.

Die Anpassung an die neue wirtschaftliche Zukunft darf daher nicht auf Kosten der Bevölkerung dieses Landes gehen. Das heißt für uns, wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um eine moderne, leistungsfähige Industrie zu schaffen, die auch in Zukunft im internationalen Wettbewerb erfolgreich bestehen kann.

Mühlbacher

Wir werden die Entwicklung hochtechnisierter Produkte und hochspezialisierter Betriebe fördern. Aber wir werden dabei nicht auf den Menschen vergessen. Das trifft im Hinblick auf den Umweltschutz genauso zu wie auf die Erhaltung des Erholungswertes unserer Landschaft für die Menschen, die hier leben und arbeiten.

Das gilt ebenso im Hinblick auf die vielen ausländischen Gäste, die Jahr für Jahr Österreich besuchen.

Verehrte Damen und Herren! Ein Beispiel, wodurch die Bemühungen um Rationalisierung und Kostensenkung auch die Gefahr einer unerwünschten Fehlentwicklung sichtbar geworden ist, ist das bekannte Problem der Nahversorgung.

Nicht allein in den großen Einkaufsmaschinen und gigantischen Supermärkten liegt das Glück der Zukunft. Die Politik hat dafür vorzuzusorgen, daß auch künftig ein ausgewogenes und ausreichend dichtes Netz an Geschäften und Dienstleistungsbetrieben erhalten bleibt. Nur so kann eine zufriedenstellende Versorgung der Bevölkerung mit den Gütern des täglichen Bedarfs sichergestellt werden. *(Ruf bei der FPÖ: Zu spät!)*

Wir kennen das Problem, daß in manchen ländlichen Gebieten schon heute einzelne Orte ohne Lebensmittelkaufmann sind. *(Ruf bei der FPÖ: Zu lange zugeschaut!)*

Eine in der letzten Zeit diskutierte Möglichkeit zur Versorgung der Bevölkerung in diesen Orten ist der Einsatz sogenannter mobiler Läden. Wir stehen dieser Idee nicht ablehnend gegenüber, aber unter einer Bedingung: Der Einsatz solcher mobiler Läden darf nicht zu einer Konkurrenz- und Existenzgefährdung der in diesen Gebieten bestehenden Lebensmittelgeschäfte werden. Es muß sichergestellt sein, daß durch solche Verkaufswagen den ansässigen Betrieben nicht Kunden weggenommen werden und dadurch auch noch die Existenzgrundlage dieser Betriebe gefährdet wird.

Es ist daher unserer Meinung nach sinnvoll, die Möglichkeit zur Belieferung von Orten oder Ortsteilen, die heute ohne Kaufmann sind, vor allem dem daran interessierten Lebensmittelkaufmann aus dem Nachbarort einzuräumen. Das kann mit einem mobilen Laden oder auch durch Verkaufstollen erfolgen.

Eine Änderung der Gewerbeordnung in diesem Sinne, glaube ich, ist bereits in Vorbereitung.

In diesem Zusammenhang, meine verehrten Damen und Herren, auch noch eine Feststellung zu einem Problem, das jedes Jahr, vor allem in der Vorweihnachtszeit, immer wieder

in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Es ist ein Thema, das uns in nächster Zeit auch hier im Parlament beschäftigen wird: der Ladenschluß.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß eine generelle Verlängerung der Offenhaltezeiten, vor allem für die kleineren Geschäfte im Einzelhandel, zu Problemen und zu einer echten Wettbewerbsverschlechterung führen würde. Sie wären ohne Zweifel die Leidtragenden. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß durch eine generelle Verlängerung der Öffnungszeiten weitere kleinere Geschäfte zusperren müßten *(Abg. Dkfm. Bauer: Eben nicht!)*; eine Auswirkung, die zweifellos auch aus der Sicht der Konsumenten am allerwenigsten wünschenswert wäre. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Auf der anderen Seite können wir auch den Wunsch vieler berufstätiger Menschen nach bequemerem und besseren Einkaufsmöglichkeiten nicht ignorieren. Ein Kompromiß, der beiden Aspekten gerecht würde — sowohl den Möglichkeiten der kleineren Geschäfte und der Erhaltung ihrer Lebensfähigkeit als auch dem Wunsch nach besseren Einkaufsmöglichkeiten —, hat sich im Ausland bereits gut bewährt.

Es sollte meiner Meinung nach geprüft werden, ob eine auf unsere Verhältnisse abgestimmte Form dieses Modells nicht auch für Österreich eine gute und zweckmäßige Lösung wäre.

Wie schaut dieses Modell nun aus?

Es gibt zum Beispiel in Kanada ein in der Praxis bestens funktionierendes Modell, wo Kleinbetriebe, die „Dépanneurs“ genannt werden, was so viel heißt wie „Pannenhilfe“ oder „Läden für Vergeßliche“, am Abend länger offen haben. In diesen Geschäften kann auch später am Abend, nach den üblichen Geschäftszeiten, noch besorgt werden, was vergessen wurde oder was dringend gebraucht wird. Eine solche Lösung, die auf die besondere Situation der vielen kleinen Geschäfte und Familienbetriebe Rücksicht nimmt, wäre durchaus für uns ein gangbarer Weg. Eine Kleinbetriebsregelung.

Ähnliche Kleinbetriebsregelungen haben wir bereits in anderen Bereichen mit Erfolg eingeführt, etwa bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, möchte ich auf ein erfreuliches Resultat unserer Bemühungen hinweisen. Es ist gelungen, über den tagespolitischen Parteienstreit hinweg eine Einigung darüber zu erzielen, die speziellen Probleme der gewerblichen Klein- und Mittelbetriebe in einer parlamentarischen Enquete gemeinsam zu diskutieren. Diese Enquete, über die heute schon vom

Mühlbacher

Präsidenten Sallinger gesprochen wurde, findet, wie Ihnen bekannt ist, schon im Jänner statt. Ich hoffe, daß diese Beratungen möglichst rasch zu gemeinsamen Ergebnissen kommen werden.

Verehrte Damen und Herren! Noch zu einem Thema, das uns am Herzen liegt, möchte ich eine Feststellung treffen, nämlich: Die Frau in der Wirtschaft.

Es ist bekannt, daß sich immer mehr Frauen selbständig machen, daß immer mehr Frauen einen Betrieb führen oder einen eigenen Betrieb gründen. In manchen Branchen stellen die Frauen heute schon längst die Mehrheit unter den Betriebsinhabern.

Es ist ebenso bekannt, daß diese selbständig erwerbstätigen Frauen — ebenso wie alle anderen berufstätigen Frauen — in der Regel eine Doppelbelastung zu tragen haben. Sie müssen neben ihrem Beruf noch ihren Haushalt führen, ihre Familie versorgen.

Die selbständige Frau hat dabei zusätzlich einen entscheidenden Nachteil zu tragen: ihre sozialrechtliche Stellung ist wesentlich schlechter als die der übrigen berufstätigen Frauen. Leistungen etwa im Zusammenhang mit der Geburt eines Kindes, Mutterschutz, Karenzurlaub und dergleichen, wie sie für alle Arbeitnehmerinnen längst zur Selbstverständlichkeit geworden sind, gibt es für sie noch nicht.

Hier wird es — und der Freie Wirtschaftsverband ist ein energischer Vorkämpfer dafür — zu einer Angleichung der sozialen Leistungen an jene für die ASVG-Versicherten kommen müssen. Ich sage dies im vollen Verantwortungsbewußtsein und in Kenntnis der schwierigen finanziellen Situation der Sozialversicherungsträger. Aber Sozialpolitik und soziale Sicherheit sind für uns Sozialisten unteilbar, sie gelten für alle Österreicher, und hier ist ohne Zweifel ein Aufholprozeß bei den selbständigen Frauen dringend notwendig.

Meine Damen und Herren! Ich darf abschließend zusammenfassen: Unsere Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik stehen vor einer schwierigen Aufgabe. Das Ziel der Wirtschaftspolitik einer sozialistischen Regierung kann dabei kein anderes sein als das Ziel ihrer gesamten Politik:

Sicherung der Arbeitsplätze durch eine gesunde Wirtschaft heute und morgen.

Sicherung des Erreichten durch Stabilität und Erneuerung.

Sicherung des gemeinsam geschaffenen Wohlstandes.

Sicherung der Lebensqualität in unserem

Land, wobei im Mittelpunkt dieser Politik immer der Mensch steht.

Der Staat muß für diese Politik die Rahmenbedingungen schaffen. Dieses Budget, verehrte Damen und Herren, ist ein wichtiger Beitrag dazu. Es sieht im Kapitel Handel trotz der notwendigen Einsparungen bei den Gesamtausgaben eine überdurchschnittliche Steigerung bei der Wirtschaftsförderung vor. Es hilft mit, daß die Wirtschaft die vor ihr liegende große Aufgabe bewältigen kann.

Wer gegen dieses Budget stimmt, stimmt auch gegen die Wirtschaft. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Staudinger: Darauf werden wir noch antworten, Herr Mühlbacher! — Abg. Mühlbacher: Ich habe nicht gehört! — Abg. Staudinger: Die letzte Passage war lustig! — Abg. Ing. Sallinger: Die letzte Passage! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich muß meinem Vorredner, dem Herrn Abgeordneten und geschätzten Kollegen Mühlbacher, bescheinigen, daß er heute einige recht interessante Gedanken in die wirtschaftspolitische Diskussion eingebracht hat. Zum Teil werde ich selbst im Verlaufe meiner Rede darauf eingehen, zum anderen Teil wird sich mein Fraktionskollege und Freund Abgeordneter Josseck damit beschäftigen, insbesondere wird er auf die angekündigte Abschaffung der vorzeitigen Abschreibung beziehungsweise auf den damit verbundenen Umbau des Systems der Abschreibungen eingehen.

Wenn Herr Abgeordneter Mühlbacher meinte, es müßte auch in sozialrechtlicher Hinsicht vor allem für die selbständig tätigen Frauen einiges geschehen, dann rennt er bei uns damit offene Türen ein. Ich darf daran erinnern, daß die freiheitliche Fraktion erst vor etwa 14 Tagen unter anderem einen Initiativantrag eingebracht hat, der das Karenzgeld auch für Bäuerinnen und die Frauen selbständig Erwerbstätiger vorsieht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Eingangs seiner Rede hat Herr Abgeordneter Mühlbacher ein sehr schönes Bild der österreichischen Wirtschaft gemalt. *(Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Gepinselt!)* Es ist nur eigenartig, daß genau jener Mann, der zehn Jahre lang für die Wirtschaftspolitik verantwortlich war, nunmehr geht.

Da tauchen eine ganze Reihe von Fragen auf, etwa die Frage: War der Weg, der gegangen wurde, vielleicht gar nicht so gut, oder war dieser wirtschaftspolitische Weg doch gut und kann nur nicht mehr fortgesetzt werden? Sieht Androsch vielleicht jetzt selber Schwierigkei-

Dr. Stix

ten auf uns zukommen, die nicht mehr mit dieser lässigen Verschuldenspolitik gemeistert werden können, die während der siebziger Jahre permanent angewendet wurde?

Alles offene Fragen, auf die wir die Antworten heute noch nicht kennen.

Die Diskussion um den Abgang des Herrn Finanzministers verbindet sich mit der Diskussion, die um die Kompetenzen des Finanzministeriums entflammt ist. Ich frage also: Hat dieses Superministerium nicht Kompetenzen, die besser bei anderen Ministerien aufgehoben wären?

Ich möchte ganz kurz darauf eingehen, weil ich glaube, daß der Herr Bundesminister Dr. Staribacher nicht ganz unberührt von dieser Diskussion ist, stellt sich doch die Frage nach der Position des Wirtschaftsministers, die Frage: Wie groß, wie stark, mit welchen Kompetenzen ausgestattet sollte richtigerweise ein Wirtschaftsministerium sein?

Der Bundesminister Dr. Staribacher hat im Ausschuß, bescheiden wie er ist, erklärt, er habe für sich genug Kompetenzen. Das kann uns Freiheitliche aber natürlich nicht hindern, die Sache grundsätzlicher zu betrachten. Und nach unseren freiheitlichen Vorstellungen ergibt sich ganz klar das Verlangen, daß neben einem starken Finanzminister ein ebenso starker Wirtschaftsminister zu stehen hätte! (Beifall bei der FPÖ.)

Wir stützen uns dabei nicht zuletzt auf die Erfahrungen in anderen westlichen Staaten, beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland, wo die Erfahrungen mit verschiedenen Varianten der Stellung des Finanz- und des Wirtschaftsministers gezeigt haben, daß es für die volkswirtschaftliche Entwicklung sehr wohl von Bedeutung ist, wenn eben neben einem Finanzminister auch ein mit gleicher Macht- fülle ausgestatteter Wirtschaftsminister steht.

In Österreich ist das nicht so. Wenn ich zum Beleg dieser These nur eine einzige Stelle zitieren darf: Im Punkt D 4 des geltenden Bundesministeriengesetzes heißt es über die Kompetenz des Finanzministers: „Angelegenheiten der Wirtschaftspolitik, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fallen, unbeschadet der Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes zur wirtschaftlichen Koordination.“

Das heißt nichts anderes als: Die Generalkompetenz für Wirtschaftspolitik liegt nach geltender Rechtslage nicht beim Handelsministerium, sondern beim Finanzministerium. Ich persönlich halte das nicht für glücklich, denn es liegt in der Natur eines Finanzministeriums, daß es ein gigantischer Geldstaubsauger ist,

eine Geldbeschaffungsmaschine, die sehr gut arbeiten soll und muß für den Staatsapparat, aber die Wirtschaftspolitik gerät dadurch allzu leicht in den Sog einer primär fiskalischen Betrachtungsweise. Genau das ist es, was wir für nicht gut halten. Daher unsere Auffassung, es sollte bei den Überlegungen, die Kompetenzen andersgewichtig zu verteilen, auch darauf Bedacht genommen werden, das Wirtschaftsministerium zu stärken.

Die Fragen, die sich in der aktuellen Wirtschaftssituation aufdrängen, sind derartig gewaltig und umfangreich, daß man mühelos eine Stunde über Wirtschaftspolitik sprechen könnte.

In das gleiche Ressort gehört auch die Energiepolitik. Es bedarf keiner Worte, um verständlich zu machen, daß auch die energiepolitischen Fragen derartig drängend sind, daß eine weitere Stunde allein darüber gesprochen werden könnte.

Nun will ich also meine Kollegen von links und rechts nicht schrecken. Es steht nur in etwa eine halbe Stunde für beides zusammen zur Verfügung. Aber ich sage das deswegen, weil ich von vornherein klarstellen möchte, daß es heute und hier nur möglich ist, über Schwerpunkte einiges auszuführen, daher eine wirtschaftspolitische Stellungnahme heute lückenhaft bleiben muß.

Was stellt sich uns denn heute für das Bild dar, wenn wir die wirtschaftliche Bühne betrachten? Auf dieser wirtschaftlichen Bühne wird heute noch — zumindest in Österreich — Konjunktur und Vollbeschäftigung gespielt, aber die Kulissen wackeln bereits, ein Teil der Kulissen fällt zusammen, und die Schauspieler auf dieser wirtschaftlichen Bühne werden nervös. In nüchterneren Worten ausgedrückt findet sich das im Monatsbericht 11 aus 1980 des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung. Da ist gleich eine Zusammenfassung — ich zitiere —: „Konjunkturabschwächung setzt sich im Herbst fort — Auftragslage und Kapazitätsauslastung weiter verschlechtert — Zunahme der Arbeitslosigkeit — Defizit der Handelsbilanz trotz Konjunkturschwäche nicht verringert — Hohes Zinsniveau bewirkt Anstieg der Auslandspassiva des Kreditapparates — Inländisches Geldkapitalaufkommen weiterhin ungenügend — Preisauftrieb vorübergehend abgeschwächt.“ In der ganzen Aufzählung erscheint der letztgenannte Punkt als der einzige Silberstreif am dunklen Horizont.

Was uns vor allem bedrückt, ist die unleugbare Tatsache, daß es immer mehr auch Firmen von Rang und Ansehen, Firmen mit gutem Namen sind, die wirtschaftlich zu wackeln

Dr. Stix

beginnen. Das zieht sich von der Photobranche bis in die Schibranche, vom Stahl bis zur Getränkeindustrie. Wenn man sich diese Dinge ein bißchen näher anschaut, dann stößt man sehr schnell auf ein überall feststellbares Merkmal, daß nämlich auch diese an sich bis vor kurzem gut florierenden Firmen über nahezu keine Polster verfügen, die es ihnen erlauben würden, über Durststrecken hinwegzukommen.

Wie geht es weiter? Das ist die große Frage. Es ist unschwer zu prognostizieren, daß der Kampf um die Märkte härter werden wird. Das gilt für die Binnenmärkte, das gilt für die Auslandsmärkte. Auf den österreichischen Binnenmärkten schwappen die Importe herein. Wir nähern uns wiederum einem Außenhandelsdefizit von etwa 90 Milliarden Schilling in diesem Jahr. Da fühlt man sich natürlich schon wieder an das Horrorergebnis der Außenhandelsbilanz aus dem Jahr 1977 erinnert. Es war, jetzt rückblickend betrachtet, eine sehr voreilige Freude, daß man 1978 und 1979 meinte, diese Sache könne man vergessen, habe man überwunden.

Immer mehr zeichnet sich unser Außenhandelsdefizit als ein strukturelles ab, und man wird sich eingehend damit beschäftigen müssen.

Aber der immer härter werdende Kampf auf dem Binnenmarkt setzt sich fort auf den Auslandsmärkten; dort kämpft die an sich sehr initiativ österreichische Exportwirtschaft mit schrumpfenden Erträgen, und sie bekommt jetzt das gleiche Phänomen zu spüren, das die Firmen auch im Inland zu spüren bekommen, nämlich es wirkt sich der kurze Atem vor allem einer nicht vorhandenen Kapitaldecke aus. Wir dürfen nicht vergessen, daß Österreich heute mit etwa einem Drittel seines Bruttosozialproduktes weltmarktverflochten ist, und daher können wir gar nicht durch autonome Maßnahmen innerhalb unserer eigenen Grenzpfähle die Dinge in den Griff bekommen oder im Griff behalten, sondern wir müssen uns einfach der Herausforderung stellen, die von weltweiten Entwicklungen ausgeht.

So klein unser Land ist, so groß ist es doch im Welthandel. Österreich zählt heute zu den 20 größten Welthandelsländern. Daher gilt also für Österreich, mehr noch als für andere Länder, die harte Tatsache zu beachten, daß der Konkurrenzkampf im Außen- wie im Binnenmarkt international geworden ist, daß wir uns auf diese Internationalität des Konkurrenzkampfes einstellen müssen, ob wir wollen oder nicht.

Da gibt es meines Erachtens in Wahrheit nur ein einziges Rezept, das weit vor alle anderen, die man natürlich flankierend auch braucht, zu stellen wäre, und dieses Rezept aus freiheitli-

cher Sicht heißt: Wir müssen gezielt die Betriebe leistungsfähig machen und leistungsfähig erhalten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein Problem ist die fehlende Kapitaldecke. Ich sagte schon, daß davon auch namhafte Firmen betroffen sind. Und da ist es nicht so sehr wichtig, ob es um Eigenkapital oder um Fremdkapital geht, sondern entscheidend ist der Umstand, ob genügend Risikokapital vorhanden ist. Fehlt Risikokapital, dann gibt es auch keine Innovationen, von denen der Abgeordnete Mühlbacher richtigerweise gesagt hat, ebenso wie der Herr Präsident Sallinger, daß wir sie brauchen, was auch von unserer Seite nicht bestritten wird. Ohne Risikokapital gibt es keine Investitionen, sei es in Richtung Erweiterung, sei es in Richtung Rationalisierung. Ohne Risikokapital gibt es aber, bitte, auch keine Markterschließungen. Das scheint mir der gravierendste Punkt zu sein.

An dieser Stelle ist etwas zu unserem Steuersystem zu sagen. Unser Steuersystem ist heute nicht geeignet, dieses Kapitalbildungsproblem zu lösen. Man muß leider, leider feststellen, daß unser heutiges Steuersystem ein Kapitalabschreckungssystem ist, und das darf nicht so bleiben. *(Beifall bei der FPÖ.)* Ich wiederhole daher an dieser Stelle den schon einmal unterbreiteten freiheitlichen Vorschlag, daß man in Österreich das Steuersystem in Richtung einer einheitlichen Unternehmensertragssteuer umbauen sollte, und zwar rasch. Die Details habe ich schon bei anderer Gelegenheit vorge-
tragen.

Ich möchte das jetzt nicht wiederholen. Aber wir sehen diesen Punkt als essentiell an, um langfristig dieses immer schwieriger werdende Problem einer positiven Lösung zuzuführen.

Nun wird mir der Herr Bundesminister Dr. Staribacher entgegenhalten, das sei eine Sache des Finanzministers, und da muß ich sagen: Genau deswegen glauben wir, daß es eines starken Wirtschaftsministers bedarf, denn ein starker Wirtschaftsminister hätte seinen Kollegen, den Finanzminister in eine solche Richtung zu drängen, wenn sie sich als volkswirtschaftlich notwendig erweist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein zweites großes Problem ist der Komplex Investitionen. Ich möchte hier zunächst die Rationalisierungsinvestitionen ausschließen. Wann macht man denn Erweiterungsinvestitionen? Entweder wenn man Absatzerwartungen bezüglich schon bestehender Produkte hat oder wenn man Absatzerwartungen hinsichtlich neuer Produkte hat. Ohne diese Erwartungen gibt es überhaupt keine Investitionen.

Zweitens ist es aber dann vonnöten, daß es auch Möglichkeiten gibt, derartige beabsich-

Dr. Stix

tigte Investitionen durchzuführen. Zu diesen Möglichkeiten gehört die Abschätzung: Kann ich meinen Kapitalbedarf decken? Werde ich in der Lage sein, die Investition durchzufinanzieren? Damit im Zusammenhang stehen auch leidge Besicherungsprobleme. Man versteht leider Gottes heutzutage unter Investitionen primär immer noch Anschaffungen von Gebäuden oder Maschinen und sieht bilanztechnisch und auch kreditbesicherungstechnisch viel zuwenig die viel größere Bedeutung von abstrakten Investitionen, etwa in Forschung oder Markterschließung. Dafür haben wir bis heute nicht die Probleme der Kapitalbeschaffung, geschweige denn der Durchfinanzierung befriedigend gelöst.

Wir sind damit beim Thema Förderungen. Nun möchte ich dem Herrn Bundesminister Dr. Staribacher bescheinigen, daß seine Förderungen an sich durchaus beachtlich sind. Aber man muß die Relationen in Betracht ziehen. Wir haben heute in Österreich — wenn ich grob über den Daumen peile, weil man sich solche Zahlen leichter merken kann — ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 250 Milliarden Schilling. Etwa drei Viertel davon, also rund 180 Milliarden Schilling, sind privatwirtschaftlich. Nun geht aus Ihren eigenen Unterlagen, Herr Bundesminister, hervor, daß von diesen rund 180 Milliarden Schilling Investitionsvolumen etwa 10 Milliarden Schilling von Ihnen gefördert werden. Das heißt, das von Ihnen geförderte Investitionsvolumen bewegt sich in der Größenordnung von rund 6 Prozent der gesamten privatwirtschaftlichen Investitionen. Da sieht man nun die marginale Situation der tatsächlichen Wirtschaftsförderung.

Wenn man jetzt noch eine andere Überlegung anstellt, Herr Bundesminister, nämlich daß Sie mit der ganzen Fülle Ihrer Detailförderungsmaßnahmen ein Investitionsvolumen von 10 Milliarden Schilling, wo Hunderte, ja Tausende Betriebe unter Umständen betroffen sind, fördern — also 10 Milliarden Schilling auf der einen Seite —, aber auf der anderen Seite mit der Förderung eines Projektes, wie etwa General Motors, mit einem Schlag ein Investitionsvolumen von 8 Milliarden Schilling ausgeben, dann stellt sich natürlich sehr wohl die Frage, ob hier eine richtige Schwerpunktbildung vorgenommen wurde. Nichts gegen General Motors an sich, nichts dagegen, daß man versucht, ausländische Firmen dazu zu bewegen, in Österreich Fuß zu fassen, aber die Frage, ob die Größenordnung bei diesem Projekt stimmt, stellt sich. Es stellt sich weiters die Frage, ob der Standort der richtige ist. Mein Kollege Dr. Ofner hat schon gesagt: 70 Kilometer weiter südlicher, etwa im Raum Ternitz, sähe die Sache schon anders aus. Er hat sicher-

lich recht damit, denn in Wien haben wir keinen Arbeitsplatzmangel.

Aber auch die von Kollegen Mühlbacher hier vorgetragene Argumentation, im Wege der General Motors-Förderung würden auch Dutzende, ja vielleicht sogar Hunderte österreichische Betriebe im Wege der Zulieferungen gefördert, ist nicht stichhaltig. Sie ist deswegen nicht stichhaltig, weil sie kein für General Motor spezifisches Argument ist, denn jede Förderung, Herr Bundesminister, auch die Förderung ihrer vielen kleinen Betriebe, hat zur Folge, daß automatisch damit deren Zulieferer, deren Lieferanten gefördert werden. Das heißt, die Frage, daß über irgendein Projekt auch die Zulieferer gefördert werden, ist nicht etwas, was ausschließlich für General Motors spricht, sondern das spricht überhaupt für jede Förderung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir Freiheitlichen sehen in allererster Linie die ganz große Rolle der Klein- und Mittelbetriebe für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung. Wir leben in einer sich ständig ändernden Wirtschaft. Das bedeutet, daß es immer wieder da und dort Freisetzung von Arbeitskräften geben muß. Es muß diese Freisetzung einfach deshalb geben, weil sie die Folge von Rationalisierungsmaßnahmen ist, die ihrerseits wieder die Voraussetzung für einen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt sind.

Wir können das aber natürlich nicht einfach im Sinne eines längst überholten Laissez-faire, Laissez-passer hinnehmen. Wir müssen dafür sorgen, daß diese da und dort freigesetzten Arbeitskräfte anderweitig untergebracht werden. Das heißt, wir brauchen andere Betriebe, seien es bestehende, die expandieren, seien es neue, die die freigesetzten Arbeitskräfte aufsaugen. Wenn das gelingt, dann ändern sich auch ganz automatisch die Wirtschaftsstrukturen, wobei sowohl von Präsident Sallinger als auch von Präsident Mühlbacher hier bestätigt wurde, daß wir in Österreich eine Änderung der Strukturen brauchen. Aber wir sollten nicht wie ein Kaninchen auf die Schlange starren und immer wieder meinen: Strukturpolitik, Strukturänderung, Strukturpolitik, sondern wir sollten sagen: Fördern wir gezielt expandierende Betriebe, dann saugen diese die anderweitig freigesetzten Arbeitskräfte auf, und auf diesem Wege verändern sich die Strukturen automatisch in die von uns gewünschte Richtung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich komme zurück auf die schon erwähnte Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe in diesem Zusammenhang. Es ist inzwischen nachgewiesen, wie sehr sich gerade die Klein- und Mittelbetriebe durch Ertragskraft im Vergleich zu den Großbetrieben auszeichnen. Einer Ver-

Dr. Stix

öffentlichung der „Wochenpresse“ vom 8. Oktober dieses Jahres entnehme ich einen Vergleich der Nettoproduktion pro Kopf nach Betriebsgrößen. Wenn man die Betriebe mit über 1 000 Beschäftigten ansieht, dann weisen sie eine Nettoproduktion pro Kopf von 231 000 S auf, hingegen die Betriebe zwischen 100 und 500 Beschäftigten von 264 000 S. Selbst die kleinen Betriebe bis nur 100 Beschäftigte liegen im Durchschnitt bei einer höheren Pro-Kopf-Netto-Produktion als die Betriebe im Bereich zwischen 500 und 1 000 Beschäftigten.

Mit anderen Worten: Von der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung her gesehen sind die Klein- und Mittelbetriebe interessanter als die Großbetriebe; nebenbei bemerkt, natürlich auch für den Fiskus, denn Steuern werden bekanntlich nur dort bezahlt, wo vorher Gewinne erzielt wurden.

Der zweite starke Gesichtspunkt der Klein- und Mittelbetriebe ist ihre Bedeutung für die Vollbeschäftigung. Wir wissen doch zunächst aus der eigenen österreichischen Erfahrung der Jahre 1974, 1975 und 1976, daß es die Klein- und Mittelbetriebe waren, die nicht nur in der Großindustrie freigesetzte Arbeitskräfte aufgesaugt haben, sondern darüber hinaus auch noch zusätzliche Arbeitsplätze schaffen konnten.

Es gibt aber auch amerikanische Erfahrungen. Beispielsweise kann man dem Small-Business-Report 1978 entnehmen, daß gerade die kleinen Firmen in den letzten acht Jahren in Amerika für 6 Millionen Menschen neue Arbeitsplätze bereitgestellt, während die 1 000 größten Firmen zusammen lächerliche 74 000 Beschäftigungsmöglichkeiten zusätzlich geschaffen haben. Das heißt — jetzt an die sozialistische Seite dieses Hauses gewandt —: Wenn Ihnen die Vollbeschäftigung so wie uns Freiheitlichen am Herzen liegt, dann müssen Sie gezielt gerade die Klein- und Mittelbetriebe fördern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nicht uninteressant in diesem Zusammenhang sind auch Meldungen, die jüngst durch die Wirtschaftspresse gingen, wonach OECD-Europa, also die westlichen Industrieländer, eine neue Politik dahin gehend zu kreieren versucht hat, daß die arbeitsplatzschaffende Fähigkeit der klein- und mittelstrukturierten Wirtschaft ausgenützt wird, um die in diesen Ländern ständig zunehmenden Arbeitslosenzahlen senken zu können.

Damit sind wir beim Thema Mittelstand; ein Lieblingsthema auch des Herrn Bundesministers Dr. Staribacher, allerdings in anderer Hinsicht. Sein Scherzwort ist allzu bekannt und liegt uns allen noch in den Ohren. Herr Bundesminister, Sie haben gefragt: Wenn es einen Mittelstand gibt, wer ist dann der Unter-

stand? Herr Bundesminister, ich wüßte eine Antwort: Der Unterstand sind Sie, das heißt, Sie sollten es sein. Sie sollten nämlich durch Ihren Beistand für den Mittelstand zu einem schirmenden Unterstand für diesen Mittelstand werden! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir werden im übrigen noch reichlich Gelegenheit haben, über dieses Thema des Mittelstandes anlässlich der Enquete am 23. Jänner 1981 zu sprechen.

Diese Enquete kam zustande, weil die sozialistische Seite Bereitschaft gezeigt hat, über die von der ÖVP ausgegangene Initiative zu sprechen, und auf der Basis dieser Gesprächsbereitschaft von beiden Seiten der von mir vorgebrachte freiheitliche Vorschlag, doch eine Enquete über die Lage der Klein- und Mittelbetriebe zu halten, auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Ich nehme das als ein gutes Omen für eine sachgerechte Inangriffnahme und Bewältigung der mit dem ganzen Mittelstand verbundenen Probleme.

Lassen Sie mich schnell auf zwei Details eingehen in diesem Zusammenhang. Eine ganz große Sorge für alle Klein- und Mittelbetriebe ist die Belastung durch Verwaltungsaufwand, der Bürokratismus. Es gibt eine westdeutsche Untersuchung, ich zitiere sie aus der Zeitschrift „Rationell“, wo eine zusammenfassende Übersicht über die Höhe der Belastungen durch administrative Leistungen für den Staat zeigt, wie sehr hier die Klein- und Mittelbetriebe benachteiligt sind.

Wenn ich nur eine Ziffer herausgreife, die Kosten in Prozent vom Umsatz, also die Bürokratiekosten, wenn man so sagen darf, dann schlagen die bei den Kleinbetrieben bis 50 Beschäftigte mit 2,2 Prozent vom Umsatz zu Buche. Das ist sehr viel.

Bei den Betrieben mit 500 und mehr Beschäftigten betragen diese Kosten lediglich 0,7 Prozent vom Umsatz. Es zeigt sich also hier ganz deutlich die starke Benachteiligung der klein- und mittelstrukturierten Wirtschaft gerade durch eine übermäßige Bürokratisierung.

Es ist das ein Punkt, wo der Hebel angesetzt werden müßte, um diesen Betrieben zu helfen.

Ein anderes Spezialkapital ist die Nahversorgung. Wir werden uns damit sicherlich auch in Zukunft so wie in der Vergangenheit noch oft und oft beschäftigen müssen. Ich habe aber mit großem Interesse die hier vom Rednerpult gleich zweimal getroffene Feststellung des Herrn Abgeordneten Mühlbacher zur Kenntnis genommen. Er hat nämlich gesagt, was er nicht wünsche, das ist eine gernerle Verlängerung der Öffnungszeiten, eine generelle Verlängerung der Ladenoffenhaltezeiten. Das ist genau

Dr. Stix

der Punkt, wo sich diese nunmehr von sozialistischer Seite erhobene Forderung mit unseren freiheitlichen Auffassungen deckt.

Denn auch die freiheitliche Initiative für einen flexiblen Ladenschluß bezweckt keineswegs eine Verlängerung der wöchentlichen Offenhaltezeit, sondern ganz im Gegenteil, sie reduziert diese und schränkt sie ausdrücklich auf 50 Wochenstunden ein, ein Wert, der gegenwärtig empirisch auch vorhanden ist. Uns geht es um etwas ganz anderes. Uns geht es um mehr Flexibilität, und die, glauben wir, liegt sowohl im Interesse der kleinen Kaufleute wie im Interesse der Konsumenten und ganz besonders im Interesse der berufstätigen Frauen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es wurde diesbezüglich ein Unterausschuß eingesetzt, und wir werden noch oft Gelegenheit haben, uns sachlich darüber zu unterhalten.

Nun einige Worte zur Energiepolitik. Es liegt uns seit vorgestern der Energiebericht der Bundesregierung 1980 vor, es war nicht die Zeit, ihn so durchzuarbeiten, daß heute schon eine Würdigung möglich ist. Aber auf Grund der ersten Durchsicht, die ich persönlich vorgenommen habe, stehe ich unter dem Eindruck, daß aus diesem sehr ungeliebten Kind des Herrn Bundesministers doch allmählich nach und nach etwas geworden ist. Dieser Energiebericht ist es durchaus wert, daß man sich lange und eingehend mit ihm beschäftigt.

Beim Thema Energie stellt sich automatisch das Thema Wirtschaftswachstum. Wir Freiheitlichen haben schon vor Jahren immer wieder die damals gang und gäbe gewesene Formulierung und Behauptung angegriffen, ein bestimmtes Wirtschaftswachstum erfordere ein gleich hohes Energiewachstum.

Nun ist auch gewissermaßen amtlich erhärtet, daß wir Freiheitlichen recht hatten, als wir damals schon sagten, Wirtschaftswachstum, ein maßvolles, ist auch bei reduziertem Energiewachstum möglich.

Es findet sich auf Seite 38 dieses Energieberichtes eine Berechnung für die Jahre 1972 bis 1979, und da heißt es:

„Der Energieverbrauch nahm um 1,9 Prozent zu, das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,2 Prozent. Die Produktionselastizität des Energieverbrauches betrug somit 0,6 Prozent.“

Wenn man also früher behauptet hat, es ginge nur eins zu eins, dann ist also hier bereits auf Grund von Erfahrungswerten erhärtet, daß es in Wahrheit auch anders geht.

Wir Freiheitlichen freuen uns, daß diese Erkenntnis nun um sich greift. Wir glauben,

daß dies eine tragfähige Basis darstellt, um in Zukunft Energiepolitik richtig zu konzipieren.

Ich möchte heute nicht über die Frage der Kernenergie sprechen. Wir haben den Unterausschuß eingerichtet, zu dem uns das eingebrachte Volksbegehren verpflichtet. Wir werden dort eingehend über diese Frage reden. Ich möchte lediglich heute hier in aller Deziidiertheit feststellen, daß sich für die freiheitliche Fraktion in der Frage der Kernenergienutzung auf breiter wirtschaftlicher Basis in Österreich nichts geändert hat und daß wir keine Veranlassung haben, unsere diesbezüglich eingenommene Haltung auch nur im kleinsten zu ändern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Weiters kann ich es mir ersparen, über Kohle zu sprechen. Wir hatten unlängst Gelegenheit dazu, als wir das Polen-Kohle-Garantieabkommen diskutierten.

Auch das Thema Öl, obwohl ein Dauerbrenner in der Energiediskussion und zweifellos unser größtes Problem im Moment, soll heute hier ausgeklammert bleiben.

Ich möchte vielmehr die Gelegenheit benutzen, um noch einen kurzen Blick auf die Entwicklung der Alternativenenergien zu werfen. Aus verschiedenen Gründen. Ein Grund ist die in schöner Regelmäßigkeit wiederkehrende Preiserhöhung für Öl. Auch heute erfuhren wir wieder von einer neuen zehnprozentigen Ölpreiserhöhung.

Wir sollten, abgesehen von dem Schrecken, den uns diese Entwicklung immer wieder einjagt, auch die positiven Seiten erkennen. Diese bestehen eben darin, daß nur aus einer Verteuerung der fossilen Energieträger und insbesondere des Öls der Druck kommen kann und auch kommt, die ja ebenfalls kostspielige Entwicklung von Alternativenenergien energischer als bisher voranzutreiben.

Der Energiebericht enthält diesmal ein etwas größeres Kapitel über die Alternativenenergien. Das zeigt, wie sehr wir inzwischen den Zeitpunkt erreicht haben, wo man sagen kann, es ist alles einmal in Fluß gekommen, die Dinge beginnen sich auf breiter Front zu entwickeln.

Aber aus meiner Sicht geht diese Entwicklung viel zu langsam vor sich, alles verläuft zu schleppend, und es käme daher gerade jetzt darauf an, bei der weiteren Entwicklung der Alternativenenergien stärkeren Druck dahinter zu setzen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In aller Kürze nur einige Punkte herausgegriffen, Thema Biomasse. Wir erleben heute die Wiederentdeckung des Holzes. Wir nehmen mit Freude zur Kenntnis, daß es heute nicht mehr als unfein oder gar als unseriös gilt, über Biogas, Stroh und Energiepflanzen zu diskutie-

Dr. Stix

ren, sondern daß das ganz im Gegenteil Gegenstand der Arbeiten hochqualifizierter Techniker und Wissenschaftler ist, eine Entwicklung, die wir Freiheitlichen vor Jahren mitinitiiert haben und die wir daher jetzt mit einer gewissen Genugtuung betrachten.

Einen weiteren Punkt herausgegriffen, Thema Alkohol für Energiezwecke. Wir wissen, technisch ist es machbar. Es gibt sogar Projekte, es gibt auch neuere Entwicklungen auf diesem Gebiet. Trotzdem geht nichts weiter. Warum geht nichts weiter? Weil Herr Bundesminister Staribacher die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben sieht und sich daher nicht in der Lage sieht, die Dinge preislich, preispolitisch in den Griff zu bekommen.

Herr Bundesminister! Ich muß Ihnen halt wieder einen Vorschlag machen, wo Sie sagen werden, das geht ja vielmehr den Finanzminister an. Und ich behaupte, es wäre Ihre Aufgabe als Wirtschaftsminister, dem Finanzminister in dieser Hinsicht Impulse und Anstöße zu geben. Wir könnten nämlich sofort mit einer Biospritproduktion in Österreich beginnen, wenn man, etwa an amerikanischen Beispiele sich anlehnd, sich in Österreich ebenfalls dazu aufraffen könnte, zu sagen, für einen begrenzten Zeitraum befreien wir diese neuartige Energieproduktion von sämtlichen Abgaben. Dann, Herr Bundesminister, wäre sie nämlich heute schon wirtschaftlich, und wir würden damit in die Lage kommen, diesen produktionstechnischen Prozeß in Gang zu bringen, der ohnedies Jahre in Anspruch nimmt und der uns dann in die Lage versetzt, das Mengenproblem besser zu lösen, das bei der Treibstoffversorgung auf uns zukommt. *(Abg. Dr. Zittmayr: Das ist eine gescheite Rede!)*

Herr Kollege Zittmayr! Ich freue mich, daß die Landwirtschaft zur Kenntnis zu nehmen beginnt, wie gut die freiheitlichen Vorschläge für eine Energieproduktion der Landwirtschaft sind. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Graf: Ich habe ihn immer gewarnt zu applaudieren! Man weiß nicht, was bei Ihnen herauskommt!)*

Mich persönlich freut natürlich der Durchbruch, den heute die Sonnenenergie in Österreich erlebt hat. Wir hatten im Jahr 1976 einen Bestand an Solaranlagen von rund ganzen 2 000 Quadratmetern. Heute, das heißt Ende des Jahres 1979, ist dieser Bestand bereits auf 40 000 Quadratmeter Kollektoren — und die sind ja nur eine der möglichen Nutzungsformen — angewachsen. Das ist eine Vervielfachung.

Es ist interessant, sich zu überlegen, was das in etwa heute schon bringt. Wenn man nur von einem 25prozentigen Wirkungsgrad ausgeht und vorsichtig über das Jahr mit abgerundeten Werten rechnet, dann kommt man darauf, daß

aus diesen 40 000 Quadratmetern Kollektorfläche immerhin im Jahr 10 Millionen Kilowattstunden Nutzenergie kommen. Das ist natürlich sehr, sehr wenig, aber wir können ruhig davon ausgehen, daß sich die Nutzung der Sonnenenergie mindestens vertausendfachen wird, und da kommen wir schon in ganz andere Größenordnungen.

Im übrigen taucht hier ein Problem auf, das der Energiebericht auf Seite 49 kurz anschnidet. Ich halte es für ein wichtiges Problem. Es zeigt sich nämlich, daß diese jetzt da und dort vermehrt eingesetzten Alternativenenergien statistisch nicht erfaßt werden. Weder die Sonnenwärme noch die Umgebungswärme oder auch die geothermische Wärme scheinen in einer Wirtschaftsstatistik auf. Hier droht bei einer Weiterentwicklung dieser Alternativenenergien die Gefahr einer verzerrten Darstellung unserer Energiebilanz, und man wird sich den Kopf zerbrechen müssen, wie man das abändern kann.

Im Zusammenhang mit der Sonnenenergie, aber überhaupt mit der Nutzung der Umgebungswärme spielen die Wärmepumpen eine zunehmende Rolle. Bekanntlich haben wir ja Umgebungswärme in Hülle und Fülle. Das Problem besteht nur darin, daß wir sie sammeln müssen, daß wir sie verdichten müssen — sprich: auf ein höheres Niveau bringen — und daß wir sie speichern müssen. Alles Probleme, die wir noch nicht optimal gelöst haben, aber die lösbar erscheinen

Bei den Wärmepumpenanlagen schaut es auch so aus: 1976 hatten wir erst ganze 33 Anlagen in Österreich, 1979 sind es bereits über 1 000 Anlagen. Die Entwicklung explodiert, man darf mit einer Verhundertfachung als mindestens rechnen.

Auch hier zeigt eine Überschlagskalkulation — wenn man nur von 1 000 Betriebsstunden im Jahr ausgeht und die hineingesteckte Energie, also den Energieinput wegläßt —, daß aus diesen etwas über 1 000 Wärmepumpenanlagen in Österreich bereits auch pro Jahr 10 Millionen Kilowattstunden Nutzenergie stammen, ohne daß dies statistisch irgendwo erfaßt wäre.

Ein Spezialproblem noch zusätzlich bei den Wärmepumpen. Herr Wirtschaftsminister, Sie werden mir wiederum sagen, das geht ja den Finanzminister etwas an und nicht mich, und ich werde Ihnen wieder antworten müssen, von Ihnen als Energieminister wäre zu erwarten, daß sie diese Dinge bei Ihrem Ministerkollegen betreiben, und das betrifft unseren freiheitlichen Initiativantrag zur Gasölsteuerbegünstigung. Er würde erlauben, mit Verbrennungsmotoren angetriebene Wärmepumpen auch in Österreich einzusetzen. Energiepolitisch hoch-

Dr. Stix

interessant! (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Woran hapert es? Unser freiheitlicher Initiativantrag liegt seit Monaten im Finanzausschuß, und die Arbeiten auf seiten der Ministerialbürokratie verlaufen einfach zu schleppend. Wir könnten auf diesem Gebiet in Österreich heute schon genauso weit sein wie die Bundesrepublik Deutschland, aber die Dinge vollziehen sich bei uns einfach zu langsam.

Ähnliches gilt für die Geothermie, wo ich jetzt nichts mehr detailliert ausführen will. Aber auch hier stehen wir Freiheitlichen unter dem Eindruck, es geschieht zwar eine Bohrung da, eine Bohrung dort, aber insgesamt fehlt der Impetus, fehlt der Druck, auch diese für Österreich aussichtsreiche Entwicklung schneller voranzutreiben.

Eine offene Frage in diesem Zusammenhang stellt das Verhalten der ÖMV dar. Frau Bundesminister Dr. Firnberg hat mir im Ausschuß beigeplottet, als ich meinte, ich stünde unter dem Eindruck, daß man bei der ÖMV nicht mit ganzem Herzen bei dieser Entwicklung einer alternativen Energiemöglichkeit dabei ist.

Herr Bundesminister! Es wäre eine Frage an Sie, ob Sie das ähnlich beurteilen wie Ihre Ministerkollegin.

Ich darf schon zusammenfassen und sagen, bei der Energiepolitik haben wir es natürlich mit sehr viel längerfristigen Entwicklungen zu tun. Das enthebt uns aber nicht der Notwendigkeit, auch kurzfristige Überlegungen anzustellen, insbesondere Überlegungen dahingehend, wie wir uns wappnen können gegen jederzeit kurzfristig mögliche Versorgungskrisen. Damit ist das Thema Bevorratung angeschnitten, das Stichwort Krisenbevorratung gefallen.

Es geht hier um die Energierohstoffe, wo wir keineswegs noch jene umfassende Bevorratung haben, die über das Öl hinausreicht, wie wir uns das wünschen. Es ist dies ein freiheitliches Ceterum censeo, Herr Bundesminister, das uns immer wieder auch dazu zwingt, Ihrem Budgetkapitel die Zustimmung zu verweigern. Es geht uns aber nicht nur um Energierohstoffe, es geht uns in diesem Zusammenhang auch um andere kritische Industrierohstoffe, wo es sehr viele gescheiterte, ausgefeilte Konzepte, Pläne, Strategien gibt. Leider alles nur auf dem Papier.

Was uns fehlt, ist bei der gesamten Krisenbevorratung die praktische politische Umsetzung. Diese fordern wir, und solange diese nicht gegeben ist, sehen wir uns gezwungen, dieses Ihr Kapitel, Herr Bundesminister, abzulehnen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Sandmeier. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Sandmeier (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am letzten Tag der Budgetdebatte ist es wohl angebracht, nicht nur ein Resümee zu ziehen über die Budgetdebatte selbst, nicht nur noch einmal die Schwerpunkte der Krankheitsherde im Budget aufzuzeigen, sondern sich die Frage zu stellen, wie konnte es überhaupt dazu kommen, daß heute — allerdings nur mit den Stimmen der sozialistischen Fraktion — ein Budget beschlossen wird, das sehr anschaulich zum Ausdruck bringt, wohin nach zehn Jahren sozialistischer Alleinregierung dieses Land gekommen ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein Budget, das 50 Milliarden Schilling Defizit aufweist, ein Budget der großen Belastungen, ein Budget, das den Kindern und Familien 2,5 Milliarden Schilling wegnimmt, ein Budget, das nur mehr von der Hand in den Mund lebt. Ausgezogen ist die sozialistische Regierung 1970 mit viel Trara, mit viel Versprechungen. Heute läßt sich schon überblicken: nur ein Teil dieser Versprechungen wurde ernst genommen.

Man ist ausgezogen mit der Ankündigung, man wolle ein modernes Österreich bauen. (*Abg. Staudinger: Heute sind die Leute ausgezogen!*)

Wenn Sie, meine Damen und Herren, vielleicht unter einem modernen Österreich verstehen, daß sich eine politische Partei den Großteil der Machtschlüsselpositionen während ihrer Regierungszeit sichert, dann haben Sie dieses Versprechen zur Gänze eingehalten. Das Recht haben Sie aber nicht dazu. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die nebulose Schattenarmee von 1 400 Experten hat damals angeblich ein theoretisches Patentrezept erfunden, um Österreich unter einer sozialistischen Führung in das Paradies zu führen. Geblieben ist nach zehn Jahren praktischer sozialistischer Politik, was vor uns liegt: Ein Budget, das eine Finanzpleite signalisiert, ein Budget, mit dem wieder neue Schulden in Milliardenhöhe gemacht werden, nur um die alten zurückzahlen zu können.

Nach zehn Jahren ungehemmter Entfaltung ist der Lack vom Bild des vorgezauberten Paradieses bereits abgesprungen. Das Experiment Kreisky-Androsch beginnt allenthalben an Grenzen zu stoßen, welche von den Möglichkeiten, den fast unbegrenzt wachsenden Finanzbedarf zu decken, gezogen sind.

Meine Damen und Herren! Der Finanzminister hat in seiner Budgetrede das vorliegende Budget 1981 in den Zusammenhang einer

Sandmeier

angeblich langfristig konzipierten budgetpolitischen Linie gestellt. Nach seiner Meinung umfaßt diese drei Abschnitte, nämlich den, wie er sagt, ersten Abschnitt der Reformen und Budgetreservebildungen in den ersten siebziger Jahren, einen zweiten Abschnitt Mitte 1975, in welchem das Budget zur Bekämpfung der Rezession eingesetzt worden sei, und einen dritten Abschnitt ab 1980, um in nunmehr „guter“ Zeit — wohl unter Anführungszeichen — die Schulden abzubauen.

Diese Darstellung zeigt wieder einmal, daß es der Finanzminister stets sehr gut verstanden hat, ja ich möchte sagen, daß er es dabei zu einer gewissen Meisterschaft gebracht hat, Dinge ganz anders darzustellen, als sie sich zugetragen haben. In Wirklichkeit hat sich nämlich fast nichts so abgespielt, wie es der Finanzminister dargestellt hat. Was er für weise Voraussicht angibt, ist einfach passiert. Anstatt beim Ansteigen der Inflationsraten in den frühen siebziger Jahren antizyklisch zu operieren, hat der Finanzminister — die damaligen Budgetüberschreitungsgesetze sind ein klarer Beweis dafür — die Mehreingänge an Abgaben sofort wieder ausgegeben, obwohl wir damals eine überbeschäftigte Wirtschaft hatten. Er hat so Öl in das Konjunkturfeuer gegossen.

Es stimmt einfach nicht und es ist unwahr, daß damals Reserven angelegt wurden. Das Geld wurde sofort wieder ausgegeben.

Durch diese Strategie hat die sozialistische Regierung unser Land in eine gefährliche Zahlungsbilanzkrise hineinmanövriert. Diese Krise ist bis zum heutigen Tag geblieben. Diese Entwicklung ist umso gefährlicher, als sich die weltwirtschaftlichen Bedingungen für die exportorientierte und von ausländischen Energieimporten abhängige österreichische Wirtschaft verschlechtern.

Die Folgen sind aus der Statistik ablesbar. 1978 betrug der Fehlbetrag der österreichischen Leistungsbilanz 20 Milliarden Schilling. 1979 wies sie bereits einen Fehlbetrag von 23 Milliarden Schilling auf, und 1980 wird ein Fehlbetrag von 41,9 Milliarden Schilling erwartet.

Dieses Leistungsbilanzdefizit droht — genau wie das Defizit des Bundesbudgets — zum Dauerzustand zu werden und binnen kurzem die Währungsreserven der Nationalbank stark zu reduzieren.

Weil das Budget sichtbar erkrankt ist, hat der Finanzminister in seinen Budgetreden immer wieder von Konsolidierung gesprochen. Eigentlich hätte er ja Sanierung sagen müssen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn wir Fragen an den Finanzminister gestellt haben, was er zur Sanierung der österreichischen Finanzen unternehme, dann gab es damals nur eine stereotype Antwort: es gibt nichts zu sanieren. Wenn wir heute das Budget anschauen, dann wissen wir sehr genau, daß die Sanierung unumgänglich und bald notwendig ist.

Das Lied von der Konsolidierung seitens des Finanzministers ist so alt wie die Krise des Bundeshaushaltes. Denn schon im Herbst 1974 hat der Finanzminister behauptet, das Budget sei konsolidiert und die Finanzen in Ordnung, zu einem Zeitpunkt, wo vorauszusehen war, daß auf Grund der bisherigen Budgetpolitik das Budgetdefizit einfach explodieren mußte, weil für bereits sichtbare Rezessionszeiten kein Knopf Reserve angelegt wurde.

Meine Damen und Herren! Das vorliegende Budget wird gerne von der Regierungsseite als Sparbudget bezeichnet. Ich weiß nicht, was Sie dazu berechtigt, von einem Sparbudget beziehungsweise von einem Sparprogramm zu reden. Das sogenannte Sparprogramm der Bundesregierung ist in Wirklichkeit ein Etikettenschwindel. In Wahrheit handelt es sich eher um ein Programm zur Erhöhung von Steuern und Abgaben.

Die Erhöhung der Mineralölsteuer auf verschiedene Produkte und Leistungen um 65,5 Prozent, die Erhöhung der Gebühren zwischen 25 und 50 Prozent, die Erhöhung diverser Postgebühren, die Erhöhung der Telefongebühren, die Erhöhung der Personen- und Gütertarife bei den Österreichischen Bundesbahnen, die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die Erhöhung von Beiträgen zur Sozialversicherung, die Einführung einer Sonderabgabe auf Kreditunternehmen, die Einführung einer Sonderabgabe auf Erdölprodukte, all dies macht ein Vielfaches dessen aus, was die Bundesregierung an Einsparungen erzielen will. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und auch diese Einsparungen nimmt die Bundesregierung — das ist das Groteske dabei — nicht dort vor, wo sparen nötig wäre, nämlich bei ihr selbst. Der Großteil der Sparmaßnahmen sind Einsparungen auf Kosten anderer, auf Kosten der Bürger, auf Kosten der Kinder. Sparen soll nach dem Willen der Bundesregierung nicht der Bund, sondern die Bevölkerung. Über höhere Abgaben will man den Bürger zwingen, die Suppe auszulöffeln, die die sozialistische Regierung Kreisky-Androsch eingebrockt hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dabei ist die Finanzkrise des Bundes ein schrilles Alarmzeichen, das allen Anlaß geben müßte, das Verhältnis von Staat und Bürger, von öffentlicher Hand und privatem Sektor, von steuerlichem Zugriff und Abgabepflichti-

Sandmeier

gen neu zu überdenken. Nichts von all dem findet statt.

Meine Damen und Herren! Die in unserer Verfassung verbürgten Freiheiten dürfen sicher nicht allein aus einem verengten ökonomischen Blickwinkel betrachtet werden. Wenn von Freiheit gesprochen wird, geht es nicht nur um die Freiheit des Konsums, doch scheint zunehmend in Vergessenheit zu geraten, daß zum Kern bürgerlicher Freiheiten vor allem auch die freie Entscheidung über die Verwendung des in harter Arbeit erworbenen Einkommens gehört. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die sozialistische Regierung hat es geschafft, dieses Stück Freiheit unserer Bürger durch eine bis an die Grenzen des Erträglichen gesteigerte Steuer- und Abgabenlast einzuschränken. Aus einem funktionierenden Sozialstaat hat sich so ein freiheitsverzehrendes Umverteilungsmonster entwickelt, das die Bürger unseres Landes zunehmend entmündigt und ihnen die Entscheidung über die Verwendung des erarbeiteten Einkommens mehr und mehr nimmt. Von 100 S Einkommen nimmt die öffentliche Hand bereits über 41 S weg. Der Zugriff des Staates in Form einer fast konfiskatorischen Besteuerung kann nur sehr schwer mit Thomas von Aquin als „erlaubter Raub“ bezeichnet werden; das geht bei uns wohl weit darüber hinaus. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Zugriff traf und trifft die ganze Bevölkerung, und dieser Zugriff bleibt natürlich nicht ohne Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung. Es fehlt das wirtschaftliche Eigenkapital, eine wesentliche Voraussetzung für Investitionen.

Besonders stark explodiert ist aber in den letzten Jahren die Lohnsteuer, die dem Finanzminister im Jahre 1970 lediglich 13,7 Milliarden eintrug, während sie 1981 bereits 70,1 Milliarden Schilling betragen wird. Das heißt, daß in der Zeit der SPÖ-Regierung die Lohnsteuer sich auf mehr als das Fünffache erhöht hat. Die Lohnsteuer ist in dieser Zeit zweieinhalbmals so rasch gestiegen wie die Löhne und Gehälter. Und da schaut die Gewerkschaft zu!

Im Jahre 1981 werden die Löhne und Gehälter zum Teil um 6 bis 7 Prozent steigen, die Lohnsteuer aber wird 1981 um 14 Prozent steigen. Ich frage mich: Wie wollen Sie das dem VÖEST-Arbeiter, der kleinen Handelsangestellten, dem Mechanikergehilfen erklären? Das können Sie sich wahrscheinlich gar nicht mehr leisten, weil Sie die Verbindung zu diesen Leuten längst verloren haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oder glauben Sie, daß damit ein Leistungsanreiz möglich ist, wenn die öffentliche Hand von

100 S Einkommen bereits 41 S an Lohnsteuer, Sozialversicherung et cetera konfisziert?

Immer mehr kommen auch die Arbeitnehmer darauf, daß diese steuerliche Konfiskation nicht zuletzt eine Folge der jahrelang verschwenderischen Politik, einer Politik des großzügigen Geldausgebens ist. Diese Regierung hat jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt. Die scheinbaren Geschenke, meist waren es Wahlgeschenke, müssen nunmehr von der Bevölkerung mit Zins und Zinseszinsen zurückbezahlt werden.

Traurig dabei ist ja nur, daß trotz der fast jährlichen neuerlichen Belastungen der Bevölkerung das Budgetdefizit nicht geringer wird und auch 1981 50 Milliarden Schilling Kredite aufgenommen werden müssen. Der Verschuldungskurs der Bundesregierung wird nicht korrigiert; stattdessen werden die Gefahren der Verschuldung verniedlicht.

In seiner jüngsten Budgetrede bekennt sich der Finanzminister erneut zur Notwendigkeit einer sparsamen Haushaltsführung. Diese Töne haben wir wohl schon sehr oft gehört. Diese Bekenntnisse sind offenbar zeitlos, sie sind offensichtlich aber auch wertlos. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Bundesbudgets werden gerne als das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm bezeichnet. Wenn diese knappe Formulierung stimmt, dann spiegelt das Budget 1981 eine gewisse Ratlosigkeit gegenüber den gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Problemen des Landes wider. Weder in der Sozialpolitik und schon gar nicht in der Wirtschaftspolitik erfüllt dieses 335-Milliarden-Schilling-Budget den Zweck, strukturelle Probleme zu lösen und individuelle Notlagen zu beseitigen.

Indessen werden der Bevölkerung wieder neue Lasten auferlegt, und diese zusätzlichen Lasten haben alle, auch die Ärmsten der Armen — in Österreich sind dies beispielsweise die kinderreichen Familien —, zu tragen. Kinderreiche Familien kommen gleich mehrfach zum finanzministeriellen Handkuß. Der Familienlastenausgleich wird wieder einmal ausgeräumt. 2,5 Milliarden Schilling werden den Kindern mit diesem Budget weggenommen, Gelder, die zweckgebunden den Kindern gehören. Daß sich die Regierung neuerdings am Geld der Kinder vergreift, ist eine Schande! *(Beifall bei der ÖVP.)* Die Kinder können bei Gott nichts dafür, daß durch die Politik der Regierung Kreisky—Androsch das Budget derart aus den Fugen geraten ist, daß sie nicht mehr imstande ist, Überweisungen an die Pensionsversicherung in voller Höhe durchzuführen. Und schon gar nichts können die Kinder dafür,

Sandmeier

daß das Defizit der Österreichischen Bundesbahnen von Jahr zu Jahr größer wird und daß mit ihrem Geld das chronische Defizit der Österreichischen Bundesbahnen gesenkt werden soll. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Familienbeihilfen für eine Zwei-Kinder-Familie bleiben um 17 Prozent, die für eine Drei-Kinder-Familie gar um 38 Prozent gegenüber der Ein-Kind-Familie zurück.

Während beispielsweise die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes auf Strom kinderreiche Familien stärker trifft als Ein-Personen-Haushalte, wird der nächsten Generation noch zusätzliche Staatsschuld zur Rückzahlung in den neunziger Jahren und in der Zeit nach der Jahrtausendwende aufgelastet.

Meine Damen und Herren! Die Finanzschuld des Bundes steigt weiter. Ende vorigen Jahres hatte sie 230 Milliarden Schilling überschritten, heuer wird sie auf über 260 Milliarden Schilling ansteigen, und im kommenden Jahr wird sie voraussichtlich 300 Milliarden Schilling erreichen.

Der Wirtschafts- und Sozialbeirat erwartet bei dieser Politik der österreichischen Bundesregierung einen weiteren, und zwar raschen Anstieg in den folgenden Jahren, wobei schon 1984 die Schwelle von 400 Milliarden Schilling überschritten sein wird.

Jahrelang hat die Regierung diese Politik des Schuldenmachens beschönigt, jahrelang hat die Regierung das Blaue vom Himmel herunterphantasiert, um ihre Verschwendungswirtschaft und die Schuldenexplosion zu beschönigen. Jahrelang bekam man zu hören, die Regierung habe im Rahmen der Beschäftigungspolitik mehr Geld ausgeben müssen und dafür eben höhere Schulden gemacht. Das hat vielleicht zum Teil für das Rezessionsjahr 1975 gegolten, heute stimmt diese Behauptung längst nicht mehr. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und die Untat der Regierung Kreisky-Androsch ist, daß Schulden nur noch aufgenommen werden, um Zinsen und Rückzahlungen früherer Schulden durchführen zu können.

Gelegentlich wird behauptet, die Schuldenaufnahme diene der Ermöglichung von Zukunftsausgaben. Wenn die Regierung ehrlich wäre, müßte sie sagen: Wir müssen deshalb so viele Schulden aufnehmen, weil wir sonst die Zinsen und Tilgungen der bestehenden Schulden nicht mehr begleichen können. Das ist nämlich die Wahrheit. Nicht ein Schilling wird durch das Budget für mehr Straßen oder für mehr Schulen verwendet.

Das Defizit wächst nur deswegen, weil wir nicht mehr imstande sind, aus den Einnahmen, die dem Staate zufließen, die Beträge für Inve-

stitutionen, für neue Schulen, für neue Straßen abzuzweigen, sondern weil wir dieses Geld brauchen, um die bestehenden Schulden abzu zahlen. Das ist die große Minusbilanz dieser Regierung. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Man muß sich vorstellen: In 25 Jahren, nämlich von 1945 bis 1970, entstanden in Österreich 43 Milliarden Schilling Schulden, und die Regierung Kreisky hat es in den zehn Jahren ihrer Regierung fertiggebracht, zu diesen 43 Milliarden Schilling weitere 250 Milliarden Schilling dazuzulegen. Solange diese Regierung im Amt ist, besteht keine Hoffnung, daß der Schuldenberg geringer wird. Er wird nur leider immer noch größer. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es ist schon so, daß die Kinder, die heute auf die Welt kommen, mit einem Schuldschein des Staates in der Höhe von 40 000 S auf die Reise geschickt werden. Jeder Bürger, der in Österreich zur Welt kommt, kriegt diesen Schuldschein.

Die verfehlte Politik liegt vor allem auch darin, daß die Regierung nicht gewillt ist, mit dem ihr anvertrauten Geld sparsam umzugehen.

Allein die Einsetzung von acht Staatssekretären ist symptomatisch für die innere Einstellung dieser Regierung, wie man mit dem Geld umgeht, das einem selbst nicht gehört, sondern nur anvertraut ist. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Diese acht Staatssekretäre kosten natürlich Millionen Schilling. Diese Millionen Schilling sind im Budget nicht vorhanden gewesen. Daher hat man sie mit den Stimmen der Sozialisten beschlossen, die aufgesprungen sind wie die Zinnsoldaten, als es darum ging, neue Belastungsgesetze zu verabschieden.

Man holt das Geld aus den Taschen der Österreicher, fragt aber nicht, ob die Ausgaben, die mit dem Geld gemacht werden, auch wirklich sinnvoll sind. Man will die Bevölkerung wahrscheinlich bei guter Laune halten und macht deshalb ab und zu wieder ein Geschenk.

Ich wende mich dagegen, daß man den Menschen in unserem Land zuerst das Geld durch einen immer tieferen Griff in ihre Tasche wegnimmt und es dann nach einem Schwund durch eine kostspielige Umverteilungsbükratie als gnädig gewährte, huldvoll dargebrachte staatliche Leistung zur Verbesserung ihrer Existenz wieder auszahlen will. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man soll von vornherein dem Bürger mehr von seinem Arbeitseinkommen als Verfügungseinkommen belassen. Man soll der Wirtschaft, vor allen Dingen den kleinen und mittleren

Sandmeier

Betrieben, mehr von ihrem erarbeiteten Ertrag und Gewinn belassen, dann brauchen sie keine Subventionen, dann brauchen sie keine Konjunkturprogramme, dann brauchen sie keine großen staatlichen Investitionszuschüsse. Das war die Politik des unbestrittenen Raab-Kamitz-Kurses. Heute diesen Kurs mit dem Kurs Kreisky-Androsch zu vergleichen, ist eine Blasphemie. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Mock: Politische Blasphemie!*)

Die sozialistische Regierung glaubt immer noch, die gegenwärtigen Finanzierungsprobleme des Bundes durch die Erhöhung von Steuern und Abgaben lösen zu können. Die beschlossenen Belastungsgesetze werden tiefgreifende Auswirkungen auf das Preisgefüge haben und nicht ohne Folgen auf die Inflationsrate bleiben.

Daß die Schuldenwirtschaft der Regierung überdurchschnittlich hohe Beträge für Tilgung und Zinsen beansprucht, ist wohl kein Geheimnis. Mußten heuer für die Annuitäten, also für Tilgung und Zinsen, bereits 38 Milliarden Schilling aufgewendet werden, so werden es im nächsten Jahr 46,5 Milliarden Schilling sein. Das heißt, die Hälfte aller Einnahmen aus der Mehrwertsteuer, der Säule der Budgeteinnahmen, wird allein vom Schuldendienst aufgezehrt werden.

An zwei Fakten wird diese ungeheure Last des Schuldendienstes sichtbar:

Zu Beginn dieser Regierung bestanden in Österreich Schulden in der Höhe von 43 Milliarden Schilling. Nächstes Jahr brauchen wir für Zinsen und Tilgung der Schulden einen Betrag, der größer ist als die damals übernommenen Schulden von 43 Milliarden Schilling. Nächstes Jahr brauchen wir 46,5 Milliarden Schilling, nur um Zinsen und Tilgung abzudecken!

Schließlich wird das Gewicht dieser Schuldenlast, die letztlich ja auf allen Österreichern liegt, besonders deutlich durch die Feststellung, daß die Finanzschuld des Bundes von der Mitte der sechziger Jahre bis zur Mitte der siebziger Jahre nur 10 bis 13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausgemacht hat — leider ist der Herr Abgeordnete Wille nicht da, der vorhin einen diesbezüglichen Zwischenruf gemacht hat — und heute mit 26 Prozent einen doppelt so hohen Anteil hat.

Oder anders ausgedrückt: 1984 wird die Staatsschuld über 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmachen; eine unvorstellbare Größe. Zehn Jahre vorher waren es nur 10 Prozent.

Um sich ein Bild von der Größe des Schuldendienstes zu machen, möchte ich festhalten, daß die Ausgaben für den Schuldendienst

heute bereits 36mal so hoch sind wie das gesamte Budget des Außenministeriums, 22mal so hoch wie das Handelsbudget, das wir auch heute beraten, 18mal so hoch wie das gesamte Gesundheitsbudget und immerhin beinahe viermal so hoch wie das Verteidigungsbudget.

Besonders erschwerend ist aber dabei, daß den steigenden Ausgaben für Zinsen und Tilgung ein sinkendes Wirtschaftswachstum gegenübersteht. 1979 war das Bruttoinlandsprodukt real noch über 5 Prozent. Heuer ist es 3,5 Prozent, und für nächstes Jahr, also 1981, ist ein Wirtschaftswachstum von nur 1 Prozent prognostiziert.

Der Schuldendienst aber steigt von 38 Milliarden Schilling auf 46,5 Milliarden Schilling!

Diese Entwicklung hat der Herr Finanzminister offensichtlich vor Augen gehabt, als er in seiner Budgetrede nur mehr von einem Nettodefizit sprach. Er sagte, es seien nur 25 Milliarden Schilling Nettodefizit. Es ist sicherlich ein sprachliches Kunststück, dessen er sich hier bedient hat. Nur: Der Unterschied zwischen den Einnahmen und den Ausgaben des Budgets 1981 ist eben nicht 25 Milliarden Schilling, sondern 50 Milliarden Schilling, und diese 50 Milliarden Schilling müssen aufgebracht, müssen bezahlt werden. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wenn der Finanzminister gemeint hat, er scheide mit einem lachenden und einem weinenden Auge aus seiner derzeitigen Position, dann kann ich mir nur vorstellen, mit einem lachenden Auge deswegen, weil er sich sagt: Bin ich froh, daß ich für die Zukunft nicht mehr zu sorgen habe, wie wir aus diesem Schlamassel herauskommen!

Wie aber der neue Finanzminister mit der Politik des Von-der-Hand-in-den-Mund-Lebens fertig wird, das ist erst abzuwarten.

Der neue Finanzminister bekommt ein schweres Erbe zugespielt. Er muß, wenn ich das bildlich ausdrücken darf, jeden Morgen, wenn er aufsteht, vielleicht bevor er sich rasiert, einen Scheck über 127,4 Millionen Schilling nur für die Abzahlung der Staatsschulden ausschreiben. Jeden Morgen, 365mal im Jahr 127,4 Millionen Schilling!

Meine Damen und Herren! Ich darf zum Schluß kommen: Wenn Sie — ich wende mich an die linke Seite dieses Hauses — hineinhören in die Bevölkerung, und Ihre eigenen Funktionäre bestätigen das bereits, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn überall Unruhe, Besorgnis und Sorge herrschen.

Die Zwieltichtigkeit Ihrer Politik ist nicht mehr zu verschleiern. Gerade in der letzten

Sandmeier

und allerletzten Zeit ist sie wieder so deutlich sichtbar geworden.

Denken Sie an das Verhalten Minister Brodas in der Causa Androsch! „Das Verfahren ist eingestellt“, sagte er. Es hat nicht gestimmt. Es wurde weiter untersucht.

Denken Sie an das Verhalten des Bundeskanzlers zu seinem Finanzminister! Androsch ist für Kreisky nicht mehr gut genug, sein Finanzminister zu sein. Aber er ist gut genug, die so bedeutende und machtvolle Position des Generaldirektors der größten österreichischen Bank einzunehmen.

Denken Sie an die großspurigen Aussprüche sozialistischer Spitzenpolitiker über die Familienfreundlichkeit der derzeitigen Regierung! Gleichzeitig finden Sie nichts daran, daß Sie mit dem Budget, das heute mit den Stimmen der Sozialisten beschlossen wird, zweckgebundenes Kindergeld in der Höhe von 2,5 Milliarden Schilling wegnehmen und damit das Defizit der Österreichischen Bundesbahnen zu verringern versuchen.

Denken Sie vor allem auch daran, daß vor nur ein paar Jahren der Herr Bundeskanzler in aller Öffentlichkeit erklärt hat, er sei alt genug, zugeben zu können, daß er vom Budget nichts verstehe. (*Abg. Staudinger: Und jetzt übernimmt er die Finanzpolitik!*) Und da lesen wir vorgestern in der „Kronen-Zeitung“, daß sich Kreisky selbst als Interimsfinanzminister offeriert. Er versteht nichts, aber er macht's! Wir kennen das bei ihm zur Genüge.

Solche Zwielfichtigkeiten und Experimente können der Bevölkerung und damit Österreich nicht auf Dauer zugemutet werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte meinen: Regierungschef und Zirkusdirektor sind zwei verschiedene Berufe. Österreich braucht einen Bundeskanzler, der regiert und nicht jongliert. Das macht man im Zirkus, aber nicht auf der Regierungsbank. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Gerade diese allgemeine Verunsicherung, die schon viel zu lange dauert, muß endlich beendet werden!

Wenn man heute ausländische Zeitungen liest, dann muß man mit Bedauern feststellen, daß Österreich durch diese Experimente bereits viel an Kredit verloren hat.

Niemand streitet es heute mehr ab: Das Budget ist sanierungsbedürftig!

Die Österreichische Volkspartei hat ein Sanierungskonzept vorgelegt. Bisher haben Sie dieses Konzept vom Tisch gewischt. Ich appelliere allen Ernstes an die Regierungspartei, vom hohen Roß herunterzusteigen, sich wieder

an einen Tisch zu setzen und miteinander zu reden. Es wäre gut für Österreich.

Das vorliegende Budget schafft keine Vertrauensbasis. Wir werden es daher ablehnen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Erich Schmidt. Ich erteile es ihm. (*Abg. Steinbauer: Der wird es jetzt wirklich schwer haben! — Abg. Dr. Schmidt drückt auf jenen Knopf, der das Rednerpult hebt! — Abg. Dr. Fischer: Heb einmal das Niveau! — Abg. Dr. Heindl: Tiefer geht es ja nicht mehr! — Abg. Graf: Ist es wahr?*)

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sozialistische Partei ist im Jahre 1970, Herr Kollege Graf, ausgezogen, um ein modernes Österreich zu bauen. (*Abg. Graf: Das ist mißlungen!*) Und was ist davon geblieben?, wurde gefragt.

Sie wissen ganz genau, daß in diesen zehn Jahren eine bessere Beschäftigungssituation denn je, ein höheres Wachstum und eine niedrigere Inflationsrate als international erreicht werden konnte. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Aber!*)

Auch im Vergleich zu den sechziger Jahren — das wissen Sie ganz genau — haben wir in den siebziger Jahren entscheidend besser abgeschnitten, und dazu hat die Budgetpolitik natürlich wesentlich beigetragen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wenn man unsere Programme hier in der Debatte apostrophiert hat, die natürlich eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung der Politik der sozialistischen Bundesregierung waren, und wenn man sich die in der Öffentlichkeit ja überhaupt nicht bekannten Programme der Volkspartei ansieht, so kann man nur sagen: Es war offensichtlich bei der Erarbeitung tatsächlich ein „Himmelfahrtskommando“, wie Sie am 20. November, Herr Kollege Graf, gegenüber der Presse erklärten, nämlich: Die Erarbeitung einer Wahlplattform ist ja ein Himmelfahrtskommando an sich. (*Abg. Graf: Ich stehe ja dazu! Was wollen Sie?*) Es war offensichtlich ein Himmelfahrtskommando. Sie haben die Himmelfahrt offensichtlich noch nicht ganz durchführen können. Das Programm hat ja bis jetzt noch immer nicht das Licht der Öffentlichkeit erreicht. (*Abg. Graf: Ich werde abwarten, wie die Himmelfahrtskommandos Ihrer Leute ausgehen!*)

Herr Kollege Graf! Sie wissen, daß bei uns Programme und wirtschaftliche Wirklichkeit so weit übereinstimmen, daß die Erfolge, die wir

Dr. Schmidt

sowohl in der Beschäftigungspolitik, in der Bekämpfung der Inflation wie auch beim Wachstum zweifellos verzeichnen können, international unbestritten sind. Nur die ÖVP will das ja noch nicht wahrhaben. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Himmelfahrtskommando!)*

Herr Kollege Josseck! Wir werden uns noch über die wirtschaftspolitischen Konzepte der FPÖ zu unterhalten haben, die sind ja auch bis jetzt überhaupt nicht bekannt. Aber vielleicht können Sie sie uns einmal erklären. Kollege Josseck! *(Abg. Graf: Aber unseres muß gut sein! Es geht Ihnen auf die Nerven! Sie beschäftigen sich dauernd damit! Sogar Herr Mühlbacher hat es gelesen, und das heißt was!)*

Kollege Graf! Ist das Himmelfahrtskommando schon zu Ende *(Abg. Graf: Nein, nein!)*, können wir das wirtschaftspolitische Konzept der ÖVP endlich sehen?

Meine Damen und Herren, die internationale Situation ist in den Jahren 1979 und 1980 schlechter geworden. Wir haben heuer im OECD-Bereich insgesamt eine Wachstumsrate von knapp 1 Prozent zu verzeichnen, im Bereich von OECD-Europa eine Wachstumsrate auch von rund 1 Prozent, während wir in Österreich mit rund 3,5 Prozent ein zusätzliches Wachstum, das weit über diesem internationalen Durchschnitt liegt, verzeichnen.

Das wurde auch durch das Budget der sozialistischen Bundesregierung erreicht. Die Bundesregierung hat gezeigt, daß sie eben imstande ist, die Probleme in Österreich zu lösen, und besser zur Lösung von Problemen imstande ist als die meisten westlichen Industrieländer. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber es hat sich auch gezeigt, meine Damen und Herren, daß offensichtlich die soziale Marktwirtschaft nicht imstande ist, die Probleme zu lösen. Denn was ist denn wirklich sozial, wenn 23 Millionen Arbeitslose in den westlichen Industrieländern zu verzeichnen sind? *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Was ist denn sozial, wenn es statt 23 24 Millionen im nächsten Jahr sein werden? *(Zwischenruf des Abg. Dr. Hafner.)* Kollege! Was ist denn daran sozial, wenn die Inflationsrate in den meisten Ländern doppelt so hoch ist? *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Hören Sie zu und antworten Sie dann, Kollege! Es ist dann leichter zu diskutieren.

Und was ist denn sozial in dieser Marktwirtschaft, wenn die Grundprobleme kaum gelöst werden können? *(Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Was rechnen Sie als Vorbild?)*

Wir sind der Meinung — Kollege Josseck, es ist sehr fein, daß Sie bereit sind, hier die

Gedanken aufzunehmen —, daß die positiven Leistungen der Marktwirtschaft erhalten werden sollen, daß sie bestärkt werden sollen und daß sie verstärkt werden sollen, daß jedoch die negativen Auswirkungen und die Mängel verhindert werden sollen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Es sollen Rahmen gesetzt werden und Regelungen gefunden werden, um eine vernünftige, sozial ausgewogene Kombination zu finden.

Kollege Josseck! Wenn Sie zugehört hätten, als der Kollege Stix hier über das Biospritprojekt gesprochen hat, müßten Sie fragen: Wo ist denn da Marktwirtschaft? Das ist eine Eingriffsform, das ist staatlicher Eingriff in ein unter Umständen durchaus vernünftiges Projekt. Würden wir die marktwirtschaftlichen Prinzipien hier spielen lassen, gäbe es natürlich nie ein Biospritprojekt in Österreich. Darüber gibt es ja überhaupt keine Frage.

Was erkennt man als marktwirtschaftlich, wenn man sich die Situation in der Schierindustrie und die sicherlich notwendigen Verhandlungen bezüglich des Kartells ansieht. Hier gibt es eben eine Korrektur für die marktwirtschaftlichen Mechanismen. Diese sind nicht mehr imstande oder waren auch nie imstande, eine Wirtschaft in der Form zu entwickeln, wie wir meinen, daß sie entwickelt werden soll, nämlich sozial ausgewogen, verteilungspolitisch gerecht, eine wirtschaftliche Entwicklung sichernd, die eine gesellschaftliche Entwicklung ermöglicht im Sinne einer sozialen Ausgewogenheit, eines sozialen Friedens. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Kollege, wir sind nicht wie Sie in Sonntagsreden der Auffassung, daß dieses rein marktwirtschaftliche Prinzip ein sinnvolles Ordnungsprinzip ist. Daher sind wir sehr wohl der Auffassung, daß es Eingriffsmöglichkeiten in wirtschaftlichen ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)* Kollege Zittmayr, reden wir einmal über Marktwirtschaft im Bereich der Milchwirtschaft, aber dazu haben wir ja oft die Möglichkeit. *(Abg. Dr. Zittmayr: Das ist auch ein Eingriff!)*

Jedenfalls glauben wir, daß diese Modifikation in jedem einzelnen Bereich überprüft werden muß. Wir glauben, daß in jedem einzelnen Bereich Mechanismen geschaffen und entwickelt werden müssen, die die Mängel dieses Systems, die leider feststellbar sind, beheben.

Nun, meine Damen und Herren, es wird von der Opposition immer eine Kampagne gegen einen angeblich zu hohen Staatsanteil geführt. Diese Kampagne, meine sehr geehrten Damen und Herren, richtet sich vor allem im Kern gegen diejenigen, die die Leistungen aus der öffentlichen Hand entgegennehmen, und damit vor allem gegen diejenigen, die am dringendsten auf die von der Gemeinschaft dargebotenen Leistungen angewiesen sind. Der Begriff

Dr. Schmidt

des „Staatsanteils“ ist ja aus der Fachsprache der Statistik entnommen worden, er ist aber bei der ÖVP zum Instrument einer semantischen Staatsverneinung geworden. Es ist ja nicht der Moloch Staat, eine außerhalb des Geschehens stehende Institution, die für eigene Zwecke dem Bürger etwas wegnimmt, sondern es ist der Staat, der als Instrument des politischen Handelns, als Instrument des politischen Wollens der Mehrheit der Bürger Mittel in die Hand nimmt, um Ziele zu verwirklichen, die nur durch die Zusammenfassung der Kräfte und der gemeinschaftlichen Anstrengungen erreicht werden können.

Die Einkaufsmöglichkeit und der Beitritt zur Pensionsversicherung erhöht den Staatsanteil. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ist das eine „Last staatlicher Zwangsabgaben“, wie Sie in Ihrer allgemein geübten Demagogie Steuerleistungen in Ihrem Vorentwurf Ihres Programms, das wenige Auserwählte zur Verfügung gestellt bekommen haben, nennen oder ist die Änderung der Familienbeihilfe, die Umstellung der Familienbeihilfe von einem Steuerabsetzbetrag zu einer Direktleistung und dadurch eine Erhöhung der Staatsquote eine staatliche Zwangsabgabe und eine Mehrbelastung? Das ist doch nicht in dieser Form zu sehen und daher sicherlich doch auch von Ihnen in Wirklichkeit nicht so gemeint.

Worum geht es tatsächlich? Es geht in dieser Frage vor allem um den Abbau ungerechtfertigter Privilegien bei der Überprüfung der Staats-tätigkeit, und es geht im Rahmen von Steuerreformen immer wieder darum, die soziale und wirtschaftliche Ausgewogenheit, die soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit von Maßnahmen im Bereich der Steuerleistungen zu überprüfen. Das hat die sozialistische Bundesregierung in den siebziger Jahren oftmals getan. Wir haben fünf Steuerreformen in den siebziger Jahren durchgeführt, immer von dem Ziel gesehen, ein sozial ausgewogenes System zu finden, zu erhalten und dieses auch zu verbessern und immer wieder zu überprüfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Steuerreformkommission, die vom Finanzminister eingesetzt wurde, hat dazu schon wesentliche Arbeiten geleistet, und es werden sicherlich in den nächsten Monaten bedeutende weitere Arbeiten auf diesem Sektor zu geschehen haben, um eine neuerliche Steuerreform, die diesen Prinzipien einer stärkeren sozialen Ausgewogenheit entspricht, durchsetzen zu können.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wesentliche Aufgabe dieser Steuerreform wird es natürlich auch sein, den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung besonders gerecht zu werden. Die

wirtschaftspolitischen Vorstellungen liegen besonders im strukturpolitischen Bereich, und hier wird die Veränderung des Steuersystems ein bedeutender Bestandteil der Diskussion sein. Wir alle wissen, daß die österreichische Wirtschaftsstruktur im allgemeinen und besonders jene von Industrie und Gewerbe nicht optimal ist, und daß Strukturprobleme besonders in Phasen einer geringeren Wachstumsrate, wie wir sie im nächsten Jahr haben werden, diese Wirtschaftsbereiche besonders stark trifft. Es ist Aufgabe der Wirtschaftspolitik, weiter wie bisher einen möglichst raschen und einen möglichst friktionslosen Anpassungsprozeß herbeizuführen.

Meine Damen und Herren! Wir werden daher in Fortsetzung der vorgelegten Strukturprogramme uns weiter besonders bemühen, die Wirtschaftsstruktur zu verbessern. Daß die Strukturprogramme besonders ergebnisreich waren, wissen Sie ganz genau, nachdem wir seit dem Jahr 1970 400 000 Arbeitsplätze mehr schaffen konnten, und das kommt in seiner positiven Auswirkung zweifellos hier zum Ausdruck! (*Abg. Dr. Zittmayr: 300 000 Selbständige sind weniger geworden!*)

Kollege Zittmayr, wir haben es Ihnen schon oft erklärt, aber wir werden nicht müßig werden, es immer wieder zu erklären. Auch wenn Sie diese Zahl bereinigen, bedeutet es eine viel größere Zuwachsrate an Arbeitsplätzen für unselbständig Erwerbstätige als in den sechziger Jahren. Das ist der Erfolg der Strukturpolitik der sozialistischen Bundesregierung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die erfolgreiche Strukturpolitik ... (*Abg. Dr. Zittmayr: Arbeitsplätze sind verhindert worden, ohne daß die Regierung etwas getan hätte!*) Wo sind Arbeitsplätze verhindert worden, Herr Kollege Zittmayr? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.*) Kollege Zittmayr, das stimmt ja überhaupt nicht. Aber wir werden dann noch im Detail dazu kommen.

Eine erfolgreiche Strukturpolitik bedeutet, daß wir aktive Strukturpolitik betreiben müssen, und das heißt geordnete Anpassung und Umstrukturierung in allen jenen Bereichen, wo schon in voraussehbarer Zukunft strukturelle Schwierigkeiten kommen werden, und die Produktion in neuen und technologieintensiven Bereichen zu unterstützen sowie durch gezielte Maßnahmen wirtschaftlich schwache Regionen zu stärken.

Zu glauben, daß der in Österreich notwendige Strukturwandel von selbst oder maximal mit Hilfe einer globalen Investitionsförderung vollziehbar ist, ist eine Illusion. Statt den von der ÖVP vorgeschlagenen globalen Förderungspraktiken scheinen vielmehr andere Stra-

Dr. Schmidt

tegien zielführend. Das ist vor allem ... (Abg. Dr. König: General Motors!) Auch dazu komme ich noch. Das ist vor allem die Differenzierung der indirekten Investitionsförderung zum Beispiel je nach der Exportquote eines Investitionsprojektes oder nach dem Technologiegehalt jener Güter, die produziert werden, oder nach den Möglichkeiten und den Dringlichkeiten von Importsubstitutionen. Die Differenzierung der indirekten Investitionsförderung, Kollege Zittmayr, haben auch Sie vorgeschlagen, aber ich weiß ja, das war nur ein ausgewählter Kreis. Sie kennen Ihre eigenen Programmentwürfe nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Die verstärkte Koordination der direkten Investitionsförderung ist sicherlich auch ein sehr wichtiger weiterer Bereich, weil wir alle wissen, daß die Investitionsförderung in den siebziger Jahren massiv ausgebaut wurde. Das Volumen der direkten Investitionsförderung hat sich wesentlich vergrößert, und es ist notwendig, um eine bessere Überschaubarkeit der einzelnen Förderungsträger wie auch vor allem für die Begünstigten zu erreichen.

Darüber hinaus ist es notwendig, die Technologiepolitik zu intensivieren, weil der Aufbau von neuen technologieintensiven Produktionen ein vordringliches Ziel der österreichischen Wirtschaftspolitik ist.

Geht man von den Forschungs- und Entwicklungsmöglichkeiten aus, so sind manche Projekte sicherlich an der mangelnden Finanzierungsbereitschaft des Kreditapparates gescheitert. Ohne direkte Förderung, meine Damen und Herren, sei es durch staatliche Bürgschaften oder sei es durch Kredite, wird sich an dieser Situation sicherlich nichts ändern. Denn die mangelnde Finanzierungsbereitschaft der Banken ändert sich auch nicht durch eine erhöhte Steuerbegünstigung.

Kollege Taus hat ja die Schaffung einer eigenen Gesellschaft selbst vorgeschlagen, wo Risikokapital zur Verfügung gestellt wird. Die Frage der Beteiligungsgesellschaft haben die Sozialisten schon seit Jahren gefordert, sie sind aber immer wieder auf den Widerstand der Wirtschaft gestoßen. Wir sind also der Auffassung, daß das sicherlich ein Punkt ist, wo eine Gemeinsamkeit besteht, um eine unterstützende, wirksame strukturpolitische Maßnahme zu setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wichtig ist auch, daß im regionalpolitischen Bereich die Förderung weiter ausgebaut und vor allem unter dem Gesichtspunkt betrachtet wird, wie weit eine Aussicht besteht, Unternehmen langfristig anzusiedeln. Die Phase, in der in bestimmten Regionen Unternehmen aus Niedriglohnbranchen angesiedelt wurden,

diese Phase muß und soll endgültig vorbei sein. Die Ansiedlung von zukunftssträchtigen Wirtschaftsbereichen ist in jenen Regionen notwendig, sie ist allerdings nicht immer sehr leicht und ist auch sehr kostenintensiv.

Es wurden daher regionale Entwicklungsgesellschaften seitens der Bundesregierung gefördert, entwickelt, gegründet. Dadurch wird es möglich sein, diese regionale Strukturproblematik, deren Bewältigung notwendig ist, um das Vollbeschäftigungsziel erreichen zu können, in den nächsten Jahren besonders in den Griff zu bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die staatlichen Förderungen müssen daher in zwei Richtungen wirksam werden: einerseits in der Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen und der Absicherung gesamtwirtschaftlicher Risiken, politischer Risiken, Wechselkursrisiken sowie in der Förderung von Projekten in ihren Startphasen.

Wir sind überhaupt nicht der Meinung, daß hier mit staatlichen Förderungsmitteln dauernde Verlustquellen abgedeckt und Strukturen versteinert werden sollen, sondern umgekehrt, sie sollen beseitigt werden.

Die indirekte Wirtschaftsförderung — der Kollege Josseck ist jetzt nicht hier —, die vor allem eine steuerliche Wirtschaftsförderung ist, ist überhaupt nicht geeignet, diesen notwendigen Strukturanpassungsprozeß in den nächsten Jahren zu beschleunigen und zu ermöglichen. Die steuerliche Investitionsförderung ist eine Förderungsform, die strukturkonservierend wirkt. Die steuerliche Investitionsförderung wird dabei vielfach gar nicht dafür verwendet, um primär Investitionen durchzuführen, sondern um Steuern zu sparen. Die Förderungskriterien sind mehr als schwierig abzugrenzen.

Es ist überhaupt keine Frage, daß besonders jene Unternehmen begünstigt werden, die nicht dem harten Wettbewerb im internationalen Kampf um Marktanteile ausgesetzt sind.

Daher wird es notwendig sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir die Frage der indirekten Wirtschaftsförderung gemeinsam intensiv überprüfen, ob hier wirklich dem Prinzip der Sparsamkeit, dem Prinzip der Effektivität entsprechend staatliche Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Wir sind der Auffassung, daß die direkte Wirtschaftsförderung stärker ausgebaut, überlegt und behandelt werden soll; eine direkte Förderung, die projektbezogene und zeitlich begrenzt ist, um die strukturpolitischen Anpassungsmaßnahmen durchzuführen. Das kann eben keine Gießkannenmaßnahme sein wie die indirekte Wirtschaftsförderung, sondern hier

Dr. Schmidt

muß sehr klar nach Kriterien, wo auch unorthodoxe Projekte nicht ausgeschlossen werden sollen, vorgegangen werden.

Wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, durch eine Fülle von Maßnahmen im Rahmen der direkten Wirtschaftsförderung in dem letzten Jahrzehnt einem strukturpolitischen Wandel zum Durchbruch verholfen. Sie wissen, daß im Bereich der Textilindustrie, durch die Aktion, die im Rahmen des Handelsministeriums durchgeführt wird, im Bereich der Papierindustrie, durch gezielte Förderungen in bestimmten Bereichen Investitionen wesentlich veranlaßt und erleichtert wurden und der Strukturwandel begünstigt wurde.

Allerdings bedeutet das und erfordert es trotzdem eine laufende Überprüfung der Wirksamkeit dieser Aktionen und eine laufende Anpassung an die konjunkturellen und an die strukturellen Gegebenheiten. Daher wird die direkte Wirtschaftsförderung vor allem dort ausgebaut werden müssen, wo derzeit wesentliche Mängel und Lücken bestehen.

Das ist zum einen besonders im Bereich der Fertigungsüberleitung, weil bedeutende Kosten für neue Produkte nicht nur im Forschungsaufwand, sondern für das Auf-den-Markt-Bringen eines Produkts gesehen werden müssen, und diese Fertigungsüberleitungskosten sollen und müssen ein neuer Schwerpunkt der Innovationsförderung werden.

Es wird auch notwendig sein, daß wertvolle Betriebe rascher als bisher gerettet werden durch die Errichtung von Sanierungsgesellschaften oder einer Sanierungsgesellschaft — ähnlich wie das der Kollege Taus vorgeschlagen hat durch die Gründung einer Gesellschaft für Risikokapital.

Ich sagte schon, es wird sehr notwendig sein, die Förderungsmaßnahmen zwischen den einzelnen Körperschaften und Einrichtungen, zwischen dem Bund und den Ländern zu koordinieren.

Darüber hinaus — das wissen alle jene, die in der Praxis in diesem Bereich tätig sind — wird es wichtig sein, bundesweit eine umfassende Beratungs- und Informationsstelle zu schaffen, um mehr als bisher entsprechende Informationen und Unterstützung geben zu können, vor allem über die optimale Form einer Unterstützung und Förderung eines Unternehmens.

Mein sehr geehrten Damen und Herren! Die indirekte Förderung und die direkte Förderung dürfen und können nicht zum Zankapfel politischer Auseinandersetzung werden, weil wir ja in Wirklichkeit alle dasselbe wollen: eine rasche Anpassung der Wirtschaftsstrukturen

an die neuen Gegebenheiten. Wir werden den Weg finden müssen, der der beste, der der rascheste ist, der es uns ermöglicht, den Strukturanpassungsprozeß der österreichischen Wirtschaft zu beschleunigen und erfolgreich weiterzuführen.

Das Budget trägt zu diesem Strukturanpassungsprozeß ganz wesentlich bei, um Vollbeschäftigung und Wachstum in diesem Land aufrechtzuerhalten, und deshalb geben wir diesem Budget die Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dkfm. Bauer.

Abgeordneter Dkfm. Bauer (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Der Gleichklang einer Passage in der Rede des Herrn Kollegen Mühlbacher und jetzt in der Rede des Herrn Kollegen Schmidt bezüglich der Abschreibungen veranlaßt mich, mit einigen wenigen Sätzen eingangs darauf einzugehen.

Beide Herren haben zum Ausdruck gebracht, daß sie mit den Möglichkeiten der derzeitigen Abschreibung, der vorzeitigen Abschreibung, nicht recht einverstanden sind. Sie wollen hin zu — ja wohin wollen sie eigentlich? Das ist die Frage. Das haben Sie nicht gesagt. Sie wollen jedenfalls weg von der letztlich freien Entscheidung des Unternehmers, wie er das in seinem Betrieb gestaltet. *(Abg. Dr. König: Genau das ist es!)*

Von dort wollen sie wahrscheinlich weg. Sie haben es beide nicht gesagt, aber sie müssen es einmal sagen, wohin sie wollen, wenn sie irgend etwas anderes an diese Stelle setzen wollen. *(Zwischenruf des Abg. Mühlbacher.)*

Ich nehme an — aber Sie können es ja dann aufklären —, Sie wollen hin zu einer mehr direkten, man könnte auch sagen gelenkten Förderung und wollen damit einerseits die Unternehmer zu Bittstellern machen und andererseits durch die entsprechende Lenkung weiteren Staatseinfluß auch in diesem Bereich gewinnen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)* Dorthin, in diese Richtung scheint der Hase zu laufen. *(Rufe und Gegenrufe zwischen SPÖ und ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ära des ersten sozialistischen Finanzministers der Zweiten Republik geht ohne Zweifel zu Ende. Der Ultimo für Dr. Androsch wird nach dem Willen des Herrn Bundeskanzlers irgendwann zu Beginn des kommenden Jahres sein. *(Abg. Dr. Jolanda Offenbeck: Willen der ÖVP!)*

Dkfm. Bauer

Ich glaube, es ist nicht ganz unbillig, wenn man nun anlässlich der Debatte über die Budgetkapitel Handel und Finanzen versucht, Bilanz zu ziehen über diese Ära des ersten sozialistischen Finanzministers der Zweiten Republik, zumal ja auch der Herr Finanzminister selbst in seiner letzten — ich nehme in dem Fall jetzt jüngsten und letzten zugleich — Budgetrede von sich aus so einen Rückblick gegeben hat und — ich weiß nicht, ob es Vorahnung war — diese seine Bilanz mit dem folgenden Satz enden ließ — ich zitiere:

„Der Bundesvoranschlag 1981 ist in diesem Sinne Fortsetzung und Anfang.“

Die freiheitliche Fraktion in diesem Haus hat sich anlässlich der ersten Lesung des Budgets und anlässlich der Generaldebatte bemüht nachzuweisen, daß die Behauptung vom neuen Anfang ein Märchen ist, daß Sie in den alten, gewohnten Geleisen im kommenden Jahr weiterwirtschaften werden und daß Sie vor allem weiter auf Pump leben werden, denn das Brutodefizit wird ja nicht eingedämmt, sondern weiter ausgeweitet werden.

Was nun die Ankündigung betrifft, daß der Bundesvoranschlag 1981 die Fortsetzung eines bisherigen Weges sein wird, haben wir Freiheitlichen das von Anbeginn mehr als gefährliche Drohung denn als verheißungsvolles Versprechen gewertet. Ich darf das zum ersten an Hand der Steuern, die Sie in den letzten zehn Jahren den Österreichern abgenommen haben, deutlich machen.

Die Entwicklung bei den Steuereinnahmen aus der Umsatzsteuer zeigt folgendes Bild: Sie haben im Jahre 1971, also vor zehn Jahren, 30 Milliarden Schilling betragen. Sie werden sich im kommenden Jahr auf rund 90 Milliarden belaufen. Das entspricht, wie sich jeder leicht ausrechnen kann, einer Verdreifachung der Steuereinnahmen aus diesem Titel. (*Ruf bei der SPÖ: Budget ...!*) Ich komme schon noch darauf, Herr Kollege.

Bei der Lohnsteuer ergibt sich ein ähnliches und noch deutlicheres Bild. Hier betrugen die Einnahmen des Finanzministers im Jahre 1971 16 Milliarden, im kommenden Jahr werden es 64 Milliarden Schilling sein. Auch hier wieder nach Adam Riese und durch einfache Division, für jedermann leicht nachzuvollziehen, eine Vervierfachung der Steuereinnahmen aus dem Titel Lohnsteuer.

Und jetzt komme ich zu Ihrem richtigen Einwurf, Herr Kollege. Ich räume nun ein, daß man die Entwicklung der Steuereinnahmen an der Entwicklung des gesamten Volkseinkommens messen muß. Aber auch dann, Herr Kollege, wenn man einen derartigen Maßstab, einen bereinigten Indikator, heranzieht, zeigt

sich im Endergebnis, daß die Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren in ständig steigendem Ausmaß der Bevölkerung in der Tasche gelegen ist.

Die Staatsquote ist in dem zur Debatte stehenden Dezennium von 36 Prozent auf 42 Prozent gestiegen. Ich brauche nicht näher auszuführen, was das bedeutet, denn jedermann weiß in diesem Haus, daß mit dieser Staatsquote eben der Prozentsatz der Steuern und Sozialabgaben am Nationalprodukt gemeint ist.

Ich komme damit schon zum ersten Resümee, zu meiner ersten Zwischenbilanz aus freiheitlicher Sicht über die vergangenen zehn Jahre unter einem sozialistischen Finanzminister.

Die sozialistische Bundesregierung hat in diesen zehn Jahren der Familie Österreicher immer mehr von dem, was sich diese Familie Österreicher erarbeitet hat, durch rigoroses und weiteres Anziehen der Steuer- und Abgabenschraube abgenommen.

Daß sie sich dabei gleichzeitig einer gigantischen Schuldenwirtschaft verschrieben hat, ist das nächste Kapitel, das es zu beleuchten gilt in diesem Zusammenhang. Auch hier hat die sozialistische Bundesregierung eine beachtliche Leistung, allerdings negativer Art, vollbracht.

Das wird dann deutlich, wenn man sich die Entwicklung der Defizite in den vergangenen zehn Jahren vor Augen hält. Das Defizit des Jahres 1971 hat gemäß dem damaligen Voranschlag — und ich muß den Voranschlag heranziehen, weil ich ja auch für das Jahr 1981 nur den Voranschlag zur Verfügung habe und nicht Äpfel mit Birnen vergleichen kann — 9,8 Milliarden Schilling betragen. Sie wissen — ich hoffe zumindest, daß Sie von der linken Seite des Hauses es wissen —: Das Defizit des Jahres 1981 wird 49,7 Milliarden Schilling ausmachen. Das entspricht einer Steigerung von 407 Prozent.

Und auch hier, Herr Kollege, räume ich Ihnen ein, daß man diese Zahlen in den Gesamtzusammenhang des gestiegenen Budgetrahmens stellen soll und wohl auch muß. Aber auch hier ergibt sich ein ähnliches Bild.

Die Ausgaben des Jahres 1971 betrugen, wiederum laut Voranschlag, 107 Milliarden. Im kommenden Jahr werden es 335 Milliarden Schilling sein. Das ergibt eine Ausweitung des Budgetvolumens in den vergangenen zehn Jahren von 213 Prozent.

Das heißt — und das ist die Schlußfolgerung daraus, und das will ich damit unter Beweis stellen —, daß die Schulden, die die sozialistische Bundesregierung in diesen vergangenen

Dkfm. Bauer

zehn Jahren gemacht hat, doppelt so rasch gewachsen sind wie das Budgetvolumen. Und das ist das eigentlich Besorgniserregende an der Entwicklung.

Ich frage Sie: Glauben Sie nicht, daß man sich um einen Betrieb ernste Sorgen machen müßte, der in einem gewissen Zeitraum sein Geschäftsvolumen zugebenermaßen verdoppelt, aber mehr als viermal so viel Schulden in dieser Zeit gemacht hat?

Und damit zum zweiten Resümee: Sie — das heißt, die sozialistische Bundesregierung, unterstützt von der sozialistischen Fraktion dieses Hauses — haben zehn Jahre lang in ständig wachsendem Ausmaß mehr ausgegeben, als Sie eingenommen haben. Die sozialistische Bundesregierung hat, wenn ich bei dem Vergleich aus der Betriebswirtschaft bleiben darf, in diesen zehn Jahren ständig — ich betone: ständig — mit Verlust gearbeitet. Sie haben ständig das Prinzip verletzt, daß jeder Leistung, die man erbringt, eine Gegenleistung gegenüberstehen muß. Und so besehen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, wird der Wohlfahrts- und Sozialstaat unter einer sozialistischen Bundesregierung unter Umständen sehr bald zu einem Potemkinschen Dorf werden, weil die Frage, wie lange er unter diesen Begleitumständen noch finanzierbar sein wird, nur eine Frage der Zeit ist. Wer die Zeichen im Sozialbereich richtig zu deuten weiß — Sie brauchen nur Ihren eigenen Bundesminister zu fragen —, wird mir zugeben, daß diese meine kritische Anmerkung nicht völlig aus der Luft gegriffen ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie haben zehn Jahre lang geglaubt — und vielleicht glauben Sie es auch heute noch —, daß man mehr verteilen kann, als man erarbeitet. Dementsprechend, meine sehr geehrten Damen und Herren, sieht auch das dritte Kapitel meiner Bilanz, die ich ziehen möchte, nämlich das Kapitel der Staatsverschuldung nach zehn Jahren sozialistischer Regierung, aus.

Die Finanzschuld hat im Jahre 1971 46,8 Milliarden Schilling betragen. Im nächsten Jahr wird sie sich laut der Budgetvorschau des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen auf 296,5 Milliarden Schilling belaufen. Wie gesagt, das ist nur die Finanzschuld ohne Verwaltungsschulden. Das entspricht einer Versechsfachung der Finanzschuld im angegebenen Zeitraum. Auch hier gebe ich zu, daß man diese Entwicklung wieder in einen größeren Rahmen stellen muß, nämlich in den Rahmen der allgemeinen Geldwertentwicklung und des Budgetvolumens. Um diese Bewertung vorzunehmen, wird nach allgemein gültigen Regeln die Staatsschuld in Prozenten des Bruttoinlandsproduktes gemessen.

Im Jahre 1971 hat dieser Prozentsatz der Staatsverschuldung am Bruttoinlandsprodukt elf Prozent betragen. Im kommenden Jahr werden es 28 Prozent sein. Also auch hier gibt es eine ganz ähnliche, deutliche und, wie ich meine, besorgniserregende Entwicklung der Staatsverschuldung.

Das wird auch noch an einem anderen Umstand deutlich. Die Annuitäten für die Finanzschuld, also die Rückzahlungsraten, Rückzahlung plus Zinsen ... *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Ich rede ja nicht mit Ihnen persönlich, Herr Kollege. Ich versuche nur, ein möglichst logisches Gedankengebäude aufzubauen. Diese besorgniserregende Entwicklung der Staatsverschuldung wird auch noch an der Entwicklung der Annuitäten für die Rückzahlung dieser Finanzschuld deutlich. Sie wird im kommenden Jahr 46,5 Milliarden Schilling betragen. Wir werden im kommenden Jahr auf der anderen Seite eine Neuverschuldung von 49,8 Milliarden Schilling haben. Das heißt, daß wir mehr als 90 Prozent jener Schulden, die wir im kommenden Jahr neu aufnehmen müssen, zur Zurückzahlung vorangegangener Schulden verwenden müssen. Das ist eine geradezu klassische Loch-auf-Loch-zu-Politik, zu der wir Freiheitlichen jedenfalls nein sagen müssen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir wollen nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, davon ausgehen, daß auch für eine sozialistische Alleinregierung zu gelten hat, was für den Normalsterblichen gilt, nämlich daß Schulden irgendwann einmal aus eigenem zurückgezahlt werden müssen. Ich frage Sie: Wann und wie will eine Regierung, die auch in Hochkonjunktursjahren das Defizit ausgeweitet und nicht eingedämmt hat, einmal einen Budgetüberschuß von 285 Milliarden Schilling erzielen und erwirtschaften, um das zurückzahlen zu können? Bei der Wirtschafts- und Finanzpolitik dieser Ihrer Bundesregierung wird das am Sankt-Nimmerleins-Tag sein. Das sage ich Ihnen.

Herr Kollege, weil Sie dazu so weise lächeln, verdächtige ich Sie, daß Sie vielleicht glauben: Na ja, mit der Rückzahlung von Staatsschulden ist das ohnehin so eine eigene Sache. Der Zeitpunkt, zu dem das zu geschehen hat, liegt jedenfalls in weiter, weiter Ferne, wo wir, die sozialistische Bundesregierung — ich sage dazu: hoffentlich —, nicht mehr die Verantwortung dafür zu tragen haben werden.

Ich sage Ihnen, Herr Kollege: Sollten Sie diese Spekulation tatsächlich anstellen, dann ist auch diese Aussicht nicht beruhigend. Im Gegenteil. Denn nur für die Zinsen für das Geld, das Sie in den letzten zehn Jahren aufgenommen haben, werden künftige Generationen — künftige Generationen! — Jahr für Jahr

Dkfm. Bauer

25 Milliarden Schilling zu zahlen haben; zumindest 25 Milliarden Schilling! Also, wie gesagt, diese Spekulation, daß wir es nicht zurückzahlen brauchen oder erst weiß Gott wann zurückzahlen werden müssen, ist genauso wenig schön, ist genauso besorgniserregend und für uns Freiheitliche genauso wenig gangbar und tragbar.

Damit komme ich zum dritten Resümee. Die Erbschaft, die der erste sozialistische Finanzminister der Zweiten Republik hinterläßt, ist mehr als häßlich. Der Schuldenberg ist gigantisch. Die Bevölkerung wird auf Jahrzehnte hinaus, ja wahrscheinlich auf Generationen hinaus mit dem Abzahlen dessen belastet sein, was Sie in nur zehn Jahren an Schulden aufgehäuft haben. Auch dazu sagen wir Freiheitlichen natürlich nein. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Damit zum nächsten Kapitel und zu Ihrer Generalausrede: Dieses Schuldenmachen, diese Schuldenwirtschaft war notwendig, um Arbeitsplätze zu sichern. Das ist bis zu einem gewissen Grad und für bestimmte Zeiträume der vergangenen zehn Jahre ohne Zweifel richtig. Ich stehe auch nicht an, hier von diesem Pult aus festzustellen, daß Österreich in den letzten zehn Jahren einen guten Platz in der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung unter den vergleichbaren Ländern erringen beziehungsweise halten konnte. Aber — jetzt kommt das große Aber —, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion dieses Hauses, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, Sie haben, wie ich Ihnen das hier schon einmal nachgewiesen habe, die Defizite auch in den Hochkonjunkturjahren weiter kräftig ausgeweitet.

Jetzt komme ich zu dem Argument des Herrn Kollegen Mühlbacher, den die Debatte nicht mehr zu interessieren scheint. Er hat gemeint: Trotz des Ölschocks und trotz der Verteuerung des Energieträgers Erdöl sind wir in Österreich gut gefahren. Ja, Herr Kollege Mühlbacher, das ist an sich keine Kunst, wenn ich mir jenes Geld, das ich für die höheren Energiekosten aufwenden muß, einfach irgendwo im Ausland borge. Aber so kann es ja nicht weitergehen. Das wird Ihnen ja auch klar sein.

Vor allem aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, stehen wir jetzt in Österreich vor folgender Situation: Am Konjunkturmarsch sind neuerlich deutlich dunkle Wolken zu sehen. Wir stehen nach allgemeiner Auffassung am Vorabend einer neuen Rezession. Die Ereignisse in der Steiermark im Edelstahlbereich und in der Papierindustrie sowie die zunehmenden Insolvenzen stehen als Menetekel an der Wand. In dieser Situation oder spä-

stens im kommenden Jahr müßte nun die öffentliche Hand im Sinne einer antizyklischen Budgetpolitik durch Deficit-spending wieder gegensteuern. Aber sie kann nicht mehr, diese öffentliche Hand, die sozialistische Bundesregierung. Sie kann nicht mehr!

Erstens sind 90 Prozent, wie ich Ihnen bereits gesagt habe, der jährlichen Neuverschuldung für Schuldenrückzahlungen aufzuwenden. Davon gehen also auf gar keinen Fall Wachstumsimpulse beziehungsweise Konjunkturimpulse aus. Das werden Sie nicht bestreiten können.

Zweitens ist ein weiteres deutliches Ausweiten des Defizits nach allgemeiner Ansicht nicht mehr zu verantworten. Der Herr Finanzminister selbst hat gemeint, daß das Defizit nunmehr verringert werden muß.

Die dritte Möglichkeit wäre die, die Steuer- und Abgabenschraube weiter anzuziehen. Dies ist meiner Meinung nach genauso fehl am Platze, weil es konjunkturpolitisch falsch wäre.

Diese Meinung habe nicht nur ich, sondern auch jemand, der Ihrer Partei sehr nahe steht und der das in Ihrem theoretischen Organ, der „Zukunft“, publiziert hat, nämlich der Herr Ostleitner, und zwar in der „Zukunft“ Nr. 11 des Jahres 1980. Er meinte in diesem Zusammenhang:

„Gerade“ — und ich zitiere — „unter konjunktur- und beschäftigungspolitischen Aspekten ist eine weitere Steigerung der Mehrwertsteuer- und Lohnsteuerquoten problematisch, da die Beschäftigungseffekte eines gegebenen Budgets umso niedriger sind, je höher die Anteile dieser Steuern liegen.“

Ende des Zitats, dem ist nichts hinzuzufügen.

Es untermauert nur meine Meinung, daß auch die dritte Möglichkeit des weiteren Anziehens der Steuer- und Abgabenschraube in der gegenwärtigen und in der künftigen konjunkturpolitischen Situation nicht möglich sein wird.

So, meine sehr geehrten Damen und Herren, sieht also die Situation am Ende der Ära Androsch aus. Jetzt wird guter Rat teuer. (*Abg. Dipl.-Vw. Jossek: Sehr teuer!*) Das fürchte ich auch.

Herr Finanzminister, eigentlich müßte man Sie beglückwünschen, daß Sie jetzt den Hut nehmen können oder müssen. Sie können damit das dicke Ende, das durch Ihre Finanz- und Budgetpolitik ohne Zweifel kommen wird, Ihrem Nachfolger überlassen und die Regierungsbank zu einer Zeit verlassen, zu der es dort noch einigermaßen im Vergleich zu dem, was kommen wird, gemächlich ist.

Dkfm. Bauer

Zu bedauern ist nur die österreichische Öffentlichkeit, die die Suppe, die uns die sozialistische Alleinregierung eingebrockt hat, über kurz oder lang auslöffeln wird müssen. Und das ist das vierte Resümee nach zehnjähriger sozialistischer Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Rund 85 Prozent des österreichischen Budgets sind durch gesetzliche Verpflichtungen gebunden. Der Spielraum, um Schwerpunkte in einzelnen Bereichen und Ressorts zu setzen, ist damit relativ eng. Aber nach zehn Jahren Regierungstätigkeit und elf Budgets einer Bundesregierung lassen sich schon einige Verschiebungen und Trends erkennen. Ich habe mir nun die Mühe gemacht, die Anteile der einzelnen Ressorts am Gesamtbudget des Voranschlages 1970 herauszurechnen und sie jenen des Voranschlages von 1981 gegenüberzustellen.

Dabei ergibt sich folgendes interessante Bild: Da gibt es eine Gruppe von Ressorts, bei denen es in diesem Zeitraum eine Steigerung der Anteile gegeben hat. Dazu zählt der Bereich Wissenschaft und Forschung, Unterricht und Kunst — hier ist der Vergleich ein bißchen schwierig, weil es am Anfang Ihrer Regierungstätigkeit diese Zweiteilung nicht gegeben hat —, es zählen weiter zu diesem Bereich die Ressorts Bauten und Technik, das Bundeskanzleramt und das Handelsministerium. Die beiden letzteren zwar mit marginalen Zuwächsen, aber doch.

Dann kommt ein großer Bereich von Ressorts, in denen es kleine, aber letztlich sinkende Anteile gibt. Hierzu zählt — natürlich wie könnte es unter einer sozialistischen Bundesregierung anders sein — das Ressort Landesverteidigung, Auswärtige Angelegenheiten, Justiz — interessanterweise, ich frage mich nur, wie das im Einklang mit dem von Ihnen propagierten leichteren Zugang zum Recht zu verstehen ist — und das Ressort Inneres. Also auch für die Sicherheit wird weniger in Anteilen am Budget gemessen ausgegeben.

Und dann kommen die großen Verlierer, bei denen die Anteile deutlich sinken. Das ist das Ressort Land- und Forstwirtschaft; hier sinkt der Anteil am Budget von 5,58 Prozent auf 3,10 Prozent, es ist das Ressort Verkehr, 20,86 Prozent im Jahre 1970 und 17,84 Prozent im kommenden Jahr, und dann das bemerkenswerteste, das Ressort Soziales. Dieses Ressort hatte im Jahre 1970 einen Anteil am Budget von immerhin 16,51 Prozent. Und jetzt hören und staunen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der linken Seite des Hauses, soweit noch vorhanden: im kommenden Jahr wird dieser Anteil am Budget 12,25 Prozent betragen.

Und das ist die fünfte Zwischenbilanz, die

hier zu ziehen ist. Nach zehn Jahren sozialistischer Alleinregierung ist der Sozialanteil am Budget um mehr als 4 Prozentpunkte oder, wenn Sie es vom Hundert rechnen, um 26 Prozent gesunken! Zu einer solchen Entwicklung, meine Damen und Herren, sagen wir Freiheitlichen nein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Vollständigkeit halber führe ich noch an: Wenn Sie diese Prozentzahlen addieren, kommen Sie nicht auf Hundert, weil außer Ansatz geblieben ist der Budgetanteil für das Gesundheits- und Umweltschutzressort, das es im Jahre 1970 noch nicht gegeben hat, und das Finanzministerium, dessen Anteil von 29,1 Prozent auf 37,6 Prozent gestiegen ist. Ich weiß, daß hier eine Reihe von Mitteln stecken, die auch anderen Bereichen zugute kommen. Ich möchte nur festhalten, daß hier der Herr Finanzminister sich Mittel und damit Einfluß arrogiert hat und seinen Einflußbereich systematisch ausgeweitet hat. Ich weiß nicht, ob das den Kollegen auf der Regierungsbank so richtig aufgefallen ist. Dem Herrn Bundeskanzler dürfte es aufgefallen sein. Vielleicht ist unter diesem Aspekt auch seine Ankündigung der Abmagerung dieses Ministeriums zu verstehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Abg. Dr. Zittmayr: Redezeit!)* Ich komme schon, Herr Kollege Zittmayr, zum Schluß und zur Zusammenfassung.

Die Bilanz nach zehn Jahren sozialistischer Finanz- und Wirtschaftspolitik ist aus freiheitlicher Sicht mehr als negativ.

Erstens: Die Steuer- und Abgabenschraube wurde weiter und rücksichtslos angezogen.

Zweitens: Die Regierung hat zu einem guten Teil auf Pump gelebt. Der angehäuften Schuldenberg wird Österreich auf Generationen hinaus belasten.

Drittens: Die Möglichkeiten, der sich neuerlich abzeichnenden Krise im Sinne antizyklischer Budgetpolitik gegenzusteuern, sind so gut wie Null. Der Titel der Budgetrede des Finanzministers im vergangenen November, der da lautete: Bereit sein für die achtziger Jahre, entspringt damit reinem Wunschdenken.

Viertens und letztens: Die Budgetanteile für die Landesverteidigung, für die Rechtsprechung und für die innere Sicherheit sind unter der sozialistischen Alleinregierung in den letzten Jahren gesunken.

Ganz besondere Stiefkinder dieser Bundesregierung sind die Land- und Forstwirtschaft, der Verkehr und bezeichnenderweise und interessanterweise das Budgetkapitel Soziales.

Dkfm. Bauer

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorletzter Satz, Kollege Zittmayr, wenn Sie gestatten. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPÖ ist bei der vorletzten Wahl mit dem Motto angetreten: Laßt Kreisky und sein Team arbeiten. Dazu kann ich nur sagen, allemal, meine Herren. Wenn Sie nur endlich wieder ein Team hätten und wenn nur endlich wieder gearbeitet und weniger gestritten würde (*Beifall bei der FPÖ*), sonst könnte nämlich der bei der letzten Nationalratswahl plakatierte Slogan vom „österreichischen Weg“ der Sozialisten sehr bald zur Einbahn talabwärts werden.

Die Freiheitliche Partei will und kann jedenfalls für diese Ihre Politik keine Mitverantwortung übernehmen, und wir werden daher auch das gegenständliche Kapitel Finanzen ablehnen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abg. Dr. Tull. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Tull** (*ohne Klubzugehörigkeit*): Hohes Haus! Die Sozialistische Partei Österreichs hat vor einigen Wochen den Slogan geprägt: Die schwierigen achtziger Jahre, wir werden sie meistern.

Der erste Teil dieser Aussage kann uneingeschränkt zur Kenntnis genommen werden. Die achtziger Jahre werden zweifelsohne außerordentlich schwierig werden.

Bezüglich des zweiten Teiles dieser Aussage bin ich der Meinung, daß wir alle zusammen alle Ursache hätten, alle Österreicherinnen und Österreicher zu überzeugen, daß es notwendig sein wird, daß wir gemeinsame Anstrengungen unternehmen, nicht partiell, sondern alle zusammen, um eben diese schwierigen achtziger Jahre wirklich meistern zu können.

Es ist daher meines Erachtens wenig zielführend, jetzt lange Sermonen über die siebziger Jahre zu halten, es hat wenig Sinn, glaube ich, sich immer von neuem in Reminiszenzen über das vergangene Jahrzehnt zu ergehen.

Nach gründlichen und sehr aufmerksamen Studien der gegenständlichen Vorlage samt der dazugehörigen Unterlagen habe ich mich entschlossen, eine streng sachbezogene Stellungnahme zum Budget 1981 abzugeben.

Bei meinen Überlegungen bin ich dabei nicht vom Grundsatz geleitet — das möchte ich mit Nachdruck unterstreichen —: Verbrenne, was du bisher angebetet hast, und bete jetzt an, was du bisher verbrannt hat.

Ich will eine Bestandsaufnahme wirtschaftspolitischer und budgetpolitischer Art vornehmen und die sich daraus ergebenden Perspektiven, wie ich sie für die achtziger Jahre sehe, darstellen.

Ausgangspunkt meiner Betrachtungen ist die vom Bundesminister für Finanzen erstellte Forderung des Defizitabbaues, so wie es der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede theoretisch umrissen hat. Dieses Postulat, das möchte ich auch uneingeschränkt feststellen, ist meines Erachtens eine zwingende Notwendigkeit, ein zwingendes Gebot der Gegenwart und der Zukunft.

Angesichts der Anzeichen einer internationalen Konjunkturverflachung und -abschwächung wäre es daher, glaube ich, ein zwingendes Anliegen, ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft und des staatsmännischen Verantwortungsbewußtseins, mutig Maßnahmen zu setzen, die eine effiziente Defizitverringerung sicherstellen. Mehrere Gründe sind dafür maßgebend, und einige sind hier bereits auch schon erörtert worden.

Zunächst das Problem der Staatsschulden. Die Finanzschulden betrugen Ende 1979 231 Milliarden Schilling, Ende 1980 werden sie voraussichtlich 263 Milliarden betragen und Ende 1981 ungefähr 285 Milliarden Schilling. Der Staatsschuldendienst stieg von 1980 mit 35,3 Milliarden auf über 46 Milliarden im Jahre 1981. Die Staatsschuld ist somit, glaube ich, und das wird uns angesichts des Budgets für das Jahr 1981 zum erstenmal in aller Bestimmtheit und Schärfe klar, ein sehr schwieriges Problem, nämlich deswegen, weil doch bereits 16 Prozent der gesamten Einnahmen für den Finanzschuldenaufwand verwendet werden müssen. Im Vergleich dazu eine Zahl aus dem Jahre 1975, damals waren es rund 8 Prozent.

Nun ist damit zwangsläufig die Frage verbunden — sie drängt sich uns geradezu automatisch auf —: Ist der Anstieg der Verschuldung Österreichs dramatisch oder nicht. Es gibt ernstzunehmende internationale Experten, die der Meinung sind, daß die Verschuldung Österreichs pro Kopf der Einwohner oder in Prozenten des Sozialproduktes noch immer relativ niedrig wäre. An der Schwelle der achtziger Jahre allerdings, glaube ich, haben wir alle Ursache, uns eines Ausspruches Churchills aus dem Jahre 1927 zu erinnern, der damals folgendes sagte: Es gibt zwei Möglichkeiten, eine gigantische Schuldenlast über kommende Jahrzehnte und künftige Generationen zu verteilen. Es gibt die eine Art, die gesund und richtig ist, und die andere Art, die falsche Art besteht darin, es zu unterlassen, in jeder Weise für die Amortisierung dieser Schuld vorzukehren, diese Schuldenlast durch weitere Anleihen zu erschweren, von der Hand in den Mund, von Jahr zu Jahr dahinzuleben, um mit Ludwig XVI. schließlich auszurufen: Hinter mir die Sintflut!

Wir sollten daher meines Erachtens, meine

Dr. Tull

Damen und Herren, klar erkennen, daß derzeit vielleicht weniger noch der Schuldenstand ein Problem ist als vielmehr das Tempo, in dem die Verschuldung Österreichs nunmehr vor sich geht, daß wir damit hier im Sinne einer teuflischen Eigengesetzlichkeit in eine für uns alle bedenkliche Situation geraten könnten. Ein atemberaubendes Tempo brächte die österreichische Wirtschaft und damit die gesamte Bevölkerung dieses Landes in ein gefährliches Schleudern.

Und die Staatsschuldenquote betrug 1973 10 Prozent, während sie 1979 bereits 27 Prozent ausgemacht hat. Das heißt, daß wir eine jährliche Wachstumsrate von rund 2,5 Prozent zu verzeichnen hatten.

Und ich glaube, wir sollten erkennen, daß wir das nicht ad infinitum fortsetzen dürfen. Wir müssen erkennen, glaube ich, wenn ein immer größerer Teil der Einnahmensteigerungen für die Tilgung der Finanzschuld verwendet werden muß, wird eben der politische Bewegungsspielraum, der budgetäre Spielraum immer kleiner und die Gelder, die zur Bestreitung, zur Begleichung der neu sich abzeichnenden Aufgaben notwendig sind, immer geringer.

Sicher ist eines richtig, die Gesamtheit der Bürger wird vor allem durch die Inlandsschulden des Bundes weder ärmer noch reicher. Aber anders sieht es für uns alle, meine Damen und Herren, mit den Krediten, die wir im Ausland aufnehmen, aus. Denn diese müssen durch harte Devisen zurückbezahlt werden beziehungsweise durch zusätzliche Exporte oder durch den Verzicht von entsprechenden Importgütern.

Meine Damen und Herren! Neben der Frage der zukünftigen Finanzierung der Sozialversicherung stellt, wie ich es sehe, neben der Energieversorgung die Entwicklung der Leistungsbilanz einen harten Kern des Budgets 1981 dar, und diese Frage wird zweifelsohne auch die kommenden Budgets weitestgehend überschatten.

Dem Problem der Leistungsbilanz kommt daher im Zusammenhang mit der Beurteilung der budgetären Situation Österreichs eine besondere Bedeutung zu, wobei zu vermerken ist, und das ist ein Faktum, das einfach nicht wegzudiskutieren und wegzuleugnen ist, daß das Problem der Leistungsbilanz nicht erst heuer akut geworden ist, sondern daß sich die diesbezügliche Situation schon seit Jahren entwickelt beziehungsweise daß sich diese Situation seit ungefähr fünf Jahren verschärft hat.

Wir sollten daher — und das ist, glaube ich, eine Schlußfolgerung — aus der augenblicklichen wirtschaftlichen und finanziellen Situation des Bundes erkennen, daß dieses Lei-

stungsbilanzdefizit nur durch zusätzliche Auslandsverschuldungen zu decken wäre.

Es ist daher bedenklich, meine Damen und Herren, daß das unbereinigte Defizit der Leistungsbilanz des ersten Halbjahres 1980 rund 26 Milliarden Schilling ausgemacht hat und damit den Wert des gesamten Defizites des Jahres 1979 übersteigt.

Die Verschlechterung der Leistungsbilanz ist zweifelsohne der Entwicklung der Handelsbilanz zuzuschreiben, wobei aber allerdings nicht die Energiebilanz, der zweifelsohne eine besondere Bedeutung, ein besonderer Stellenwert zukommt, die alleinige Ursache dieser Entwicklung ist. Die Konsumgüterbilanz ist die zweite Wurzel dieser für uns allen kritisch gewordenen Situation.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten daher erkennen, daß wir heute in einer Situation sind, nämlich leistungsbilanzmäßig, die uns international gesehen in eine schlechte Optik gebracht hat. Die Leistungsbilanz von 1973 bis 1980 war nämlich nur in Schweden und Dänemark noch schlechter als bei uns.

Vereinfacht und plausibel ausgedrückt — das ist der harte Kern, die Schlußfolgerung dieser meiner Überlegung ist —, wir geben derzeit für Konsumzwecke und Investitionen mehr aus, als wir im eigenen Land erarbeiten. Ich glaube, wir sollten den Mut haben, einzugestehen, daß wir auf Dauer gesehen für immer unseren Wohlstand uns nicht im Ausland ausborgen können.

Das nächstjährige Budget, das Budget 1981 trägt die Punze, die Marke Sparbudget. Das erklärte Ziel dieses Budgets: längerfristig die Senkung des Nettodefizites um 5 Milliarden Schilling, um eben einen neuen Budgetspielraum zu bekommen, nebenbei gibt es ein kurzfristiges Ziel, nämlich konjunkturpolitische Möglichkeiten zu bekommen durch die Inbetriebnahme des Gaspedals, um so das Beschäftigungsniveau sicherstellen zukönnen.

Meine Damen und Herren! Die Frage ist, ob dieses Sparbudget, das uns hier vorliegt, wirklich der Ausdruck einer echten Sparnotwendigkeit ist oder aber nur ein verbales Bekenntnis ist.

Meine Damen und Herren! Zumindest habe ich, ich glaube, auch andere Kollegen, vor einiger Zeit ein Schreiben einer Wochenzeitschrift, nämlich der Wochenzeitschrift „Präsenz“, bekommen, in der es unter anderem heißt:

„Mit dem durch Wirtschafts- und Energiekrisen akut gewordenen Motto ‚Gürtel enger schnallen‘ befaßt sich eine Umfrage unserer überregionalen Wochenzeitung. Wir erlauben uns, Sie um die Beantwortung beiliegender

Dr. Tull

Fragen zu bitten.“ Die Fragen, die uns hier gestellt worden sind, lauten:

„Gürtel enger schnallen dürfte in den kommenden Jahren eines unserer wichtigsten Gebote werden. Appelle an die anderen, seien es der Staat, die Gesellschaft oder einfach der Nachbar, werden nicht mehr ausreichen. Jeder einzelne wird zurückstecken müssen.

Wo und wie werden Sie sich konkret einschränken? Wo wollen Sie bei sich selbst bremsen, wenn das Geld knapper wird?“

Die zweite Frage:

„Die fetten Jahre sind vorbei. Energiekrisen und Absatzflauten haben weltweit das wirtschaftliche Wachstum gebremst. Wo und wie sollten sich der Staat bzw. die öffentliche Hand einschränken, welche konkrete Maßnahmen schlagen Sie vor?“

Sicher ist es nicht leicht, diese Fragen zu beantworten, sowohl die, die an jeden einzelnen von uns gerichtet ist, wo er sich einschränken soll, denn Einschränken bedeutet Verzicht, Verzicht bedeutet, vom Lebensstandard Abstriche vorzunehmen, bedeutet eben, sich etwas billiger einzurichten, kürzer zu treten. Die gleiche Situation auch für die Gemeinschaft, für den Staat.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sollten nun überlegen: gibt es überhaupt Möglichkeiten für den Staat, um hier auch eine echte Spargesinnung an den Tag zu legen? Wir haben in der Regierungserklärung 1970 und 1971 folgendes gelesen:

„Die Bundesregierung stellte die Vorlage eines Berichtes über die Vergabe von Subventionen des Bundes in den einzelnen Haushaltsjahren in Aussicht.“ Es folgten Jahr für Jahr Subventionsberichte, 400 Seiten bedrucktes Papier. Alles sehr klar aufgezeichnet, detailliert dargestellt, wofür Subventionen gegeben wurden. Im Jahre 1978 waren es, wie ich hier entnommen habe, 12 500 Millionen Schilling an Subventionen, die vergeben worden sind. Das heißt, immerhin ein ganz beachtlicher Betrag der gesamten Staatsausgaben.

Nun lese ich in diesem Bericht der Bundesregierung: Die Berichte 1970 bis 1972 nicht mehr weiterbehandelt, die Subventionsberichte 1973 bis 1975 nicht mehr weiterbehandelt, Subventionsberichte 1976/1977 zur Beratung dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen. Niemals behandelt worden.

Ich glaube, meine Damen und Herren, es wäre zweckmäßig gewesen, hier in diesem Subventionsbericht einmal nachzusehen, ob es Möglichkeiten gibt, das eine oder das andere einzusparen, auf das eine oder das andere zu

verzichten. Man sollte nicht den Kopf in den Sand stecken. Es ist nicht leicht, vielleicht jetzt zu sagen, dieser oder jener Betrag muß gestrichen werden. Aber wenn wir der Meinung sind, daß wir aus budgetären Gründen nunmehr in einer Situation stehen, wo man das Budget sanieren soll, sanieren muß — nicht nur von der Einnahmenseite, sondern auch von der Ausgabenseite —, dann sollte man sich überlegen, ob man nicht hier, eben an Hand dieser Unterlagen, entsprechende Vorschläge erarbeiten könnte. Oder ist das wirklich nur eine Arbeit der Bundesregierung für die Papierkörbe des Parlamentes gewesen?

Meine Damen und Herren! Jahr für Jahr bekommen wir sehr interessante Berichte des Rechnungshofes. Ich glaube, man sollte dieses Problem der Sparmöglichkeit, der Einsparungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Rechnungshofes sehen. Denn der Rechnungshof hat doch die Aufgabe, nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit zu überprüfen, aufzuzeigen, nicht nur, wo es technische Mängel gegeben hat, sondern wo es auch wirklich Übergriffe gegeben hat, wo es problematische Entwicklungen gegeben hat, wo es Verfehlungen gegeben hat.

Wir haben Jahr für Jahr bei der Behandlung des Bundesrechnungsabschlusses uns sehr eingehend mit dem Problem des Theaterdefizites beschäftigt. Jahr für Jahr stehen die Abgeordneten aller Parteien an der Klagemauer und sagen: Diese Entwicklung ist äußerst kritisch. Wir werden 1981 1,2 Milliarden Schilling aufwenden müssen. Jeder Spieltag kostet 4 Millionen Schilling und jede Eintrittskarte wird mit 800 Schilling aus Steuermitteln finanziert.

Aber, meine Damen und Herren! Ich bin wahrlich kein Kultur- und Kunstbanause, aber es gibt hier auch im neuesten Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes Dinge, die geradezu aufreizend sind. Es gibt beispielsweise einen Verein „Wiener Festwochen“, der Bund beteiligt sich daran mit 90,9 Prozent und was muß man hier feststellen? Was hat der Rechnungshof hier alles beanstandet? Da werden beispielsweise vom Intendanten Einladungen überwiegend in Restaurants der Luxuskategorie ausgesprochen, da werden Arbeitsgespräche, Arbeitssessen in den teuersten Restaurants in Wien durchgeführt. Da werden nach einer Aufführung der „Fledermaus“ im Palmenhaus im Burggarten über 300 Gäste auf Büttenpapier eingeladen. Das Bedienungspersonal wurde von einem Kostümverleiher mit Livreen ausgestattet. Dem Rechnungshof ist die Übung, daß nach einer Premiere die Mitwirkenden zu einer Feier geladen werden, bekannt, aber die Feier nach dieser „Fledermaus“-Premiere hat jedoch nach seiner Ansicht hinsichtlich der Kosten

Dr. Tull

des äußeren Aufwandes das vertretbare Maß bei weitem überschritten.

Was geschieht damit? Meine Damen und Herren, und das ist eine entscheidende Frage überhaupt für die Tätigkeit des Rechnungshofes. Es genügt doch nicht, wenn der Rechnungshof solche Dinge aufzeigt. Wenn er sagt, das sind die Schwachstellen, dann muß doch irgend jemand in der Lage sein, Abhilfe zu schaffen und den Verantwortlichen beizubringen, daß es sich ja dabei um öffentliche Mittel handelt.

Meine Damen und Herren, ich kann mich erinnern! Der Herr Bundeskanzler hat einmal einen Satz hier ausgesprochen als Abgeordneter. Ich habe damals frenetisch applaudiert, als er sagte: Man kann sparen, wenn man will. Da ein Tausender und dort ein Tausender.

Das ist richtig, meine Damen und Herren. Sicherlich, wir werden vielleicht auf diese Art und Weise keine Eckhäuser zustande bringen, aber man soll doch den guten Willen zeigen. Ich möchte jetzt wirklich wissen: Was geschieht jetzt mit den Verantwortlichen für solches Vorgehen? Vom Staatsbürger verlangt man, den Riemen enger zu schnallen. Wird jetzt jemand hier wirklich für diese Entwicklung verantwortlich gemacht?

Meine Damen und Herren! Ich möchte den Disput über die Steuer- und Sozialquote nicht anheizen; darüber ist heute bereits sehr viel gesprochen worden. Es ist unbestritten, daß die Sozialversicherungsbeiträge von 6,8 Prozent im Jahre 1958 auf 11 Prozent gestiegen sind. Ich bekenne mich dazu, daß das notwendig gewesen ist, weil der Wohlfahrtsstaat geräumiger wurde und weil wir zusätzliche Verpflichtungen aus unserer sozialen Verantwortung heraus übernommen haben.

Aber, meine Damen und Herren, wir wissen, angesichts der heutigen Situation, der Notwendigkeit, den Riemen enger zu schnallen, werden sich jene, die höhere Sozialversicherungsbeiträge zu leisten haben, werden wir alle, die wir nunmehr zur Kenntnis nehmen müssen, daß aus Familienlastenausgleichsfondsmitteln für Sozialversicherungszwecke zusätzlich Gelder aufgewendet werden, uns sicherlich daran stoßen, daß es hier einige Leute gibt, Sozialversicherungsbosse, die sich ein süßes Leben eingerichtet haben. Das schafft doch wirklich ein tiefes Unbehagen, meine Damen und Herren, wenn man sieht, welche Verschwendungssucht hier getrieben worden ist, wenn man weiß, daß beispielsweise der Neubau des Verwaltungszentrums einer Sozialversicherungsanstalt in Wien, 1972 freihändig vergeben, mit einem Aufwand präliminiert von 312 Millionen Schilling letzten Endes 980 Millionen Schilling gekostet hat.

Was denken sich die Menschen, wenn sie erfahren, daß beispielsweise Dienstautos jeweils um 408 000 S angeschafft werden für die Direktoren mit eingebauten Autotelephonen, daß die Kosten allein für diese Ferngespräche vom März bis November 1978 rund 250 000 S betragen haben?

Was denken sich die Leute, meine Damen und Herren, wenn man weiß, daß es hier Wohnungen gibt, die einzelne führende Funktionäre dieser Anstalt in einer Größenordnung von 116 Quadratmeter zu einem Mietzins von 155 S bekommen?

Ich bin bestimmt nicht kleinlich, aber ich sehe auch nicht ein, daß beispielsweise ein Direktionszimmer — und sieben waren es — zum Preis zwischen 316 000 bis 422 000 S eingetretet worden ist.

Ja, sehen Sie, meine Damen und Herren: Da ein Tausender, dort ein Tausender.

Oder man kann ein Wort variieren und sagen: Da ein Papierkorb um 1 095 S und dort ein Papierkorb um 1 095 S. Insgesamt waren es 670 solcher Papierkörbe.

Meine Damen und Herren! Das sind doch Dinge, die einem zu denken geben müssen.

Ich bekenne mich zur Gratisschulbuchaktion, eine gute, eine richtige Einrichtung. Aber, meine Damen und Herren, wenn die „Kronen-Zeitung“, die Oberösterreich-Ausgabe der „Kronen-Zeitung“ vor einigen Wochen berichtet hat „Oberösterreichs Schüler decken auf: 13 Prozent der Bücher nie verwendet!“, dann muß man angesichts der heutigen Situation, wo wir kürzer treten müssen, wo wir alle zusammen den Gürtel enger schnallen müssen, doch fragen: Ja wenn 13 Prozent der Bücher wirklich nicht verwendet worden sind, da ist doch da irgend etwas nicht in Ordnung. Sollte man da nicht irgendwo nachsehen? Vielleicht könnte man da oder dort doch auf diese Art und Weise einsparen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Und wenn das bundesweit wäre, die 13 Prozent, so sind das immerhin, wenn 1 Milliarde jährlich für die Gratisschulbuchaktion aufgewendet wird, rund 130 Millionen Schilling. Das würde den Vorstellungen des Herrn Bundeskanzlers entsprechen: Da ein Tausender und dort ein Tausender.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß es Zweifler gibt, die meinen, daß dieses Budget ein Budget der politischen Optik sei. Es gibt Skeptiker in diesem Lande, die überzeugt sind, daß im kommenden Jahr, da dieses Budget friert wäre, Nachtragsforderungen angemeldet werden müssen, sodaß dann der gute Vorsatz des Herrn Bundesministers Dr. Androsch, die

Dr. Tull

absolute Größe des Budgetdefizites zu stabilisieren, im Sande verlaufen müßte.

Dieses Budget, meine Damen und Herren, das heute abschließend behandelt wird — wir sind in den letzten Stunden dieser Budgetberatungen —, wird laut Bundeskanzler Dr. Kreisky von dem Finanzminister auf Abruf, vom Herrn Dr. Androsch noch verantwortet werden müssen. Ich weiß nicht, ob das, was Kenner der augenblicklichen politischen Szene behaupten, richtig ist, ich weiß nicht, ob Herr Dr. Androsch wirklich so vereinsamt ist, wie die heutige „Presse“ das behauptet, wenn sie schreibt: „Er saß im SPÖ-Couloir und wartete. So mancher Parteifreund, der bereits an die Zukunft dachte, machte hier seine Aufwartung, doch viele gingen bereits an ihm vorbei, als sei er Luft.“

Herr Bundesminister Dr. Androsch! Ich kann Ihnen das nachfühlen, das ist nicht nur Ihnen so passiert, das gereiche Ihnen zum Trost. (*Präsident Thalhammer übernimmt den Vorsitz.*)

Aber ich habe mich in diesem Zusammenhang an eine Legende aus grauer Vorzeit erinnert. In dieser Legende wird folgendes geschildert: König Antigonos befahl eines Tages seinem Priester, ein Opfer darzubringen, damit Gott ihn vor seinen Freunden schütze. Gefragt, warum nicht vor den Feinden, antwortete er dem Priester: Vor meinen Feinden kann ich selbst auf der Hut sein, vor meinen Freunden aber nicht.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, dieses Budgetkonzept mit vielen Zweifeln und vielen Ungereimtheiten drängt zwingend die Frage auf: Wer wird dieses Budget nach Dr. Androsch verantwortlich zu vollziehen haben? Aufgabe der Bundesregierung und des Nationalrates wäre, angesichts der schwieriger werdenden Zeiten aus den Erfahrungen der letzten Jahre, aus den gemachten Fehlern — denn es sind sicherlich neben den hervorragenden Leistungen, die erbracht worden sind, auch so manche Fehler gemacht worden, und die einzugestehen ist keine Schande, denn niemand sollte so präpotent sein zu behaupten, daß er unfehlbar wäre —, aus den zutage getretenen Mängeln jene Erkenntnisse gewinnen, die zur Bewältigung der Schwierigkeiten der achtziger Jahre, so wie es die SPÖ auf ihren Plakaten gesagt hat, beitragen können. (*Beifall bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Dittrich. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Ing. **Dittrich** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Her-

ren! Dieser Haushaltsplan scheint mir durch zwei äußere Umstände mit geprägt zu sein. Zum einen wurde der Entwurf vom amtsältesten Finanzminister erstellt, den Österreich je hatte, und zum anderen hat er den größten Schuldenberg aufgehäuft, den dieses Land je besessen hat. Doch bei seinem Abgang hinterläßt er uns keinerlei Konzept, wie diese drückende Schuldenlast in einem solchen Ausmaß abgebaut werden könnte, damit für den Staatshaushalt wieder ein gewisser Bewegungsspielraum geschaffen wird, damit wir der Wirtschaft und Konjunktur gerecht werden können, denn genau das geschieht nämlich jetzt nicht. Ich darf dies an zwei Beispielen demonstrieren.

Es ist in diesem Haus auch heuer wieder sehr viel von Strukturpolitik gesprochen worden. Man wolle und man werde die österreichische Wirtschaft zielbewußt an die Notwendigkeiten der achtziger Jahre heranzuführen, um die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft auf sehr lange Sicht zu gewährleisten. Solche Versprechungen klingen natürlich wunderschön, stimmen aber mit der wirtschaftlichen Realität überhaupt nicht überein. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wir alle hier im Haus haben allergrößtes Verständnis dafür, wenn Bemühungen unternommen werden, den Menschen Arbeitsmöglichkeiten zu bewahren, sie also vor Arbeitslosigkeit zu schützen. Wir, die Wirtschaft, haben dies in den letzten Jahren sehr bewiesen, und zwar unter großen und größten Anstrengungen, denn es ist uns gelungen, die Jugendarbeitslosigkeit in diesem Land zu verhindern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie von der Regierungsfraktion haben uns dies durch Ihre Wirtschaftspolitik von Jahr zu Jahr schwerer gemacht. Ich darf als Beispiel die Auswirkung der 30prozentigen Luxusmehrwertsteuer etwa bei den Gold- und Silberschmieden anführen.

Wir führen seit 15 Jahren in unserem Wirtschaftsförderungsinstitut die „Woche der Berufsinformation“ durch, die jährlich von zigttausenden Burschen und Mädchen, Eltern und Lehrern besucht wird. Heuer war nach 15 Jahren das erste Mal die Branche der Gold- und Silberschmiede nicht mehr dabei, weil es einfach keinen Sinn hat, Lehrlinge anzusprechen und zu motivieren, diesen Beruf zu ergreifen, da kein Lehrherr mehr in der Lage ist, diese Mädchen und Burschen auszubilden. Wir haben bisher in Wien jährlich 70 bis 80 Lehrlinge in dieser Branche gehabt, heuer nur etwa 16, und nächstes Jahr werden es weniger als zehn sein. Ich glaube, das ist sehr beispielhaft für die derzeitige Wirtschaftspolitik. Das sollte ein Alarmzeichen sein, das leider noch immer nicht erkannt wird. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ing. Dittrich

Ich darf auch annehmen, daß niemand in diesem Haus nicht mit Besorgnis die Entwicklung im gesamten EWG-Raum, was die Beschäftigten betrifft, verfolgt. Ganz sicher ist es ein Vorteil, daß wir bisher von dieser Entwicklung verschont blieben. Es wurde dafür aber sehr, sehr viel Geld ausgegeben, und dieses Geld wurde längst in einen gigantischen Schuldenberg umgewandelt. Aber Strukturpolitik im eingangs erwähnten Sinn hat man in keiner Art und Weise gemacht. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Man hat gerade bei den verstaatlichten Betrieben sehr viel Geld zur Bewahrung der vorhandenen Arbeitsplätze aufgewendet und damit nichts anderes erreicht, als alte und nicht mehr wirtschaftskonforme Strukturen zu konservieren. Jawohl, genau das hat die Regierung gemacht! Sie ist also in diesem Sinn konservativ, wie die Sozialisten dieses Wort verstehen. Ich frage mich, ob diese Regierung nicht auch bei den sogenannten Zukunftsprojekten in einem Maß konservativ ist, daß uns sicher schon in einigen Jahren das Hören und Sehen vergehen wird.

Denn ohne Prophet zu sein, meine Damen und Herren, ist doch wohl die Frage berechtigt, ob man in Aspern nicht eine Fabrik baut, deren Produkte bereits das Stigma der Vergangenheit tragen *(Beifall bei der ÖVP)*, denn die herkömmliche Art der Verbrennungsmotoren wird schon in Richtung Ölpreisentwicklung kaum Zukunft haben. Denken Sie nur an die großen Anstrengungen der japanischen Industrie in Richtung Entwicklung kleiner Turbo-Motoren. Für dieses Projekt werden vom Bund und der Stadt Wien Milliarden Schilling ausgegeben in einer Art und Weise, die man einfach als schwere Benachteiligung der gesamten Wirtschaft und insbesondere der Wiener Wirtschaft bezeichnen muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Das ist nicht Strukturpolitik, wie wir sie verstehen. Ich darf die heutige „Presse“ zitieren. Ich darf Sie auch bitten, darin zu blättern. Überschrift: „General Motors in Wien fast ohne Eigenkapital.“ „General Motors wird seine Motoren- und Getriebefabrik in Wien-Aspern so gut wie ohne Eigenmitteleinsatz finanzieren.“ Das stellte gestern Generaldirektor Genn fest. Hier schreibt er: „Ein Drittel der Investitionssumme von 7,8 Milliarden Schilling wird ... die österreichische Regierung als Subvention in bar beisteuern.“ Der Rest soll am Kapitalmarkt, womöglich in Österreich, aufgebracht werden. Was heißt das, meine Damen und Herren? Die angespannte Situation unserer Kreditinstitute und des gesamten Kapitalmarktes soll zusätzlich überfordert werden. Das kann doch nicht Sinn und Zweck einer vernünftigen Politik sein! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der Herr Kollege Mühlbacher hat heute wieder erklärt, eine große Bedeutung würde den Zulieferfirmen zukommen. Meine Damen und Herren, da bitte ich Sie, auch folgende Passage zu lesen: „Sorgen bereitet, daß die hiesigen Zulieferfirmen technisch nicht auf dem letzten Stand der technischen Entwicklung sind. Die dazu erforderlichen Investitionen würden es den österreichischen Firmen schwer machen, gegenüber bereits entsprechend ausgerüsteten ausländischen Unternehmen wettbewerbsfähig zu bleiben. Deshalb wollen die Österreicher ihre Investitionen durch langfristige Abnahmegarantien von GM abgesichert wissen, die der Konzern im Ausland jedoch nicht zu geben braucht.“

Was heißt das in der Tat? Das ist eine Absicherung für unsere Wirtschaft. Man verlangt ja — mir ist das schon seit Monaten bekannt — von unseren Betrieben Referenzen, welche große Automobilfabriken schon bisher beliefert wurden. Das kann aber kaum ein österreichischer Betrieb. Daher sagt man, er sei nicht in der Lage zu liefern, und dafür gibt man diesem ausländischen Konzern mit einem nachweisbaren Gesellschaftskapital von 100 000 S ein Geschenk von 2,6 Milliarden Schilling. Ich darf Sie also wirklich fragen, ob Sie noch immer der Meinung sind, daß das keine eklatante Benachteiligung unserer heimischen Industrie darstellt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiteres handfestes Beispiel haben wir erst in jüngster Vergangenheit erlebt. Gegen den Widerstand der Eigentümervertreter hat man in Niklasdorf einen Betrieb und damit 400 Arbeitsplätze gehalten; einen Betrieb, der nicht mehr lebensfähig ist. Damit hat man gar nichts erreicht, denn spätestens in drei Jahren, aber sicher nach den nächsten Wahlen ist doch die Situation dort noch viel schlechter und ärger als jetzt. Der einzige momentane Erfolg: Man hat eine Leiche geschminkt, anstatt neues Leben zu zeugen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister, das ist keine moderne, den Ansprüchen der achtziger Jahre gerecht werdende Strukturpolitik. Denn sie birgt noch eine große Gefahr in sich: Mit dem Geld, das die noch gesunden Betriebe aufbringen, werden lediglich die Fußmaroden gestreichelt, anstatt damit die Fitneß der gesunden Klein- und Mittelbetriebe zu stärken. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich darf Sie fragen: Wie lange noch werden die noch gesunden Betriebe dieses Geld aufbringen? Eine kleine Bemerkung dazu: Von allen verstaatlichten Betrieben sind es in den letzten Jahren nur drei gewesen, die an den Eigentümer Staat Dividende ausgeschüttet haben.

Ing. Dittrich

Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zur Hochzinspolitik, die für die Wirtschaft nicht mehr tragbar ist.

Wer, meine Damen und Herren, soll heute Investitionen durchführen, wenn die Kreditzinsen schon 14 bis 16 Prozent erreicht haben? Denn durch Ihre Wirtschaftspolitik ist es in den letzten Jahren zu einer mehr als bedrohlichen Reduzierung des Eigenkapitals in unseren Betrieben gekommen. Sie würden sich, glaube ich, wundern, wüßten Sie, wie viele Betriebe bereits einen Fremdkapitalanteil von 80, ja sogar 90 Prozent haben. Da sind Kreditzinsen in der heutigen Höhe einfach nicht mehr unterzubringen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Wirtschaft muß daher darauf bestehen, ein neues Haben-Zinsenabkommen in modifizierter Form wieder zu bekommen.

Auch in diesem Haus hat man oft das Schlagwort gehört, man werde keine Sozialisierung der Verluste bei gleichzeitiger Privatisierung der Gewinne zulassen. Das Gegenteil, meine Damen und Herren, ist der Fall. Im zunehmenden Maß werden nämlich die Gewinne sozialisiert und das Risiko bleibt privatisiert. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich glaube, es ist allerhöchste Zeit, die Situation zu erkennen, das Eigenkapital zu stärken. Denn nur das Eigenkapital ist in der Lage, als Risikokapital richtig eingesetzt zu werden. Gerade dieses Risikokapital ist aber für eine gesunde, eine echte wirtschaftskonforme Strukturverbesserung absolut notwendig.

In dieser Situation, Herr Bundesminister, hängen Sie noch immer an der unsinnigen Kreditsteuer *(Zustimmung bei der ÖVP)* — das ist einfach unverständlich — und tragen damit selbst und direkt zur Verteuerung der Kredite bei. Ich glaube, der notwendige Umdenkungsprozeß sollte raschest beginnen.

Nun, Herr Bundesminister Dr. Staribacher, noch ein direktes Anliegen an Sie: Die Bundeswirtschaftskammer hat im Frühsommer dieses Jahres nach Abwägung der Interessen zwischen den Bundessektionen Handel und Industrie in Ihrem Ministerium den Antrag gestellt, die Mindestgrenze des Textileinfuhrscheines von bisher 4 000 auf 25 000 S zu erhöhen. Dies besonders deshalb, um den Tausenden kleinen Textilhändlern eine spürbare Erleichterung bei der Administration zu bringen.

Herr Bundesminister! Ich weiß, daß Sie nach Interventionen seitens der Gewerkschaft, aber auch seitens der Industrie diesen Antrag der Bundeswirtschaftskammer abgelehnt haben. Herr Bundesminister, ich darf Sie hier klar und deutlich aufmerksam machen: Die gesetzliche Interessenvertretung der Wirtschaft, also der gesamten österreichischen Wirtschaft, ist die

Bundeswirtschaftskammer und kein wie immer gearteter Verein! Das möchte ich klipp und klar hier sagen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie haben zuletzt bei der Angelobung des Herrn Präsidenten Sallinger wieder klar Ihr Bekenntnis, Ihre Loyalität zur Bundeskammer bestätigt. Herr Bundesminister, durch eine rasche Anerkennung dieser Wertgrenzen können Sie diese mündlichen Aussagen bestätigen und in die Tat umsetzen. Ich darf Sie dazu im Namen Tausender kleiner Textilhändler dringend bitten und auffordern.

Meine Damen und Herren! Mit einer verfahrenen Strukturpolitik, jährlich größer werdenden Belastungen, einem gigantischen Schuldenberg und einer unglückseligen Hochzinspolitik stapfen wir in Konkurrenzjahre, die weltweit immer härter werden. Es ist höchste Zeit, Ihren Kurs zu ändern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Heindl. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Heindl (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dittrich, Herr Präsident Sallinger, in einem bin ich sicher einig mit Ihnen, und zwar mit der Analyse dessen, was auf uns zukommt. *(Abg. Dr. Mock: Das ist immerhin schon sehr viel!)* Da gibt es überhaupt keine Diskussion, ich sehe das ebenso dramatisch. Im Gegenteil, ich glaube sogar, daß es in den nächsten Monaten noch dramatischer werden wird, weil ich persönlich überzeugt bin, daß die Änderung in der amerikanischen politischen Szene zweifelsohne einen enormen Industrialisierungsschwung mit sich bringen wird. Wir hören ja schon, daß dort im Industriebereich eine entsprechende Aufbruchstimmung herrscht, wir hören seit Monaten, und nicht nur in Österreich, sondern diese Probleme spüren ja unsere Nachbarstaaten in Europa ebenso, von der Entwicklung der japanischen Konkurrenz.

Ich glaube nur, wir sollten einen Fehler nicht machen: Wenn wir das sehen, so tun, als sei alles, was hier bei uns im Augenblick ist, so wahnsinnig schlecht. Das wäre furchtbar, weil es psychologisch gerade im Zusammenhang mit notwendigen Strukturbereinigungen, mit Neuverbesserungen ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schüssel.)* O ja, Herr Kollege Schüssel, es ist leider so, daß immer wieder hier nur schwarzweißgemalt wird. Ich wiederhole zum x-tenmal: Das ist das Schlechteste, was wir tun können, hier herauszugehen und so zu tun, als wäre alles wahnsinnig schlecht. Österreichs Image wäre kaputt. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mock.)*

Dr. Heindl

Entschuldigen Sie, ich habe mir die Zettel mitgenommen. Der Kollege Sandmeier, Herr Kollege Mock, hat hier erklärt, er liest ausländische Zeitungen, das österreichische Image ist hin. Bitte, ich darf Ihnen sagen, ich lese auch sehr viele ausländische Zeitungen, permanent, täglich ... (*Abg. Dr. Mock: Ihr lest nicht die gleichen!*) Wahrscheinlich lesen wir nicht die gleichen. Ich kann es mir wahrscheinlich nicht erlauben, diese zu lesen. Ich lese einen „Le Monde“, ich lese eine „Frankfurter“, ich lese „Economist“, ich lese „Financial Times“.

Wenn ich mir anschau, was in den letzten Monaten geschrieben worden ist, Herr Kollege Mock, so habe ich nicht den Eindruck, daß im Ausland das österreichische Image kaputt ist, sondern im Gegenteil: Österreich wird dort als ein Hort eines vorbildlich geführten Staates gefeiert. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich will meine Zeit nicht dazu verwenden — ich habe bewußt keine Artikel mitgenommen —, aber ich lade jeden von der Österreichischen Volkspartei ein: Setzen wir uns nachher eine Stunde zusammen, wir können einen ganzen Pack Zeitungen durchsehen, zeigen Sie mir kritische Artikel und zeigen Sie mir auch alle anderen, die sich mit unserer Entwicklung positiv beschäftigen.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Das muß doch unser aller Interesse sein. Seien wir doch froh und gehen wir nicht hier heraus, um aus kurzsichtigen parteipolitischen Überlegungen hier Dinge in den Raum zu stellen, die nicht sind. Es hat in den letzten zehn, zwölf Jahren eine Entwicklung gegeben — ich habe nie gesagt, daß die genau am 1. März 1970 begonnen hat, sondern ich bin der Auffassung, in den letzten zehn, zwölf Jahren war es der Fall, aber es sind halt zehn sozialistische Jahre dabei —, in der sich Österreich grundlegend gewandelt hat. Sicherlich zum Teil auch mit Entwicklungen, die nicht immer erfreuliche Tendenzen gebracht haben. Aber wenn hier der Kollege Dittrich sagt, die Hochzinspolitik sei quasi ein Produkt von uns, so wissen Sie doch selbst, daß das wirklich einer dieser üblen Sachzwänge ist, unter denen wir stehen. Ich wünsche mir so wie Sie, daß es rasch möglich sein wird, von diesen Zinsen wieder herunterzukommen. Darüber gibt es überhaupt keine Diskussion. Aber man kann doch nicht sagen, es sei ein Produkt dieser Regierung, die habe das leichtfertig veranlaßt. So ist es ja nicht, meine Damen und Herren! (*Zustimmung bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Hauser: Warum hat denn der Herr Finanzminister die Kreditsteuer eingeführt?*)

Herr Kollege Hauser! Jede Steuer werden Sie natürlich als Opposition — das ist Ihr gutes Recht — immer wieder kritisieren. Im selben

Atemzug wird hier nur ständig wieder mehr verlangt. Es ist ja heute wieder geschehen, daß man sagt: Mehr Ausgaben. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ich will Ihnen sagen: Wenn man sich mit dem Problem ernsthaft auseinandersetzt, in den Raum stellt, ist diskutierbar, ob das noch gut oder schlecht ist, dann soll man doch eines tun: anerkennen, daß man auch ohne besondere Budgetmittel in vielen Bereichen sehr, sehr fruchtbare Arbeit leisten kann, und man hat sie geleistet. Ich komme dann auf einzelne Beispiele zu sprechen.

Aber so kann man frisch wieder nicht beginnen, daß man sich hierher stellt und sagt: Niklasdorf, das ist ein Musterbeispiel, wie man eingreift und wie man — ich weiß nicht genau, wie der Kollege Dittrich gesagt hat — eine Leiche aufputzt. (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Meinen Sie das nicht?*) Ich werde Ihnen meine Meinung dazu sagen, deswegen rede ich ja davon. Ich weiche einer Frage nicht aus. (*Abg. Dr. Mock: Fragen Sie einmal privat Ihren früheren Chef oder den Androsch!*)

Aber ich rede ja ganz offen hier, Herr Kollege Mock, ich rede hier, wie ich draußen rede, weil ich gar keinen Grund habe, meine Meinung hier nicht zu präsentieren. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Schüssel: Und wie oft, glauben Sie, ist das wiederholbar?*)

Herr Kollege Schüssel, hören Sie mir einen Augenblick zu. Grundsätzlich, bin ich der Auffassung, soll man bei Eingriffen in Privatbetriebe oder auch staatliche Betriebe, egal, wie sie geführt sind, vorsichtig sein.

Nun wissen wir aber, daß in manchen Bereichen in Österreich, egal, ob in der Privatwirtschaft oder im verstaatlichten Bereich, um es vorsichtig zu sagen, nicht immer die richtige zukunftsorientierte Politik gemacht worden ist.

Gerade dort, wo bei 500, 600 Arbeitsplätzen nicht nur für den Betrieb, in dem sie verankert sind, sondern für eine ganze Region, gerade für die von Ihnen immer wieder monierten Klein- und Mittelbetriebe die Beschäftigungslage an sich, die Einkommenssituation der dort Beschäftigten von riesiger Bedeutung ist, wäre es doch meiner Auffassung nach ein Unsinn, zu sagen: So, jetzt ist es aus, jetzt sperren wir zu, irgendwann in ein paar Jahren wird sich schon wieder etwas entwickeln.

Wir wissen genau, ein großer Betrieb, der zugesperrt wird, wird so leicht in der Form nicht mehr aufgesperrt werden. Daher die Überlegung: Verschaffen wir diesem Unternehmen die Chance, sich zu regenerieren, wenn es nicht geht, in der Phase dieser Umstrukturierung in eine neue Struktur, in eine neue Produktion hinein diese Beschäftigten zu erhalten.

Dr. Heindl

Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, weil ich es weiß: Wenn sich die Leute einmal verlaufen haben, finden Sie die, die Sie dann in einem neuen Betrieb brauchen, nicht mehr. Daher ist das, wenn Sie wollen, eine Vorinvestition für neue Arbeitsplätze dort, nicht in dem Betrieb an sich, sondern für dort zu schaffende neue Strukturen.

Glauben Sie mir, das ist Strukturpolitik, wie wir sie sehen und wie sie auch im Interesse von Kleinbetrieben ist. Hören Sie doch herum, was ein kleiner Greißler, nicht jetzt negativ gesagt, sagt, wenn nur ein Mittelbetrieb zusperrt: „Jösas, jetzt wird mein Umsatz zurückgehen!“ Alles Probleme, die nicht nur den Betrieb, sondern die ganze Region betreffen. Sehen wir daher ein Problem, wie es da versucht wird zu lösen. Ob es erfolgreich gelöst werden wird, weiß ich auch nicht. (Abg. Dr. Schüssel: Wie oft, Herr Kollege Heindl, können Sie das wiederholen?)

Nicht hundertmal, da gebe ich ihnen schon recht, aber man setzt ein Signal, daß man bereit ist, in wirtschaftlich schwachen Regionen, wo es notwendig ist, Kapital einzusetzen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Schüssel: Wieso in dieser Region und in einer anderen wirtschaftlich schwachen nicht? — Abg. Dr. Fischer: Das hat sogar der Krainer verstanden!)

Herr Kollege Schüssel, ich hätte nicht gesprochen über das, worüber ich jetzt spreche; meine Parteifreunde werden auch überrascht sein. Aber über die Art, wie Kollege Sandmeier das heute präsentiert hat: Man greift quasi ein, aber man macht keine Strukturpolitik, man ruiniert nur, man nimmt weg, alles Worte, die ich mir hier notiert habe, darüber werde ich Ihnen etwas sagen.

Ich beobachte, und Sie tun es sicherlich auch, wie ich Sie persönlich kenne, sehr genau einen Konzernbereich, nämlich die CA, wo sehr viel Strukturpolitik gemacht werden sollte und ohne Eingriff. Und jetzt, wenn man diskutiert, warum soll eine Änderung gemacht werden, ist die Person nicht die erste Frage, die entscheidende ist: Änderungen. Ich werde Ihnen sagen, warum ich persönlich so sehr dafür bin.

Ich frage mich: Gibt es im Vorstand der CA Richtlinien für Konzernstrategie? Mir ist keine bekannt. Das sage ich Ihnen. Aber die Frage muß man hier einmal stellen, wenn man ständig sagt, es ist ohnehin dort so gut.

Ich frage mich weiter: Reicht die Organisation der Konzernverwaltung in der CA aus, die personellen Probleme in den Konzernbetrieben zu lösen? Ich habe persönlich zu viel erlebt, ich muß sagen, sie reicht nicht aus, zumindest nicht in der Form. Wer trägt dafür die Verant-

wortung? Die Regierung vielleicht? Nein! (Abg. Dr. Schüssel: Aber es gibt ja auch gute Beispiele!)

Ich werde eine weitere Frage stellen: Ist eine ordnungsgemäße Kontrolle für die Beteiligung dort gegeben? (Abg. Dr. Schüssel: Sicher!) Sicher? Ich würde es mir nicht zu sagen trauen.

Denn dann frage ich mich — nächste Frage, hängt schon damit unmittelbar zusammen —: Was ist denn passiert — ich habe keine klare Antwort, daher stelle ich die Frage, vielleicht wird es mir jemand einmal sagen — bei der Einbringung der Semperit-Aktien bei Semkler? Wie war das mit der Einbringung der CA-Beteiligung bei der Vöslauer Kammgarn? Warum wurde das so gemacht? Wie war das beim Erwerb von Brigl & Bergmeister?

Ich könnte Ihnen noch einige Dutzend solcher Fragen stellen, Herr Kollege Schüssel. Hier werde ich sie nicht stellen im Interesse der Betriebe, aber ich hoffe, wir werden einmal im Ausschuß darüber reden. Dann wird man draufkommen, daß dort überhaupt keine Strukturpolitik gemacht worden ist in einem Bereich, wo es dringendst notwendig gewesen wäre, Strukturpolitik zu machen. (Beifall bei der SPÖ.)

Für mich ergeben sich weitere Fragen in diesem Zusammenhang. (Abg. Dr. Schüssel: Herr Dr. Heindl, darf ich einen Zwischenruf machen?) Jeden, Herr Kollege Schüssel. (Abg. Dr. Schüssel: Steyr, Semperit sind doch auch positive Beispiele für gelungene Strukturprobleme! Man soll doch nicht nur über die Pleiten reden!) Jawohl, aber Sie stellen sich immer her bei den Bereichen und sagen: Sehen wir die zwei, drei positiven Beispiele, über die 130 schweigen wir.

Ich sage Ihnen, Herr Kollege Schüssel, im Konzernbereich der CA als Beispiel — das ist ja nur einer für mehrere — wäre die Gelegenheit, langfristig Strukturpolitik nicht nur im industriellen Sinn, sondern auch regionalpolitisch zu machen. Wir beide wissen ganz genau, daß hier größte Versäumnisse begangen worden sind, da kann die Regierung nicht eingreifen. Leider hat sie es nicht, ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich hätte mir gewünscht, daß man einige Male eingegriffen hätte, und ich wünsche mir in diesen Tagen, daß der dort noch amtierende Generaldirektor eingreift. Aber ich sehe nichts und höre nichts. Und es passiert immer wieder etwas, und dann ist es zu spät, einzugreifen. Sie wissen, was ich meine.

Für mich ergeben sich daraus die Fragen: Welche Erfolge wurden in den letzten Jahren bei Industriebeteiligungen erzielt? Mich würde es einmal interessieren. Gott sei Dank gibt es auch Steyr und Semperit, aber insgesamt, die

Dr. Heindl

Betriebsrechnung besteht ja nicht nur aus den zwei Betrieben; leider, muß man dazu sagen.

Oder: Welche Belastungen ergeben sich aus diesen Erfolgsrechnungen der CA in den vergangenen zwei, drei Jahren für jetzt und für die Zukunft? Keiner weiß es.

Ich habe, um es vorsichtig zu sagen, Sorgen. Und ich kann ihnen sagen: Wenn wir Strukturpolitik machen wollen, Herr Kollege Schüssel, dann kann die Strukturpolitik nur erfolgen in Verbindung mit diesen Schlachtschiffen, die in öffentlicher Hand sind — es muß aber nicht immer nur die Staatshand sein —, in Verbindung mit den Privatbetrieben, in Verbindung mit den Ländern, in einem Konzept, das von der Regierung in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern erarbeitet wird.

Aber dazu braucht man Persönlichkeiten, die das durchziehen und nicht so herumdilettieren, wie es einige Male in der Vergangenheit ohne Eingriffe passiert ist. Das möchte ich Ihnen sagen. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Lußmann.)*

Also ist es falsch, glauben Sie, Herr Kollege. Hören Sie mir zu. Sie sind ein Vertreter der Kleinbetriebe. Wenn man hier zuhört, so hört sich das immer so an, außer General Motors und Niklasdorf gibt es keine Probleme der österreichischen Wirtschaft, gibt es nichts, worüber man reden könnte.

Ich sage Ihnen etwas aus dem rein privaten Bereich. Mir sind ein paar Dinge eingefallen in letzter Zeit, weil es immer so aussieht, man hilft von Regierungsseite her nur großen staatlichen Betrieben, wenn sie in Schwierigkeiten geraten sind.

Ich frage mich: War das eine Aktion für Private, als man Eybl gerettet hat oder versucht hat, zu sanieren? War die Hilfe für Leykam, Ganahl, Linz-Textil, Salzburg-Velour, Fehrer-Linz, waren das Staatsaktionen? War die Unterstützung — so war es nämlich — beim Übergang von Feurstein und Laakirchen in Bunzl & Biach, war die Übernahme von Arland durch Salzer, waren das alles Aktionen nur so à la General Motors und Niklasdorf? Bitte, das sind nur einige kleine Beispiele, wie Betrieben geholfen wurde nicht aus der Sucht, einzugreifen, sondern weil es sonst nicht mehr gegangen wäre. Das ist Hilfe, die notwendig war zur Erhaltung und Verbesserung der Betriebsstruktur und zur Erhaltung der Arbeitsplätze. Wenn wir hierfür Schulden gemacht haben, meine Damen und Herren, dann bekennen wir uns dazu. Wir werden Rede und Antwort stehen dafür, das sage ich Ihnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich wehre mich ganz besonders gegen eines: Zu sagen, die Klein- und Mittelbetriebe haben

keine Förderung in Österreich gehabt. *(Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Zu wenig!)* Das klingt jetzt schon anders, wenn es heißt zu wenig. Bisher hat es immer geheißen, überhaupt keine. *(Abg. Dr. Schüssel: Das hat ja niemand gesagt!)* Da hat jemand gesagt, zu wenig, Ich werde Ihnen etwas sagen, reden wir über den Tourismus zum Beispiel. Der wird ja ausnahmslos von Klein- und Mittelbetrieben getragen.

Meine Damen und Herren! Es ist heute außer Diskussion, es sei denn, Sie gehen zu anderen Fremdenverkehrstagen, wie ich es tue. Aber wenn man beim österreichischen zuletzt war, hat man es halt anders gehört.

Die Struktur der österreichischen Betriebe in der Touristikbranche generell hat in den letzten zehn Jahren erfreulicherweise eine Änderung erfahren, wie wir sie uns — das muß doch jeder zugeben — vor zehn Jahren nicht zu träumen erhofft hatten.

Ich bin weit davon entfernt, zu sagen, das war nur der Staribacher, der das gemacht hat, sondern ich sage Ihnen: Ohne die Vertrauensbasis zwischen der Regierung und den dort in der Wirtschaft Tätigen hätte es das nicht gegeben. Das stimmt daher nicht, wenn Sie sich immer hierherstellen und sagen: Es gibt kein Vertrauen. Gerade diese Vertrauensbasis zwischen den Inhabern der Klein- und Mittelbetriebe und dieser Strukturpolitik — denn das war sie im Tourismusbereich — war die Voraussetzung, daß wir heute so dastehen, daß wir unseren Rang, bitte, als Reiseland Nummer 1 nicht nur erhalten, sondern sogar verbessert haben.

Seien wir froh, denn gerade bei der Entwicklung unserer Zahlungs- und Leistungsbilanz, meine Damen und Herren, war das eine dringend notwendige Politik, die in Wirklichkeit eine Nachholpolitik war.

Das Zehnjahresprogramm, meine Damen und Herren, der österreichischen Bundesregierung hat eben dazu geführt, daß die Relation der Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr zum Bruttonationalprodukt von 7,5 Prozent 1970 auf 10 Prozent heute gestiegen ist.

Sie wissen genau, daß das in anderen vergleichbaren Ländern, ob es Griechenland ist oder die Schweiz, wesentlich weniger ist. *(Abg. Grabher-Meyer: Wieviel ist es denn in der Schweiz? Sie sagen, wesentlich weniger: Wissen Sie die Zahl von der Schweiz?)* Fünf Prozent sind es in der Schweiz, oder vier. *(Abg. Grabher-Meyer: Das raten Sie wieder einmal!)* Raten tue ich gar nicht! Bitte, ich kann Ihnen ja nachschauen. Ich habe mir das hier nicht notiert. In Griechenland sind es sechs Prozent, kann ich Ihnen sagen, in der Schweiz

Dr. Heindl

liegen sie unter fünf Prozent. (*Zwischenruf des Abg. Grabher-Meyer.*) Nein, die Relationsprozente meine ich. Wir reden wahrscheinlich von zweierlei.

Ich kann Ihnen sagen: Die Reiseverkehrseinnahmen pro Kopf der Wohnbevölkerung sind bei uns heute 10 500 S, in der Schweiz sind es exakt 6 000 S. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und was interessant ist, bitte: Gerade bei den Durchschnittsausgaben — Herr Kollege, das kenne ich ein bisschen, weil ich mich damit beschäftige — haben wir wirkliche Erfolge erzielt. Bei uns waren 1970 die Pro-Kopf-Ausgaben 410 S, heuer sind es zirka 880 bis 900 S. Das ist eine Steigerung, bitte, um genau 115 Prozent.

Wissen Sie, wie die Steigerung der Pro-Kopf-Ausgaben in der Schweiz war in diesen zehn Jahren? 25 Prozent nur. Ich weiß, warum. Die Qualität des Tourismus in der Schweiz war vor zehn Jahren schon eine andere, als sie bei uns vor zehn Jahren war. Ich weiß schon, wovon ich spreche. Aber das sind ja eben Beweise für eine erfolgreiche Strukturpolitik (*Beifall bei der SPÖ*), die ausschließlich den Klein- und Mittelbetrieben zugute gekommen ist.

Meine Damen und Herren! Seien wir doch froh, daß wir heute so dastehen. Ich habe mir das zweimal durchgerechnet, weil ich es nicht geglaubt habe.

In der „Presse“ steht heute drinnen — der Kollege Hobl hat mir vor einer halben Stunde einen Artikel gezeigt —, die Schweizer überlegen bereits, für die Loipenbenützung — sie haben 5 500 km Loipen — eine Benützungsg Gebühr zu verrechnen.

Bei uns wird das sicherlich heute oder morgen heranstehen. Aber im Vergleich: Auch wir haben in Österreich heute schon Langlaufloipen, die gepflegt werden, von 10 100 km, das heißt vierzehnmal Wien-Bregenz. Das ist eine hervorragende Zahl. Darüber sollten wir uns alle freuen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Die gehört ja dazu zur Infrastruktur.

Es gehört eben dazu, daß wir heute 1 053 Hallenschwimmbäder haben. Wissen Sie, wieviel wir vor 1970 hatten? Genau 210. Eine Steigerung um 400 Prozent! Das war zu finanzieren, meine Damen und Herren! Das war zu fördern! Das gehört heute zur Infrastruktur. Das sind Kleinbetriebe, das sind Mittelbetriebe. Da kann man nicht darüber hinwegdiskutieren. Das sind Fakten (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sessellifte. Meine Damen und Herren! Österreich verfügt heute über 3 906 Sessel-, Schlepplifte und Seilbahnen. Im Jahre 1970 hatten wir 1 570. Mein Klubobmann als Präsident der Naturfreunde ist natürlich da ein bisschen skeptisch.

(*Abg. Dr. Schranz: Die ganze Natur werden wir uns nicht hinmachen!*) Ich freue mich darüber, denn wir brauchen diese Infrastruktur, weil sie zu einem Qualitätstourismus ganz einfach dazugehört.

Und so könnte ich noch einige Dinge mehr aufzählen, die allesamt in das Bild, das von der Opposition gezeichnet wird, daß für den Klein- und Mittelbetrieb in Österreich nichts geschehen ist, überhaupt nicht hineinpassen, meine Damen und Herren. Überhaupt nicht! (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Grabher-Meyer.*)

Herr Kollege! Darf ich Ihnen sagen: Hier stoßen wir schon langsam beim Tourismus auf Grenzen, die wir sehen sollten. Was wir in Zukunft, glaube ich, brauchen, ist dort eine Produktivitätssteigerung, ohne Zweifel, mehr Bildung, mehr Schulung für das Personal, denn hier sind Dinge drinnen, die wir verbessern können am Produktivitätssektor. Nicht mehr in der Quantität. In der Quantität stoßen wir an Grenzen, die wir sehen müssen.

Der Tourismus ist heute in Österreich beschäftigungsmäßig von großer Bedeutung. Wir haben heute über 120 000 Beschäftigte in der Branche gegenüber 90 000 vor 1970. Das hat eine enorme innerwirtschaftliche und außenwirtschaftliche Bedeutung. Das ist uns nur in Zusammenarbeit gelungen, meine Damen und Herren. Mit einer Politik der Konfrontation wäre uns das nicht geglückt. Zerstören wir uns das doch nicht! Dieses Klima, das wir hier geschaffen haben, sollen wir erhalten und nicht alles tun, wie es von Ihrer Seite leider immer wieder getan wird, um es zu ruinieren. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Jörg Haider: Herr Kollege Heindl, darf ich eine Zwischenbemerkung machen?*) Jede, Herr Kollege! (*Abg. Dr. Jörg Haider: Ich glaube, man sollte hier nicht schwarzweißmalen! Sie wissen ganz genau, daß es zum Beispiel für die Kärntner Klein- und Mittelbetriebe im Fremdenverkehr notwendig war, eine Seenunterstützungsaktion bei der Kanalisation zu machen!*)

Präsident **Thalhammer**: Sehr geehrter Herr Doktor! Reden von der Bank sind nicht vorgelesen, Zwischenrufe schon.

Das Wort hat der Herr Dr. Heindl.

Abgeordneter Dr. **Heindl** (*fortsetzend*): Herr Kollege Haider! Sie wissen, daß gerade das Seenprogramm, das diese Regierung gemacht hat, eine der Voraussetzungen zur Gesundung des Kärntner Fremdenverkehrs war. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Jörg Haider: Die Betriebe können es nicht mehr erwirtschaften!*)

Die Umweltschutzpolitik, die diese Regierung 1970 begonnen hat, ist ohne Beispiel, Herr

Dr. Heindl

Kollege Haider, das läßt sich alles nicht wegdiskutieren. Das sind ja die Voraussetzungen gewesen, daß wir heute so dastehen, daß man heute im Ausland davon spricht. Das ist kein Witz, was ich Ihnen jetzt erzähle. In holländischen Zeitungen ist gestanden: Warum gibt es nicht bei uns einen Staribacher?

Und es ist kein Zufall, meine Damen und Herren — mit dem möchte ich schließen —, wenn die deutschen Reisejournalisten in diesen Tagen beschlossen haben, als höchste Auszeichnung für einen Mann um seine Verdienste für den Tourismus den Dr. Staribacher vorzuschlagen. Auch das ist bitte sicherlich ein Beweis dafür, ein Signal, wie sehr in Österreich die Politik auf diesem Sektor geschätzt worden ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dipl.-Vw. Josseck. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß sagen, es ist fast ansteckend, mit welcher Begeisterung die jungen Herren der SPÖ hier herausgehen und Dinge vertreten, die sie dann am Schluß sogar selber glauben. Das soll es nämlich geben. *(Abg. Dr. Schranz: Wir sind gar nicht mehr so jung! — Abg. Dr. Fischer: Wollen Sie auch das Kompliment haben: Junger Herr?)* Ja. Aber das gehört sicher dazu, und es mag ein Schritt nach vorne sein, wenn man mit so viel Begeisterung dran ist.

Aber erlauben Sie mir eine Frage, Herr Kollege Heindl. Sie haben wiederholt immer wieder dargetan, daß es im CA-Bereich keine Strukturpolitik gibt. Ich stelle mich jetzt einmal dumm, ich tu so, ich stelle mich dumm und stelle Ihnen daher eine dumme Frage: Gibt es denn in der CA keine Sozialisten? *(Abg. Dr. Fischer: Fast keine! — Abg. Dr. Heindl: Leider zu wenig!)*

Dann gehören eben andere hin. Genau das wollte ich von Ihnen wissen. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Fischer: Es werden schon mehr werden!)*

Ich bin damit bei meinen kurzen Ausführungen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Anhand der heutigen Ausführungen besonders von seiten der Sozialisten — und ich darf sagen, das führt wie ein roter Faden durch die Budgetdebatte — kann ich sagen: Das einzige, was die Sozialisten vom Geld verstehen, ist, wie man es von anderen oder aus anderen Taschen herausholt. Denn nirgends, aber schon nirgends in diesem Budget sind echte Sparansätze zu vermerken. Und man redet gegen eine Gummwand.

Es ist ja kein Wunder, daß sogar der Dr. Tull nach zehn Jahren draufkommt, daß man irgendwo auch sparen kann. Aber er wird auch sehr schnell merken, daß man dabei gegen eine Gummwand redet.

Und die Sozialisten können sich letztlich immer wieder nur damit helfen, daß sie einfach Steuern erhöhen. Auf diese Art und Weise geht es wohl eine Zeitlang, aber ich glaube, daß der Punkt gekommen ist, wo dies einfach nicht mehr möglich sein wird. Wenn auch die Sozialisten jetzt schnell vor dem Abgang des Finanzministers noch einige Steuern erhöht haben. Ich denke hier an die Mehrwertsteuer bei Energien und an die Frage Leasing. *(Abg. Dr. Jörg Haider: Die Abschiedssteuer!)* Das war die sogenannte Abschiedssteuer, wie ich von meinem Kollegen höre, die der Herr Finanzminister den Sozialisten noch beschert hat. Es hat ihm aber auch nichts geholfen, denn mittlerweile waren schon zu viel Treter in seinen Reihen unterwegs, die ihm auch noch ein paar Tritte mit auf den Weg geben wollten.

Aber sei es, wie es sei, im Volksmund sagt man — aber nur in Österreich sagt man das —: Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Und so argumentieren die Herren, so hat der Herr Kollege Heindl vorhin hier argumentiert, und so wird sicher auch — und dafür ist er auch bekannt — der Herr Minister Staribacher, wenn er sich noch zu Wort meldet, vorgehen.

Aber die Frage mit der Steuererhöhung ist, glaube ich, gerade mit dem Abgang des Finanzministers Androsch sicher noch nicht erledigt, denn ich befürchte, daß jetzt doch einiges auf uns und auf die Bevölkerung Österreichs zukommt, was vielleicht der Minister selbst oder was man sich gegen Androsch, weil er sein Wort verpfändet hat, nicht getraut hat, durchzusetzen.

Aber man sollte der Bevölkerung doch eines sagen: Wenn ich mir so die Herren anschau, die jetzt dann das große Wort haben werden bei der Steuergesetzgebung, eine Menge an Kompetenzen aus dem Finanzministerium soll der Herr Minister Dallinger bekommen, da können Sie sicher sein, daß wir die sogenannte Sparbuchsteuer bekommen. Da können wir reden, was wir wollen: Den Mann, der sein Wort verpfändet hat, haben sie hinausgetreten mit Hilfe der ÖVP, und jetzt werden sie das durchziehen, was sie wollen. So sehe ich die Dinge. Österreich wird dann keine Insel der Seligen mehr sein, die ist sicher gefährdet.

Ich frage mich nur, womit man jetzt noch gegensteuern will? 1975 war die finanzielle Möglichkeit noch gegeben, aber nun rächt es sich — das muß man immer wiederholen —,

Dipl.-Vw. Josseck

daß der Wirtschaft und hier vor allem der kleinen mittelständischen Wirtschaft, der privaten Wirtschaft die Kapitaldecke fehlt. Sie fehlt deswegen, weil man die in den letzten Jahren echt ausgepumpt hat. Die Kreditmöglichkeiten sind erschöpft bei diesen Betrieben, aus dem Eigenkapital heraus geht nichts mehr, die Kreditmöglichkeiten sind weitgehend erschöpft, und wenn man sich heute den hohen Zinsfuß anschaut, ist er zusätzlich für viele mittlere und kleine Betriebe tödlich.

Wenn es sich auch mittlerweile herumgesprochen hat, daß Österreich ein relativ stabiles Land ist, besonders was die Hartwährungspolitik betrifft, so glaube ich, daß nicht nur der ausländische, sondern vor allem derzeit der inländische Sparer mehr als verunsichert ist. Ich glaube — und das kann man sicher mit Fug und Recht behaupten —, daß nur in einem Land die Spargesinnung gut sein kann, wo das Vertrauen zu einer Bundesregierung auch entsprechend da ist. Die Spargesinnung ist immer ein Barometer für jede Regierung. Das sollte man sich halt auch vor Augen führen.

Man kann dieses Problem nicht so mit einer Handbewegung einfach wegwischen. Man sollte hineinhorchen, nicht nur in die Leute, was die Sparbewegung betrifft, sondern man muß auch zu den Banken hingehen. Der Herr Finanzminister und das Finanzministerium als Aufsichtsorgan weiß das. Dort wird man auch die Stimmung kennen: Auch die Banken sind derzeit in großer Sorge, weil sie nicht in der Lage sind, Geldmittel an die Wirtschaft überhaupt auszugeben, geschweige denn mit günstigen Zinssätzen.

Die Bevölkerung ist in dieser Situation beunruhigt. Und ich frage mich: Wo wird hier gesteuert? Weit und breit ist davon nichts zu sehen. Man sieht nur eine zerrissene Bundesregierung. Es soll mir recht sein, wenn ich es politisch sehe, aber wirtschaftlich ist das sicherlich nicht von Vorteil, was sich innerparteilich bei der SPÖ abspielt.

Der Herr Kollege Mühlbacher hat heute mit Zahlen gespielt, und ich muß deswegen kurz auf sie eingehen, um hier nicht Unklarheiten im Raum stehen zu lassen.

Herr Kollege Mühlbacher hat heute vormittag gesagt, daß in Österreich, und darauf sind die Sozialisten besonders stolz, 400 000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Dazu muß man ihm folgendes sagen: Aber es ist den Sozialisten auch gelungen, hunderttausende von Klein- und Mittelbetrieben, von Greißlern, vom Schuster an der Ecke bis zum Handwerker, mit dieser Steuerpolitik umzubringen.

Wenn wir nun mehr Arbeitsplätze haben, so kommt ja diese Zahl aus der Statistik der Sozialversicherung heraus. Das heißt, daß wir mehr Nichtselbständige haben. Das ist auf der einen Seite darauf zurückzuführen, daß die Selbständigen weniger geworden sind. Die weichen natürlich aus Existenznotwendigkeit in die Nichtselbständigkeit aus. Dazu kommt eine große Anzahl von Ehegattinnen, die in den Betrieben mitgearbeitet haben und bis Mitte dieses Jahrzehntes ja nicht angestellt werden konnten. Jetzt sind die auch in der Statistik der Sozialversicherung erfaßt und als Nichtselbständige angemeldet.

Und in dem Moment kommt Mühlbacher da heraus und sagt: Wir haben neue Arbeitsplätze geschaffen. Das stimmt ja nur ganz bedingt. Und wenn er sagt „wir“, da muß ich auch immer fragen: Bitte, wer sind denn die „wir“? Der Mühlbacher wahrscheinlich kaum. Oder vielleicht einen: Einer Sekretärin in der Bundeswirtschaftskammer, einen Schreibtisch.

Aber darüber hinaus — und das kann man auch nicht oft genug wiederholen —: Die Arbeitsplätze werden im wesentlichen von dem Klein- und Mittelbetrieb in Österreich bestritten, auch die zusätzlichen Arbeitsplätze, aus der Sorge heraus, damit die eigene Jugend, die jetzt heranwächst, auch entsprechend unterkommt. (Beifall bei der FPÖ.)

Mühlbacher hat noch einen Komplex anklingen lassen, der, glaube ich, auch verdient, beleuchtet zu werden, nämlich Mühlbacher hat zu den steuerlichen Problemen gesprochen und gemeint: Die sozialistische Bundesregierung muß vom Gießkannenprinzip wegkommen, nämlich vom Gießkannenprinzip der vorzeitigen Abschreibung. Das geistert ja schon eine ganze Zeit durch die Reihen der Sozialisten. Viele von Ihnen verstehen es nicht, was darunter zu meinen ist und wie die vorzeitige Abschreibung zu sehen ist. Für viele ist es, nicht nur daß sie es nicht verstehen, geradezu ein rotes Tuch. Und dann hört man die Einwände: Ich bin ein Arbeitnehmer, ich bin nicht selbständig, ich kann auch nichts von der Steuer abschreiben. Mit diesem Argument, bitte, kommen Sie mir jetzt nicht.

Ich frage nämlich Mühlbacher, was er meint, wenn er sagt: Die vorzeitige Abschreibung muß weg. Davon hat der Herr Finanzminister, offensichtlich auf Druck von unten her, von gewissen Gruppierungen in der SPÖ, auch schon in der Budgetdebatte gesprochen. Man könnte darüber diskutieren, ob vielleicht der Steuersatz bei der vorzeitigen Abschreibung zu hoch ist. Aber dann, bitte, muß man auch darüber reden dürfen, ob nicht vielleicht die Abschreibungszeit für normale AfA verkürzt werden sollte, eventuell auch nur für einzelne

Dipl.-Vw. Josseck

Gegenstände, oder ob man überhaupt zu einer degressiven Abschreibung übergeht, wie sie auch in der Bundesrepublik gang und gäbe ist. Das mag ein Diskussionspunkt sein.

Aber ich glaube, in der derzeitigen Situation sollte man über eines nicht diskutieren: Mühlbacher hat nämlich gesagt, wenn wir die vorzeitige Abschreibung streichen — wir, die Sozialisten —, dann brauchen wir dazu eine Ersatzhandlung, und das wäre eine Eröffnungsbilanz, eine Art Schillingeröffnungsbilanz.

Ich behaupte hier: Das ist bestimmt kein Ersatz. Wenn auch einmal von freiheitlicher Seite diese Frage andiskutiert wurde, so muß man doch die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge sehen. Wir hatten in der Mitte der fünfziger Jahren die letzte große Schillingeröffnungsbilanz in einer Situation, wo man aus einem wirtschaftlichen Tief aufsteigt, wo Jahre waren, wo es nicht möglich war, zu investieren. Aber dieser Zeitpunkt ist doch jetzt nicht gegeben. Der Herr Mühlbacher hat es aber so unausgesprochen gelassen.

Jetzt muß man sich natürlich sagen: Wenn er gleichzeitig der Sprecher der Sozialisten in Wirtschafts- und Steuerfragen ist, wenn er der Vizepräsident der Bundeswirtschaftskammer ist, wenn er der Präsident des Freien Wirtschaftsverbandes ist, dann muß doch etwas dahinter stecken. Aber er wäre sicher sehr gut beraten, wenn er sich dabei nicht nur auf einzelne Stimmen aus Gewerkschaftskreisen verlassen würde oder stützen würde, sondern doch auch mit Leuten aus der Steuerpraxis sprechen würde.

Was erreicht er denn mit einer Eröffnungsbilanz? Daß er im Augenblick den Betrieben, die ohnehin in der Gewinnzone liegen, sicherlich helfen würde. Aber was wir in Österreich wirtschaftlich brauchen, ist Hilfe für diejenigen Betriebe, die derzeit notleidend sind. Eine Eröffnungsbilanz bringt in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation diesen Firmen bestimmt nichts.

Aber es ist ja nur so ein kleiner Ballon. Es steigen ja, da es keinen Androsch mehr gibt, aus allen Reihen der Sozialisten solche Ballons auf. Jeder glaubt, er müsse hier irgend etwas zum Besten geben und sich nach vorne spielen.

Es wäre aber gut, wenn Mühlbacher auch gesagt hätte, daß eine wesentliche Hilfe nicht eine Eröffnungsbilanz wäre, sondern wir würden den Betrieben viel mehr helfen, wenn wir von den steuerlichen Fixkosten endlich einmal wegkämen. Darüber kann man diskutieren. Ich meine hier im besonderen die Gewerbesteuer vom Kapital.

Wenn ich vorhin sagte, es steigen Ballons

von allen Seiten hoch, und es werde jetzt in sozialistischen Reihen so viel Unausgegorenes kolportiert, so zeigt das die Unsicherheit und die Ungeschlossenheit der politischen Situation, in der sich die Sozialisten befinden.

Eine Antwort an Sie, Herr Dr. Schmidt: Ich weiß, Sie sind ein hervorragender Fachmann, ein gescheiter Mensch, und darum kann man mit Ihnen diskutieren. (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Da gibt es aber meiner Meinung nach wirklich nichts zu lachen, denn er wird sehr schnell einmal da oben sitzen, das zeichnet sich ab! Das hat es bei den Sozialisten schon lange nicht mehr gegeben, daß einer aus der letzten Bank bis auf die Regierungsbank in einem durchstartet. Aber es sei ihm vergönnt.

Aber eine Frage: Sie haben heute, als Sie von sozialer Marktwirtschaft sprachen, es so dargestellt, daß Sie denen gar nicht zumuten, daß die auch planen. Planung gäbe es dort nicht, sagen Sie. So ist es sinngemäß herausgekommen.

Aber der Unterschied zur Marktwirtschaft ist doch nicht die Planung, sondern ist die Zentralverwaltungswirtschaft, wie sie viele von Ihnen anstreben und wie man es ja leider Gottes an sehr negativen Beispielen im Osten Europas immer wieder sehen kann. Dieses Bestreben, um jeden Preis alles in die zentrale Verwaltungshand zu bekommen.

Da muß ich Ihnen sagen: Das ist nicht der Unterschied zur sozialen Marktwirtschaft. Wenn Sie es der Planung gegenüberstellen, dann liegen Sie falsch. Denn gerade auch in der sozialen Marktwirtschaft muß man planen, und es sind unter Umständen auch von seiten der Regierungsverantwortlichen dirigistische Maßnahmen notwendig. Wenn Sie auch dieser Meinung sind, dann treffen wir uns.

Aber um Ihnen ein Beispiel zu zeigen. Das bekannte Apotheken-Beispiel im Falle der Marktwirtschaft und bei dirigistischen Maßnahmen. Wir haben es in Österreich seit Jahren hautnah am Körper gespürt. Es handelte sich um die Bundesapotheken, bei denen der Rechnungshof immer wieder gekommen ist und gesagt hat: Wie gibt's das, daß die Hofapotheke in Wien, im Zentrum Österreichs, ständig, Jahr für Jahr, Verluste produziert? Noch dazu hat diese Hofapotheke ja auch das Branntweinmonopol, und trotzdem macht sie Verluste! Jede Apotheke, selbst im ländlichen Bereich, macht sogar Gewinne!

Bis man sich endlich nach jahrelangen Ermahnungen durch den Rechnungshof entschlossen hat, diese Apotheke zu verpachten.

Und was passierte? Nicht nur der Apotheker, der dort Pächter ist, verdient gut, auch der

Dipl.-Vw. Josseck

Bund verdient gut, weil er nämlich einen schönen Pachtschilling bekommt!

Ich glaube, das wäre ein Beispiel, um Ihnen klarzumachen, was freie Marktwirtschaft bedeutet, wo Unternehmerrisiko, Unternehmerrisikofreudigkeit enthalten sind.

Und auf der anderen Seite wird auch in Österreich vorexerziert, wie es aussieht, wenn gar zu viel zentrale Verwaltungswirtschaft betrieben wird. Dann kann es nicht funktionieren. (*Abg. Dr. Schmidt: Das ist wohl das schlechteste Beispiel! — Gegenrufe bei der FPÖ.*) Das ist ein sehr gutes Beispiel! (*Abg. Dr. Schmidt: Preisregelung, Zulassungsregelung — das ist für Sie die freie Marktwirtschaft?*) Nein, nein! Nicht jetzt Kraut und Rüben durcheinanderwerfen, Herr Dr. Schmidt. Nicht jetzt wieder in die Theorie zurückkehren, sondern bei der Praxis bleiben.

Die Leute auf der Galerie interessiert das ja auch: Vor Augen führen, wie es nämlich wirklich gehen kann, und wie es leider Gottes in Österreich auch oft gegangen ist.

Der Herr Dr. Tull hat anscheinend immer sehr gut zugehört, wenn freiheitliche Redner am Rednerpult waren, denn er macht sich jetzt — allerdings nur in kleinen Passagen, ich lege gar nicht so viel Wert darauf — auch die Diktion freiheitlicher Redner zu eigen, wenn er fragt: Was ist mit den Subventionsberichten, die wir Jahr für Jahr bekommen? Die kommen uns in solchen Paketen ins Haus geschneit, keine Diskussion darüber, aber wenn man sagt, es gehe ums Sparen — und hier könnte man sparen, das ist aus diesem Subventionsbericht klar erkennbar —, dann geschieht nichts.

Ich glaube aber auch, Herr Dr. Tull, wenn Sie es sagen, wird erst recht nichts geschehen. Aber es ist ja nicht zu spät für Sie, zehnjährige Fehler zu erkennen. Sie sind ja noch jung. (*Abg. Dr. Steger: Das hätte er vor einem Jahr sagen müssen, damals war er Finanzsprecher!*) Ja, ja! Aber er soll auch merken, wie das ist, wenn man gegen eine Gummiwand spricht, gegen die wir Freiheitlichen ja seit Jahren anrennen.

Ich darf aber nochmals sagen — ich komme zum Schluß, Herr Kollege —, wir werden die Dinge bestimmt nicht mit schönen, großen Reden in den Griff bekommen, sondern nur, wenn wir uns doch ernstlich damit beschäftigen, auch die Steuergesetzgebung zu vereinfachen.

Das Schlagwort von der Steuersenkung ist bestimmt innenpolitisch ein guter Gag und zieht auf ein, zwei Jahre, führt aber keine Lösung herbei. Was wir brauchen, ist eine größere Lösung. Und darum sollte man Politik auf etwas längere Zeit machen.

Es gibt verschiedene Instrumentarien. Da gibt es zum Beispiel die Steuerreformkommission. Ich fürchte halt nur, daß, wenn dann wieder ein neues Gesicht hier oben auf der Regierungsbank sitzt und Finanzminister spielt — nach Aussage des Herrn Bundeskanzlers muß er ja gar kein Fachmann sein, denn er hat Leute, die alles können (*Ruf bei der FPÖ: Altphilologe genügt!*), es genügt, wenn er Altphilologe ist —, die Unruhe, die derzeit in der Bevölkerung gerade in Dingen der Steuer, in Fragen der Finanzen ist, durch ein noch so freundliches Gesicht auf der Regierungsbank, wenn es sich um einen Nicht-Fachmann handelt, nicht kleiner wird.

Zum Abschluß der Diskussion im Rahmen der Budgetverhandlungen ist mir im wesentlichen doch auch eines aufgefallen — ich habe es am Anfang gesagt —: Nicht nur, daß wir von der Opposition immer wieder gegen eine Gummiwand reden und rennen müssen, es hat auch die Versicherung der politisch Verantwortlichen, als sie vor zehn Jahren angetreten sind, um die Seligkeit nach Österreich zu bringen, an Image verloren. Die politisch Verantwortlichen haben für mich bei dieser Budgetdebatte doch einen sehr schwachen Eindruck gemacht.

Wenn ein potenter Nachfolger für den Finanzminister fehlt, dann wirkt sich das so aus: Ein Desinteresse bei den sozialistischen Abgeordneten. Herr Kollege Hirscher, Sie werden es merken, wenn Sie da reden und Ihnen von den eigenen Leuten keiner zuhört. Der Heindl hat es ja spüren müssen. Ein völliges Desinteresse also auch aus Ihren Reihen. Die Funktionäre müssen bei Ihnen wie die aufgeschreckten Hendl umherrennen — das ist auch festzustellen —, um immer wieder kalmierend zu wirken.

Die Bundesregierung als Ganzes wirkt gelähmt und entschlußlos: Das kann man wohl sagen. Es geschieht ihr aber recht, wenn diese Bundesregierung derzeit mit dem Rücken an der Wand kämpft.

So einem Budget von so einer Bundesregierung, meine Herren von der sozialistischen Seite, können wir sicher nicht die Zustimmung geben! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch. Bitte, Herr Vizekanzler.

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Dr. Androsch: Herr Präsident! Hohes Haus! Entgegen den vor einem Jahr für das heurige Jahr einmal mehr sehr vorsichtigen Prognosen der Fachleute über die wirtschaftliche Entwicklung — vorsichtig als Folge des seinerzeitigen kollektiven Prognose-Irrtums für 1975 — und

Vizekanzler Dr. Androsch

ganz sicher im Gegensatz zu den stereotypen Unheilsprophezeiungen von der rechten Seite dieses Hauses wird das Jahr 1980 neuerlich in wirtschaftlicher Hinsicht eines gewesen sein, das alles in allem besser verlaufen ist — trotz zweitem Ölpreisschub —, als es diesen Voraussetzungen entsprochen hätte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

An erster Stelle darf erwähnt werden, daß mit zusätzlicher Beschäftigung neuerlich die Vollbeschäftigung erhalten werden konnte und daß mit 1,9 sogar eine geringere Arbeitslosenquote erzielt sein wird als im Vorjahr. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum zweiten ist zu erwähnen, daß wir gegenüber den anderen Industriestaaten Europas mit etwa 3,5 Prozent realen Wachstums weit über diesem Durchschnitt liegen, und dies in Verbindung mit einem hohen Maß an relativer Preisstabilität.

Dies, meine Damen und Herren, charakterisiert eine Situation, wie wir sie zum Teil unter schwierigsten Bedingungen mehr als zehn Jahre in diesem Lande verwirklichen haben können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Mehr als 400 000 Beschäftigte — und wenn Sie die Struktureffekte berücksichtigen, nahezu 200 000 mehr Erwerbstätige insgesamt — belegen dies deutlich, wobei niemand bestreitet, daß die Klein- und Mittelbetriebe einen wesentlichen Anteil haben, das — mit all den Schwankungen natürlich —, was für österreichische Verhältnisse Großbetriebe sind — im internationalen Vergleich, würde ich meinen, gibt es andere Betriebsgrößenstrukturen —, haben ihren Anteil so wie alle anderen Bereiche auch, nicht zuletzt der Fremdenverkehr.

Ein überdurchschnittliches Wachstum, Hohes Haus, in all diesen Jahren, in Verbindung und dank Hartwährungspolitik und der Reaktion darauf, etwa in der Einkommenspolitik, ein hohes Maß an relativer Preisstabilität.

Das heißt: Wenn man hier die Kombination der wirtschaftspolitischen Ziele anführt, wird man nicht für alle sagen können, daß sie den Spitzenwert darstellen — für manche trifft es zu —, insgesamt ist es aber ein äußerst günstiges Kombinationsergebnis in diesem Zeitraum und in diesem Jahr, das nur von ganz, ganz wenigen Ländern erreicht oder gar übertroffen wurde. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese Entwicklung hat in beträchtlich gestiegenen Realeinkommenssteigerungen ebenso ihren Niederschlag gefunden wie in einem wesentlich größeren Angebot an öffentlichen Leistungen.

Die Sozialquote, also der Anteil und die Gesamtsumme der sozialen Leistungen am

Bruttonationalprodukt, ist von etwa 18 Prozent im Jahre 1970 auf 22 Prozent gestiegen, 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, das sind 40 Milliarden Schilling. Das hat für Tausende und Zehntausende Menschen in der Umverteilung eine wesentliche Besserstellung ihrer Situation mit sich gebracht.

Herr Abgeordneter Sandmeier! Wenn das für Sie ein Umverteilungsmonster und -monstrum ist, ist das Ihre Sache. Wir meinen, daß es Ausdruck einer größeren Verteilungsgerechtigkeit ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben — nur ein weiteres Beispiel für größeres Angebot der öffentlichen Hand — die Bildungseinrichtungen in einem unglaublichen Ausmaß ausweiten können. Es sind in zehn Jahren mehr neue Mittelschulen errichtet worden als in Jahrzehnten zusammen zuvor, und es ist die Zahl der Lehrer beträchtlich gestiegen als Voraussetzung, als materielle und menschliche Voraussetzung für ein höheres Maß an Chancengleichheit in der Bildung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und in ganz besonderem Maße, Herr Abgeordneter Sandmeier, trifft dies zu für die Unterstützung der Familien. Nicht nur, daß der Aufwand des Familienlastenausgleichs von 7 Milliarden 1970 auf gegenwärtig etwa 30 Milliarden sich mehr als vervierfacht hat *(Abg. Dr. Jörg Haider: Zahlen ja auch!)*, kommen die Schülerbeihilfen dazu, kommen die Verbesserungen im Karenzentgeltbereich dazu, und wenn Sie sagen: Wird ja auch bezahlt!, so ist das richtig, Herr Abgeordneter Dr. Haider, aber es kann nur bezahlt werden, weil die Zahl der Beschäftigten und ihre Einkommen so gestiegen sind, und beides bildet die Bemessungsgrundlage, daß das finanziert werden konnte! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und das ist eine Folge der Wirtschaftspolitik, und so wird deutlich, daß hier eines mit dem anderen zusammenhängt, jedenfalls klar geworden ist, daß durch diese Politik nicht nur die Vollbeschäftigung gesichert und ausgebaut werden konnte und das öffentliche Leistungsangebot verbessert werden konnte, sondern ganz sicher auch der Wohlfahrtsstaat geräumiger geworden ist. *(Abg. Dr. Steger: Aber Herr Bundesminister! ... aller Österreicher!)* Die Gruppe der Bauern, die in die Pensionsversicherung einbezogen wurde — mit 6 Milliarden Schilling Aufwand derzeit —, ist ein deutliches Beispiel dafür. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Jörg Haider: Einkommensteuer ...!)*

Und es ist doch gar keine Frage, daß die öffentlichen Haushalte — denn es gibt ja nicht nur den Bundeshaushalt, es gibt die der Länder, es gibt die der Gemeinden, und es gibt die

Vizekanzler Dr. Androsch

der Sozialversicherungsträger — alle zusammen, aber von der Größe her der Bundeshaushalt am meisten, einen wesentlichen Beitrag dazu, dies zu erreichen, geleistet haben. Und dies bei einer seit 1970 im wesentlichen für Länder, Gemeinden und Bund, aber ganz sicher für den Bund gleichgebliebenen Steuerquote. Das belegen die Fakten eindeutig. Ich möchte nicht die Zahlen wiederholen, und wenn man Gruppen, die vorher das Netz der sozialen Sicherheit nicht hatten, in dieses einbezogen hat, ist ganz klar, daß die Sozialquote, auch wenn sie nicht ausreicht, die Ausgaben voll zu finanzieren, gestiegen sein muß: Entgeltsicherungsgesetz, Bauernpensionsversicherung, um nur zwei Beispiele zu nennen. *(Zwischenruf des Abg. Dkfm. Bauer.)*

Und wenn in diesem Zusammenhang ein Belastungsstopp verlangt wird, so mag das, Hohes Haus, meine Damen und Herren, sehr gut klingen, und jeder weiß, daß es politisch leichter zu vertreten ist und vordergründig populärer erscheint zu sagen: Steuern sollen gesenkt werden!, als sagen zu müssen: Tarife müssen erhöht werden. *(Zwischenruf der Abg. Ingrid Tichy-Schreder.)* Aber das logische Äquivalent, Frau Abgeordnete, zum Belastungsstopp ist der Preisstopp, denn ein höherer Preis ist auch eine Belastung, für den Konsumenten nämlich, der ihn zahlen muß offenbar *(Zwischenrufe des Abg. Graf)*, und wenn das im anderen Bereich gilt, daß eben Kosten sich im Preis wiederfinden müssen, dann muß das für die Preise der öffentlichen Leistungen genauso Gültigkeit haben. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Staudinger: Sie waren einmal Stabilitätsfanatiker!)*

Und nun zur Frage der Kreditfinanzierung oder der Zunahme der Staatsschuld.

Diese Frage des Staatskredites, der Staatsschuld, hat über die Jahrhunderte die Gemüter mit Recht, zum Teil zu Unrecht bewegt.

Daß hier die Frage der Verwendung gesparter Mittel, das heißt die Frage, die Geldkapitalbildung in Realkapitalbildung umzuwandeln, ideologisch sehr unterschiedlich betrachtet wird, zeigt schon ein kleiner sprachlicher, ein kleiner semantischer Bereich.

Wenn ein privater Haushalt in dem möglichen Rahmen Geld aufnimmt, dann wird dabei wenig gefunden, und es heißt ganz neutral „Kredit“.

Ein Unternehmen, das natürlich einen Großteil seiner Investitionen, seiner Betriebsmittel, Vorräte, Forderungen durch Kreditaufnahmen finanziert, nennt das umschreibend „Fremdfinanzierung“, ganz neutral.

Eine Bank nennt die Schulden, die sie hat und die auf der Passivseite ihrer Bilanz stehen,

„Verpflichtungen“, und je mehr solcher „Verpflichtungen“ sie hat, umso stolzer ist sie, weil sie eine umso größere Bank ist. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Im internationalen Bereich wird das noch camouflierender, noch umschreibender. Auf den Währungsfonds zieht man, wenn man sich Geld bei ihm ausborgt.

Nur wenn die öffentliche Hand dasselbe tut, dann versucht man es mit Schuldenmacherei abzuqualifizieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Aber was steckt dahinter? Hinter der Formel, öffentliche Ausgaben, öffentliche Investitionen, reale Vermögensbildung der öffentlichen Hand nur aus laufenden Ausgaben zu finanzieren — das wäre die Voraussetzung für ein ausgeglichenes Budget —, ob jetzt in einem Jahr oder über einen Zeitraum, steckt, daß die Geldkapitalbildung und damit die Möglichkeit der realen Vermögensbildung ausschließlich dem privaten Bereich vorbehalten sein soll mit allen Konsequenzen, die sich daraus für die reale Vermögensbildung ergeben. Das steckt dahinter, wobei ich gar nicht leugnen will, daß aus Gründen der Belastung mit Zinsen und immer wiederkehrenden Rückzahlungen auch bei Neuverschuldung natürlich Grenzen zu beachten sind. Im Zweifelsfall bewegt man sich so wie bei der Steuerbelastung besser auf der restriktiven Seite als auf der anderen.

Aber wenn Sie hier, sowohl was die Steuerquote als auch was die Verschuldensquote beziehungsweise -höhe anlangt, einen internationalen Vergleich anstellen, werden Sie sehen, daß wir sicherlich nicht an der Obergrenze liegen. Man muß aber umgekehrt aus den erwähnten Gründen — aber auch aus anderen — eine Untergrenze beachten, umso mehr, als die zwei größten Betriebe dieses Landes, Bahn und Post, mit all ihren Investitionen, um nur zwei Beispiele zu nennen, im Haushalt eingebunden sind. *(Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.)*

Ja, Frau Abgeordnete, mein Nachfol... , mein nachfolgender Diskussionspartner wird bestätigen, daß es durchaus Situationen gegeben hat und gibt, wo die Geldkapitalbildung so war, daß diejenigen, die es gesammelt haben, im Interesse ihrer Veranlagung gern gesehen hätten, daß die öffentliche Hand sogar noch mehr Kredite aufnimmt. Es geht darum, daß das Sparen nur dann einen Sinn hat, wenn mit den gesparten Mitteln etwas gemacht wird, also Werte geschaffen werden, Nachfrage geschaffen und die Beschäftigung gesichert wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Niemand wird bestreiten, daß riesige Werte geschaffen wurden und beträchtliche Beschäf-

Vizekanzler Dr. Androsch

tigung gesichert wurde. Soviel zu den Schulden.

Was die Starrheit des Bundeshaushaltes anlangt, Herr Abgeordneter Bauer, so ist dies eine Formalbetrachtung. Nach dieser Unterscheidung sind gesetzliche Verpflichtungen, die man durch Beschluß ändern kann, starr, während der Stromverbrauch einer Lokomotive, die einen Zug der Bundesbahnen zieht, frei disponibel ist. Daß das real nicht stimmt, ist ganz klar. Wenn der Zug befördert werden soll und mit den beförderten Gütern und Personen Einnahmen erzielt werden müssen, dann ist das das Starrste, denn den Strom und seine Kosten muß man bereitstellen, während man Gesetze ändern kann. Mit dieser Unterscheidung kommt man nicht weiter.

Sie haben ja die Versuche in Amerika mit dem zero budgeting gesehen. Das heißt, man fängt jedes Jahr bei Null an, als ob das Leben bei Null anfinge, als ob man jedes Jahr jede Fabrik neu auf die grüne Wiese bauen könnte. Das sind doch alles bestenfalls ganz nette Gedankenspielerien mit einem vielleicht pädagogischen Hintergrund. Aber praktisch ist das doch überhaupt nicht realisierbar, nicht im Privaten, nicht im Unternehmensbereich und ganz sicherlich auch nicht bei der öffentlichen Hand.

Wenn davon geredet wurde, daß man die Ausgaben reduzieren sollte, so klingt das alles recht schön, Herr Abgeordneter Sandmeier. Ich weiß nicht, wie das bei den im Vergleich zum Bund viel stärker verschuldeten Kommunen der Fall ist. Als ich der Debatte über die Sozialgesetze gefolgt bin, habe ich keine Fülle von Vorschlägen erkennen können, die die Ausgaben des Bundes reduzieren würden. Ich habe gar nichts gegen die gestrige Vereinbarung mit der Landwirtschaft, aber defizitsenkend sind die 50 Millionen Schilling, die hier vereinbart wurden für das nächste Jahr, auch nicht.

So ist doch die Praxis, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Jeder kommt hier an dieses Pult und verlangt im allgemeinen weniger Ausgaben, und nachdem er sich gewissermaßen dadurch exkulpiert hat, hat er zehn Vorschläge, wo Mehrausgaben getätigt werden sollen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das zeigt auch nur das Problem und die Schwierigkeiten. Das Problem besteht natürlich darin — da kann sich niemand ausnehmen oder exkulpiert —, daß die Wünsche an die öffentlichen Haushalte — es geht ja jeden Bürgermeister in seiner Gemeinde um nichts anderes —, an die Gemeinschaft viel größer und durchaus berechtigt sind, als dann die Bereitschaft des einzelnen oder die politische Bereitschaft ist, einen angemessenen Kostenbeitrag, wie Sie es je nach Anlaßfall und sozialen Über-

legungen und ökonomischen Überlegungen betrachten wollen, zu leisten.

Meine Damen und Herren! Wenn ich eingangs geschildert habe, daß wir, ohne uns einer Übertreibung schuldig zu machen, einmal mehr auch in diesem Jahr entgegen allen Prophезierungen eine gute wirtschaftliche Situation erreicht haben, so soll das nicht heißen, daß es keine Probleme gegeben hätte, gäbe, und schon gar nicht, daß es keine Probleme geben wird. Verschiedentlich haben sie sich da und dort betriebs-, branchen- oder regionalmäßig gezeigt. Aber das größte Problem, meine ich, ist das Energieproblem.

Ich habe den Eindruck, daß wir nach einer kurzen Reaktion mit Sonntagsfahrverbot, Pikeritag und Tempobeschränkung den ersten Ölpreisschub weggesteckt haben. Ich will nicht sagen, daß sich keine Lösungen entwickelt haben, aber weltweit ist er noch lange nicht bewältigt gewesen, als uns bereits der zweite getroffen hat.

Lassen Sie mich das an wenigen Zahlen illustrieren. Wenn wir 1970 7 Milliarden Schilling für den Energieimport ausgeben mußten, so waren es 1974 bereits 20 Milliarden Schilling. Dann blieb es bis 1978 etwa gleich mit 24 Milliarden Schilling, um im Jahre 1979 bereits auf 33 Milliarden Schilling und im heurigen Jahr um weitere 17 Milliarden Schilling auf 50 Milliarden Schilling zu steigen. Das ist mehr als die Hälfte unseres Handelsbilanzdefizits. Das ist das Doppelte des Leistungsbilanzdefizits, global gesehen. Das bedeutet ungefähr 2 Prozentpunkte höhere Teuerung im Index. Das heißt, etwa die Hälfte des realen Wachstums nicht selbst verteilen und konsumieren zu können, sondern auf der Stelle tretend an Dritte nach außen abgeben zu müssen. Das bedeutet für den einzelnen, daß im Durchschnitt jeder Österreicher mit 2 200 S durch die 17 Milliarden Schilling in irgendeiner Weise unmittelbar oder mittelbar belastet wird. Das bedeutet für eine vierköpfige Familie fast 9 000 S netto, was fast oder ziemlich genau ein Monatsbezug ist.

Ich glaube, daß wir noch immer nicht voll bereit sind, die Konsequenzen dieses ganz einschneidenden Strukturproblems zu Kenntnis zu nehmen, obwohl es sich weiter verschlechtert. Jetzt gab es in aller Stille eine weitere Teuerung um zwei Dollar je Faß. Das sind ungefähr noch einmal gut und gern 5 Prozent Teuerung. Und das ist sicherlich noch nicht das Ende.

Das heißt, hier stellt sich eine ganz, ganz entscheidende Aufgabe auf viele Jahre hinaus, nämlich ein Strukturproblem zu lösen, welches lösbar ist, denn die bisherige Entwicklung hat gezeigt, daß eine gewisse Entkoppelung zwi-

Vizekanzler Dr. Androsch

schen Wachstum und zusätzlichem Energieverbrauch bereits eingetreten ist.

Mit beträchtlichen Investitionen, die Nachfrage im Inland und Beschäftigung schaffen, ist es möglich, die Auslandsnachfrage durch effizientere Nutzung und Nutzung aller heimischen Möglichkeiten zu ersetzen, zu substituieren und sozusagen in sich bezahlt zu machen. Ich habe irgendwann einmal bei einer solchen Gelegenheit gesagt, aus der Krise einen Markt zu machen, der gerade für die Klein- und Mittelbetriebe unglaubliche Möglichkeiten und damit auch Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet.

Zum zweiten: Im Bereich der Industrie gibt es aus vielen Gründen große Strukturprobleme. Ein Grund ist, daß das überdurchschnittliche Wachstum und die damit verbundene Wohlstandsmehrung in unserem Lande nicht im selben Tempo auch von einer Angebotsverbesserung, weil das schon aus zeitlichen Gründen schwierig und länger dauernd ist, begleitet waren.

Eine schlechte weltwirtschaftliche Entwicklung und Elemente einer neuen internationalen Arbeitsteilung, weil eben neue Industrien in anderen Ländern unter günstigeren Standortbedingungen entstanden sind und in anderen Bereichen — nehmen Sie nur Alpinski — Sättigungspunkte erreicht wurden, begründen das Strukturproblem und machen Anpassungen notwendig. Dem wird jeder zustimmen. Aber das ist kurzfristig — Eumig, Niklasdorf: welche Beispiele Sie immer wollen — nicht zu lösen. Das heißt, das Betriebswirtschaftliche und das insgesamt Vertretbare sind nicht sofort deckungsgleich zu machen. Es ist der Zeitfaktor zu beachten. Es muß Zeit überbrückt werden, um an Stelle von nicht mehr haltbaren Arbeitsplätzen neue, zukunftssichere zu schaffen.

Es gibt viele Beispiele, wo das möglich ist. Es ist sicherlich notwendig, daß man die Investitionsförderung und auf jeden Fall die Kombination direkter und indirekter Förderung darauf abstimmt. Hier kann man sicherlich auch das Instrument der vorzeitigen Abschreibung überdenken, die in einer Phase des gigantischen und rasanten Aufschwungs in den fünfziger Jahren eine andere Funktion gehabt hat, als sie das heute in einer viel schwierigeren defensiven Situation aller Industriestaaten haben kann. Natürlich begünstigt sie den, der Gewinn macht. Wenn das ein Leistungsgewinn ist, kann man das sicherlich noch akzeptieren. Wenn das ein Rentengewinn ist, ist das schwer vertretbar, während der bei Gewerbe-Kapitalsteuer, bei Gewerbe-Ertragsteuer durch Hinzurechnung der Fremdkapitalzinsen in Schwierigkeiten ist.

Daß man hier Veränderungen vornehmen kann, ist sicherlich möglich, wobei man sich darüber klar sein muß, daß die vor uns liegenden Probleme nicht nur wegen der Budgetsituation — die ist gar nicht so sehr der Engpaß —, sondern auch aus anderen Gründen nicht mit globalsteuernden Nachfragemassnahmen zu lösen sind. Die Strukturprobleme sind nicht dadurch zu lösen, daß man bei hoher Beschäftigung die Gesamtfrage ausweitet. Vielmehr ist es notwendig, das gezielt einzusetzen. Das ist möglich, und dafür können auch die Mittel dort, wo es erforderlich und sinnvoll ist, bereitgestellt werden, wobei es kein Patentrezept gibt, sondern wahrscheinlich von Fall zu Fall maßgeschneidert eine Lösung gesucht werden muß. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sicherlich ist der Umstand eines hohen Zinsniveaus und hoher Finanzierungskosten alles andere als dem förderlich, aber dazu gibt es aus internationalen Gründen derzeit keine Alternative. Es ist ein hohes Maß an Wechselkursstabilität da, es ist eher so, daß Pfund und Dollar steigen, was heißt, daß real der Schilling, aber auch der Schweizer Franken und die D-Mark schwächer geworden sind. Das bedeutet, daß die neuerliche Ölpreisteuerung nicht so wie nach 1974 zum Teil kompensiert und abgefangen werden kann. Aber dennoch ist im Interesse der Stabilitätspolitik diese Geld- und Währungspolitik notwendig, weil von ihr auch ein möglichst hohes Maß an Wettbewerbsfähigkeit abhängt, was wieder vom Standpunkt der Leistungsbilanz unbedingt notwendig ist.

Es ist auch notwendig, die Budgets und damit den Bundeshaushalt entscheidungsfähig zu halten und, wenn es möglich ist, als eines der ganz wenigen Länder die Neuverschuldung verringern zu können, und zwar sowohl mit ausgabendämmenden wie mit einnahmener-schließenden Maßnahmen, so ist dies sicherlich ein Beitrag. Die Einkommenspolitik hat das Ihre zu tragen, und von Energie- und Strukturpolitik habe ich schon gesprochen.

Ich weiß nicht, ob man sehr weit kommt mit dem Streit, ob das mit Sozialer Marktwirtschaft oder anders zu regeln ist. Ich meine, die Marktwirtschaft soll dort effizient sein, wo das möglich und sinnvoll ist. Nur ist sie dann automatisch nicht sozial. Wir leben in einer gemischten Wirtschaft, sie erfordert interventionistische Methoden. Es ist nicht die Frage Zentralverwaltungswirtschaft und freie Marktwirtschaft, wie das Eucken als Folge der Situation Deutschlands während der Jahre 1933 bis 1945 genannt hat, sondern es geht um eine interventionistische Marktwirtschaft mit allen Elementen einer gemischten Wirtschaft, nämlich des privaten, des genossenschaftlichen Bereiches, der ja auch nicht überall das

Vizekanzler Dr. Androsch

Extrembeispiel von Wettbewerb ist. Die vorhin zitierten Apotheken sind es ganz sicherlich auch nicht, wenn man sich das Apothekergesetz anschaut, und öffentlichen Maßnahmen, über die man im Einzelfall sicherlich verschiedener Meinung sein kann, aber daß es um diese Mischung geht, glaube ich, steht außer Frage.

Ich darf zum Abschluß sagen: Die vor uns liegenden Jahre, besonders das Jahr 1981, werden nicht leicht sein. Aber die zurückliegenden Jahre, Hohes Haus, meine Damen und Herren, waren es auch nicht. Aber entgegen jährlich stereotyp wiedergegebener Unheilsprophezeiungen war es möglich, immer wieder — oft leichter, oft schwieriger — Lösungen zu finden. Gestützt auf diese Erfahrung wird das auch in Zukunft möglich sein. *(Langanhaltender Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Der letzte Applaus!)*

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Taus. Ich erteile es ihm. *(Lebhafte Rufe und Gegenrufe zwischen SPÖ und ÖVP.)* Herr Dr. Taus hat das Wort, bitte.

Abgeordneter Dr. **Taus** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Erlauben Sie mir zunächst, daß ich auf einige Äußerungen meiner Herren Vorredner eingehe. Lassen Sie mich kurz nur einige wenige Sätze zum Herrn Abgeordneten Dr. Heindl sagen. Herr Dr. Heindl, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie etwas getan, das man von diesem Pult aus nicht tun sollte. Sie haben die verantwortliche Führung der Creditanstalt von diesem Pult aus angegriffen und ihr mehr oder minder Unfähigkeit vorgeworfen. *(Abg. Dr. Heindl: Ich habe gefragt!)* Na ja, man kann in Frageform so etwas auch tun. Sie wissen, die Herren können sich hier nicht verteidigen. Ich würde Sie um etwas bitten: In einer solchen Situation, in einer innenpolitisch umstrittenen Frage würde ich an Ihrer Stelle nicht Leute — auch Leute Ihrer Couleur —, die dort seit vielen Jahren ihre Pflicht versehen, von hier aus heruntermachen. Das ist unschön. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das war ich bisher von Ihnen nicht gewöhnt in den Jahren, seitdem ich dem Hohen Haus angehöre. Das sollten wir nicht einreißen lassen. *(Abg. Dr. Fischer: Das gilt für alle!)* Gilt für alle, selbstverständlich, Herr Dr. Fischer. Wir sollten uns alle daran halten. *(Abg. Dr. Fischer: Auch für die „Z“? Auch für die Versicherungen?)* Ja sind die persönlich angegriffen worden? *(Abg. Dr. Fischer: Ja!)* Sind die Herren angegriffen worden? Das ist mir nicht bekannt.

Nun aber lassen Sie mich zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Schmidt kommen, der

auf die Notwendigkeit einer Venture-Kapitalgesellschaft hingewiesen hat, die ich einmal hier erwähnt und vorgeschlagen habe. Ich möchte wiederholen: Das ist ein Weg, den man gehen kann. Ich möchte nur vor einem warnen: eine bürokratische Lösung zu suchen. Venture-Kapitalgesellschaften als Unternehmen aufzuziehen, ist ein richtiger Weg, sie zu bürokratisieren, ist falsch. *(Beifall bei der ÖVP.)* Über eine Venture-Kapitalgesellschaft kann man sicher auch mit uns reden.

Der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt hat dann noch eine zweite Frage angeschnitten, auch der Herr Finanzminister und der Herr Abgeordnete Mühlbacher haben darauf hingewiesen. Ich habe den Eindruck gehabt, daß der Herr Dr. Schmidt die Auffassung vertritt, daß direkte Lenkungsmethoden besser seien als indirekte. Indirekte Lenkungsmethoden sind zum Beispiel vorzeitige Abschreibungen. Der Herr Finanzminister hat es in seiner Stellungnahme erwähnt: Indirekte Förderungsmaßnahmen in Form von vorzeitigen Abschreibungen lassen sich nur ausnützen, wenn ein Unternehmen Gewinne hat. Wenn es keine hat, nützen sie nichts.

Meine Damen und Herren! Die Strukturangepassung der österreichischen Wirtschaft ist nur zu bewerkstelligen, wenn diejenigen, die Gewinne haben, die Chance haben, die Gewinne auch für Strukturverbesserungen einzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie diesen Mechanismus für den Strukturwandel abdrehen, dann setzen Sie an die Stelle eines mehr oder minder selbständig wirkenden Mechanismus eine Bürokratie, und ich kann Ihnen garantieren, die Lösungen dafür werden unter allen Umständen schlechter sein als die, die Sie auf freiwilliger Basis erreichen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Damit bin ich bei einer Grundfrage, die sowohl vom Herrn Finanzminister als auch vom Herrn Abgeordneten Dr. Schmidt angeschnitten wurde: diese ewige Diskussion über Marktwirtschaft und Nichtmarktwirtschaft. Meine Damen und Herren! Ich bin nie ein Systemfetischist gewesen und werde es auch in Zukunft nicht sein. Selbstverständlich vertrete ich eine interventionistische Wirtschaftspolitik, deren Konzept ja von nichtsozialistischen Ökonomen stammt. Niemand ist dagegen, das ist Allgemeingut. Aber worum geht es, um diese freie Gesellschaft zu erhalten? Da geht es doch immer um die Frage, daß die Freiräume in der Gesellschaft und gerade die im ökonomischen Raum nicht überwuchert werden, sondern offenbleiben im Interesse der Freiheit dieser Gesellschaft und der Entwicklungsfähigkeit dieser Gesellschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Immer neue bürokratische Mechanismen

Dr. Taus

garantieren dafür, daß diese Freiräume überwuchert werden. Wir haben alle in den letzten 35 Jahren sehr viel davon profitiert, daß es einigermaßen gelungen ist, diese Freiräume mehr oder minder offenzuhalten.

Nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf einige Punkte eingehen, die der Herr Finanzminister zuvor erwähnte. Ich verstehe, daß er selbstverständlich die Politik der letzten zehn Jahre lobt, und möchte hier eines einleitend zu seinen Feststellungen sagen: Es ist nicht unsere Auffassung, daß für all das, was in den letzten zehn Jahren in Österreich finanzpolitisch passiert ist, der Herr Finanzminister allein verantwortlich ist, sondern wir sind der Überzeugung, daß für die Wirtschaftspolitik der letzten zehn Jahre — Positiva und Negativa — die gesamte Regierung verantwortlich ist und daß die Politik, die gemacht wurde, und deren Folgen wir sicherlich in den nächsten Jahren alle gemeinsam zu tragen haben werden, ein Problem der Regierung ist und nicht ein Problem des Finanzministers. Das ist mit dem Austausch eines Finanzministers nicht zu regeln! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun zu den Problemen, die der Herr Finanzminister angeführt hat. Ich verstehe es, daß die Vollbeschäftigung immer wieder angeführt wird. Ich gebe zu, die Sozialisten haben grandios verwertet, daß in diesem Land eine hohe Beschäftigung herrscht. Aber ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß in diesem Land seit dem Jahr 1945 oder, besser gesagt, seit 1955, seit wir Herren in unserem eigenen Hause sind, immer eine hohe Beschäftigung geherrscht hat. Sie hat auch zu der Zeit geherrscht, als es Korrekturen in der Beschäftigungsstatistik, wie Sie sie durchgeführt haben, in diesem Land noch nicht gegeben hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber nun zu den Problemen, die der Herr Finanzminister sonst noch angeschnitten hat. Das erste ist die Frage der Staatsquote, weil darüber schon sehr viel diskutiert wurde. Ich möchte mich etwas später noch damit auseinandersetzen, aber lassen Sie mich hier vielleicht grundsätzlich eines feststellen: Es ist ein typisches Ergebnis sozialistischer Regierungstätigkeit, einfach ein Ausdruck Ihrer Vorstellung, wie die Gesellschaft gestaltet werden soll, daß ab dem Moment, wo Sozialisten ans Ruder kommen, die Staatsquoten rapid steigen. Genau das gleiche ist in den letzten zehn Jahren auch in Österreich passiert. Sie haben die Regierung übernommen bei einer Staatsquote von ungefähr 35,5 Prozent, und nächstes Jahr werden wir zwischen 41 und 42 Prozent haben. Das heißt, um etwa ein Fünftel ist die Staatsquote in den letzten zehn Jahren gestiegen. Das ist ohne Zweifel ein Resultat sozialistischer Regierungspolitik, und ich nehme sogar an, daß

Sie darüber nicht traurig sind, weil Sie eine Umverteilung zugunsten des Staates einfach haben wollen, weil das Ihren politischen Vorstellungen entspricht, aber eben nicht unseren. Da liegt eben ein wesentlicher Unterschied. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich gebe Ihnen durchaus zu, daß im sozialen Bereich gegen eine Umverteilung zugunsten der Benachteiligten, der Armen von mir niemals auch nur mit einem Satz gesprochen wurde. Wogegen ich mich wende, ist etwas völlig anderes: daß zum Teil bewußt, zum Teil unbewußt die Lösung aller Probleme darin gesehen wird, daß man mit neuen Bürokratien die Risiken zu sozialisieren versucht, daß man sie auf eine Ebene hinaufhebt, wo bürokratische Entscheidungen Freiräume einengen, obwohl man es genausogut anders hätte machen können. Das ist eben der Unterschied zwischen uns und Ihnen. Wir glauben, daß man mit Freiräumen in der Gesellschaft mehr erreichen kann. Sie glauben, daß man mit Bürokratisierung mehr erreichen kann. Ich sage das sine ira et studio, aber das ist eine fundamentale Frage. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die nächste Frage, die der Herr Finanzminister hier angeschnitten hat, ist die Staatsschuldproblematik, auf die ich nur ganz kurz eingehe. Es ist völlig klar, daß ich mich hier nicht gegen Schuld aufnehmen des Staates wende. Warum sollte ich das tun? Es ist selbstverständlich, daß der Staatskredit ein vernünftiges und zweckmäßiges wirtschaftspolitisches Instrument ist. Ich erinnere an die Krise des Jahres 1958, als der damalige Finanzminister Kamitz genauso stark oder sogar noch viel stärker als im Jahr 1975 den Staatskredit zur Überwindung dieser Krise eingesetzt hat. Das ist doch nichts Neues, das sind alte Keynesianische Ideen, und bekanntlich ist Keynes ja alles andere als ein Sozialist gewesen, er war gerade das Gegenteil davon, das darf nicht vergessen werden. Das heißt, es ist in Österreich nach dem Krieg üblich gewesen, den Staatskredit zur Krisenbekämpfung einzusetzen, kein Mensch greift das an. Was wir angreifen, ist, daß, einerlei, ob die Konjunktur gut ist, ob die Konjunktur schlecht ist, Österreich, seit die Sozialisten regieren, eine Expansion des Staatskredites zu verzeichnen hatten. Das ist die Problematik, vor der wir stehen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Daran schließt die nächste Frage, die wir diskutieren müssen. Was heißt denn diese Staatsschuldung? Das ist ja nicht nur etwas ganz Normales, das jeder Private, jedes Unternehmen genauso macht, sondern die Staatsschuldung in diesen großen Dimensionen, wie wir sie in Österreich heute haben, dieses

Dr. Taus

rasche Wachstum — die sozialistische Regierung hat ja eine niedrige Staatsschuld übernommen — heißt, daß die Vorgriffe auf die Staatsquote der kommenden Jahre sind. Das heißt, eine sehr hohe und ständig wachsende Staatsschuld bedeutet, daß automatisch, um diese Staatsschuld zu bedienen, die Staatsquote steigen muß. Das heißt, das Österreich die Staatsquote ständig erhöhen muß, nur um die Staatsschuld zu bedienen, und daß damit ein zweiter Umverteilungsprozeß zugunsten des Staates in Gang gesetzt wird, gegen den wir uns wenden, weil wir nicht glauben, daß das vernünftig und zweckmäßig ist. Wahrscheinlich glauben das nicht einmal mehr viele Sozialisten. Aber Sie haben eben Ihr Heil in dieser Schuldenpolitik gesucht.

Herr Minister, ich möchte nur auf einen Satz — ich weiß nicht, ob ich Sie richtig verstanden habe — in Ihrer Argumentation zurückkommen.

Sie haben gesagt: Für diese Schulden ist auch Sachvermögen geschaffen worden. Selbstverständlich. Vielleicht nur ein ganz kurzer Zusammenhang, gewissermaßen in Parthese.

In einer Gesellschaft wird in Wahrheit nie etwas anderes als Sachvermögen geschaffen, weil die Summe der Geldvermögen immer Null ist in einer geschlossenen Wirtschaft. Daher geht es immer um die Sachvermögensbildung.

Worum es uns geht, ist überhaupt nicht das Problem, daß der Staat zu kurz kommen könnte — der kommt nicht zu kurz —, sondern uns geht es darum, daß erstens ein ausgewogenes und vernünftiges Verhältnis zwischen Sachvermögensbildung im privaten und im öffentlichen Bereich erfolgt und daß zweitens bei der Sachvermögensbildung im privaten Bereich — ich wiederhole es: bei der Sachvermögensbildung im privaten Bereich — die Disposition über dieses Privatvermögen im privaten Bereich bleibt und nicht über die staatliche Schuldenpolitik auch an den Staat herangezogen wird. Das ist die Problematik, vor der wir in Wahrheit stehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was heißt das? Damit bin ich direkt in der wirtschaftspolitischen Diskussion, die wir hier zu führen haben.

Das heißt, daß der Staat mit seiner Verschuldungsmöglichkeit, die die größte ist, die es in einer Gesellschaft überhaupt gibt — es gibt kein Wirtschaftssubjekt, das sich so hoch verschulden kann wie der Staat; das ist unmöglich —, mit Hilfe dieser überdimensionalen Möglichkeit, sich zu verschulden, permanent stärker in den privaten Bereich eingreift, indem er nämlich dem Steuerzahler zuerst die Mittel wegnimmt und sie ihnen dann zum Beispiel

mittels Garantie zurückgibt und damit Einfluß auf die Unternehmungen gewinnt. Das ist genau das, was wir von der ÖVP nicht wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Soviel nur zu diesem Punkt.

Aber nun zu einer Frage, Herr Minister, die ich auch nicht übergehen möchte, die Sie auch angeschnitten haben, nämlich das Problem — wenn ich das richtig mitgeschrieben habe — der Energiepolitik. Ich möchte dazu nicht viel sagen, weil ich weiß, es ist ein heikles Thema. Ich scheue mich aber nicht, dazu zu reden.

Meine Damen und Herren! Der eine oder andere von Ihnen wird sich erinnern können, als ich vor drei Jahren oder waren es dreieinhalb — ich weiß es nicht mehr genau — hier gestanden bin und ein durchaus seriöses und ernstes Angebot für eine gemeinsame Energiepolitik in Österreich gemacht habe. Nicht als politischen Gag, ich habe keine Freude an politischen Gags.

Ich habe dieses Angebot gemacht, weil damals auch ohne prophetische Gaben schon jeder sehen konnte, wohin wir in der Energiepolitik steuern. Und, Herr Minister, die gesamte Regierung, an der Spitze der Herr Bundeskanzler, haben dieses Angebot einer großen Partei, der ÖVP, mit einer Handbewegung weggewischt — mit einer Handbewegung weggewischt! Meine Damen und Herren, die energiepolitischen Probleme, die wir heute in diesem Lande haben, können Sie sich zu 100 Prozent selber zuschreiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auf Strukturfragen der Industrie möchte ich ein bißchen später noch eingehen.

Gestatten Sie mir aber, daß ich ein Problem hier anschneide, eine Frage, die die Öffentlichkeit bewegt, die die Zeitungen füllt und die ich auch hier sine ira et studio und ohne irgendwie persönlich zu sein, einmal diskutieren möchte, weil in dieser öffentlichen Diskussion in meinen Augen der wichtigste Aspekt völlig verlorenght.

Es ist in den letzten Tagen sehr viel in den Zeitungen geschrieben worden, auch hier von diesem Pult aus darüber diskutiert worden, in der Öffentlichkeit gesprochen worden über den beabsichtigten Wechsel des Herrn Finanzministers aus der Regierung in die Creditanstalt, und zwar an die Spitze der Creditanstalt.

Es hat in der Österreichischen Volkspartei eine große Erregung darüber gegeben. Lassen Sie mich hier eine Facette, die meines Erachtens in der Diskussion bisher zu kurz gekommen ist, ganz kurz beleuchten.

Der Bundeskanzler hat obendrein noch

Dr. Taus

gesagt, daß er keine politischen Geschäfte macht. Also ich kann mich erinnern, ich allein habe in der ÖIAG mit ihm eine ganze Reihe von politischen Geschäften gemacht, da hat er sich nicht gescheut. Ich habe auch mit ihm politische Geschäfte gemacht in der Zeit, als wir allein regiert haben und er die Verantwortung für die Verstaatlichte im Bereich der damaligen Oppositionspartei SPÖ gehabt hat. Das heißt, es ist eigentlich über diese Fragen immer geredet worden. Ich kann mich gar nicht erinnern, daß einmal darüber nicht geredet worden ist.

Daß man aus der Zeitung eine solche Maßnahme erfährt, ist eigentlich auch ein Novum in der österreichischen innenpolitischen Diskussion. Daher möchte ich allen Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, die vom Rednerpult heute für ein gutes politisches Klima plädiert haben, sagen: Meine Damen und Herren, das politische Klima in dieser Frage hat nicht die ÖVP gemacht, das haben Sie von der SPÖ gemacht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein paar grundsätzliche Feststellungen weitab von der Person, um die es hier geht; die Person halte ich nicht für die entscheidende Frage. Ich halte diese ganze Diskussion für eine ungeheure Belastung unseres demokratischen Systems.

Was ist denn in meinem Verständnis Demokratie? Sie ist ein Versuch der Zähmung der Macht. Das heißt, Demokratie soll nichts anderes tun, als den Mißbrauch von Macht verhindern, indem sie die Macht aufteilt, die Macht kontrolliert und diese Macht eben nur auf Zeit vergibt. Das ist die große Idee einer demokratischen Gesellschaft.

Wobei ich mich jetzt überhaupt nicht gegen die Macht ausspreche. Auch dazu soll einmal ein Wort gesagt werden: Die Macht hat in meinen Augen im gesellschaftswissenschaftlichen, gesellschaftlichen Bereich eine ähnliche Funktion wie die Energie in der Physik. Ohne Macht geht nichts, bewegt sich nicht. Darüber müssen wir uns einmal klar werden.

Macht ist für jede Führungsposition notwendig, und Macht ist auch zum Führen und zum Regieren notwendig.

Die Macht — ich möchte jetzt wiederholen —, das ist eben die demokratische Praxis, muß kontrollierbar, und die Machthaber müssen austauschbar sein, und zwar ohne Revolution und ohne Staatsstreich, sondern auf einem normalen Weg, der in den zuständigen Gesetzen fixiert und festgelegt ist.

Das Paradoxon der Demokratie und das ist keine Idee von mir, das können Sie überall

nachlesen, liegt darin, daß jeder dieser potentiellen und aktuellen Machthaber von sich aus im Interesse des Funktionierens des Systems bereit sein muß, selbst auf zu große Machtausübung zu verzichten, das heißt also, die anderen Teilnehmer an diesem Prozeß nicht zu vergewaltigen. Das ist eine entscheidende Frage. Das kann man in einem Gesetz kaum festlegen, aber das ist der Geist der Demokratie, um den geht es hier.

Und nun ist die nächste Frage: Wieviel Macht darf denn eine Partei in einem demokratischen System in ihren Händen konzentrieren? Wieviel politische, wieviel wirtschaftliche Macht und letztlich auch wieviel Macht über Meinungen, denn sowohl politische als auch wirtschaftliche als auch Macht über die Meinung der Menschen macht die Menschen abhängig, ob man das will oder nicht.

Ein alter Grundsatz heißt: „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing.“ Niemand ist als Märtyrer geboren, und das ist gut so. Herr Kollege Fischer, auch wenn Sie jetzt Ihren Kopf bedeutsam schütteln, von niemandem kann man verlangen, daß er ein Märtyrer für seine Überzeugungen wird. Da hat es immer nur wenige gegeben, und darum kennt sie auch die Geschichte. Die Menschheit ist nicht als Heldenschheit geboren worden, und das soll sie auch gar nicht sein, es wäre wahrscheinlich furchtbar.

Und nun sage ich Ihnen, meine Damen und Herren von der SPÖ, daß Ihnen 51 Prozent der Stimmen auf Bundesebene in meinen Augen nicht das Recht geben, das sage ich Ihnen persönlich, eine derartige Machtkumulierung herbeizuführen, wie Sie das in den letzten Jahren getan haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben in Österreich auf Grund unserer historischen Entwicklung eine Machtkonzentration oder Machtkonzentrationsmöglichkeiten für eine Partei, wie sie in kaum einem anderen Staat — ich kenne jedenfalls keinen westlichen Industriestaat — in einer freien Gesellschaft vorhanden sind. Wir haben einen riesigen Einfluß der politischen Mächte in der Wirtschaft, einen direkten Einfluß. Es ist ein gewaltiges Sozialversicherungssystem da, gegen das wir uns gar nicht wenden, und es hat natürlich aus der österreichischen Tradition die Regierung und damit die Bürokratie ebenfalls eine große Macht, wie sie in anderen Ländern in der Form nicht ausgeübt wird — auch ein Erbe unserer Vergangenheit.

Meine Damen und Herren! Was bedeutet es nun, wenn einer großen Partei wie der ÖVP so demonstrativ symbolhaft eine wichtige Position in einem verstaatlichten Bereich weggenommen wird? Wir haben das ja schon etliche Male erlebt. In der verstaatlichten Industrie

Dr. Taus

haben Sie uns im Zuge der Fusionen Positionen weggenommen, Sie sind jetzt drauf und dran, das bei den Banken zu machen und den Kreditapparat so weit wie möglich unter Ihre Führung zu stellen.

Meine Damen und Herren! Das bedeutet für eine Großpartei, wie es die Österreichische Volkspartei ist, und für eine Opposition, daß hier einfach automatisch mehr Abhängigkeiten geschaffen werden und der Sozialistischen Partei weitere Macht zuwächst, die weit über das hinausgeht, was ihr die Wähler bei den letzten Wahlen gegeben haben, weit darüber hinausgeht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Das ist das Problem. Sie verletzen damit in meinen Augen ein fundamentales demokratisches Baugesetz, nämlich die Bereitschaft zum Kompromiß, der überhaupt nichts Schlechtes ist. Keine Demokratie funktioniert ohne Kompromiß. Und das Baugesetz der modernen Demokratie lautet für mich folgendermaßen: Entscheidung der Mehrheit ist nur die unvermeidliche Notlösung dort, wo Konsens nicht erreicht werden kann. Ich bekenne mich zu diesem Satz.

Sie sind davon abgekommen. Immer dort, wo es Ihnen zweckmäßig und notwendig erscheint, gehen Sie doch sogar so weit, daß Sie sich im ersten Anlauf — nachher wird dann ein bißchen korrigiert — selbst über die gesetzlich vorgesehenen Organe hinwegsetzen und einfach dekretieren, was hier zu geschehen hat. Ob das nun einmal gewesen ist, als man hunderttausend Wählern die Stimme weggenommen hat, ob das jetzt der Fall gewesen ist in der Art, wie Sie vorgegangen sind in der Creditanstalt.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! — Was ich gesagt habe, gilt für jede Partei, die eine absolute Mehrheit hat. — Sie sind in meinen Augen von der Hybris der Macht erfaßt. Sie haben ja nicht einmal versucht, zu reden. Sie haben ja nicht einmal versucht, soweit ich informiert bin, einen Konsens zu erreichen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß Sie gut regiert haben in den letzten Jahren. Aber was versuchen Sie als Ersatz dafür? Sie versuchen zu diktieren, und das ist immer ein schlechter Weg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich sage Ihnen noch etwas: Ich gebe zu, ich habe Angst, daß die Anhäufung von so viel Macht formal weiterhin existierende demokratische Mechanismen, Ablöse- und Kontrollprozesse materiell zumindest behindert. Weil das in unserem System nicht vorgesehen ist, daß eine Gruppe, eine politisch wichtige Gruppe so viel Macht in ihren Händen anhäuft. Ich habe Angst davor.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Wenn Sie eine ähnliche Meinung haben sollten — Sie müssen das nicht sagen —, dann überdenken Sie Ihre Politik und versuchen Sie doch, von Ihrer Seite aus zu sagen: Es geht nicht darum, was heute ist und was gestern war, sondern ich bin durchaus der Meinung mit Dr. Androsch, daß wir gar keine leichten Jahre vor uns haben. Und da wird es sehr, sehr wichtig sein — ohne daß ich hier nach Konsens winsle —, daß Sie als die Stärkeren zurzeit sich überlegen müßten: Ja was ist denn eigentlich nun unserem Partner, bei allen politischen Differenzen, zumutbar? Was ist ihm zumutbar? Oder überschreiten wir hier nicht ständig die Grenze der Zumutbarkeit für diesen Partner und treiben ihn politisch mit in eine Ecke hinein, die für das Gesamtwohl dieses Landes nicht vorteilhaft ist?

Das ist das, was ich Ihnen hier sagen wollte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das hat mit der Person nichts zu tun. Das hat mit den Fakten zu tun, mit der Tatsache der politischen Machtausübung, wie sie von der sozialistischen Regierung betrieben wird.

Und nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich doch ganz global ein paar Sätze zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der sozialistischen Regierung sagen, die maßgeblich natürlich der Finanzminister getragen hat.

Herr Finanzminister! Die SPÖ-Linken haben Sie gelegentlich angegriffen, weil ihnen Ihre Politik zu wenig sozialistisch war oder ist, und es ist auch zu hören gewesen, daß Sorgen bestehen — das ist dann von anderen Kreisen gekommen — daß es nach Ihrem Abgang einen Linksruck geben könnte. Ich glaube, sogar der Herr Doppelpräsident — ÖGB und Parlament — hat sich jetzt bemüßigt gefühlt — was ich durchaus sehe — und veranlaßt gesehen, diese Sorgen in der Öffentlichkeit zu zerstreuen.

Herr Finanzminister! Ich möchte Ihnen etwas sagen — ich weiß nicht, ob es Ihnen etwas gibt oder nichts gibt, das ist Ihre Sache —: Ich finde, Sie haben die Vorstellungen eines mitteleuropäischen Sozialismus über Ihre ökonomische Politik eigentlich recht gut umgesetzt, ökonomisch gesehen. Sie waren ein treuer Diener der Partei, die Sie zehn Jahre auf diesem Posten hat sitzen lassen, Sie haben sehr vorsichtig, gar nicht ungeschickt, sozialistische Politik gemacht, und es kam Ihnen sicherlich zupass, daß der eine oder andere aus dem nichtsozialistischen Lager die politische Bildung vernachlässigt hat und es gar nicht gesehen hat, was Sie für eine Politik machen. Aber bitte, das ist nicht Ihr Fehler. Das heißt, Sie haben hier in meinen Augen durchaus sozialistische Politik gemacht. Sehr langsam,

Dr. Taus

sehr vorsichtig, sehr evolutionär, eben so, wie es der revisionistischen Linie des mitteleuropäischen Sozialismus entspricht.

Lassen Sie mich auch sagen, warum ich das glaube. Zunächst einmal: Was ist denn diese Linie? Lassen Sie mich sagen: Es ist ein breiter Weg, es sind mehrere Straßen. So genau weiß man das ja heute auch nicht mehr, was Sozialismus ist. Ich bin froh darüber, daß man das nicht mehr so genau weiß. Da gibt es eine bessere Diskussionsbasis. Und schön langsam findet man sich ja in der SPÖ vor lauter Flügeln nicht mehr zurecht, nicht wahr, was aber mit Engeln nichts zu tun hat. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Aber im Prinzip geht es ja immer um eines. Ihrer Meinung nach. Und ich akzeptiere das. Ich sage gar nicht, daß das böse ist. *(Abg. Kittl: Waren Sie auch einmal am linken Flügel, Herr Dr. Taus?)* Ich bin dort noch immer, wenn Sie das hören wollen. Ja, selbstverständlich, selbstverständlich. Meine Herren, Sie wissen ja, woher ich komme. *(Abg. Graf: Aber er hat einen Körper zu den Flügeln, und Sie haben nur mehr Flügel!)*

Ich habe es immer, ich habe es bei jedem Menschen geschätzt — das ist ein Ausspruch, den hat einmal der heutige Minister Staribacher vor vielen Jahren dem Kanzler gesagt —, daß man die Gesinnung nicht wie ein Hemd wechselt. Auch meine Gesinnung wechsle ich nicht wie ein Hemd, und ich akzeptiere jeden in jeder demokratischen Partei, der seine Gesinnung auch nicht wie ein Hemd wechselt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun, was will dieser demokratische Sozialismus, wie ich ihn verstehe in dieser ganzen Bandbreite, die es hier gibt? Er will im wesentlichen Problemlösungen über mehr Staat, mehr Staatseinfluß, mehr Steuerung, mehr zentrale Entscheidungen.

Ich gebe Ihnen durchaus zu, daß es in vielen Bereichen in Zukunft zentrale Entscheidungen geben muß. Das gebe ich Ihnen durchaus zu. Ich war ja nie gegen Interventionismus. Mir geht es immer nur drum, daß die Freiräume gesichert werden.

Und was hat der Finanzminister — bewußt oder unbewußt, ich weiß es nicht, das muß er beantworten, das kann ich nicht sagen — gemacht? Er hat es geschafft: daß wir heute — nicht zum Vorteil Österreichs und der österreichischen Wirtschaft — wesentlich mehr zentrale Investitionslenkung eingeführt haben. Das Resultat ist kein sehr gutes gewesen. Aber er hat es gemacht.

In Österreich ist die ganze riesige Investitionslenkungsdiskussion, die in anderen Län-

dern geführt wurde, erspart worden, weil hier recht geschickt, pragmatisch, so ein Schritterl nach dem anderen unter dem Beifall vieler Leute ein Lenkungsmechanismus nach dem anderen eingesetzt wurde. Der Herr Kollege Schmidt hat heute sehr viel für die direkte Förderung der Investitionen gesprochen. Das ist nichts anderes. Und ich behaupte hier: Es gibt ja kaum eine größere Investition in diesem Land, die ohne Mitwirkung des Staates durchgeführt werden kann. Selbst General Motors läßt sich eine Menge dafür bezahlen. Das liegt genau auf der Linie.

Das heißt, der Finanzminister hat ohne große Diskussion, selbst vielfach noch unter Beifall der Betroffenen, Investitionslenkung betrieben.

Wir sind dagegen, daß es so gemacht wird. Nicht, weil wir nicht glauben, daß der Staat, in der Wirtschaftspolitik eine wichtige Rolle hat, sondern weil wir glauben, daß damit Freiräume eingeengt werden *(Beifall bei der ÖVP)*, was uns Probleme bringt, weil wir das Risiko nicht nur sozialisieren, sondern auch bürokratisieren, und das ist noch schlechter.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich sagen, wie so etwas geht. Ich bringe Ihnen den Beweis. Ich habe hier eine Unterlage, aus der hervorgeht, daß die Eigenkapitalanteile von 1973 bis 1978 ständig zurückgegangen sind. Im Jahr 1973 war der Medianwert für den Eigenkapitalanteil 26 Prozent der Betriebssumme. 1978 waren es nur mehr gut 20 Prozent. Das ist um 30 Prozent weniger Eigenkapital in sechs Jahren.

Meine Damen und Herren! Es gibt große Diskussionen über Eigenkapitalausstattung. Ein Aspekt des Eigenkapitals wird oft übersehen: die Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Je mehr Eigenkapital eine Firma hat, umso unabhängiger ist sie. Sinkende Eigenkapitalgrößen bedeuten steigende Abhängigkeiten.

Sehen Sie, das ist genau das, was wir nicht wollen. Aber auch im Interesse der Arbeitnehmer, nicht nur des Unternehmers. Wir wollen nicht haben, daß der Staat jeden über diesen Weg am Schlafittchen bekommen kann. Das ist die Problematik, vor der wir stehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oder, eine zweite Frage, um die es hier geht. Auch wieder alles sehr pragmatisch, wobei mir zu Pragmatismus immer eine Formulierung einfällt von Bertrand Russel, der gesagt hat: Was ist Pragmatismus? Pragmatismus hält alles das für wahr, dessen Folgen angenehm sind.

Das ist ein Weg, den ich nicht gerne hätte, daß es so ist. Und selbst diejenigen, die betroffen sind, die Staatsgarantien und alles gekriegt

Dr. Taus

haben, haben gesagt, die ersten Folgen sind zunächst angenehm, die zweiten sind unangenehm. Das ist nicht gesehen worden, eine zweite Frage, auf die ich jetzt nicht näher eingehen will. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Aber auch zum Beispiel die Frage der Haftungen. Wir haben heute Staatshaftungen, ich gebe zu, ein großer Teil Ausfuhrförderung. Aber wir haben einen Staatshaftungsrahmen, meine Damen und Herren, von 500 Milliarden Schilling, von denen 200 Milliarden Schilling nicht ausgenützt sind. 500 Milliarden Schilling. Wir haben vor zehn Jahren nur einen Bruchteil gehabt.

Aber, meine Damen und Herren, das sind die Grundsatzfragen. Ich finde daher, daß die Linken den Herrn Finanzminister sehr zu Unrecht angegriffen haben. Er hat seinen Teil sozialistischer Finanzpolitik geleistet. Was ich will, und jetzt gehe ich zurück auf Ihren Einwurf, Herr Kollege: Ich bin ein Vertreter der Vermögensverteilung, und zwar möglichst viele Menschen in diesem Land sollen möglichst viel Eigentum haben, das ist meine Linie. *(Beifall bei der ÖVP.)* Die gefällt auch nicht jedem, das gebe ich schon zu, die gefällt in meinen eigenen Reihen nicht jedem, aber so ist es eben!

Die nächste Frage ist jetzt die Politik an sich des Herrn Finanzministers. Ich möchte sie nur in zwei Phasen einteilen. Er hat sie in mehrere Phasen eingeteilt. Die erste Phase bis 1975, ich nenne sie die Phase des Überschwanges. Das heißt dort, wo man ins Volle hineingegriffen hat und in der Hochkonjunktur mit der Schuldenpolitik begonnen hat. Das heißt, dort sind die Defizite entstanden, in einer Zeit der Höchstkonjunktur sind die Staatsschulden und die Defizitwirtschaft des Staates — 1973, 1974, 1975 — gigantisch gewachsen. Da drinnen lag das Problem. Und nach 1975 ist der Finanzminister aus den Schulden nicht mehr herausgekommen.

Das ist die Problematik, vor der wir heute stehen. Jetzt sind wir vor einer Situation, und jetzt komme ich wirklich zum Schluß. 20 Minuten waren vereinbart, ist ein bisschen länger, aber ich höre, es sind einige Kollegen gestrichen worden, nicht daß ich ihre ganze Redezeit in Anspruch nehme, aber 10 Prozent davon nehme ich jetzt in Anspruch, weil ich so lange geredet habe. Das ist das Problem, wenn man frei redet, Sie kennen das. *(Abg. Dr. Hauser: Ist auch Umverteilung!)*

Du weißt, lieber Walter, ich bin immer ein Vertreter auch einer Umverteilungspolitik gewesen im sozialen Bereich, warum soll ich das für mich nicht auch in Anspruch nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Hauptfrage, um die es hier geht. Wo liegt der strategische Fehler. Der strategische Fehler liegt darin, daß der Herr Finanzminister über eine nachfrageorientierte Politik versucht hat, die Beschäftigung zu halten und damit das Hauptproblem, vor dem wir stehen, das riesige Zahlungsbilanzdefizit mitverursacht hat, das ist die zentrale Frage, mit der wir zu kämpfen haben, und daß wir jetzt uns bemühen müssen, eine forcierte Strukturänderung zu erreichen, weil diese nachfrageorientierte Politik in Verbindung mit der Versteinerungspolitik unsere Wirtschaftsstruktur veraltet hat, das heißt, Sie haben Österreich, wie Sie es vor zehn Jahren versprochen haben, nicht moderner gemacht, sondern Sie haben Österreich altmodischer gemacht. Das ist die Problematik, vor der wir in der Wirtschaft stehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und darum bin ich auch beim Herrn Abgeordneten Schmidt. Jetzt muß man versuchen, mit zusätzlichen staatlichen Maßnahmen, das, was hier versäumt wurde, zu korrigieren, mit forcierter Strukturänderungspolitik. Und ich gebe zu, das wird nicht sehr leicht werden.

Aber ich bekenne mich dazu, daß der Staat hier eingreifen muß. Sie haben jetzt fünf oder sechs oder noch mehr Jahre versteinert, Sie haben fünf oder sechs Jahre den Strukturwandel behindert mit Ihrer Politik, und jetzt muß man mit Hilfe des Staates durchstarten und ihn forcieren. Das ist die Problematik, vor der wir stehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher kommt zu dieser schwierigen internationalen Lage, die wir haben, noch die Problematik dazu, die wir uns selber eingewirtschaftet haben.

Sie haben sicher kurzfristig den Menschen dieses Landes etwas gebracht. Die Sicherung der Vollbeschäftigung ist sicher eine Leistung, die man Ihnen nicht nehmen kann. Aber Sie haben sich damit Probleme miteingehandelt, zusätzlich für die Zukunft, wo man hätte schon besser aufpassen können, die uns jetzt forciert Schwierigkeiten machen, damit fertig zu werden.

Und wir sehen nicht, meine Damen und Herren, daß in diesem Budget eine Änderung dieses Kurses eingeschlagen wird, sondern im Gegenteil, er wird durch zusätzliche Belastungen fortgesetzt. Und daher können wir diesem Budget die Zustimmung nicht geben.

Wir hoffen aber, daß die Einsicht einkehrt, daß Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, nun einmal auch akzeptieren, daß Fehler, die Sie gemacht haben, korrigiert werden müssen, wobei ich trotzdem sage, nicht als Abschied zum Finanzminister hin: Schuld an dieser Politik ist sicher er nicht allein, schuld

Dr. Taus

daran ist die gesamte sozialistische Regierung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Nowotny.

Abgeordneter Dr. Nowotny (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn der Herr Kollege Taus Umverteilungspolitik immer so betreibt wie mit seiner Redezeit, so glaube ich gerne, daß Sie dafür sind. Es geht nämlich eindeutig zu Ihren Gunsten aus. Aber das soll nicht ein allgemeines Kriterium für Ihre Umverteilungspolitik sein.

Hohes Haus! Es hat die Budgetdebatte hier einige Hauptpunkte gezeigt, und gerade das Votum des Kollegen Taus bietet mir Anlaß, auf einiges einzugehen. Ich möchte dabei auf die politischen Aspekte später zurückkommen, nur zum Politischen zunächst einmal soviel.

Herr Kollege Taus! Auch wir sind selbstverständlich für Machtdiffusion. Auch die Sozialisten sind selbstverständlich für Gewaltenteilung, und wir haben das in vielen Fällen in unserer zehnjährigen Regierungszeit gezeigt, in sehr vielen konkreten Fällen. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich in dieser Hinsicht auch bei sehr vielen ÖVP-dominierten Landesverwaltungen sehr viel stärker durchsetzen könnten, als das leider der Fall ist. Aber da habe ich leider von Ihnen in dieser Richtung nicht sehr viel gehört. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mock: Dort ist in der Regierung die Machtverteilung schon!)*

Herr Kollege Taus! Ich glaube, man muß doch auch dazu sagen: Geist der Demokratie kann doch nicht bedeuten, daß man einen Status quo festschreibt auf einen Stand, wie er vor 35 Jahren war, egal, wie nun demokratische Wahlen ausgehen. Weil das kann doch nicht Demokratie sein, daß das Ergebnis demokratischer Wahlen in vielen Bereichen eigentlich völlig irrelevant ist und praktisch damit in seiner Bedeutung wesentlich herabgewürdigt würde. Ich glaube, so kann man es sicherlich nicht sehen.

Und wenn Sie, Herr Kollege, gesprochen haben von den Grenzen des Zumutbaren, so muß ich sagen — und ich richte mich hier an alle Kollegen der ÖVP —, bedenken Sie, es gibt auch Grenzen des Zumutbaren für unsere Partei. Ich bitte Sie zu überlegen, ob es nicht in den letzten Monaten einige Ihrer Kollegen gegeben hat, die diese Grenzen des Zumutbaren doch sehr erheblich überschritten haben.

Ich würde mich freuen, Herr Kollege Taus, wenn wir gemeinsam hier — Sie in Ihrer Partei — für Anstand sorgen könnten, daß diese Grenzen des Zumutbaren auch in Ihrer Partei

nicht überschritten werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn ich nun zu einigen Wirtschaftsaspekten Stellung nehmen darf, so haben heute mehrere Redner, speziell Dr. Taus, über Fragen der Wirtschaftsförderung gesprochen. Und ich glaube, man soll sich doch auch hier vor falschen Frontstellung hüten und hier keinen Popanz aufbauen, daß es hier in Richtung einer Zentralverwaltungswirtschaft oder so irgend etwas gehe.

Ich kann Ihnen versichern, es gibt in der SPÖ niemand, der irgendwie mit Gedanken liebäugelt, eine Investitionsbürokratie oder so etwas einzurichten. Das ist in keinem Votum unserer Leute auch nur annähernd herauszulesen, und das ist etwas, was Sie hier hineinlegen wollen. Aber andererseits werden gerade Sie, Herr Kollege Taus, aus der Verbindung etwa zur Papierindustrie wissen, daß das Instrument der vorzeitigen Abschreibung halt in vielen Fällen nicht greift. Daß es zweitens ein Instrument ist, das hier auch nicht strukturneutral ist, daß es gerade spezielle konjunkturelle Effekte hat, und daß es sicherlich ein Bereich ist, wo man sich daher neue Dinge überlegen kann.

Aber ich glaube, wir sollen ganz klar sehen. Das ist nichts, was ein ideologischer Kampfplatz wäre, das ist ein Bereich der praktischen, konkreten, wenn ich sagen darf, technischen Wirtschaftspolitik, und ich habe auch Ihr Votum als einen durchaus konstruktiven Beitrag in dieser Richtung gesehen, und glaube, daß man hier sicherlich Lösungen und Wege finden wird.

Was nun den zweiten Punkt betrifft, auf den Sie sich sehr eingehend bezogen haben, den Bereich der Steuerquote, so habe ich mir hier einen Satz aufgeschrieben, wo Sie sagen: „Es ist typisch für sozialistische Regierungen, daß dort die Steuerquote rasch steigt.“ Herr Kollege Taus, das ist einfach falsch. Wenn Sie sich hier die OECD-Statistiken ansehen, so werden Sie ganz deutlich sehen, daß Österreich in den sechziger Jahren eher am höheren Rand der Steuerquote war und daß wir jetzt im mittleren Bereich sind. Das heißt, die Steuerquote ist in einer ganzen Reihe von Staaten viel rascher gewachsen als in Österreich, darunter in Staaten wie der Schweiz, Italien, Frankreich, die alle keine sozialistische Regierung haben.

Also, Herr Kollege Taus, hier müssen Sie sicherlich sehr viel differenzierter und vorsichtiger argumentieren. So wie Sie es gesagt haben, ist das Argument auf jeden Fall nicht haltbar. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Taus: Setzen wir uns darüber auseinander! Sie verwechseln die absolute Größe und die Zuwachsraten!)*

Dr. Nowotny

Aber auch in der absoluten Höhe sind wir doch in Österreich nicht an der Spitze, das wissen Sie doch ganz genau. Auch hier liegen wir in der Mitte. Also in beiden Fällen, Herr Kollege, ist Ihr Argument nicht haltbar.

Darüber hinaus ist natürlich auch zu fragen, ob es wirklich immer sinnvoll ist, hier mit der globalen Steuerquote zu argumentieren. Natürlich kann man sagen, für viele Fragen ist das relevant, aber wenn es uns hier um das Bundesbudget geht, so ist es doch auch notwendig, speziell auf den Bereich des Bundes und die Steuerquote des Bundes hier abzustellen.

Und da muß man doch die Verteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hinsichtlich des gesamten öffentlichen Einnahmevermögens heranziehen. Und wenn ich mir das anschauere, so sieht man, daß der Bund hier im Zeitablauf tendenziell einen immer geringeren Anteil am Gesamtsteueraufkommen für sich reklamieren kann, während die Länder und die Gemeinden einen immer größeren Anteil haben, das heißt, daß der Anteil des Bundes an der Gesamtsteuerquote im Zeitablauf tendenziell ganz deutlich zurückgegangen ist. Und das ist etwas, was natürlich verlorengeht, wenn ich immer nur mit der globalen Steuerquote argumentiere. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Hauser.)*

Das ist schon richtig, nur wenn wir hier über das Bundesbudget sprechen, glaube ich, sollte das nicht ganz untergehen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Hauser.)*

Ja „Staat“ ist nicht „Staat“. Denn hier sprechen wir über das Bundesbudget, und hier wird auch der Vorwurf an das Bundesbudget gemacht. Wenn Sie in den Gemeinden dagegen sprechen, wenn der Kollege Zittmayr in seiner Gemeinde dagegen spricht, wenn in den Ländern dagegen gesprochen wird, bitte schön, in Ordnung und fair, nur dort wird es halt nicht gemacht. Wenden tut man sich immer gegen den Bund, und das ist in diesem Fall wirklich die falsche Adresse.

Ein zweiter Punkt ist, daß man auch innerhalb der Bundeseinnahmen doch sehen muß, daß wir hier eine deutliche Strukturverschiebung haben.

Es war etwa in den sechziger Jahren das Verhältnis zwischen ausschließlichen Bundeseinnahmen und gemeinschaftlichen Bundeseinnahmen etwa 50 : 50, während jetzt der Anteil der ausschließlichen Bundeseinnahmen am Gesamtabgabenerfolg nur mehr 35 Prozent ist. Das heißt, es zeigt sich hier ganz deutlich, daß dem Bund wesentliche eigene Steuereinnahmen verlorengegangen sind oder eben an Bedeutung geringer geworden sind wie zum Beispiel Zolleinnahmen.

Wenn man etwa bedenkt, daß im Jahre 1966 die Importe im Durchschnitt noch mit 8 Prozent Zoll belastet waren, während dieser Prozentsatz jetzt nur mehr etwa 1 Prozent ausmacht, so sieht man, daß hier dem Staat Steuerausfälle in Milliardenhöhe entstanden sind, über die in der Diskussion immer hinweggegangen wird und die völlig untergehen.

Und ein zweiter Aspekt ist der hohe Anteil von mengen- oder von einheitswertabhängigen Steuern, der ebenfalls bewirkt, daß die Einnahmenflexibilität des Bundesbudgets hier vergleichsweise geringer ist, das heißt, daß die Steuereinnahmen des Bundes in diesen Bereichen langsamer wachsen als das Sozialprodukt. Und hier muß man eben doch deutlich sehen, daß eben einerseits Steuererhöhungen immer Anlaß zu reicher Kritik geben, die Fälle aber, wo wie hier Steuersenkungen sind oder wo das Steueraufkommen eben nur unterproportional wächst, in vielen Fällen in der Öffentlichkeit völlig ignoriert werden. Hier, glaube ich, muß man doch deutlich sehen, daß wir hier in vielen Bereichen Steuersenkungen haben, eine geringere Steuerdynamik, die eben notwendig auf andere Bereiche kompensiert werden müssen. Und es geht nicht an, nur die Steuererhöhungen zu sehen und die faktischen Steuersenkungen in der Diskussion völlig zu ignorieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Es zeigt sich ja auch diese deutlich niedrigere Steuerdynamik des Bundes auf der Ausgabenseite. Wir haben hier, wenn man den etwas größeren Zeitraum betrachtet, in den letzten zwei Jahrzehnten eine deutliche Tendenz zu einer Dezentralisierung der öffentlichen Ausgaben. Etwa von 1960 bis 1978 sind die Länder und Gemeinden in ihren Ausgaben im Durchschnitt wesentlich rascher gewachsen als der Bund, was bewirkt, daß der Anteil des Bundes an den Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften von rund 71 Prozent im Jahre 1960 auf knapp 61 Prozent zurückgegangen ist, weil die Länder ihre Quote von 9 auf 16 Prozent erhöht haben.

Wenn also in diesem Haus und aus meiner Sicht auch voll zu Recht immer wieder das Prinzip des Föderalismus hervorgehoben wird, so, glaube ich, zeigen eben genau diese nüchternen Zahlen, daß wir in den letzten Jahren tatsächlich im fiskalischen Bereich eine sehr ausgeprägt föderalistische Entwicklung in Österreich gefunden haben, etwas, was ebenfalls meines Erachtens viel zu wenig gesehen und zu wenig gewürdigt wird, sodaß insgesamt, glaube ich, diese einzelnen konkreten empirischen Beispiele doch zeigen, daß es oft notwendig ist, Dinge über einen etwas längeren Zeitraum zu betrachten, um die grundlegenden Tendenzen zu sehen, die einen Haushalt und damit auch den Haushalt 1981 bestimmen.

Dr. Nowotny

Diese Tendenzen sind in Österreich eine stärkere Föderalisierung der öffentlichen Ausgaben und eine tendenziell verringerte Dynamik der Bundeseinnahmen. Und ich glaube, es ist wichtig, das zu sehen, um diesen Haushalt richtig beurteilen zu können.

Ein zweiter Punkt, der immer wieder heute und im Rahmen dieser Budgetdebatte im Zentrum der Diskussion stand, ist der Bereich des Budgetdefizits.

Es ist ja schon hier von verschiedenen Rednern, zuletzt auch vom Herrn Finanzminister, darauf hingewiesen worden, daß es eben der ÖVP auch in dieser Debatte nicht gelungen ist, sich aus ihren alten Dilemma zu lösen, einerseits zusätzliche Ausgaben zu verlangen — siehe in großem Maße die gestrige Debatte —, andererseits dann zu verlangen, daß weniger Steuern bestehen, und das Ganze soll sich dann irgendwo ausgehen in einem verringerten Defizit. Das ist eben ein Kunststück, das nicht zustande zu bringen ist, und das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wobei ich durchaus anerkennen will, daß das natürlich insofern nicht verwunderlich ist, weil eben die ÖVP erst dabei ist, wie wir ja hören, sich ein entsprechendes Wirtschaftskonzept zu erstellen, es hat ja der Herr Abgeordnete Graf, wie im „profil“ zu lesen war, diese Aufgabe selber als ein Himmelfahrtskommando bezeichnet, ich hoffe, Herr Kollege Graf, es wird nicht so arg werden. *(Abg. Graf: Machen Sie sich über mich keine Sorgen!)* Sie sind uns sehr sympathisch, wir hoffen, Sie werden das alles gut überstehen, aber im Augenblick müssen wir halt feststellen, die ÖVP ist wirtschaftspolitisch nach wie vor im Trockendock, es gibt nach wie vor keine konkrete, ich wiederhole, konkrete Alternative zu den Dingen, die wir hier in diesem Budget vorgelegt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Wenn ich noch kurz zur Höhe des Budgetdefizites ein paar Bemerkungen anbringen darf.

Es ist doch unmöglich, wie das auch zum Teil hier geschehen ist, das unabhängig zu sehen von der gesamtwirtschaftlichen Lage. Und man muß eindeutig sehen, daß das gegenwärtige Budgetdefizit im wesentlichen bestimmt ist von den Folgekosten der erfolgreichen Konjunkturpolitik, die wir in den Jahren 1974, 1975 und 1976 betrieben haben, um dem Konjunkturreinbruch dieser Jahre zu begegnen.

Und man sieht das ja auch ganz deutlich, wenn man sich die Entwicklung ansieht, die das Nettodefizit genommen hat. Das Nettodefizit des Bundes als Prozentsatz des BIP hat im Jahre 1974 nur 1,9 Prozent betragen und ist dann im Jahre 1975 auf 4,5 Prozent hinaufge-

schnellt. Das ist der wahre Kern der Budgetpolitik. Und ich wundere mich, daß jemand wie der Abgeordnete Dr. Taus, der das ja wirklich wissen sollte, diesen Punkt mit keinem Wort in seiner Besprechung der Leistungen des Finanzministers berührt; daß er sagt, da ist halt zuviel gewirtschaftet worden. Ja warum ist denn das Budgetdefizit hinaufgegangen? Das zeigt sich ja ganz deutlich. Es ist von 1974 auf 1975 explodiert, weil wir eben damit Konjunkturpolitik betrieben haben. Und genau das ist der Punkt. *(Abg. Dr. Taus: Es ist dann viel stärker hinaufgegangen! Herr Professor! Sie müssen mehr lesen! Das Mandat nimmt Ihnen zu viel Zeit!)* Also ich lese genug, das kann ich Ihnen versichern.

Aber diesen Punkt können Sie nicht aus der Welt schaffen. Der entscheidende Punkt ist der, daß die entsprechende Erhöhung aus dem Bereich der Konjunkturpolitik heraus zu sehen ist, und daß wir eben seither keinen Rückgang, keine Besserung in der internationalen Lage gehabt haben, die stark genug gewesen wäre. Das zeigt sich ja international, daß wir weiterhin Arbeitslosenzahlen haben, die im OECD-Bereich seither nicht heruntergegangen sind unter zwölf Millionen Menschen; heuer sind es wieder 20 Millionen Menschen. Es zeigt sich eben, daß wir in Österreich durch diese Budgetpolitik vermieden haben, daß ein Sockel von Arbeitslosigkeit entsteht, wie das in vielen anderen Staaten der Fall ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Ich glaube, man muß die Höhe des Defizits doch auch noch unter einem anderen Gesichtspunkt sehen. Es wird hier oft mit absoluten Zahlen argumentiert, etwa die hohen Zahlen unserer Zeit den niedrigeren Zahlen der Ära Kamitz entgegengehalten. Das hat etwa der Kollege Schüssel bei einer dringlichen Anfrage am Montag getan, was mich bei ihm sehr gewundert hat, das haben heute andere Redner getan, was mich vielleicht weniger gewundert hat. *(Abg. Graf: Erteilen Sie hier keine Zensuren, Herr Professor!)*

Ich glaube, es muß doch für jeden klar sein, daß höhere Defizitzahlen gemessen werden müssen an dem höheren Sozialprodukt, das wir inzwischen erreicht haben. Wenn ich das tue, dann schaut die Sache auch schon sehr viel anders aus.

Wir haben, wie Sie wissen, bezogen auf das BIP, das Bruttoinlandsprodukt, heuer ein Nettodefizit von 3 Prozent; im Jahr 1981 dann von 2,35 Prozent.

Jetzt wird immer Kamitz gegenübergestellt. Schauen wir uns an wie hoch war es denn unter Kamitz? Unter Kamitz hatten wir im Jahr 1958 — in einer insgesamt vergleichbar günstigeren Konjunktursituation — ein Netto-

Dr. Nowotny

defizit von 3,3 Prozent gegenüber 2,3 Prozent, die wir jetzt haben. So sieht es aus, wenn man wirklich Gleiches mit Gleichem vergleicht. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Taus: Aber 1979 und 1980 war eine gute Konjunktur! 1958 ein Konjunktüreinbruch!)*

Hohes Haus! Ich will damit gar nichts gegen Professor Kamitz sagen. Es war damals völlig richtig, was er gemacht hat. Nur möchte ich damit noch darauf hinweisen, daß wir unsere Zahlen keineswegs zu verstecken brauchen, denn unsere Zahlen zeigen, daß wir ein niedrigeres Nettodefizit mit niedrigeren Arbeitslosenzahlen vereinen können, als das jemals die ÖVP zustande gebracht hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Präsident! Hohes Haus! Gestatten Sie mir zum Schluß doch noch eine persönliche Bemerkung. Es ist das das letzte Budget, das Finanzminister Androsch vorlegt, er wird sein Wissen und seine Tatkraft nun anderen Bereichen zur Verfügung stellen. Ich möchte jedenfalls nicht versäumen, auch heute zu dem zu stehen, was wir hier alle oft gesagt haben: daß wir stolz sind auf den wirtschaftlichen Aufschwung, den Österreich in den letzten zehn Jahren genommen hat, und daß wir auch stolz sind auf Finanzminister Androsch, mit dessen Namen dieser Aufschwung verknüpft ist. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Graf: Weil Sie so „stolz“ sind, muß er gehen!)*

Hohes Haus! Wir Sozialisten werden weiterhin daran arbeiten, daß in Österreich die Vollbeschäftigung erhalten bleibt und dieses Land gut die großen internationalen Stürme übersteht, die wir hier vom internationalen Wirtschaftsgeschehen her auf uns zukommen sehen.

Hohes Haus! Wir wissen, daß das nicht nur im Interesse der SPÖ liegt, sondern im Interesse der gesamten österreichischen Bevölkerung, und wir wissen eben auch, daß Wirtschaftspolitik nicht nur eine Angelegenheit einer Partei oder der Regierung ist, sondern eine Angelegenheit sämtlicher, die im Wirtschaftsleben dieses Landes stehen.

Wenn Herr Präsident Sallinger heute gesagt hat — ich habe mir das mitgeschrieben —, wir dürfen keine Situation schaffen, wo wir nicht mehr miteinander reden können, so hoffe ich — Sie wissen das sicher auch —, daß alle in diesem Haus, auch auf Ihrer Seite und auch in den weiter hinten liegenden Bänken in diesem Haus, diesen Satz richtig verstanden haben. *(Abg. Graf: Wenn Sie das aufgeschrieben haben, bin ich schon zufrieden!)*

Wir Sozialisten sind jedenfalls zur Zusammenarbeit bereit, weil wir Wirtschaftspolitik nicht als bloße Angelegenheit einer Partei oder

als Angelegenheit für eine Gruppe ansehen, sondern eine Wirtschaftspolitik im Interesse aller Bewohner dieses Landes machen wollen. So haben wir es bis jetzt gehalten, so werden wir es auch in Zukunft halten. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Graf: „Na servas!“ kann ich nur sagen!)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kern.

Abgeordneter Kern (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einige Bemerkungen zu meinem unmittelbaren Vorredner. Der Herr Abgeordnete Nowotny hat gemeint, es wäre im Hinblick auf das, was hier von Dr. Taus gesagt worden ist, daß die Macht der Mächtigen nicht zu sehr ausgedehnt wird, notwendig, wichtig und richtig, daß dies auch in den ÖVP-regierten Ländern so wäre. Nun ich möchte doch darauf hinweisen, daß meines Wissens nach in den Bundesländern, wo die ÖVP regiert, überall eine Proportionalregierung herrscht, daß heißt, daß die SPÖ den Wählerstimmen gemäß in der Regierung vertreten ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein zweiter Hinweis, permanente Defizitentwicklung und Schuldenentwicklung. Noch einmal, Herr Dr. Nowotny. Wir haben überhaupt nichts dagegen und bekennen uns dazu, daß Geldmittel — Sie haben hier Prof. Kamitz angezogen — für die Arbeitsplatzsicherung eingesetzt werden. Wir haben aber alles dagegen, und Sie haben dem Dr. Tull heute nicht zugehört, wenn Geldmittel für andere Dinge verschwendet werden, wobei die Gefahr droht, daß in dem Zeitpunkt, wo diese Gelder notwendigst gebraucht werden, die Gelder nicht vorhanden sind. Das ist das, was wir befürchten.

Ich möchte nur einen Hinweis geben: Zwischen 1970 und 1975 sind die Aufwendungen an Subventionen von 5,5 auf 12,5 Milliarden Schilling angestiegen. 7 Milliarden Schilling in fünf Jahren! Sie können mir nicht sagen, daß diese 7 Milliarden Schilling für eine zusätzliche Arbeitsplatzsicherung notwendig waren. *(Beifall bei der ÖVP.)* Die sind anderweitig verwendet worden.

Der Herr Abgeordnete Schmidt hat gemeint, daß sich die SPÖ selbstverständlich an ihre Programme und Aussagen hält. Damit möchte ich mich jetzt mit einigen Beispielen auseinandersetzen. Man kann in der kurzen Zeit, die einem zur Verfügung steht, nicht — allerdings wäre es verlockend — auf alle diese Versprechungen und Aussagen der SPÖ vor 1970 eingehen.

Es waren ja sehr viele und schöne Versprechungen, die gemacht worden sind. Heute natürlich will man in der SPÖ davon nichts

Kern

mehr wissen und nichts mehr hören. Heute hat man bei jeder Gelegenheit, wenn irgend etwas nicht ganz in Ordnung ist, den Hinweis, der zwischen 1966 und 1970 völlig unmöglich war, niemals akzeptiert worden ist, daß halt das Ausland schuld hat, wenn es irgendwo im Inland Schwierigkeiten gibt.

Es hat damals unter anderem geheißen, daß diese SPÖ niemals einer Regierung angehören will, die den Leuten den Lohn immer mehr wegsteuert. Die Lohnsteuer ist immerhin in diesen zehn Jahren von 13,7 Milliarden Schilling auf 61 Milliarden Schilling jetzt im Jahre 1980 und wird auf 70 Milliarden Schilling für das nächste Jahr ansteigen. Das sind 500 Prozent, meine Damen und Herren.

Es kann niemand das damit jetzt glaubhaft plausibel machen, daß er meint, die Zahl der Unselbständigen wäre um so viel mehr gestiegen oder auch noch weniger mit dem Lohnzuwachs, denn der Lohnzuwachs ist bekanntlich bedeutend niedriger als der Zuwachs der Lohnsteuer. Im nächsten Jahr werden auch Pensionisten mit einer kleinen Pension Lohnsteuer zahlen. Nach zehn Jahren SPÖ-Regierungszeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein weiterer Hinweis: Die Umsatzsteuer sei die ungerechteste aller Steuern, so nachzulesen im SPÖ-Wirtschaftsprogramm von 1968, weil sie gleichermaßen die Armen und Reichen gleich treffe. Wie wahr! Dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird die Mehrwertsteuer für Gas und Strom von 8 auf 13 Prozent mit Wirksamkeit vom 1.1. 1981 erhöht, und das paßt sicherlich ganz genau in Ihr Konzept „Kampf gegen die Armut“; damit bekämpfen Sie nämlich die Armen und nicht die Armut, wenn Sie hier auch mit dieser Maßnahme zusätzlich die Lebenshaltungskosten der Kleinstpensionisten neuerlich verteuern werden.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß Gebühren für die Wiener ab 1. 1. 1981, die dann wirksam werden, allein jede Familie und damit auch jede Kleinstpensionistenfamilie monatlich 200 S mehr kosten werden von den 300 S, die sie mehr bekommen.

Ein weiteres schönes Wort, das mir heute noch in den Ohren klingt, das vom Herrn Bundeskanzler immer wieder hier geprägt wurde: Mehr Transparenz, mehr Durchschaubarkeit.

Meine Damen und Herren! Zur Darstellung des Agrarbudgets muß ich doch einiges sagen. Das ist eines der markantesten Negativbeispiele, wie man die Transparenz versteht.

Von 8,85 Milliarden Schilling, so wird es in der Graphik Abbildung 34 vom Herrn Finanzminister uns vorgelegt, sind die Ausgaben für

diese Zwecke um 5,5 Milliarden seit 1970 angestiegen.

Dazu möchte ich jetzt festhalten:

Erstens werden bei diesem Agrarbudget im Jahre 1970, das zur Grundlage der Berechnung genommen wird, sicherlich rein zufällig 2,2 Milliarden Preisausgleichsmittel „vergessen“. Die Differenz zwischen 1970 und 1981, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist dadurch — Ausgabensteigerung — nicht 5,5 Milliarden, sondern lediglich 3,2 Milliarden, um einiges geringer also.

Zweitens werden auch die Ausgaben für die Bundesforste, und das sind immerhin fast 2 Milliarden Schilling, 1 860 Millionen, mitdazugerechnet.

Nun wissen wir alle, meine Damen und Herren, daß außer dem Namen Bundesforste die Bundesforste an sich mit der Land- und Forstwirtschaft, was die Förderung anlangt, nichts zu tun haben. Aber bei den Ausgaben werden diese Ausgaben für die Bundesforste der Landwirtschaft mit zugerechnet.

Und drittens werden bei den Preisausgleichsmitteln die eingezahlten Bauerngelder, Absatzförderungsmittel — das ist immerhin eine Summe von über 600 Millionen —, ebenfalls als Bundesbudgetausgaben dargestellt. Von Transparenz kann man hier wirklich nicht reden, das Ganze ist vielmehr eine ganz grobe Täuschung, eine Vernebelung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte sagen, eine unseriöse Vorgangsweise. (Beifall bei der ÖVP.)

Und diese Darstellung, meine Damen und Herren, ist meiner Auffassung nach das schlechte Gewissen eines Finanzministers, der zunehmend in den letzten Jahren das Agrarbudget ausgehungert hat. Das soll ein Mantel sein, der die Blößen dieses immer kleiner gewordenen Agrarbudgets zudecken soll. Das ist der Grund, warum man diese Darstellungen in dieser Form macht.

Und der Herr Landwirtschaftsminister schreibt in seinem Propagandablatt, das mit Steuergeldern bezahlt wird — hier könnte man gleich einmal 10 Millionen einsparen, es ist ja heute wieder davon die Rede gewesen, daß die Gelder nur für notwendige Sachen ausgegeben werden —, schreibt also in seiner „Agrarwelt“ — ich nenne es das „Haiden-Blatt“ —, daß die Landwirtschaft im Budget 1981 mehr für die Bauern beinhaltet.

Meine Damen und Herren, dazu möchte ich doch auf folgendes hinweisen: Wie sieht nun dieses Mehr für die Bauern aus im nächsten Jahr? Insgesamt ist die Agrarförderung, Grüne

Kern

Plan-Mittel und Bergbauern-Sonderprogramm, gegenüber dem Vorjahr und dem heurigen Jahr um ganze 2 Prozent gestiegen. Die Gesamtbudgetausgaben sind bekanntlich gegenüber dem Vorjahr gestiegen und steigen gegenüber dem heurigen Jahr im nächsten Jahr um 11 Prozent.

Der Prozentanteil des Agrarbudgets am Gesamtbudget ist von 1,12 Prozent im Jahre 1970, also vor zehn Jahren, auf 0,55 Prozent — für heuer beträgt er noch 0,59 Prozent — zurückgegangen.

Insgesamt ist seit 1970 das Agrarbudget, die Förderungsmittel für 360 000 bäuerliche Betriebe, um 700 Millionen aufgestockt worden. Das sind, meine Damen und Herren, gegenüber 1970, in elf Jahren also, 60 Prozent. Das ist, meine Damen und Herren, nicht einmal ausreichend, um die Kaufkraftminderung des Geldes in dieser Zeit zu kompensieren. So schaut das aus!

Das heißt, wir sind faktisch bei unserem Agrarförderungsbudget geblieben, während das Gesamtbudget oder die Ausgabenentwicklung sich bekanntlich um 230 Prozent in diesem Zeitraum erhöht hat.

Die Budgetmittel, und jetzt möchte ich doch einige Gegenüberstellungen machen, und ich möchte gerade das sehr deutlich herausstreichen, weil der Herr Finanzminister vorhin in seiner Wortmeldung gemeint hat, daß die 50 Millionen, die man sich gestern erhandelt hat als Abgeltung dafür, daß die Exporte wahrscheinlich um vieles schlechter gehen werden in den nächsten Jahren, auf Grund der Situation mit Griechenland und so weiter, daß also das sicherlich das Budgetdefizit nicht verringert.

Mit unserer Ausgabenentwicklung vom Agrarbudget her gesehen haben wir zu dieser Schuldenentwicklung bei Gott nicht beigetragen! Das möchte ich heute noch einmal deutlich sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Budgetmittel für die drei Bundestheater, meine Damen und Herren, sind in diesem Zeitraum um fast 900 Millionen, das sind 350 Prozent, gestiegen — 350 Prozent! — und für die Bundesbahn um 13 700 Millionen, das sind 400 Prozent. Die sind also geradezu explodiert.

Wir haben 60 Prozent. Dem stehen gegenüber 350 Prozent und 400 Prozent. Und die Schuldentilgung ist unbestritten ja der Rekord der Steigerung, 500 Prozent oder mehr, seit 1970.

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede gemeint, daß der hohe Selbstversorgungsgrad, den man inzwischen auch von der Regierungsseite her anerkennt — wir begrü-

ßen das, daß man hier doch endlich zur Einsicht gelangt ist, daß ein hoher Selbstversorgungsgrad bei den von der Landwirtschaft erzeugten Agrarprodukten notwendig ist —, daß dieser hohe Selbstversorgungsgrad auch oder mit der Zurverfügungstellung von Förderungsgeldern möglich geworden ist.

Meine Damen und Herren! Leider ist dem nicht so. Ich möchte Ihnen nur ein Beispiel sagen. Wir haben für agrarische Operationen, das sind also Grundstückszusammenlegungen, im Jahre 1970 53 Millionen erhalten. 53 Millionen für die Kommassierungen, für die Grundstückszusammenlegungen. Im nächsten Jahr, 1981, meine Damen und Herren, werden es ganze 49 Millionen sein, um 4 Millionen weniger. Dabei dürfen Sie eines nicht übersehen: Daß die Kosten hierfür um 300 Prozent gestiegen sind, ob Sie jetzt eine Schubraupe nehmen, ob Sie jetzt ein Fuhrwerk nehmen oder irgend etwas, die Kosten sind seit 1970, meine Damen und Herren, um 300 Prozent gestiegen, und wir haben echt, de facto, um 4 Millionen weniger als vor elf Jahren. So schaut die Entwicklung beim Agrarbudget aus, meine Damen und Herren, so sieht das in Wirklichkeit aus.

Und nun gleich im Hinblick auf diese Kosten erhöhungen zu einem Kapitel, worüber wir uns im vergangenen Jahr, es war am 3. Juli 1979, ja ausführlich hier im Hause unterhalten haben, und mein Nachredner, der Herr Abgeordnete Hirscher, war damals der Hauptsprecher der SPÖ; ich werde dann noch auf ihn zurückkommen müssen.

Es ist also damals die Grundlage für die Einheitswerterhöhungen beschlossen worden. Und diese Einheitswerte gehen derzeit, seit einigen Monaten schon und laufend, den bäuerlichen Betriebsführern zu. Diese Einheitswerterhöhungen betragen im Durchschnitt 30 Prozent, zum Teil 50 Prozent und zum Teil aber auch, meine Damen und Herren, 100 Prozent und mehr.

Und jetzt, Herr Abgeordneter Hirscher, auf Ihre seinerzeitige Wortmeldung Bezug nehmend, wo Sie gemeint haben, daß Sie sich sehr darüber freuen, daß diese Einheitswerterhöhungen ja nur die Bauern treffe, die in relativ günstigen Produktionsgegenden zu Hause sind, Sie haben wahrscheinlich auch einen Großteil Niederösterreichs gemeint, darf ich Ihnen sagen, und ich habe ganz konkrete Beispiele mit, daß darüber hinaus auch die Bergbauern in unserem Gebiet betroffen sind, und ganz enorm, darf ich Ihnen das sagen.

Sie haben damals gemeint, meine sehr geehrten Damen und Herren: Ich darf zu diesem Gesetz eines feststellen, und jetzt passen Sie bitte genau auf, was ich Ihnen sage: Es bedeu-

Kern

tet gerade für die Bergbauern und die Kleinbetriebe, daß diese um zirka 20 Prozent geringere Einheitswerte, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf Grund dieser neuen Vorgangsweise hinsichtlich Betriebsgröße und so weiter bekommen werden. Ein Bergbauer der Zone 2 bekommt den Einheitswert von 39 000 S auf 75 000 S angehoben, Herr Abgeordneter Hirscher. Bergbauernzone 2.

Ebenfalls ein Bergbauer der Bergbauernzone 2 bekommt einen Einheitswert von 62 000 auf 141 000 S erhöht, auch Bergbauernzone 2.

Und hier habe ich eine ganze Liste von Einheitswerterhöhungen, die 100 Prozent und mehr ausmachen, alles Bergbauern, Herr Abgeordneter Hirscher. Und Sie haben damals gemeint, Sie würden sich sehr freuen darüber, daß die Bergbauern niedrigere Einheitswerte bekämen. Was ich bis jetzt gesehen habe, ist gerade das Gegenteil.

Ich möchte dazu noch einmal deponieren: Diese Einheitswerterhöhung — wir haben es damals schon gesagt und sagen es heute noch einmal — müssen wir als völlig ungerechtfertigt bezeichnen, und niemand hat mir seinerzeit widersprochen, auch heute nicht, weil auf Grund der Reinertragsentwicklung, die rückläufig ist, diese Einheitswerterhöhung nicht berechtigt war, und weil zweitens, meine Damen und Herren, die gestiegenen Arbeits-einkommen der Bauern ohnehin mit dem gestiegenen Faktor der Einkommensteuerberechnung der Durchschnittssätze, die in den letzten zehn Jahren von 20 auf 31 Prozent angehoben worden sind, voll und ganz abgeschöpft sind. Das heißt, man hat zunächst die Sätze erhöht und erhöht jetzt ganz enorm auch die Grundlage.

Ich bin der Auffassung, daß auf Grund der Entwicklung diese Einheitswerterhöhung, wie wir das gestern auch in unserem Entschließungsantrag mit begründet haben und mit verankert haben, annulliert werden müßte, weil es in der jetzigen Zeit völlig ungerechtfertigt ist, das in dieser Form zu machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Finanzminister ist nicht da; ich würde ersuchen, daß die Frau Staatssekretär, die ja damals auch bei den Ausschußverhandlungen mit dabei war, ihm das ausrichtet. Der Herr Finanzminister hat im letzten Finanzausschuß in Aussicht gestellt, daß ehestens eine Überprüfung des pauschalen Vorsteuerabzuges für die Landwirtschaft gemacht wird, und daß auch die Frage der Abschreibungsmöglichkeit beim bäuerlichen Wohnbau demnächst überprüft wird. Ich würde doch sehr ersuchen, daß sich der neue Finanzminister ehestens mit dieser Frage auseinandersetzt, weil wir auf Grund der enormen Erhöhungen der Betriebsmittel-

kosten verlangen — und ich erinnere und möchte nur als Beispiel wieder Dieselöl nehmen, das jetzt neuerlich verteuert wird und das sich seit dem Jahr 1970 von 2,30 S auf 9,30 S erhöht hat, in keinem anderen Land hier in Europa ist das in dem Ausmaß der Fall —, daß hier diese Überprüfung kommt.

Abschließend möchte ich schon sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Belastbarkeit der Landwirtschaft ihre Grenze erreicht hat. Und wenn tatsächlich eine funktionsfähige Landwirtschaft aufrechterhalten werden soll, dann haben Sie ehestens die Notwendigkeit, diese Dinge zu überdenken und auch die nötigen Schlüsse daraus zu ziehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Staatssekretär Albrecht.

Staatssekretär im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie Anneliese Albrecht: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte vor allem an jene Redner anschließen, die die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit unterstrichen haben, einer Zusammenarbeit, meine Damen und Herren, wie sie tagtäglich im Handelsministerium praktiziert wird, eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, eine Zusammenarbeit mit der Handelskammer und allen einschlägigen Kräften unseres Landes, und die dazu geführt hat, daß wir in Österreich doch viele Probleme in den Griff gekriegt haben, die anderswo nicht gelöst werden konnten.

Es ist ja auch der Fall, daß neue Fragen auf uns zukommen werden, die an Größenordnung sicherlich gewinnen werden. Ich denke nur etwa an die stärkere Sensibilisierung, was die Umweltfragen angeht. Es wird uns alle miteinander sehr stark beschäftigen, die Einstellung zur Umwelt auf der einen Seite, die wirtschaftliche Notwendigkeit auf der anderen Seite, und hier werden Einstellungen vermutlich auch quer durch die Parteien gehen.

Es ist auch angeklungen, daß im Handelsministerium der Konsument sozusagen ein Übergewicht, ein Schwergewicht hätte. Ich möchte daran erinnern, daß es — man kann fast sagen — das historische Verdienst des Handelsministers Staribacher war und ist, daß mit ihm vor zehn Jahren der Konsumentenschutz ins Handelsministerium eingezogen ist, und zwar wurde dort — wie Sie alle wissen — der Konsumentenbeirat mit allen seinen Ausschüssen errichtet. Bestückt ist dieser Beirat von Vertretern aller Interessensvertretungen unseres Landes, und das garantiert doch wohl eine möglichst objektive Arbeit.

Ich möchte aber auch daran erinnern, daß ja der Handelsminister eine Unzahl von Probleme

Staatssekretär Anneliese Albrecht

men zu lösen hat oder mit Problemen konfrontiert wird, die ebenfalls an Größenordnung gewonnen haben. Sie alle wissen, was heute die Energiefrage bedeutet, mit all den Überlegungen, etwa Kohle einzuführen, Energie zu sichern. Die Preise spielen in der Arbeit des Handelsministeriums, des Ministers, eine große Rolle.

Und wenn wir heute von einer maßvollen Preispolitik sprechen, so möchte ich doch in einem Atemzug auch daran erinnern, daß wir hier in Österreich auch eine sehr maßvolle Lohnpolitik haben, die eben eine stabile Wirtschaft, stabile Verhältnisse garantiert. Industrie, Gewerbe mit all den Förderungen, Fremdenverkehr, auch das Patentamt gehört in das Reich des Handelsministeriums. Und wenn man überlegt, um wieder zum Konsumentenschutz zurückzukommen, daß er sicher an Notwendigkeit auch gewinnen wird, weil es ja für den Konsumenten — Konsumenten sind wir bekanntlich alle — kaum mehr überschaubar ist, was an Quantität, was an Qualität angeboten wird.

Hier ist auch in Zusammenarbeit — niemand leugnet das — sehr viel geschehen. Ich denke nur an die verschiedenen Deklarationen, an die Ablaufristen, und Konsumentenschutz ist ja auch nicht etwas, was von einem Staatssekretariat allein betrieben werden kann, sondern hier ist auch eine sehr wesentliche Zusammenarbeit mit allen Institutionen notwendig, auch interministeriell, etwa mit dem Gesundheitsministerium. Ich erinnere Sie an das Lebensmittelgesetz zum Schutze des Konsumenten oder an das Konsumentenschutzgesetz, das den Konsumenten vor Übervorteilung schützt (*Beifall bei der SPÖ*), das eigentlich im Justizressort formuliert wurde.

Man kann also den Konsumentenschutz überhaupt nicht scharf abgrenzen, und es wird auch die Arbeit im Staatssekretariat von der aktuellen Situation sehr wesentlich mitbestimmt, etwa das vernünftige Energiesparen. Es gibt ja auch mit dem Energiesparen üble Geschäfte, wie etwa auch üble Geschäfte mit der Gesundheit. Hier wird man ein verstärktes Augenmerk auf Entwicklungen legen müssen, die man noch nicht richtig absehen kann, die man auf der einen Seite befürworten wird, auf der anderen Seite mit aller Aufmerksamkeit zu verfolgen haben wird, wie etwa die Biowelle, wo man wahrscheinlich als Konsument noch etwas unwissend dieser ganzen Entwicklung gegenübersteht.

Es ist uns gelungen, gemeinsam auch, das Energiesparen im Alltag dadurch leichter zu machen, daß etwa Deklarationen nun für verschiedene Geräte, im speziellen im Haushalt — ich erinnere Sie an Geschirrspüler, an Wasch-

maschinen —, verraten müssen, wieviel Energie sie verbrauchen. Es ist heute auch schon bindend etwa für die Autofirmen, in die Prospekte hineinzuschreiben, wieviel denn so ein Auto eigentlich verbraucht bei 90 oder bei 120 Stundenkilometern. (*Abg. Dr. Hauser: Das kommt sehr auf den Fahrer an!*) Na ja, gut, aber ich glaube, Sie sind meiner Meinung, daß eine Energiedeklaration doch nicht etwas ist, was man nicht begrüßt. Ich glaube, wir werden das alle hier begrüßen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es beschäftigt uns auch sehr wesentlich die Frage des Recyclings, der Wiedergewinnung, natürlich auch im Staatssekretariat, und hier arbeiten wir sehr eng mit den Bundesländern zusammen, diskutieren über diese Frage. Und wir haben auch vor, meine Mitarbeiter und ich, daß wir hier auch die Werbung diesbezüglich vorantreiben. Sicherlich auch eine Kostenfrage. Aber alle sind aufgerufen, die das angeht, dem sogenannten social marketing mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Das heißt, „Papier im Kübel ist übel“, etwa nicht? Das alles soll aufklärend wirken, die Bevölkerung informieren. Da kann natürlich auch die Werbung auf sozialem Gebiet tätig sein.

Wir haben im Zusammenhang mit der Werbung auch versucht, für jene etwas zu tun, die die Werbung an der Wohnungstür ablehnen, die das nicht wollen, es als Belästigung, als Verschwendung ansehen. Wir konnten hier, übrigens auch gemeinsam mit der Werbewirtschaft, ein sogenanntes Pickerl entwickeln. Sie sind alle eingeladen, wenn Sie das wollen, bekommen Sie es bei uns oder auch beim Fachverband für die Werbung kostenlos. Das Pickerl ist eine Empfehlung, wie ich denn überhaupt schon dazu neige, eher für Empfehlungen einzutreten als für Verbote (*Abg. Graf: Das ehrt Sie!*), wobei man natürlich abwarten muß, wie Empfehlungen wirken. Aber an sich bekenne ich mich zur Empfehlung.

Es ist auch die Frage der Regionen und ihrer wirtschaftlichen Struktur etwas, was uns sehr beschäftigt, im besonderen ja auch die Frage der Nahversorgung, die derzeit in einem Ausschuß des Konsumentenbeirates, nämlich im „Strukturwandel im Handel“ diskutiert wird, und hier wird uns eine Änderung, wie Sektionschef Jagoda auch schon bereits bekanntgegeben hat, der Gewerbeordnung ins Haus stehen, die leichter ermöglichen soll, daß man hier etwa die mobile Versorgung in den unterentwickelten Gebieten sicherstellt. Denn eines darf nicht passieren: daß wir Entwicklungsgebiete in Österreich bekommen. Der Grundgedanke ist der, daß ein noch funktionierender oder gut funktionierender kleiner oder mittlerer Betrieb die unversorgte Nachbargemeinde mitübernimmt, damit die Lebensfähigkeit des kleinen oder mittleren Betriebes dadurch

Staatssekretär Anneliese Albrecht

gesichert ist. Also nicht, daß etwa jetzt die Vorstellung herrscht, daß Multis eine Totalversorgung von solchen Gebieten — vielleicht ausländische Firmen könnten das auch sein — übernehmen sollen, sondern hier wird vom Handelsministerium aus der Weg der kleineren Schritte betrieben, der die Lebensfähigkeit der kleinen Geschäfte eben auch entsprechend garantieren soll. *(Beifall bei der SPÖ.)* Sicher aber auch ein Problem.

Ich möchte auch daran erinnern, daß der Minister zugesagt hat, eine vorrangige Förderung der Klein- und Mittelbetriebe in den gefährdeten Regionen zu ermöglichen.

Ich will vielleicht nur noch ganz kurz daran erinnern, worum es bei unserer Arbeit im Staatssekretariat geht. Wir sind ein kleines Staatssekretariat, ich habe Frau Dr. Smolka, also eine Mitarbeiterin, und zwei Schreibkräfte, aber wir haben den großen Vorteil, mit der einschlägigen Sektion sehr dicht zusammenzuarbeiten.

Wir werden also vor allem für mehr Sicherheit sein, und ich darf Sie daran erinnern, daß wir heuer im Februar bereits die Novelle zum Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb hier verabschieden konnten. Ich gebe gerne zu, daß die Vorarbeiten herangereift waren und mir das ein bißchen in den Schoß gefallen ist. Aber wir haben dennoch vielleicht die Verhandlungen etwas vorangetrieben.

Es war möglich, ein Verbot der sogenannten Mogelpackungen zu erreichen, und ich möchte bei dieser Gelegenheit ganz gerne auch etwas richtigstellen: Das heißt nicht, daß nicht sehr schöne Packungen heute auch verkauft werden dürften, nur muß die Information des Konsumenten, was er kauft, garantiert sein, gut lesbar, Inhalt und Gewicht vermerkt sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir werden bereits 1981 mit der Grundpreisauszeichnung beginnen, das heißt, gewisse verpackte Lebensmittel werden bereits im kommenden Jahr so deklariert sein, daß sich der Konsument, die Hausfrau, der Hausmann, orientieren können, was sie kaufen und wie teuer das ist. Das heißt, es ist der Vergleich zwischen Liter und Kilo leichter gegeben. *(Abg. Dr. Zittmayr: Der Kilogrammpreis steht doch schon längst drauf!)* Nein, das ist schon ein Unterschied, Herr Abgeordneter, das ist doch noch nicht so allgemein, wie wir es alle wünschen. Außerdem werden wir parallel damit vielleicht zu einer Vereinheitlichung der Verpackung kommen, was auch für den Konsumenten kein Nachteil sein wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben auch innerhalb des Konsumentenschutzes die Reisebedingungen — übrigens

auch einstimmig — verbessern können, das heißt, die Prospektwahrheit ist gewahrt oder stärker gewahrt, sicherlich für ein Fremdenverkehrsland wie Österreich wichtig, und es ist klar, daß wir und ich mich ganz besonders für den kinderfreundlichen Urlaub einsetzen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich werde die Verhandlungen nicht zu lange aufhalten, aber es ist doch für mich eine schöne Gelegenheit, hier einige Schwerpunkte unserer Arbeit zu sagen. Was wir unmittelbar vorhaben auf gesetzlicher Basis, wird ein Gesetz gegen die gefährlichen Produkte sein. Wir alle stehen vor einer Aufschaukelung der Haushaltsunfälle, der Freizeitunfälle, und das gibt ja nicht nur zu denken, sondern hier müssen auch Schlüsse gezogen werden. Es wird, wie ich hoffe und glaube versprechen zu können, in dieser Legislaturperiode noch ein Gesetz gegen diese gefährlichen Produkte kommen, parallel dazu wird die Produkthaftung im Justizministerium entwickelt werden.

Wir arbeiten an einer Kennzeichnung für leicht oder schwer entflammbare Textilien — man wird sehen, wie das dann zu deklarieren sein wird —, um zu verhindern, daß etwa leicht entflammbare Kinderpyjamas bei uns eingeführt werden können, gekauft werden, aber im Erzeugungsland nicht verkauft werden können. Hier zeigt sich die Notwendigkeit einer Harmonisierung.

Wir werden sicher nicht mit einem Regen von Deklarationen kommen, weil ja auch die Kontrolle all dieser Dinge gewahrt sein soll, aber sicherlich mit einer Deklaration, was Möbel angeht. Es wird überhaupt das ganze Gebiet der Möbel das Staatssekretariat sehr viel beschäftigen, das Wohnen, das Möbeldesign und hier auch die Kontakte mit dem Gewerbe.

Wir haben diese Kontakte aufgenommen mit Architekten, mit Designern, mit Gewerbe, mit Industrie, um hier zu versuchen, ein bißchen dem österreichischen Geschmack, dem österreichischen Design auch eine entsprechende Möglichkeit zu geben, was auch wieder nur mit gemeinsamer Arbeit geht.

Design überhaupt, wie etwa Behindertendesign, könnte eine Marktlücke füllen, also Gerätschaften. Wenn die Unfälle ansteigen, gibt es bedauerlicherweise auch mehr Menschen, die der Umwelt nun anders gegenüberstehen und denen durch entsprechende Geräte eben das Leben leichter gemacht werden soll, denn Mitleid allein wäre zu wenig.

Wie gesagt, hier könnte vielleicht auch wirtschaftlich, wie wir hoffen, in gemeinsamer Arbeit etwas heraussehen.

Staatssekretär Anneliese Albrecht

Ein weiterer Schwerpunkt wird die Konsumentenerziehung sein. Hier arbeiten wir sehr eng mit dem Unterrichtsministerium zusammen. Ich erinnere Sie an die gemeinsame Empfehlung gegen das Kriegsspielzeug, die wir herausgebracht haben. Wir werden uns sehr mit der Erwachsenen- und Schulbildung beschäftigen.

Ein weiteres Anliegen ist die Situation der selbständigen Frauen. Nach Minister Weißenberg habe ich mit Minister Dallinger diesbezüglich sehr engen Kontakt aufgenommen. Sie wissen, einschlägige Anträge liegen ja bereits in einem Ausschuß.

Vielleicht noch eines: Die Werbung ist ein Schwerpunkt, der ganze Komplex auch der diskriminierenden Werbung, ich habe das nur gestreift.

Nur noch ein Wort zur internationalen Zusammenarbeit, zur Notwendigkeit der Harmonisierung. Es wird ja immer wieder von den nichttarifischen Handelshemmnissen gesprochen. Zuletzt war das auch bei der EFTA in Genf ein Diskussionsproblem. Da gibt es auch, was den Konsumentenschutz angeht, einiges zu tun.

Ich möchte nun abschließend noch allen danken, die im Sinne des Konsumentenschutzes tätig sind. Das sind sehr viele Organisationen, das sind die einzelnen aktiven Konsumenten, und ich möchte eigentlich auch schon ein bißchen im voraus danken für das, was sie und damit wir alle miteinander — nur miteinander sind wir erfolgreich — ... (*Abg. Graf: Ich wollte ja schon applaudieren, nur weiß ich nicht, was Sie vorhin beim Konsumieren wollten!*) Herr Präsident, Sie können applaudieren! Wenn Sie aktiver Konsument werden wollen oder sind, können Sie mitapplaudieren. (*Allgemeiner Beifall. — Abg. Graf: Haben Sie eine Ahnung, was ich alles konsumiere! Ich bin einer der aktivsten Konsumenten, die ich mir vorstellen kann! Sie können sich nicht vorstellen, was ich mir selber koste, Frau Staatssekretär!*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Westreicher.

Abgeordneter Westreicher (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Frau Staatssekretär! Ich glaube, Sie rennen bei der Wirtschaft offene Türen ein, wenn Sie von Zusammenarbeit reden. Es ist nur so, daß die Zusammenarbeit sicher auch auf partnerschaftlicher, auf gleichberechtigter Ebene erfolgen muß. Wenn wir mit sozialpartnerschaftlichen Erkenntnissen auch die Konsumentenpolitik weiterführen, so bin ich sicher der Meinung, daß wir hier auch Erfolge gemeinsamer Art erzielen.

Nur geht eines nicht, so wie es der Abgeordnete Heindl gemeint hat, daß man Fremdenverkehrspolitik und deren Erfolge ausschließlich als Regierungserfolg werten respektive auf das Haupt des Ministers abladen kann. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich glaube, auch hier geht es darum, daß wir gemeinsam diese Politik gemacht haben.

Ich erinnere daran, als der Minister 1970 sein Amt angetreten hat, da war doch seine Vorstellung von der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Lande eine zweite Industrialisierungswelle, und er hat den Fremdenverkehr doch dahin gehend gewertet, daß wir kein Land von Hotelpartnern und so weiter werden wollen.

Herr Minister, Sie haben sicher, kommend aus der Arbeiterkammer, ein gewisses gestörtes Verhältnis zu der Dienstleistungsbranche des Fremdenverkehrs gehabt. (*Bundesminister Dr. Staribacher: Aber nie!*) Die Arbeiterkammer hat es heute noch, und wir sind noch nicht in der Lage gewesen, gemeinsam zu reden.

Aber eines gestehe ich sicher dem Minister zu: Daß er ein sehr guter Repräsentant des Fremdenverkehrs geworden ist. Ja ich möchte sogar weiter gehen. Ich sage: Er ist sogar ein Publicity-Manager geworden! Wenn ich mir heute den „Kurier“ ansehe, wo er auf der Titelseite in Schranzhocke den Arlberg hinunterwerdelt, so ist das sicher für viele Länder ein Vorbild, einen solchen Minister im Fremdenverkehr zu haben. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Aber das ist es ja, was wir an und für sich an der Politik dieses Ministers bemängeln: Nach außen hin repräsentiert er diese Branche gut, aber wenn es nach innen geht, versagt er, hat er nicht die Gnade, auch einmal kritisch in seiner Regierung bei seinen Ministerkollegen vorstellend zu werden.

Aber meine Damen und Herren! Ich glaube, auch in Österreich wird es langsam ernst, die innenpolitische Situation macht uns Sorge. Sie schlägt langsam, aber sicher auch auf die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes durch, auf die ganze Strukturpolitik. Es ist ja heute schon von vielen Rednern immer wieder bemängelt worden, daß wir nach zehn Jahren nicht das moderne Österreich haben, das uns allen versprochen worden ist. Von der Budgetpolitik ganz zu schweigen, da liegen wir in einer Sackgasse drinnen, und wir müssen schauen, daß wir herauskommen. Hier sehe ich noch einmal einen Weg, wenn man die Wirtschaft, die Wirtschaftstreibenden motivieren kann, daß es wieder aufwärtsgeht.

Aber wir müssen, glaube ich, langsam alle soweit sein, daß wir einmal wegkommen von dem Ruf nach mehr Staat. Wir müssen hinkom-

Westreicher

men zu Begriffen, die wieder mehr unternehmerisches Denken in den Vordergrund stellen. Aber nicht das klassenkämpferische Denken, sondern es geht darum, daß wir wieder ein Klima in Österreich schaffen, durch das die Selbstbestimmung und die Eigeninitiative besonders gefördert werden.

Ich glaube, man kann der Fremdenverkehrswirtschaft am wenigsten nachsagen, daß die Wirtschaft Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert. Nirgendwo ist mehr und sozial ausgewogener und auf einer breiteren Basis eine so erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung zustande gekommen, wenn ich nur an die vielen Investitionen, an die vielen Betriebe, an die Beteiligung der gesamten oder sehr großer Teile unserer Bevölkerung denke.

Meine Damen und Herren! Die wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs für die österreichische Volkswirtschaft ist Ihnen allen bekannt, und ich kann mir ersparen, auf Einzelheiten einzugehen. Aber eines kann ich der Regierung nicht ersparen, daß ich sie doch frage: Wie soll es mit der österreichischen Fremdenverkehrspolitik weitergehen? Wie soll es mit der Existenz unserer Betriebe weitergehen? Wie soll es mit der Struktur im weitesten Sinne weitergehen, und was sind Sie bereit, dafür zu tun?

Denn meines Erachtens geht es mir als Vertreter der Fremdenverkehrswirtschaft darum, daß wir die weltweit erkämpfte Position halten und auch kommenden Herausforderungen begegnen können.

Wir haben an und für sich die besten Voraussetzungen, denn Österreich hat nach außen hin einen guten Ruf. Wenn wir uns nur von der österreichischen Fremdenverkehrswerbung eine Aussendung ansehen, die sich mit Argumenten für einen Österreichurlaub befaßt und unter dem Titel steht: Wie stark sind denn die Argumente für einen Österreichurlaub?, so finden wir, daß hier noch sehr viele positive Punkte da sind, die wir aber nur gemeinsam weiterentwickeln können.

Das Preis-Leistungs-Verhältnis kommt bei zunehmendem Kostendruck der Betriebe, bei zu hohem Steueranteil der gastronomischen Produkte ins Gerede. Andererseits aber findet man wieder in kleinen Orten, nicht in Städten und Orten mit Bettensilos und massiertem Fremdenaufkommen, noch intakte Gastgebergesinnung.

Weiter heißt es: Es scheint, bis jetzt haben die Österreicher noch gesunden Menschenverstand, und das bringt Erfolg. Urlaub darf nicht steif, sondern muß leger sein. Es sind die Gemütlichkeit und die Ruhe der Österreicher,

durch die man nach kurzer Zeit des Aufenthaltes seine eigene innere Ruhe wieder bekommt.

Wir haben noch sehr viele positive Aspekte, und ich glaube, die müssen wir auch gemeinsam zu vermarkten versuchen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte das nicht nur alles vom materiellen Standpunkt her sehen, sondern ich glaube auch, Herr Minister, unsere weltweiten Verbindungen tragen sehr, sehr stark zu unserer Unabhängigkeit bei. Es geht ja darum, wenn heute Millionen Menschen als Touristen in unser Land kommen, daß hier die Fremdenverkehrswirtschaft eine Aufgabe übernommen hat, bekanntzumachen, was an Lebensqualität bei uns noch vorhanden ist, was an Schaffenskraft vorhanden ist, was an Tradition da ist, was an Geschichte, was an Kultur in diesem Lande vorhanden ist. Das zu übermitteln, ist sehr viel wert, und den Menschen, der bei uns Urlaub macht, wieder zu einer Selbstbesinnung hinzubringen.

Darüber hinaus können wir auch noch sehr stolz sein auf unseren Ruf, daß Österreich noch ein sehr gastliches Land ist, daß hier noch Offenheit herrscht und daß die Kontaktfreude ganz besonders groß ist. Das sind alles Fakten, die so manches Land in dieser Welt nicht mehr zu bieten hat. Das ist die eine Seite.

Ganz besonders freut mich auch die Flexibilität der Betriebe, unserer Familienbetriebe, die immer nach den Erfordernissen der sozialen Marktwirtschaft versucht haben, sich den strukturellen Verhältnissen, dem Markt anzupassen.

Das zeigen ja auch die Erfolge, wenn ich nur Überlegungen anstelle, welcher Strukturwandel in der Betriebsstruktur erfolgt ist. Wir haben noch 1974 nur 9,5 Prozent Betriebe gehabt, die in die Kategorie A 1 oder A fielen, 1979 waren es bereits 12,2 Prozent, also eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Vielleicht darf ich hier noch einblenden an die Adresse der Frau Staatssekretär: Wir sind ja inzwischen bei der Kennzeichnung der Betriebe zu den Sternen gekommen. Ich glaube, das ist eine sehr gute Maßnahme, weil sie sehr konsumentenfreundlich ist, weil von außen her der Gast bereits sehen kann, wo er ist, in welcher Qualität, in welchem Haus er sich befindet, und damit kann er viel leichter die Preise und Leistungen vergleichen.

Aber auch die B-Kategorie hat eine ähnliche Entwicklung gemacht: 1974 noch 14,6 Prozent, heute bereits 17,1 Prozent. Gott sei Dank sind die C- und D-Betriebe weniger geworden, und zwar von 32,1 Prozent auf 29,9 Prozent.

Obwohl die österreichische Fremdenver-

Westreicher

kehrswirtschaft ein dermaßen breites Angebot bietet, wird immer noch davon gesprochen, daß Marktlücken vorhanden sind. Dazu möchte ich doch etwas sehr kritisch anmerken.

Es ist uns Mitte der siebziger Jahre gelungen, Herr Minister, gemeinsam die Zweitwohnungs- oder Appartementwelle zu verhindern. Nun ist es aber wieder so, daß in letzter Zeit neue Gedanken gekommen sind, wo Projektschmiede am Werk sind, die neue Feriendörfer, neue Monsterprojekte in Österreich errichten wollen.

Ich glaube, man sollte hier sehr vorsichtig sein, weil man ja die Entwicklung der französischen Retortenorte kennt. Wir wissen auch, daß sich heute die französische Regierung damit befassen muß, diese Retortenorte wieder zu revitalisieren, daß diesem Plan die gewachsenen Fremdenverkehrsorte Österreichs zugrunde liegen und in Frankreich als Vorbilder angesehen werden.

Warum sollen wir jetzt, nachdem wir erfolgreich sind, hier noch experimentieren und die Fremdenverkehrswirtschaft verunsichern?

Diese Fremdenverkehrsorte in Österreich sind ja nicht durch den Staat gebaut worden. Sie sind wohl vom Staat und von den Ländern, von den Gemeinden gefördert worden, und ich glaube, das war der richtige Weg. Denn Urlaub mußte das sein, daß der Mensch, der heute geplagt, gestreßt in einen Urlaubsort kommt, dort Zerstreuung findet und sich selber wiederbegegnen und mit Menschen reden kann.

Und darum glaube ich auch, daß die Fremdenverkehrspolitik der Zukunft nur dann erfolgreich sein kann, wenn wir eine Fremdenverkehrspolitik gemeinsam mit der ortsansässigen Bevölkerung machen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir müssen den Menschen einbinden.

Ich glaube, das ist also wichtig in einer Wirtschaftspolitik, und ich möchte es auch als vorbildlich hinstellen, wie sich hier der Fremdenverkehr entwickelt hat.

Deshalb appelliere ich an Sie von der Regierungspartei: Wechseln Sie Ihren wirtschaftspolitischen Kurs! Dann haben Sie sicher weniger Sorgen mit Budget- und Handelsbilanzdefizit, haben auch weniger Sorgen mit der Schaffung und Erhaltung neuer Arbeitsplätze. Denn ich glaube, wir müssen alle zusammen erkennen, daß der Staat nicht alles machen kann, daß es darum geht, daß man die Eigeninitiativen wieder fördert, daß man eine Politik macht, ein Klima schafft, wo die Menschen wieder bereit sind, mehr Risiko auf sich zu nehmen und damit auch mehr Eigenvorsorge zu schaffen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Voraussetzung ist natürlich, daß wir eine

gerechte Besteuerung haben. Und hier kann uns nach wie vor der Kurs Raab-Kamitz Vorbild sein. Der Koren-Plan war eine der Grundlagen, um diese Entwicklungen überhaupt zu schaffen.

Denn was von staatlicher Förderungspolitik zu halten ist, zeigt uns nicht nur die uns spezifisch treffende Hartwährungspolitik, sondern noch vielmehr die in letzter Zeit verfolgte Kredit- und Zinspolitik. Herr Minister! Im Juni kostete ein geförderter Kredit noch 8,5 Prozent. Derzeit sind wir bei 10 Prozent. Und wenn ich mir das überlege, daß die Fremdenverkehrswirtschaft derzeit einen Verschuldungsgrad von 35 Milliarden Schilling hat, so sind 1,5 Prozent Zinsen bereits 525 Millionen Schilling, und das ist ja weit mehr, als heute im Budget des Handelsministeriums an Förderung für die Wirtschaft im Jahr enthalten ist.

Ich glaube daher, daß es notwendig ist, eine bessere Wirtschaftspolitik zu machen, sonst laufen wir Gefahr, daß wir die Investitionstätigkeit abwürgen.

Ich muß leider zu meinem Bedauern hören, daß die Ansuchen um geförderte Kredite derzeit schon rückläufig sind. Damit gefährden wir natürlich auch eines: Die bereits so erfolgreiche Strukturanpassung wird verlangsamt. Das wird natürlich unweigerlich auch Auswirkungen auf die Marktsituation dem Ausland gegenüber haben.

Herr Minister! Ein Wort noch zu den Bedürfnissen. Was der Fremdenverkehr stärker denn je braucht als die finanzielle Förderung, das ist, daß wir uns damit befassen, was auf uns zukommt, welche Probleme zu meistern sind, und zwar im Detail: Werbung, Verkauf, Marktforschung, Angebotsnachfrage, Gästewünsche.

Und hier haben wir eine Post im Budget, die betitelt ist mit: Studien und Untersuchungen. Sie haben sie nur mit 100 S, also mit einem Erinnerungsposten, dotiert. Ich glaube, es wäre höchste Zeit, sich intensiv damit zu befassen, Zahlen zu erstellen, ich möchte jetzt nicht sagen, eine Zahlenbank zu schaffen. Wir müssen wissen, wo es langgeht, wo es weitergeht. Denn eines ist mir klar: Wir brauchen Leitlinien im Tourismus.

Ich sage Ihnen auch, daß wir vom Österreichischen Wirtschaftsband schon Ende der siebziger Jahre ein entsprechendes Programm für die achtziger Jahre vorgelegt haben. Ich würde Sie herzlichst einladen, dieses Konzept mit uns zu diskutieren, um es dann auch in die Realität umzusetzen. Denn ich glaube, wir können es uns einfach nicht leisten, weiterhin konzeptlos dieser Wirtschaftssparte gegenüberzustehen, weil sie zahlungs- und handelsbilanzmäßig viel zu relevant und viel zu wichtig für die österreichische

Westreicher

chische Volkswirtschaft ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Zeit drängt. Zum Abschluß kommend, möchte ich aber doch noch ein Problem anschnitten, und das ist die Arbeitszeit und die Ausländerbeschäftigung.

Herr Handelsminister! Der Sozialminister spricht bereits von einer 35-Stunden-Woche in dieser Legislaturperiode. Aber wir im Fremdenverkehr, und hauptsächlich in den Saisonbetrieben, arbeiten noch mit der höchstzulässigen Arbeitszeit, und zwar mit 63 Überstunden pro Monat, weil einerseits die Arbeitskräfte nicht vorhanden sind, andererseits aber die Saisonarbeiter in die Saison gehen, um etwas zu verdienen; sie wollen dort nicht Freizeit, sondern Verdienen.

Deshalb müssen wir uns, glaube ich, auf sozialpolitischem Gebiet etwas einfallen lassen, denn unsere Sozialgesetzgebung und die Arbeitszeit ist viel zu sehr auf das produzierende Gewerbe ausgerichtet und vernachlässigt den Tertiärsektor respektive den Dienstleistungssektor.

Wir haben nicht diese technischen Möglichkeiten, wir haben nicht die Möglichkeiten der Rationalisierung, sondern bei uns steht weiterhin die Dienstleistung im Vordergrund. Damit hat sich ja auch schon der Fremdenverkehrstag in einer einstimmig beschlossenen Resolution befaßt.

Herr Minister! Ist in dieser Hinsicht etwas geschehen, oder ist nichts geschehen?

Sorge bereitet uns sicher auch wieder die Beschäftigung von Ausländern, gerade vor Beginn der Saison. Hier würde ich um eine wirtschaftsnahe Handhabung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes bitten, und zwar im Hinblick darauf, daß wir sie nur saisonmäßig brauchen und nicht das ganze Jahr, daß wir die Struktur unserer Wirtschaft nicht belasten, sondern daß diese Arbeitskräfte nach der Saison wieder nach Hause gehen.

Ein Wort noch zur Jugend. Ich freue mich sehr, daß wir derzeit 16 000 Lehrlinge in unseren Betrieben ausbilden können. Das ist gegenüber 1971 eine Steigerung um nahezu 100 Prozent. Ich glaube auch hier sagen zu können, daß das ein enormer Beitrag gegen die Jugendarbeitslosigkeit ist. Aber es ist auch eine Freude, junge Menschen zu einem schönen Beruf heranzuführen, insbesondere dort, wo ich die Erfolge der österreichischen Köche im Ausland, auf internationaler Ebene, sehe.

Herr Minister! Bitte, unterstützen Sie uns! Ich kenne auch die Probleme der Lehrlingsbeschäftigung. Aber ich glaube, man kann sie nicht nur polemisch sehen, sondern man muß

miteinander reden, und dann sind wir sicher in der Lage, auch Ungereimtheiten abzustellen respektive sie der betriebsmäßigen Struktur anzupassen. Wir sind die letzten, die hier nicht bereit wären, Vorschlägen, die von Ihrer Seite oder auch von unserer Seite kommen, offen gegenüberzustehen und Abhilfe zu schaffen.

Zusammenfassend darf ich feststellen, daß wir die Aufgaben der achtziger Jahre meistern können, wenn wir bereit sind, den Menschen mehr Freiheit, mehr Spielraum und mehr Selbstvorsorge zu geben. Wie es schon die Österreichische Volkspartei in ihren Programmen postuliert, geht es, glaube ich, nur, wenn wir miteinander die Zukunft meistern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hirscher.

Abgeordneter **Hirscher** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zum Budget rede, darf ich auf einiges eingehen.

Ich bin ja aufgefordert worden durch den Abgeordneten Kern. Ich freue mich, daß er im Hause ist.

Er hat behauptet, daß das nicht stimmt, was ich vor einem Jahr hier über die Bergbauern gesagt habe.

Ich darf feststellen, Herr Abgeordneter Kern — und das sind die neuesten Daten, ich habe sie mir besorgt —: Es sind zirka 50 Prozent der Einheitswertbescheide, das sind 221 000 in ganz Österreich, draußen. Davon gehen hinauf 150 000, besonders aber in jenen Gebieten, die ich damals erwähnt habe, gleichbleiben 33 000 und hinunter gehen 37 000, das sind 25 Prozent. Ich habe damals behauptet, es werden an die 20 Prozent sein. Es sind 25 Prozent.

Beim Finanzamt St. Johann im Pongau — auch das habe ich genau da — sich hinaufgegangen 1 700, gleichgeblieben sind 52, und 700 Bergbauernbetriebe sind nach unten gegangen, das sind 35 Prozent. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Also ich habe nicht überschätzt, ich habe unterschätzt, Herr Abgeordneter Kern. Das sind die Tatsachen und Fakten, die heute statistisch festgehalten sind.

Für die FLD Salzburg, unser Heimatland, liebe Kolleginnen und Kollegen aus Salzburg, sind 5 800 Einheitswertbescheide hinaufgegangen, auch wieder im Flachland, und 2 800, Kollege Steiner, im Berggebiet hinuntergegangen. Das sind 45 Prozent! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das sind die Tatsachen, und ich freue mich, heute wieder hier sagen zu können, daß die

Hirscher

Bergbauern in der Zone 3 im besonderen davon nicht betroffen wurden. Etwas anderes habe ich nicht behauptet. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Nun zum Abgeordneten Westreicher. Ich freue mich über seine Rede, die er heute hier gehalten hat. Ich freue mich überhaupt zu sagen, daß seit gestern *(Zwischenruf des Abg. Brandstätter)* — ja richtig, Kollege Brandstätter — eine echt weihnachtliche Stimmung auch in diesem Parlament eingezeichnet ist. Das möchte ich sagen. Es ist heute und gestern in der Debatte keine Gehässigkeit vorgekommen. Das soll uns alle miteinander freuen.

Ich gebe dem Kollegen Sallinger recht, dem Herrn Präsidenten, der gesagt hat, wir müssen wieder miteinander reden können. Das, glaube ich, ist das Beste, was wir tun können. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Peter: Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben!)*

Kollege Westreicher! Daß der österreichische Fremdenverkehr auch für mich, der ich sehr lange im Fremdenverkehr gearbeitet habe, eine Henne ist, die goldene Eier legt in unserem Heimatland Österreich, das wissen wir gemeinsam.

Ich darf hier auch — ich habe es schon vor 14 Tagen gesagt — als erfreulich feststellen, daß dieser wirtschaftsnahe Finanzminister es war — und nur er war es! —, der Ihrer Bitte Rechnung getragen hat, in der Gastronomie und in den Beherbungsbetrieben doch keinen vierten Mehrwertsteuersatz bei der Beheizung zu machen. Er hat es getan, und wir alle miteinander sollen ihm dafür dankbar sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun noch zum Kollegen Bauer. Der Kollege Bauer der freiheitlichen Fraktion hat heute vormittag 20 Minuten über die Schulden unseres Staates gesprochen. Ich glaube, er hat es dem Bücherl entnommen, in dem wir es eindeutig aufgezeigt haben, wir verheimlichen ja nichts. Da steht ja alles drinnen, was er gesagt hat.

Aber wir sollten das doch ein bißchen näher durchleuchten. Ich glaube, wenn man sagt, daß der Schuldenstand heute pro Österreicher 36 000 S ist, so wird das das Volk besser verstehen. Dieses Geld ist langfristig auf 25 Jahre aufgenommen. Wenn wir das dividieren, sind es pro Jahr pro Österreicher 1 500 S, und das sind pro Monat 125 S. Ich glaube, wir brauchen uns also über diesen Schuldenstand nicht zu große Sorgen zu machen, denn den werden wir abdecken können. Wir können darüber ruhig schlafen, glaube ich, auch über Weihnachten, und dem Neujahr entgegensehen. *(Abg. Peter: Über Statistik läßt sich trefflich streiten!)*

Ja, ein jeder macht das anders. Ich habe es ein bißchen volkstümlicher gemacht und nicht nur auf die Zahlen bezogen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Peter: Normalerweise sagt man: Das ist ein Dreh!)*

Hohes Haus! Wir haben heute für 1981 ein Budget vor uns liegen, das mit 335 Milliarden Schilling das höchste ist, das dieser österreichische Staat überhaupt je gehabt hat. Wir dürfen feststellen, daß es um 10,8 Prozent höher als im Vorjahr ist, und wir dürfen auch feststellen, daß es ein Sparbudget ist. Ich glaube, wir sollten das gemeinsam feststellen. Wenn wir während der ganzen Budgetdebatte von der rechten Seite immer hören mußten, daß bei jedem Kapitel zu wenig drinnen ist, so muß man halt doch sagen, daß wir uns echt bemüht haben — im besonderen der Finanzminister —, ein Sparbudget zu erstellen.

Die Vollbeschäftigung in diesem Lande ist gegeben, und mit diesem Budget wird sie auch für 1981 gegeben sein: 2,8 Millionen Dienstnehmer in Österreich. Hier möchte ich sagen: Diese 400 000, von denen heute so oft gesprochen worden ist: Es ist schon richtig, daß die Ehegattinnen der Selbständigen und der Gewerbetreibenden nunmehr als Dienstnehmer geführt werden. Aber wer hat denn das bitte ermöglicht im Jahre 1973? Dieser Finanzminister hat es ermöglicht, denn vorher war es nicht möglich, das möchte ich hier behaupten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und heute... *(Abg. Schlager: Hirscher, das ist das letzte Mal, daß d'au'g'stellt wirst!)* Kollege Schlager, das sollte nicht dein Problem sein, das ist mein Problem.

Vor allen Dingen glaube ich, daß wir stolz darauf sein sollten, daß es in Österreich keine Jugendarbeitslosigkeit gibt, und ich pflichte dem Kollegen Westreicher bei, der soeben gesagt hat, daß 16 000 Lehrlinge in der Gastronomie beschäftigt sind. Wir sind dankbar dafür, daß auch die Wirtschaft selbstverständlich sehr wohl für die Beschäftigungsmöglichkeiten in Österreich sorgt. Das soll man nicht wegdiskutieren. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich glaube, das sollte man ganz offen sagen.

Um diesen Betrieben die Anpassung an die wirtschaftlichen Gegebenheiten zu ermöglichen, gibt es viele Förderungsaktionen. Ich darf auf den BÜRGES-Kredit hinweisen, der sehr ausgenützt wird, auf die Gewerbestrukturverbesserungskredite, auf die Fremdenverkehrskredite und auf die Sonderaktionen. Ich glaube, daß durch diese Regierung in ungebrochener Fortsetzung der bewährten Investitionsförderung für Klein- und Mittelbetriebe die Chancen auch weiterhin gegeben sind, mit billigen Krediten zu investieren. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Das hat mit Gänglbund überhaupt

Hirscher

nichts zu tun. *(Ruf bei der ÖVP: Ist genügend Geld da?)*

Auf das Geld und die Banken kann ich gleich eingehen. Wir dürfen feststellen, daß im Vorjahr allein an Spareinlagen 500 Milliarden durch die österreichische Bevölkerung eingelegt waren. Im heurigen Jahr, obwohl immer diese Angstmacherpolitik gemacht wurde, werden wir diese 500 Milliarden wieder erreichen. Und wenn kein Geld, wie immer gesagt wird, in Österreich sei, so glaube ich, daß die Großbanken doch einmal bekennen sollten, wo und zu welchem Zinsfuß sie ihr Geld veranlagt haben. Das muß man hier auch einmal sagen. Es wird von niemanden gesagt, sondern es wird von jedem unbedingt immer nur kritisiert.

Ich glaube, daß wir in den nächsten Jahren mit diesem Budget für 1981 vor allem gesichert haben, daß wir die Wirtschaft in diesem Lande wieder forcieren können.

Wir haben auch ein Konjunkturausgleichsbudget. Sollte wirklich ein Einbruch kommen, sodaß die private Wirtschaft nicht mehr mitkann, so wird es der Staat wieder tun müssen. Daß diese Politik richtig war, das bestätigt uns die ausländische Presse, nicht nur in Deutschland, nicht nur in Amerika, sondern in der ganzen Welt.

Ich glaube, daß wir mit diesem Budget auch sehen können, daß wir uns bemüht haben, daß sich vor allem der Finanzminister bemüht hat, daß wir gemeinsam Weihnachten feiern können, daß wir mit ruhigem Gewissen und ruhigem Schlaf in das Jahr 1981 gehen können. Wir haben heute und gestern bewiesen, daß wir auch als Menschen hier an diesem Pulte und in diesem Hause miteinander reden können, und so soll es auch weiterhin sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Abschließend — ich will heute dieses Plenum nicht verlängern — glaube ich, wenn wir alle zusammen ehrlich sind, wo immer wir auch stehen, in welchen Gremien wir auch immer sind, so braucht um Österreich in der Zukunft kein Mensch besorgt sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Gassner.

Abgeordneter Ing. Gassner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Hirscher hat auf viele ÖVP-Redner Bezug genommen. Ich möchte dazu nur zwei Anmerkungen machen, Herr Abgeordneter Hirscher: Reden ist zu wenig, Handeln ist wichtiger. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gerade in einer Zeit wie der letzten, in der

von allen Seiten darüber gesprochen wird, daß sich das Klima in der Demokratie verschlechtert und die Parteien nicht mehr miteinander sprechen können, wäre es äußerst wichtig, wenn man bereit wäre, nicht solche Handlungen zu setzen, wie es das SPÖ-Parteipräsidium bei der Nominierung von Finanzminister Androsch zum CA-Vorstandsdirektor getan hat. Das, bitte, trennt bestimmt die Parteien mehr, als es sie vereint! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn der Abgeordnete Hirscher gemeint hat, zu jedem Kapitel hätte ein ÖVP-Abgeordneter Wünsche geäußert und Anträge gestellt, dann darf ich dies berichtigen und klarstellen.

Die ÖVP hat nur zwei budgetwirksame Anträge gestellt, und zwar einen Antrag auf Umwidmung der für die Errichtung des Internationalen Konferenzentrums vorgesehenen 5,3 Milliarden Schilling für die verstaatlichte Industrie und einen weiteren Antrag, 500 Millionen Schilling aus den Förderungsmitteln für General Motors umzuwidmen für die Arbeitsmarktförderung, die für die Erhaltung der Arbeitsplätze im kleinen und mittleren Bereich wichtig ist. Gerade deshalb haben wir diese beiden Anträge gestellt. Sie wurden von der sozialistischen Mehrheit abgelehnt. Wir bedauern das, weil wir glauben, daß diese beiden Anträge für die Arbeitsplatzsicherung äußerst wichtig gewesen wären. *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: ... die Bauarbeiter wären entlassen worden!)* Das stimmt nicht, daß die Bauarbeiter deshalb entlassen worden wären.

Dazu nur eines: Ich bitte, in der „Arbeiter-Zeitung“ zu lesen, Herr Kollege, was vergangene Woche im Wiener Rathaus los war. Dort haben sozialistische Abgeordnete die Meinung vertreten, es wäre vielleicht sinnvoller, das Internationale Konferenzzentrum in Wien nicht zu errichten und dafür die U-Bahn fertig zu bauen. Das war die Meinung Ihrer SPÖ-Kollegen von Wien! Ich glaube, das war eine richtige Meinung! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn man die heutige Diskussion analysiert und auch in Betracht zieht, welche Prognosen in Österreich von den einzelnen Wirtschaftsinstituten gestellt werden, wenn man Revue passieren läßt, was vergangenen Montag in der wirtschaftspolitischen Aussprache gesagt wurde, wenn man dazu auch berücksichtigt die letzten Gehaltsabschlüsse der Arbeitnehmer mit den Vertretern der Wirtschaft und auch den Gehaltsabschluß des öffentlichen Dienstes; und wenn man dann, meine Damen und Herren, auch noch berücksichtigt, was mit diesem Budget beschlossen wird, dann komme ich zu vier Feststellungen:

1. Die Arbeitnehmer werden im Jahre 1981 in

Ing. Gassner

weiten Bereichen netto reale Einkommenseinbußen hinnehmen müssen.

2. Das Familieneinkommen kann in Österreich nur deshalb international mithalten, weil in Österreich in vielen Familien mehrere Personen zum Familieneinkommen beitragen.

3. Durch die SPÖ-Belastungspolitik fehlt den Firmen das für Investitionen notwendige Kapital, und dadurch sind in zunehmendem Ausmaß Arbeitsplätze gefährdet.

4. Die Arbeitnehmer müssen für ihre persönlichen Bedürfnisse, für die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse, wie zum Beispiel für die Beheizung ihrer Wohnung oder die Pendler für das Benzin, einen immer größeren Teil ihres Lohnes, ihres Gehaltes ausgeben.

Das, meine Damen und Herren, führt dazu — und das ist beweisbar —, daß im Jahre 1981 durch das Sinken des Netto-Realeinkommens der Arbeitnehmer deren Lebensstandard und darüber hinaus vieler Menschen in Österreich sinken wird.

Wenn der Klubobmann der Sozialistischen Partei, Abgeordneter Fischer, am 2. Dezember 1980 zum Kapitel „Oberste Organe“ gemeint hat, die Regierung sichere den steigenden Lebensstandard, dann, meine Damen und Herren, wird die Abrechnung des Jahres 1981 zeigen, daß Klubobmann Fischer eine falsche Prognose gestellt hat, daß im Gegenteil viele Menschen in diesem Staat leider Einkommenseinbußen hinnehmen mußten. In der Rückschau wird man das dann bestätigen können.

Meine Damen und Herren! Ich denke an das Beispiel eines Arbeitnehmers im Waldviertel, im Mühlviertel, im Burgenland oder sonst irgendwo in einem strukturell schwächeren Bereich. Der Mann hat sich mit viel Mühe und unter jahrelangem persönlichen Einsatz mit Hilfe seiner Verwandten und Freunde ein Einfamilienhaus errichtet. Dieser Arbeitnehmer, der vielleicht heute 6 000 S netto verdient und der sich damals, weil er meinte, eine Ölheizung wäre etwas billiger, eine Ölheizung angeschafft hat, muß für diese Ölheizung bereits 30 000 S pro Jahr aufwenden!

Meine Damen und Herren! Ein Arbeitnehmer, der sich vor sieben, acht Jahren ein Häuschen errichtet hat, der damals geglaubt hat, er werde dieses Haus entsprechend benutzen können, muß heute fünf Monatsgehälter für die Beheizung seines Hauses aufwenden!

Das zeigt ganz einfach, daß die Politik der Bundesregierung, diese Politik, an der der Herr Finanzminister partizipiert, das heißt, wo er der Gewinner bei jeder Preiserhöhung von Energie, die wir kaufen müssen, ist, zu Lasten der Arbeitnehmer geht. Wir glauben, daß das

eine schlechte Umverteilung ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte das beweisen, weil hier auf der linken Seite geschmunzelt wird.

Im Jahre 1970 hat zum Beispiel — bitte, hören Sie zu, Herr Abgeordneter! — das Normalbenzin 3,60 S gekostet. Davon waren 2,07 S Steuern und Steuerzuschläge.

Vom Jahre 1970 bis zum Jahre 1980 betrug der Index — im Zinsezinsverfahren hochgerechnet — 91,9 Prozent.

Hätte der Finanzminister nur diese 2,07 S indexmäßig hochgerechnet, würde er nur dies auf den heutigen Rohölpreis aufschlagen, dann, meine Damen und Herren, würde das 3,97 S ausmachen. Es dürfte dann der Normalbenzinpreis nur 8,27 S betragen. Dieser Preis für das Normalbenzin beträgt aber 9,20 S.

Das heißt — und jetzt bitte lachen Sie, wenn Sie wollen, weiter —, daß der Finanzminister über das Ausmaß der Inflation hinweg der große Gewinner, der große Einnehmer von diesem Benzinpreis war, daß der Finanzminister 1 S pro Liter Benzin kassiert und nicht bereit war, einen Weg zu gehen, wonach der Benzinpreis nur entsprechend der Inflation angehoben wird. Das ist der berechtigte Vorwurf, den wir dem Finanzminister machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Deshalb sind wir immer für die Einführung eines Pendlerpauschales eingetreten. Wir sind sehr dankbar, daß die oberösterreichische Landesregierung das Pendlerpauschale eingeführt hat; federführend oder beispielgebend für die anderen Länder und vor allem auch für die Bundesregierung, die nicht bereit ist, dieses Pendlerpauschale einzuführen.

Ich erinnere daran, daß ich bereits im Jänner 1979 einen Antrag auf Einführung des Pendlerpauschales eingebracht habe. Dieser Antrag ist mit Auslaufen der Legislaturperiode verfallen.

Ich habe diesen Antrag mit meinen Freunden im Juni 1979 wieder eingebracht, und am 19. Dezember 1979, also nahezu genau vor einem Jahr, habe ich hier bei der Budgetdebatte verlangt, das Pendlerpauschale endlich in Behandlung zu ziehen.

Schweigen bei der Mehrheit, Schweigen bei der Regierung. Es wurden von der sozialistischen Mehrheit im Nationalrat keine Anstalten getroffen, diesen Antrag zu beraten, geschweige denn zu beschließen.

Ich fordere neuerdings die sozialistische Mehrheit auf, diesen Antrag vom Juni 1979, die Einführung eines Pendlerpauschales endlich

Ing. Gassner

einmal in Behandlung zu ziehen und den Pendlern zu helfen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Es geht uns in fast allen Bereichen so. Ich habe genauso vor einem Jahr, am 19. Dezember, einen Abänderungsantrag zum Dienstpostenplan eingebracht; einen Antrag, der dazu führen sollte, daß im Bereich der Justiz die Arbeitnehmer gleichberechtigt behandelt werden, daß man nicht eine Gruppe von Beförderungsmöglichkeiten ausschließt.

Aber auch diesen Antrag, meine Damen und Herren, waren Sie nicht bereit, zu behandeln, beziehungsweise Sie haben ihn bei der Budgetdebatte bagelehnt.

Aus diesem Grunde bringe ich diesen Abänderungsantrag neuerdings ein.

Abänderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Hauser, DDr. König, Ing. Gassner und Genossen zum Stellenplan für das Jahr 1981, Anlage III zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1981 (zu 460/547 der Beilagen) betreffend Änderung von Planstellen im Bereich des Bundesministeriums für Justiz

Der Nationalrat wolle beschließen:

Im Stellenplan für das Jahr 1981, Abschnitt II Planstellen, A Planstellen für die Bundesbediensteten der unmittelbaren Bundesverwaltung, Justizwesen, Bundesministerium für Justiz, 1. Zentralleitung, haben in den Fußnoten 1 und 2 jeweils die Klammerausdrücke „(für Sektion IV)“ zu entfallen.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, kostet das keinen Groschen. Sie würden nur ermöglichen, daß in diesem Bereich des Justizressorts die dort beschäftigten Arbeitnehmer gleichberechtigt behandelt werden. Deshalb fordere ich Sie auf, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe bereits gesagt, daß der Herr Finanzminister 1 S über das Ausmaß der Inflation hinaus an Steuern pro Liter Benzin vermehrt einnimmt. Wir lesen heute in der „Kronen-Zeitung“ die Ankündigung, Benzin und Autos werden im nächsten Jahr wieder teurer. Es scheint der Sozialistischen Partei bisher entgangen zu sein, daß nahezu 70 Prozent der Menschen in Österreich das Auto entweder zur Fahrt zur Arbeit oder für die Berufsausübung selbst benötigen.

Das Auto ist längst kein Luxusartikel mehr. Ich weiß schon, daß der Finanzminister sagt: Auto — da kann ich leicht Steuern eintreiben! Ich vertrete die Ansicht, es ist notwendig, daß

wir, wenn wir Politik für den Menschen machen, auf diese Situation Rücksicht nehmen. Aus diesem Grund fordere ich den Finanzminister auf, bei der nächsten Diskussionsrunde über eine Erhöhung des Benzinpreises gemeinsam mit dem Handelsminister Gespräche zu führen, daß, wenn wieder der Benzinpreis erhöht wird, der Finanzminister auf einen überproportionalen Anteil an Steuern verzichtet. Das wäre für die Arbeitnehmer, das wäre für alle Menschen eine gerechte Vorgangsweise. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Sozialistische Partei macht Belastungspolitik für die Betriebe und für die Arbeitnehmer. Für die Betriebe haben wir es heute bereits wiederholt bewiesen und festgestellt. Zur Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer aber doch noch ein paar Zahlen, nachzulesen in der Statistik, die der Herr Finanzminister uns allen zu seiner Budgetrede gegeben hat.

Auf der Seite 144 ist festgehalten, daß das Realeinkommen der Arbeitnehmer pro Kopf in den Jahren 1970 bis 1979 um 140 Prozent gestiegen ist. Im gleichen Zeitraum, 1970 bis 1979, ist die Lohnsteuer von 13,7 Milliarden auf 54,343 Milliarden gestiegen, und sie wird im Jahr 1981 70,1 Milliarden erreichen.

Ich möchte keinen ungleichwertigen Vergleich machen, ich bleibe deshalb bei den Jahren 1970 bis 1979, und ich wiederhole es noch einmal: Das Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer ist in diesem Zeitraum um 140 Prozent gestiegen, aber gleichzeitig die Lohnsteuer um 297 Prozent!

Daß heißt, wenn wir die gleichen Zeiträume betrachten, müssen wir feststellen, daß die Lohnsteuer um mehr als das Doppelte als die realen Einkommen der Arbeitnehmer gestiegen ist. Und das halten wir für eine schlechte Politik der Umverteilung, das halten wir für eine schlechte Politik gegenüber den Arbeitnehmern! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das ist eine Politik, der wir von der ÖVP nicht unsere Zustimmung geben können.

Es wäre verlockend, auf verschiedene Widersprüche hinzuweisen, die in dieser Broschüre aufscheinen. Zum Beispiel auf der Seite 32, wo der Herr Finanzminister zur Notwendigkeit einer langfristigen Strukturpolitik Stellung nimmt. Auf der Seite 37 spricht der Herr Finanzminister über die Ziele der Exportpolitik. Dazu wird zum Beispiel auch in der „arbeit & wirtschaft“ aus dem Dezember dieses Jahres, einer Zeitung der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer, eine „verstärkte Förderung von Forschung und Innovation“ verlangt „neben Überlegungen, wie kleine und mittlere Unternehmen zu verstärkten Exportmöglichkeiten

Ing. Gassner

ten ... geführt werden können". Dies „müssen Schwerpunkte der Strukturpolitik sein“.

Dazu nur eine Zahl, wieder aus der Broschüre des Finanzministers.

Auf der Seite 230 können Sie den Forschungsaufwand ersehen. Dieser Forschungsaufwand, ist anzunehmen, wird natürlich im Budget steigen, und zwar steigen nicht nur bis 1980, sondern auch von 1980 auf 1981. Dieser Forschungsaufwand steigt jedoch nur um ungefähr 250 Millionen Schilling.

Wenn dieser Forschungsaufwand nur im Ausmaß der Inflationsrate gestiegen wäre, dann müßten dafür 5,2 Milliarden präliminiert werden, daß heißt, um rund 100 Millionen Schilling mehr, als dies tatsächlich der Fall ist.

Und jetzt frage ich mich: Der Finanzminister erklärt in seiner Budgetrede: Mehr Exportpolitik, mehr Strukturpolitik, mehr Forschung! Aber im Budget selbst ist nicht einmal die Inflationsrate abgedeckt. Um 100 Millionen Schilling zu wenig gegenüber dem Jahr 1980!

Meine Damen und Herren von der Regierungspartei, ich frage Sie: Wie wollen Sie eine moderne Strukturpolitik machen, wie wollen Sie eine neue Forschungspolitik machen, wie wollen Sie neue Innovationen bekommen, wenn der Finanzminister nicht bereit ist, mehr, ja nicht einmal bereit ist, einzusetzen, was auf Grund der Inflationsentwicklung notwendig wäre?

Das halten wir eben für eine unglaubliche Politik. Hier wird grundsätzlich gesagt, wir müssen mehr tun, aber dann, wenn es darauf ankommt, ist der Finanzminister nicht bereit, dem, was er für das elfte Budget angekündigt hat, Rechnung zu tragen! Und das halten wir für falsch und für ein Täuschungsmanöver. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Heute wurde vom Abgeordneten Schmidt gemeint, er kenne das ÖVP-Programm nicht, das ÖVP-Programm „Miteinander die Zukunft gewinnen!“ Hier ist es. Ich empfehle dem Herrn Finanzminister und auch dem Abgeordneten Schmidt und allen anderen, dieses Programm zu lesen.

Der Abgeordnete Schmidt hat sich darauf bezogen, daß der Abgeordnete Graf, mein Fraktionskollege, gemeint hat, es wäre ein Himmelfahrtskommando, die Dinge wieder in Ordnung zu bringen. Man könnte sagen: Die Himmelfahrt ist etwas Positives, da geht es nach oben.

Aber, meine Damen und Herren, ich erinnere Sie: Man muß zum richtigen Zeitpunkt Vorschläge machen. Ich erinnere Sie daran, daß die Sozialisten hier im Parlament — nachzulesen in den Protokollen der Jahre 1949/1950 —

gegen die Eigentumsbildung aufgetreten sind, gegen die Eigentumsbildung für den Arbeitnehmer, gegen die Wohnbauförderung — Sie tun es ja heute noch, wo sie die Genossenschaftswohnung gegenüber den Eigentumswohnungen bevorzugen —, sie waren vorerst gegen die Vermögensbildung der Arbeitnehmer auch am Produktivvermögen. Meine Damen und Herren der SPÖ! Am Anfang sind Sie auch gegen die Mitbestimmung aufgetreten.

Für uns von der ÖVP stellt sich nicht die Frage, ob es Menschen gibt und vor allem Politiker von der ÖVP gibt, die bereit sind, zeitgerecht die Probleme zu erkennen, zeitgerecht Lösungsvorschläge auf den Tisch zu legen und Lösungsvorschläge anzubieten. Sie gibt es!

Das ist unsere Politik! Wir bieten das mit unserem Programm an, und ich fordere Sie auf, meine Damen und Herren, nach diesem Programm gemeinsam mit uns eine Politik für die Österreicher zu machen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Der Antrag ist genügend unterstützt und steht mit in Behandlung.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Lußmann.

Abgeordneter Lußmann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Da es sich für mich um das erste Bundesbudget handelt, habe ich mich mit größtem Interesse auf die Unterlagen gestürzt.

Ich möchte mich aus dem Kapitel 63 vorzüglich mit den Auswirkungen hinsichtlich der Klein- und Mittelbetriebe beschäftigen, und das wieder besonders mit Blickrichtung auf den ländlichen Raum.

Und zunächst fällt mir folgendes auf:

Der Finanzminister sagte in seiner Budgetrede am 22. Oktober, für die Wirtschaft stehen 16,2 Milliarden Schilling zur Verfügung. Das hat mich gefreut, das ist ein respektabler Ansatz, zumal wenn man bedenkt, daß vorige Woche das steirische Landesbudget beschlossen wurde und dieses summa summarum nicht viel höher ist. Allerdings ist die Freude wieder etwas weniger groß, wenn man berücksichtigt, daß ein einziger Bundesbetrieb, nämlich die Österreichischen Bundesbahnen, allein schon 2 Milliarden Schilling mehr an Mitteln anfordern und auch bekommen. Aber das nur zum Vergleich.

Wenn man nun das Kapitel 63 zerlegt und herauszufinden versucht, was der mittelständischen Wirtschaft zugute kommt, so findet man folgendes für mich enttäuschendes Bild — nur ein paar Ziffern ganz kurz —:

Zuschüsse gemäß Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 247 Millionen, die gemeinsame

Lußmann

Kreditaktion mit Ländern und Kammern 8½ Millionen, Zinsenzuschüsse nach dem BÜRGES 236 ½ Millionen. Also das ganze Paket 492 Millionen.

Ungefähr gleich hoch ist auch der Ansatz für den Fremdenverkehr. Darüber wurde ja schon gesprochen und wird noch gesprochen werden. Ich möchte darüber nicht mehr sagen, sondern wollte nur, weil es eben hinsichtlich der Klein- und Mittelbetriebe besonders wichtig ist, einen Satz anfügen:

Selbst dem Herrn Finanzminister scheint dieser Ansatz zu gering gewesen zu sein, weil er gesagt hat, es gibt ein Fremdenverkehrsförderungsprogramm bis 1989; er hat also diesen Ansatz, diesen bescheidenen Ansatz einfach mit zehn multipliziert, damit das optisch etwas besser aussieht.

Tatsächlich, Hohes Haus, stehen für die mittelständische Wirtschaft, wenn man den Fremdenverkehr ausklammert, rund 500 Millionen zur Verfügung. Das sind 0,15 Prozent des Gesamtbudgets. Gemessen an der Leistung hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Mittelstandes — Steueraufkommen, Nahversorgung et cetera — und der enormen beschäftigungspolitischen Bedeutung ist das für mich, meine Damen und Herren, ein Almosen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Am 15. Jänner 1977 schrieb Dr. Weigand in der „Kronen-Zeitung“:

„Sowohl Kreisky als auch Staribacher haben den Mittelstand entdeckt.“

Das hat mich sehr gefreut. Nur offensichtlich haben die beiden Herren da etwas entdeckt, womit sie nicht sehr viel anzufangen wissen, denn bislang, Herr Minister, durfte und darf der Mittelstand in vermehrtem Ausmaß weiterhin die Hauptlast für Staat und Gesellschaft tragen. Er wird dafür von der Öffentlichkeit bestenfalls ignoriert. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Für diesen Mangel an Information und auch für die falsche Bewußtseinsbildung innerhalb der Bevölkerung muß man die Regierungspartei verantwortlich machen. Ich werde versuchen, den Beweis anzutreten.

Zunächst hat man fortwährend Hymnen auf die Großbetriebe gesungen. Heute, wo in diesen Bereichen vielfach mit veralteten Strukturen gekämpft wird und einer nach dem anderen wackelt, und das zugegebenermaßen nicht nur in der Verstaatlichten, sondern auch bei bedeutenden privatwirtschaftlichen Flaggschiffen, wie Kneissl, Funder, Eumig und so weiter, werden aus den Hymnen zusehends Elegien

und Trauermärsche. Das ist leider nicht sehr lustig für uns alle.

Meine Damen und Herren! Was lernt man daraus? Einerseits wird das Heil in Großprojekten gesucht, wie bei GM, und andererseits entwickelt sich zur Rettung gefährdeter Großbetriebe immer mehr ein völlig widersinniges System. Wir kennen das von Kindheit auf: Wer kriegte den „Schwarzen Peter!“?

Wie ungefähr spielt sich das ab? Da erklären zunächst einmal die Manager von irgendeinem dieser Betriebe den drohenden Konkurs. Natürlich sind die Belegschaft und die Betriebsräte nicht damit einverstanden und wollen das nicht zur Kenntnis nehmen. Es erfolgt zunächst einmal die Phase der Managerbeschimpfung. Da man dann innerbetrieblich sieht, daß man so nicht weiterkommt, kommt es zur nächsten Phase, zu den Interventionen. Natürlich machen die Bürgermeister und auch die Abgeordneten mit. Dann kommt die nächste Phase, die Phase der Regierungsbelagerung, einerseits das Land und andererseits der Bund.

Jetzt kommt der unfaire Zug in diesem unwürdigen „Schwarze Peter!“-Spiel. Seit Jahren kann man das verfolgen. Der Bund gibt, wenn das Land aufdoppelt. So ist das Jahre hindurch bei der Papierfabrik in Weißenbach geschehen. Nunmehr ist es so in Niklasdorf — es wurde schon zitiert —, da allerdings nur zu einem Drittel, aber über die Köpfe der Steiermärkischen Landesregierung hinweg.

Da hat endlich einmal Herr Landeshauptmann Krainer in der „Pressestunde“ erklärt, daß das Landesbudget gegenüber dem Bundesbudget nur 5 bis 6 Prozent beträgt. Würde man also adäquat fördern, so könnte das Land Steiermark höchstens ein Zwanzigstel zuschießen, um in gleicher Größenordnung zu arbeiten. Es ist dies wirklich ein leicht durchschaubares Spiel des Bundes, das aber letztendlich auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen wird. Denn am Ende, wie sich zum Beispiel in Weißenbach bewiesen hat, kracht es doch.

Es ist etwas Eigenartiges. Jeder verantwortungsvolle Kapitän und auch der Admiralstab, um bei dem Vergleich mit den Flaggschiffen zu bleiben, würde versuchen, die Mannschaft von den schwer torpedierten Schlachtschiffen zeitgerecht auf kleinere und mittlere Rettungsboote abzusetzen, und nicht herumflicken, bis das Schiff mit Mann und Maus sinkt. Zeitgerecht zu arbeiten, das wäre das Richtige. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Dr. Heindl — ich habe ihm aufmerksam zugehört —, darum würde es gehen! Für mich ist das der Beweis, daß das Fangnetz mittel-

Lußmann

ständische Wirtschaft noch viel zuwenig ernst genommen wird.

Weil ich hier ein paar steirische Abgeordnete von der sozialistischen Seite sehe, möchte ich sagen: Ich weiß nicht, wie weit Ihnen — mir ist das erst heute in die Hände gekommen — eine Studie des Instituts für Finanzwissenschaften und Infrastrukturpolitik auf der Technischen Universität Wien, Vorstand Professor Dr. Egon Matzner, bekannt ist, die herausgefunden hat, daß die Steiermark an Bundesleistungen eindeutig benachteiligt ist. Der Bevölkerungsanteil der Steiermark gemessen an der Gesamtbevölkerung beträgt 15,8 Prozent. Die Bundesleistung 1978 ist zum Beispiel 14,2 Prozent. Die Differenz in diesem einzigen Jahr würde also 5,7 Milliarden Schilling oder 4 792 S pro Kopf betragen. Gemessen an den strukturellen Schwierigkeiten in der Mürz- und Murfurche ist diese Reduktion völlig unverständlich. Wenn es das nicht gäbe, stünden wir vielleicht viel besser da in unserer Gegend. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Dazu kommt noch die gesellschaftspolitische Seite, was die Bewußtseinsbildung in der Öffentlichkeit anlangt, wovon ich schon gesprochen habe. Da wird all die Jahre der Unternehmer verteuftelt: Kapitalistische Profitwirtschaft, Versagen des marktwirtschaftlichen Systems, keine intelligenten Produkte, und so weiter und so weiter. Selbst der so liberale Herr Bundeskanzler hat höchstpersönlich auf einem der SPÖ-Parteitage erklärt: „Alles, was antimarxistisch ist, ist kläglich und spießbürgerlich.“

Meine Damen und Herren! Nun gibt es sicher Unternehmer, die Kreisky-Wähler sind. Auch ich kenne solche. Aber sicherlich kann man keinen Unternehmer dem Marxismus zuordnen. Und was sind dann diese Leute für ihren Fleiß? Klägliche Spießbürger!

Noch deutlicher wird das bei Nennung im „Neuen Forum“ in seinem Brief an die Jungunternehmer. Ich kann Ihnen das nicht vorenthalten.

„Sozialdemokratie ist die Euthanasie des Kapitalismus.“

Selber seid Ihr nicht mehr lebensfähig, angewiesen auf uns als Ordnungs- und Planungsfaktor, aber nützlich und nötig noch eine ganze Zeit zwecks friedlichen, menschlichen, rationalen Übergangs — dürft ihr nur Stück um Stück krepieren.

Indem wir für Euer Gedeihen sorgen, sorgen wir für Euren Untergang. Indem wir zusammenarbeiten auf gleich und gleich, werden wir in Wahrheit immer stärker. Mit Rückschlägen von Zeit zu Zeit, versteht sich — das macht nichts, es zählt die lange Frist, es zählt das

letzte Lachen, das Zuletztlachen. Per saldo kriegen wir immer mehr Positionen. Immer mehr Metastasen der Zukunft pflanzen wir in Euren noch lebenden Leichnam.“

Ich glaube, zu diesem Zitat ist wohl jeder Kommentar überflüssig.

Nennung wird wohl andererseits von Kreisky als „Wurschtel“ bezeichnet. Neuerlich präsentierte er sich als Umweltretter mit einem Schaf im Arm. Vielleicht fallen dem Herrn Bundeskanzler in Zukunft biologische Vergleiche ein. Aber die Aussage, meine Damen und Herren, bleibt. Die Regierungspartei kann sich davon nicht distanzieren, denn das „Neue Forum“ wird jährlich hoch subventioniert unter dem „sinnigen“ Titel „Literaturförderung“.

Nun möchte ich Ihnen aber an Hand eines kleinen Beispiels aufzeigen, wie es wirklich ist, wenn sich ein junger Mensch zur Selbständigkeit entschließt. In meiner kleinen Gemeinde in der Obersteiermark ist vor drei Jahren ein junger Mann zu mir gekommen. Ich bin dort Bürgermeister. Er hat zu mir gesagt: Herr Bürgermeister! Ich möchte mich selbständig machen. Er hat einen herrlichen Posten gehabt bei der Hubschrauberstaffel in Aigen, nahezu einen pragmatisierten Posten. Er hat mir einen der schönsten Sätze gesagt, die ich in letzter Zeit gehört habe: Herr Bürgermeister! Ich könnte mehr leisten. Ich möchte mich auf eigene Beine stellen. Ich möchte mehr aus meinem Leben machen. Ich möchte mich selbständig machen.

Natürlich habe ich ihm geholfen. Es war außerordentlich schwierig. Zuerst half ich mit einer Testwerkstätte, damit er ja nicht einfährt. Die Schwierigkeiten waren oft so groß, daß der junge Mann beinahe schon das Handtuch werfen wollte. Aber heute ist er mit seinem Betrieb fertig. Natürlich hat er auch hohe Kredite aufnehmen müssen. Kredite haben nun einmal das Unangenehme, daß man sie auch zurückzahlen muß. Aber heute beschäftigt er schon acht junge Leute. Mit ihm und seiner Frau sind es zehn Personen. Genau das brauchen wir in unserer Gegend! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich komme aus dem Raum Eisenwurzen. Herr Abgeordneter Fauland, Sie werden das wissen. Nach dem Krieg waren dort 5 000 Bergleute am Erzberg beschäftigt. Vor kurzem haben wir „Barbara“ gefeiert. Ich feiere das mit diesen Leuten immer gern. Jetzt sind es nur mehr 1 600 Leute; 1 600 und 300 Angestellte. Wo wären denn diese Leute jetzt angestellt, wenn wir nicht im Bezirk Liezen 3 000 Klein- und Mittelbetriebe hätten? Dort sind diese Leute untergekommen. Ich habe es mir ausgerechnet: Es sind 75 Prozent

Lußmann

der Beschäftigten, wenn man die Leute vom öffentlichen Dienst ausklammert. Das sind Fakten. Sie lassen sich weitgehend auch vielfach auf ganz Österreich umsetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Selbständige Existenzgründungen, wie mein kleiner Mechaniker in Gams, sind ja ein Wunder geworden. Im Gegenteil. Der „Zeitschrift für Wirtschaft und Finanzen“ vom 4. Dezember dieses Monats entnehme ich, daß heuer 206 700 Selbständige weniger sind als 1970, davon 71 300 gewerbliche Selbständige. Das heißt, daß 56 Selbständige täglich resignieren und insgesamt nur mehr 15 Prozent aller Erwerbstätigen derzeit selbständig sind.

Ja, meine Damen und Herren, so kann es doch nicht weitergehen, sonst geht es uns wie in den Oststaaten, wo man zunächst auch den Mittelstand „abgemurkst“ hat und wo jetzt — ich weiß nicht, wieweit Ihnen das bekannt ist — in Ungarn bereits 90 000 Kleinstunternehmen wieder reprivatisiert wurden. Man will sie auf 150 000 Betriebe aufstocken, die drei Jahre steuerfrei arbeiten, damit sie richtig auf die Beine kommen.

Meine Damen und Herren! Wir von der Volkspartei verlangen eine Politik, die diesen Trend zumindest so rasch wie möglich aufhält. Wir machen auch diesbezüglich eine aktive Politik durch Einbringung eines Mittelstandsgesetzes, wie das heuer im Jänner dieses Jahres erfolgt ist. Herr Minister, es wird auch für Sie und für die Bundesregierung die Stunde der Wahrheit, wie ernst Sie dieses Mittelstandsgesetz nehmen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

240 000 mittlere und kleinere Unternehmen mit rund 2 Millionen Mitarbeitern werden sehr ernst beobachten, inwieweit man ihren Anstrengungen Rechnung trägt. Denn das ist meiner Meinung nach die weitaus größte wirtschaftliche Potenz in unserem Lande. Von ihrer Existenz hängt in höchstem Ausmaß auch unser wirtschaftliches Überleben ab und damit auch unsere Freiheit im Sinne eines unabhängigen Staates. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch** *(der die Verhandlungsleitung übernommen hat)*: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Landgraf. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Landgraf** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn auch die Zeit etwas fortgeschritten ist, so werde ich doch kurz eines noch nachholen. Ich werde, Herr Minister, das, was ich mir für heute zurechtgelegt habe, im neuen Jahr nachholen und darf dann darüber noch sprechen.

Ich vermisste nur eines, meine sehr geehrten

Damen und Herren, was heute, obwohl so viel über den Fremdenverkehr gesprochen wurde, noch nicht gesagt wurde. Wir haben bis zum September etwa 61,6 oder 62 Milliarden Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr. Dabei bitte ich doch zu beachten, daß das nur gewährleistet werden konnte in Zusammenarbeit, aber vorwiegend durch die Leistung jener Menschen, die in der gewerblichen Wirtschaft, im Fremdenverkehr tätig sind. Wir haben 122 000 Mitarbeiter in unseren Betrieben beschäftigt, und in mehr als 65 000 Betrieben, davon wieder zu 75 Prozent Familienbetriebe, wird diese Leistung erbracht. Ich möchte es nicht verabsäumen, daß ich von dieser Stelle aus meinen Kollegen und in erster Linie allen Wirtinnen und allen Mitarbeitern für diese geleistete Arbeit danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Graf.

Abgeordneter **Graf** (ÖVP): Ich ziehe meine Wortmeldung zurück und komme nach Ihnen, Herr Minister.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Das ist hier nicht eingetragen. Natürlich, Herr Minister, darf ich bitten.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Staribacher**: Hohes Haus! Ich möchte natürlich auf die Fragen, die das Handelsministerium betreffen, eingehen und mich zuerst bedanken, daß fast keine Kritik am Budget des Handelsministeriums erfolgt ist; dies sicherlich deshalb, weil es ja so ist, daß wir gegenüber 1970, als das Budget 487 Millionen Schilling betragen hat, heute über 2 Milliarden Schilling haben, nämlich 2,1 Milliarden Schilling und nicht, wie der Herr Abgeordnete Sallinger gemeint hat, 1 950 Millionen Schilling. Ich bitte daher die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, dies Herrn Präsident Sallinger mitzuteilen.

Tatsache ist, daß es möglich war ... *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich bitte um Entschuldigung, Herr Präsident, Sie haben leider die Zahlen von heuer verlangt. Im nächsten Jahr werden es 2,1 Milliarden Schilling im Budget sein, die dem Handelsministerium zur Verfügung stehen. Wir werden dieses Geld selbstverständlich primär dazu verwenden, um der österreichischen Wirtschaft und ganz besonders den Klein- und Mittelbetrieben die notwendige Unterstützung zu geben.

Ich darf, meine Damen und Herren, doch einmal festhalten, daß wir für die Klein- und Mittelbetriebe in den siebziger Jahren mehr getan haben, als jemals bis 1970 geschehen ist. Ich bin auch überzeugt, daß wir das auch in den

Bundesminister Dr. Staribacher

achtziger Jahren machen werden, denn wir haben 1970 — auch auf das darf ich verweisen — in der BÜRGE einen Kreditrahmen von 1 390 Millionen Schilling gehabt. Dann mußte die BÜRGE ja von meinem Amtsvorgänger mangels Kapitalzuschüssen gesperrt werden. Wir werden heuer auf über 11 Milliarden Schilling kommen, also eine beträchtliche Erhöhung des Kreditrahmens, die die BÜRGE und das Handelsministerium mitfinanzieren. Sie wissen, die BÜRGE ist ausschließlich für die Klein- und Mittelbetriebe.

Was die Frage betrifft, die der Herr Präsident Sallinger angeschnitten hat: Die Enquete wird es zeigen — das hat ja auch der Herr Abgeordnete Lußmann gemeint —, hier wird die Stunde der Wahrheit für die Regierungspartei sein. Es ist für uns seit 1970 eine Stunde der Wahrheit gewesen, weil wir damals eben dem Klein- und Mittelbetrieb sofort eine ungeheure Priorität eingeräumt haben und weil wir dadurch imstande waren, tatsächlich die notwendigen — und das ist das entscheidende — Mittel für diese Klein- und Mittelbetriebe zur Verfügung zu stellen.

Denn es ist für mich keine Diskussion, ob es Mittelstandsgesetz heißt — da frage ich mich immer: Wo ist der Unterstand und wo ist der Oberstand? —, sondern es ist für mich die Frage, was für die Klein- und Mittelbetriebe geschehen ist und was in Zukunft für die Klein- und Mittelbetriebe geschieht. Da bin ich mit der Handelskammer vollkommen konform. Wir haben sehr viel getan, und wir werden in Zukunft noch mehr tun für diese Klein- und Mittelbetriebe. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Graf.)*

Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Graf! Dafür haben der Präsident Sallinger und die Frau Tichy-Schreder applaudiert, und das ist mir mindestens genauso wertvoll wie der Applaus meiner Fraktion. Das muß ich Ihnen schon in diesem Punkt hier sagen.

Was nun die Frage betrifft, daß die Handelskammer sowie auch die Wirtschaftsforschungsinstitute stets Konjunkturforschung betreiben und sich jetzt auch überlegen, wie sich die Konjunktur in Zukunft entwickeln wird, so kann ich nur feststellen, daß es möglich war gerade durch die Tatsache der schlechten Wirtschaftsprognosen, die es bis jetzt von den Wirtschaftsforschungsinstituten gegeben hat, daß wir diese durch Maßnahmen der Bundesregierung immer so beeinflussen konnten, daß am Jahresende diese schlechte Prognose letzten Endes nicht durchgedrungen ist, sondern daß — und das freut mich, weil die Unternehmer ja genauso optimistisch sind — sich dann die Optimisten durchgesetzt haben und wir Jahr für Jahr besser abgeschnitten haben, als die

Wirtschaftsprognostiker uns prophezeit haben. Allerdings, gebe ich zu, mit einer einzigen Ausnahme, als weltweit die große Rezession gekommen ist, wo auch in Österreich eine gewisse Nachwirkung zu verspüren gewesen ist.

Herr Abgeordneter Stix! Sie meinten, daß es jetzt notwendig wäre, die Strukturbereinigung in Österreich weiter voranzutreiben. Sie haben recht. Aber eines möchte ich schon sagen, nämlich daß wir in dem vergangenen Jahrzehnt eine ungeheure Strukturbereinigung durchgeführt haben und daß wir uns letzten Endes durch die Umschichtung in der österreichischen Wirtschaft diesen bedeutenden Platz in Europa erobert haben. Anders wäre das ja gar nicht möglich gewesen. Hätten wir die Strukturbereinigung nicht durchgeführt, wären wir im Export nicht so tüchtig gewesen und hätten wir den Weltmarkt nicht so gut erobern können. Ich gebe zu, wir werden uns sehr, sehr anstrengen müssen, weil wir bekannterweise noch weiter expandieren wollen. Aber es ist nur durch die Strukturbereinigung möglich gewesen, diese Entwicklung durchzuführen.

Wenn Sie jetzt meinen, General Motors hätte keinerlei Einfluß auf die entsprechende Expansion zum Beispiel unseres Exportes, dann stimmt das ja nicht — es stimmt nicht die Meinung des Herrn Abgeordneten Dittrich zum Beispiel —, weil sich gerade durch General Motors, die 98 Prozent ihrer Produkte exportieren werden, unsere Handelsbilanz und Zahlungsbilanz wesentlich verbessern werden. Und auf das kommt es letzten Endes an.

Wenn Sie meinen, die Zulieferer wären sonst auch beschäftigt gewesen, dann stimmt das eben nicht. Die Zulieferer zu General Motors werden größtenteils österreichische Betriebe sein, wenn sie natürlich den notwendigen Standard haben. Nur um ein Beispiel zu sagen: Sie kennen die Problematik in Herzogenburg in der Gießerei und so weiter, und gerade dort wurden jetzt im Hinblick auf die Verträge, die man mit General Motors abgeschlossen hat, entsprechende Investitionen getätigt und entsprechende Arbeitsplätze gesichert. An vielen anderen Beispielen könnte ich Ihnen zeigen, daß wir durch diese Zulieferindustrie zu den Autofabriken eine wesentliche Arbeitsplatzsicherung durchgeführt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben ja bekanntlich nicht nur die Zulieferer zu General Motors, wir liefern ja heute, weil wir bis jetzt keine eigene bedeutende Pkw-Produktion gehabt haben, nach Deutschland, nach England und anderen Staaten entsprechende Zulieferteile, um dort für unsere Zahlungsbilanz einen kleinen Ausgleich zu kriegen

Bundesminister Dr. Staribacher

für die ungeheuren Autoimporte, die wir nach Österreich tätigen.

Da ein ganz offenes Wort: Immer wieder wird auf das Handelsbilanzdefizit verwiesen. Gar keine Frage. Aber wie entsteht das Handelsbilanzdefizit außer den berühmten 50 Milliarden Schilling, die wir an Energieeinfuhren haben? Auch durch Einfuhren von Autos in ganz beträchtlichem Ausmaß. (*Abg. Graf: Natürlich!*) Ja, das ist ja auch zu begrüßen, Herr Abgeordneter Graf. Das wissen wir ja. Aber natürlich bedeutet das, daß wir zuerst die notwendigen Arbeitsplätze haben müssen, damit die Leute verdienen, damit sie sich die Autos leisten können. Und das ist uns eben in den vergangenen zehn Jahren geglückt. Durch den gehobenen Lebensstandard haben wir größere Importbedürfnisse, und diese größeren Importbedürfnisse schlagen sich eben dann in unserer Handelsbilanz nieder. Wir müssen daher unseren Export fördern und dadurch das Handelsbilanzdefizit so gering wie möglich halten. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Graf: Bis die General Motors das bei uns kaufen, was wir ihnen schenken, wird noch viel Wasser die Donau hinunterfließen! — Abg. Dr. Mock: Das werden Sie nicht mehr erleben!*)

Aber ich werde es sicherlich erleben, Herr Abgeordneter Dr. Mock. Mir ist schon so oft gesagt worden, daß ich das nicht mehr erleben werde, und ich habe das noch alles erlebt. Also das ist nicht meine Sorge. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aber weil Sie meinen: Bis General Motors das abgearbeitet hat (*Abg. Graf: Gekauft hat!*), natürlich, um das geht es ja, gekauft hat. Herr Abgeordneter Graf, Sie werden sich wundern, das wird verhältnismäßig sehr bald sein, weil bekannterweise General Motors eine Firma ist, die, international gesehen, nur dort Fabriken errichtet und so viel Geld investiert — denn es ist ja nicht wahr, daß sie kein Geld investiert, denn das Drittel Subvention, das sie ungefähr bekommen hat, bedeutet ja noch immer, daß sie zwei Drittel ... (*Ruf bei der ÖVP.*)

Da komme ich gleich auf das Eigenkapitalproblem zu sprechen. Natürlich ist es gar keine Frage, daß es für einen österreichischen Unternehmer entscheidend ist, wie groß sein Eigenkapital ist, weil er bekannterweise, je größer sein Eigenkapital ist, umso leichter Rezessionen, Rückschläge aufnehmen kann. Ob General Motors 100 000 S Eigenkapital oder 1 Millionen Schilling Eigenkapital hat, ist in diesem Fall für dieses große Projekt in meinen Augen unerheblich, weil bekannterweise General Motors als internationaler Konzern und als ungeheurer Multi imstande ist, jederzeit das notwendige Kapital aufzubringen, um die Pro-

duktion hier zu sanieren (*Abg. Dr. Mock: Zu sanieren?*), zu finanzieren und letzten Endes durchzustehen. Betrachten Sie die japanische Industrie, die hat den geringsten Eigenkapitalanteil, den man überhaupt auf der Welt kennt, und ist trotzdem die expansivste Industrie.

Es kommt nämlich nicht auf den Kapitalbesitz an, es kommt darauf an, welche Produkte man verkauft, welche Produkte man erzeugt und wie man am Weltmarkt liegt. Und das ist bei General Motors bekannterweise sehr gut, sonst wären sie in Amerika schon längst pleite gegangen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Was nun die Frage betrifft, die der Herr Abgeordnete Dittrich bei mir hier ganz besonders angesprochen hat, nämlich die Erhöhung der Textileinfuhrscheingrenze von 4 000 S auf 20 000 S, was ein Präsidialbeschluß der Bundeshandelskammer ist: Ich kenne ihn, ich weiß auch, wie er zustande gekommen ist, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. Nur bitte ich, nicht zu sagen, es sei die Gewerkschaft, die dagegen ist. Es ist auch die Industrie, die hier die größten Bedenken hat, diese Erhöhung durchzuführen. Und was noch sehr wichtig ist: Die Bundesländer, die das exekutieren, sagen mir, eine Erhöhung wäre so schlecht, daß es zweckmäßiger wäre, man solle den gesamten Textileinfuhrschein zum Verschwinden bringen. Wenn das die Meinung der Bundeshandelskammer ist, daß man es zum Verschwinden bringen soll, dann soll man mir das mitteilen. Eine Erhöhung kommt deshalb für mich jetzt momentan nicht in Frage, weil die Bundesländer, die sie exekutieren müssen, das entschieden abgelehnt haben.

Was nun die Frage betrifft, die der Herr Abgeordnete Taus hier releviert hat, indem er meinte, es gibt die große theoretische Richtung der Keynesianer und der Monitaristen, also Friedman auf der einen Seite und Keynes auf der anderen Seite: Er hat sich zu Keynes bekannt, das freut mich, aber ich kenne ihn ja lange genug. Ich weiß ja, daß er in der Beziehung keine Schwierigkeiten auf unserer Seite hätte. Auf Ihrer Seite hat er sie eine Zeitlang gehabt, das hat sich inzwischen ... (*Abg. Dr. Mock: Na geh!*) Ja freilich, aber natürlich, aber ich zähle keine Leichen, Herr Abgeordneter Mock. Entschuldigen Sie, wir haben im Kummer-Institut lang und breit diskutiert, da war er natürlich noch kein Parteiohmann, daher weiß ich ja, welche Schwierigkeiten der ÖAAB gehabt hat, sich innerhalb der Österreichischen Volkspartei durchzusetzen. (*Abg. Dr. Mock: Das hat sich geändert!*) Ein bißchen hat es sich schon geändert, natürlich, das gebe ich schon zu. Heute hat die Wirtschaft bei Ihnen weniger zu reden. (*Abg. Dr. Mock: Keinesfalls!*) Aber damit ist noch lange nicht gesagt,

Bundesminister Dr. Staribacher

daß sich die Politik geändert hat, Herr Abgeordneter. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Tatsache ist, daß es heute von seiten der Monetaristen Friedmans, also, wie es so schön heißt, der Chicago-Boys, die heute ja weltweit in der konservativen Welt Politik machen, siehe Margaret Thatcher in England, die das ja bis zum Extrem ... *(Abg. Graf: Ist das auch ein Chicago-Boy?)* Nein, nein, das ist kein Chicago-Boy, nur macht sie die Politik der sogenannten Chicago-Boys. Aber bitte, wenn Sie mir nicht glauben, fragen Sie Ingenieur Seidl, den Handelskammer-Vizepräsidenten, der wird Ihnen sicherlich sofort beweisen, daß dort die Politik der Monetaristen Schiffbruch erlitten hat. Das steht eindeutig fest. Sie wissen ja, daß selbst die konservative Partei ganz schwere Richtungskämpfe innerhalb ihres Parteitages gehabt hat, ob man diese Politik fortsetzen soll. Es ist für uns erfreulich, wenn sie selbst meinen, wie Herr Abgeordneter Taus sagte, hier in Österreich wäre dieser Weg falsch. Aber er meinte ... *(Abg. Dr. Taus: Die Labour Party hat sich auch ganz schön vertan!)* Die Labour Party hat mit den Monetaristen überhaupt nichts zu tun gehabt, das werden Sie mir doch hoffentlich zugeben, Herr Abgeordneter Taus, sondern das ist ein Richtungskampf innerhalb der konservativen Partei. Ich gebe schon zu, daß die Labour Party momentan andere Probleme auch hat. Aber wir diskutieren ja über das Problem des Keynesianismus und des Monetarismus.

Eines steht aber bitte fest, und das muß ich auch sagen, Herr Abgeordneter Taus, damit hier nicht eine Politik charakterisiert wird, die die Sozialistische Partei nicht gemacht hat: Sie meinen, daß die Sozialistische Partei die gemeinsame Energiepolitik vom Tisch gewischt hat. Sie wissen genau, wie das gewesen ist, und ich darf hier rekapitulieren:

Es war so, daß Ihrerseits Wünsche und Vorschläge — Anträge kann ich nicht sagen, weil sie nicht im Haus waren — gemacht wurden und daß der Herr Bundeskanzler erklärt hat: Einverstanden, darüber kann hier im Parlament gesprochen werden. Das heißt, es war immer die Rede davon, daß diese Probleme hier im Parlament besprochen werden, und es wurde daher auch hier im Parlament — es handelt sich um das Atomproblem und um Atomkraftwerke — darüber verhandelt, und das wird auch weiterhin so geschehen.

Herr Abgeordneter Westreicher! Sie meinen also, 1970 hätte die Sozialistische Partei zum Fremdenverkehr eine einzige Einstellung gehabt: Das ist die Domäne der Schilehrer und der Stubenmädchen, und Österreich soll nicht ein Reich der Schilehrer und Stubenmädchen werden. Das stimmt beim besten Willen nicht.

Es gibt sicherlich auch in unserer Partei — das streite ich gar nicht ab — einen Teil der Mitglieder oder, wenn Sie wollen, auch Exponenten, die auf dem Standpunkt stehen, die Industrialisierung sei mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln voranzutreiben, wenn Sie wollen, unter Hintanstellung des Fremdenverkehrs. Das ist aber nicht die Politik der Bundesregierung. In den vergangenen zehn Jahren haben wir bewiesen, daß wir zwar die Industrialisierung nicht vernachlässigt, aber den Fremdenverkehr und den Tourismus in einer Weise unterstützt haben, wie das, wie Sie selbst zugeben, noch nie der Fall gewesen ist. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kern: Staatssekretär Schober hat gestern eine neue Besteuerung des Fremdenverkehrs vorgeschlagen!)*

Ich bin davon überzeugt, daß Sie das mißverstanden haben. Außerdem ist für die Besteuerung noch immer der Finanzminister zuständig, und Sie wissen, wir haben eine sehr strenge Kompetenzabgrenzung in dieser Regierung. Bei uns redet einer dem anderen nicht drein. Das ist ja mit auch der Grund, warum wir die zehn Jahre so gut überstanden haben zum Unterschied von den Jahren vorher. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Westreicher, Sie haben erklärt, daß der Fremdenverkehr 16 000 Lehrlinge hat. Das ist richtig. Wir haben jetzt insgesamt 193 000 Lehrlinge in Österreich beschäftigt, wie der Herr Abgeordnete Mühlbacher schon gesagt hat. Das ist für uns ein erfreuliches Zeichen, denn auch hier darf ich doch darauf verweisen, daß man prognostiziert hat, daß diese Regierung niemals imstande sein wird, Voraussetzungen zu schaffen, daß alle Lehrlinge einen Beruf erlernen können, daß die Jugendlichen überhaupt unterkommen werden.

Ich stehe gar nicht an zu sagen, daß das nicht allein Aufgabe der Regierung wäre oder vielleicht gar ein Erfolg der Regierung, sondern es ist das Zusammenwirken der Handelskammer mit dem Handelsministerium, der Wirtschaft, wenn Sie wollen, mit der Regierung, daß wir dieses Problem gemeinsam gelöst haben. Herzlichen Dank, wir haben es gelöst.

Prognostiziert haben Sie natürlich etwas ganz anderes. Ich erinnere insbesondere an die Wahlauseinandersetzung 1975, an das Plakat — ich kenne Ihr Plakat noch ganz genau —: Skandal Nummer eins: Diese Bundesregierung ist nicht imstande, das Lehrlingsproblem zu lösen. Wir haben es gelöst, gemeinsam, herzlichsten Dank, 193 haben wir untergebracht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Herr Präsident Sallinger hat eingeleitet, daß er erklärt hat, die

Bundesminister Dr. Staribacher

Handelskammer hat durch Umfrage festgestellt, daß in den Konjunktorgesprächen die Unternehmer optimistisch sind und glauben, daß wir auch die achtziger Jahre lösen werden. Ich kann mich dieser Meinung nur anschließen. Wir haben die siebziger Jahre bestens gelöst, wir werden auch die achtziger Jahre mit den Unternehmern — dafür bin ich in der Regierung zuständig — gemeinsam lösen, und ich zweifle gar nicht, daß es möglich sein wird, die Erfolge der siebziger Jahre auch in den achtziger Jahren wieder zu erreichen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster ist jetzt aber wirklich der Herr Abgeordnete Graf gemeldet.

Abgeordneter **Graf (ÖVP)**: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Der voraussichtlich letzte Redner zu dem Thema von dem Pult aus hat die einigende Kraft, die Abneigung aller auf sich zu lenken, denn es interessiert Sie nicht, was sagt er, sondern wie lang er noch hier ist.

Meine Damen und Herren, ich bin mir dessen völlig bewußt, aber ich sehe mich dennoch veranlaßt, im Ton gemäßigt aber in aller Härte einige Kritikpunkte zusammenzufassen. Aber bevor ich das tue, Herr Handelsminister: Sie haben, zwar im Ton moderat, mich aber doch herausgefordert. Ich würde daher eines glauben: Fühlen Sie sich bitte mit kritisiert, ohne daß ich darauf eingehe. Es wird zu einem späteren Zeitpunkt diese Möglichkeit bestehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Am Schluß der Budgetdebatte möchte ich namens der Österreichischen Volkspartei zuerst fünf Kritik-schwerpunkte der Österreichischen Volkspartei zusammenfassen, was dieses Budget anlangt.

Der erste Schwerpunkt der Kritik, wir haben ihn bei der Budgetvorstellung aufgestellt, und ich kann ihn aufrechterhalten: Das Budget 1981 ist kein Sparbudget, sondern ein Belastungsbudget. Ich zitiere Ihnen hiezu das Wirtschaftsforschungsinstitut: „Die Verringerung des Defizits“ — so schreibt dieses Institut — „wird weniger durch eine zurückhaltende Ausgabenpolitik als durch zusätzliche Einnahmen angestrebt. Die Einführung neuer Steuern, die Erhöhung bestehender Steuern und Gebühren sowie die Progressionswirkung in der Lohn- und Einkommensteuer werden im kommenden Jahr die Entzugseffekte der inlandswirksamen Einnahmen fühlbar erhöhen.“

Und an einer anderen Stelle, meine Damen und Herren, noch immer zum selben Punkt, ist zu lesen: „Die vom Bund insgesamt eingehobenen Steuern, die realistisch geschätzt sind, stei-

gen 1981 um 10,7 Prozent auf 262,4 Milliarden Schilling. Die Steuerquote erhöht sich dadurch spürbar von 23 Prozent 1980 auf 24 Prozent 1981.“

Meine Damen und Herren! Die Erhöhung um einen Prozentpunkt bedeutet Steuermehreinnahmen von 10,6 Milliarden Schilling für die Bundesregierung. Durch Nichtanpassung der Lohn- und Einkommensteuer, durch Einführung neuer Steuern und Tarifierhöhungen werden somit mit diesem Budget rund 14 Milliarden an Mehreinnahmen für diese Regierung erschlossen.

Insgesamt dürften die diskretionären Maßnahmen — diese sind neue Steuern und Erhöhung bereits bestehender Steuern — Mehreinnahmen von 4,5 Milliarden Schilling erbringen.

Es läßt sich also deutlich erkennen, daß der Abbau des Nettodefizits, wenn er überhaupt stattfindet, primär von der Einnahmenseite her erfolgt und nicht durch die Sparsamkeit der Bundesregierung. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich komme zum zweiten Kritikschwerpunkt unserer Partei: Keine langfristige Sanierungsstrategie ist erkennbar. Und ich zitiere wieder das Wirtschaftsforschungsinstitut: „Trotz der Verringerung des Nettodefizits bleibt der Budgetspielraum weiter eng. Das läßt sich einmal daran erkennen, daß das Bruttodefizit 1981 höher sein wird als 1980 und der Finanzschuldenaufwand und verschiedene Aufgaben, die nicht unmittelbar nachfragewirksam sind, weiterhin kräftig steigen. Dazu kommt, daß ein Teil der Maßnahmen, die zur Verringerung des Nettodefizits beigetragen haben, nur kurzfristig wirkt und nicht in dem Ausmaß wie 1981 ständig wiederholt werden kann. Das gilt insbesondere für bestimmte Umschichtungen und für einzelne Einnahmen.“

Gemeint habe ich damit Münzeinnahmen und insbesondere eine automatische Steuererhöhung durch die Nichtanpassung der Lohn- und Einkommensteuer, die, meine Damen und Herren, 1981 zusätzliche Einnahmen in der Höhe von mehr als 4 Milliarden Schilling zu Lasten des kleinen Mannes in Österreich erbringen wird.

Der dritte Schwerpunkt der Kritik der Volkspartei: Dieses Budget ist kein Beitrag zur Sicherung der Vollbeschäftigung. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der Bundesvoranschlag 1981 läßt erkennen, daß der Bund trotz Konjunkturabschwächung — das Wirtschaftsforschungsinstitut wird die Wachstumsprognose für Österreich von 1 Prozent auf voraussichtlich null Prozent reduzieren müssen — sowohl das Nettodefizit als auch den inlandswirksamen Abgang weiter zu ver-

Graf

ringern versucht. Der Bund, auf den rund 20 Prozent der Gesamtnachfrage nach Bauleistungen entfallen, wird damit den Rückgang der realen Wertschöpfung in der Bauwirtschaft 1981 nicht mildern können.

Ich komme zum vierten Schwerpunkt der Kritik der Österreichischen Volkspartei: keine Wachstumsimpulse durch das Budget 1981. Der Anteil der Investitionsausgaben an den Gesamtausgaben geht 1981 auf 7,7 Prozent zurück; es waren 1979 7,9. Die Zahl der Bediensteten, meine Damen und Herren, wird um etwa 0,7 Prozent erhöht und nimmt damit stärker zu als in der gesamten Wirtschaft dieses Landes.

Und schließlich der fünfte Schwerpunkt der ÖVP-Kritik: die Benachteiligung der Klein- und Mittelbetriebe Österreichs durch die Nichtvornahme der Lohn- und Einkommensteueranpassung und damit Gefährdung einer regional ausgewogenen Beschäftigung. Die Wirtschaftsförderung, meine Damen und Herren, von der Sie sehr viel reden, kommt primär Großbetrieben in Zentralräumen zu und vernachlässigt strukturiert schlecht angeordnete Gebiete im ländlichen Raum. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist beim Studium diesbezüglicher Kapitel des Budgets festzustellen: Sprunghaft ausgeweitet werden die Mittel zur Investitionsförderung, aber in der Investitionsförderung durch Kapitaltransfers fällt die Förderung von General Motors besonders ins Gewicht, und zwar negativ.

Bei Zinsenzuschüssen, für die insgesamt 2,1 Milliarden präliminiert sind und die im Vergleich zu 1980 um fast die Hälfte höher sind, bestehen erhebliche Unterschiede. Für einzelne Aktionen, meistens strukturerhaltend, sind die Mittel erheblich aufgestockt worden, während für die Zinsenzuschüsse nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz und für die Landwirtschaft hingegen die Mittel im Vergleich zu 1980 im besten Falle nur gleichgeblieben sind. Das bedeutet, meine Damen und Herren, keine Impulse für eine regional ausgewogene Beschäftigungssicherung. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und nun noch ganz kurz einige strukturelle Überlegungen. Wir von der Österreichischen Volkspartei, meine Damen und Herren, halten das Budget von 1981 für verfehlt, weil es keine neuen Wege zur aktiven Bewältigung unserer wirtschaftlichen Situation, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur und damit zur mittelfristigen Beseitigung unserer Leistungsbilanzschwierigkeiten aufzeigt.

Meine Damen und Herren! Es versprach der Bundeskanzler 1970 die Modernisierung der österreichischen Wirtschaft, 1975 kündete der

Staatssekretär Veselsky strukturelle Maßnahmen an, und in der Budgetrede 1981 kündigte der Herr Finanzminister neuerlich eine Strukturpolitik an. Ich glaube aber, sagen zu können, daß der Finanzminister nicht das meinte, was bei der Sanierung der Papierfabrik Brigl & Bergmeister vorgenommen wurde. Denn Strukturpolitik, meine Damen und Herren, ist nicht in sich geschlossen, sondern bedeutet ein breites Spektrum wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die von der Steuerpolitik über Forschungs- und Förderungspolitik bis in die Bildungspolitik reichen, und jede Wirtschaftspolitik ist somit Strukturpolitik.

Somit haben auch bei Betrachtung dieses Budgets zehn Jahre sozialistischer Wirtschaftspolitik einen nachhaltigen Einfluß auf die österreichische Wirtschaftsstruktur gehabt, sowohl branchenmäßig als auch regional — aber negativ. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wenn in der soeben vorgestellten Studie zur Leistungsbilanz festgestellt wird, daß auf diesem Gebiet zu wenig und auch noch falsche Maßnahmen gesetzt wurden, so bedeutet das, daß Strukturpolitik zwar existiert, in ihrer Wirkung aber durch ihre Ausübung äußerst problematisch ist.

Meine Damen und Herren! Noch einige Sätze. Ich glaube, daß auch dieses Budget fortsetzt einseitige Direktförderungen, Begünstigung eines Gigantomanius, ein leistungsfeindliches Steuersystem und ein Forschungsdefizit durch die Nichtverwirklichung der steuerlichen Forschungsförderung.

Auch hier haben die letzten zehn Jahre nicht nur zu einem Schrumpfen des industriellen Sektors geführt, sondern Sie haben den früheren Wachstumsmotor sukzessive in einen „Strukturklotz“ umgewandelt. Das ist Ihr „Verdienst“, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Anteil der Grundstoffindustrie ist im Vergleich zu anderen Ländern relativ zu hoch, das Exportpotential ist nicht voll ausgeschöpft, und der Anteil der Industrieinvestitionen hat sich auf 23 Prozent des Sozialproduktes reduziert, das ist ungefähr dem Industrialisierungsanteil von 1937 hochzurechnen. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Und nun, meine Damen und Herren: Für die Österreichische Volkspartei heißt die Förderung des strukturellen Wandels — lassen Sie mich das abschließend aufzählen — die Schaffung eines leistungsfreundlichen Steuersystems, die Verbesserung der Eigenkapitalbasis durch Entdiskriminierung der Beteiligungsfinanzierung, die Wiederermöglichung einer ausreichenden Eigenvorsorge durch Rückgängigmachung der diskriminierenden Bestimmungen des 2. Abgabenänderungsgesetzes 1977.

Graf

Wir wünschen zur Behebung dieser Schwierigkeiten die Förderung einer dynamischen Regionalpolitik, und zwar durch Neugründung industrieller Mittelbetriebe in Problemzonen, durch eine wirksame Infrastrukturpolitik in denselben Problemzonen, ein breitgefächertes System von Existenzgründungshilfen, Jungunternehmerförderung, um jungen Menschen verstärkt die Möglichkeit zur Gründung einer selbstständigen Existenz als Unternehmer oder Freiberufler zu gewährleisten, und letztlich Entlastung der Betriebe von staatlicher Verwaltungsarbeit, wie es das ÖVP-Mittelstandsgesetz vorsieht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Allen diesen Bemerkungen und allen diesen Vorschlägen wird der Budgetentwurf 1981 in keiner Weise gerecht. Mit dem Budgetentwurf 1981 wurde somit eine weitere Chance vertan, durch eine echte Vorwärtsstrategie unsere wirtschaftliche Zukunft zu bewältigen.

Ich darf abschließend für meine Fraktion feststellen: Wir haben uns in der Beurteilung dieses Budgets nicht getäuscht. Am Ende der Budgetdebatte sehe ich eher mehr Gründe, dem nicht zuzustimmen, als wir sie eingangs hatten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Generalberichterstatter wünscht ein Schlußwort. Bitte.

Generalberichterstatter Josef **Schlager:** Herr Präsident! Hohes Haus! Nach den Schlußabstimmungen werden wir die arbeitsreichste Zeit der Parlamentsarbeit, die Zeit der Budgetberatungen, hinter uns und, wie ich glaube, einen wohlverdienten Urlaub vor uns haben.

Wenn ich als Generalberichterstatter von meinem Recht eines Schlußwortes Gebrauch mache und um Ihre Aufmerksamkeit bitte, dann deshalb, weil ich zusammenfassend die geleistete Arbeit aufzeigen möchte.

Drei Schwerpunkte möchte ich in aller Kürze herausheben: die Erstellung des Budgets, die Arbeit im Finanzausschuß und die Arbeit im Plenum des Nationalrates.

Das Gesamtbudget mit 335 Milliarden an Einnahmen und 285 Milliarden an Ausgaben wurde beraten.

Diese Summen sind in 15 Spezialberichten verankert. Davon hat das Bundesfinanzgesetz 200 Seiten, der Arbeitsbehelf fast 400 Seiten, und die 27 Teilhefte haben rund 3 200 Seiten.

Rund 23 000 Verrechnungsposten sind im Postenverzeichnis und rund 1 700 in finanzgesetzlichen Ansätzen festgehalten.

Aus diesen Zahlen kann man entnehmen, meine Damen und Herren, wieviel Arbeit in einer verhältnismäßig kurzen Zeit in den Ministerien, in den Druckereien, in der Parlamentsdirektion und in den Klubs der Parteien geleistet werden mußte.

Aus diesen Zahlen kann man aber auch erkennen, welcher Zeitaufwand bei den Abgeordneten des Hauses erforderlich war, um die einzelnen Sachgebiete durchzuarbeiten und die entsprechenden Fragen für die Ausschußarbeit im Finanz- und Budgetausschuß vorzubereiten.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat in acht Tagen mit einer Gesamtdauer von 65½ Stunden das Budget durchberaten.

In dieser Beratungszeit hatten den Vorsitz geführt:

der Abgeordnete Mühlbacher an 8 Halbtagen mit 28 Stunden und 4 Minuten,

der Abgeordnete Dr. Zittmayr an 4 Halbtagen mit 15 Stunden und 29 Minuten,

der Abgeordnete Sandmeier an 2 Halbtagen mit 7 Stunden und 51 Minuten und

der Abgeordnete Pfeifer an einem Halbtage mit 4 Stunden und 36 Minuten.

Nebst der sachlichen, straffen und korrekten Vorsitzführung war bemerkenswert, daß die Vorsitzenden keinerlei Pausen bei den Verhandlungen eingeschoben haben.

Während der Verhandlungszeiten erfolgten insgesamt 249 Wortmeldungen, das waren um 9 Wortmeldungen mehr als 1979. Von diesen entfielen inklusive der Zweitmeldungen 133 auf die ÖVP, 86 auf die SPÖ und 30 auf die FPÖ.

Die längsten Wortmeldungen im Finanz- und Budgetausschuß erfolgten von den Abgeordneten Peter mit 24 Minuten, Höchtl mit 24 Minuten, Murer mit 22 Minuten und Dr. Leitner mit 21 Minuten.

Meine Damen und Herren! Ich habe auch diesmal versucht, die Anfragen an die Minister zu erfassen — eine schwierige, aber interessante Aufgabe. Schwierig deshalb, weil in mancher Hauptfrage ja weitere 3 bis 4 Nebenfragen verpackt waren.

Es waren insgesamt 1 120 Fragen. Die Minister bemühten sich, den Großteil dieser Fragen mündlich zu beantworten. Die meisten Anfragen wurden diesmal an die Frau Minister für Wissenschaft und Forschung mit 110 Anfragen gestellt, gefolgt vom Bundesminister für Unterricht und Kunst mit 108 Anfragen.

Die Minister haben sich 40mal und die Staatssekretäre 7mal zu Wort gemeldet.

Die längste Zeit zur Beantwortung der Fra-

Josef Schlager

gen benötigte der Innenminister mit 2 Stunden 42 Minuten, die kürzeste der Unterrichtsminister mit 58 Minuten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Da nach der ersten Runde der Anfragen schon immer mit der Beantwortung begonnen wurde, kann leicht ermessen werden, welche Arbeit vom Minister und seinen Beamten geleistet werden mußte.

Da ich innerhalb von zehn Jahren nun schon das vierte Mal die Funktion des Generalberichterstatters ausübe, kann ich mir das Urteil erlauben, daß die Verhandlungen im Budgetausschuß hart, sachlich, rationell und ohne Polemiken verlaufen sind.

Es ist erfreulich, daß vom ORF — ich glaube, das erstmal — in der Sendereihe „Hohes Haus“ die Arbeit in den Ausschüssen gewürdigt wurde. Gezeigt wurde die Arbeit im Ausschuß für Unterricht und Kunst, natürlich wird auch in allen anderen Ausschüssen gleich fleißig gearbeitet.

Im Hohen Haus wurde das Budget an 6 Tagen mit insgesamt 69 Stunden und 5 Minuten beraten. Diese Budgetberatungen wurden durch eine Sitzung für andere Vorlagen und zwei dringlichen Anfragen unterbrochen. Für die zwei dringlichen Anfragen wurden 7,5 Stunden benötigt. Im Zuge der Budgetverhandlungen im Hohen Hause meldeten sich 70 Abgeordnete der ÖVP, 51 Abgeordnete der SPÖ, 33 Abgeordnete der FPÖ zu Wort.

Es war erfreulich, festzustellen, daß sich die Abgeordneten bemühten, die freiwillige Redezeit von 20 Minuten einzuhalten. Die Redezeit für Hauptredner von 40 Minuten haben drei Abgeordnete nicht eingehalten, und zwar

der Abg. Dr. Haider mit 48 Minuten,

Abg. Dr. Keimel mit 46 Minuten,

Abg. Dr. Riegler mit 42 Minuten.

An die 20 Minuten hielten sich nicht die Abg. Kraft, Peter, Grabherr, Frodl, Steiner, Brandstätter, Fachleutner.

Am besten gelang die Einhaltung des Zeitlimits den Abgeordneten des Ausschusses für Verkehr, gefolgt vom Ausschuß für Landesverteidigung.

Am wenigsten gelang diese Zeiteinhaltung dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft. *(Abg. Peter: Der Generalberichterstatter verteilt doch keine Noten!)*

Bei der Stellungnahme der Minister im Hohen Haus hält der Bundesminister für Verkehr mit 7 Minuten, gefolgt vom Minister für Unterricht und Kunst mit 11 Minuten einsame Spitze, Verteidigungsminister Rösch hatte 20 Minuten in Anspruch genommen. *(Abg.*

Dkfm. Bauer: Wollen Sie einen Maulkorb verteilen oder was wollen Sie denn?)

Am längsten benötigten für diese Stellungnahme der Bundesminister für Justiz mit 61 Minuten, gefolgt vom Gesundheitsminister mit 40 Minuten und dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft mit 38 Minuten. In der letzten Stunde, Herr Abgeordneter Peter, habe ich nur sachliche Dinge und keinen Maulkorb je in den 15 Jahren der Tätigkeit in diesem Hause irgendwann einmal verteilt. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Als zu Beginn der Budgetberatungen im Hohen Haus der Wunsch geäußert wurde, die Berichterstatter mögen sich kürzer halten, wurde dieser Aufforderung sofort entsprochen und die Zeit von rund 7 oder 8 Minuten auf 3 bis 4 Minuten gesenkt.

Ein Abgeordneter hat die Präsenz bemängelt und hat gleich einsehen müssen, daß er bei der Abstimmung seines eigenen Entschließungsantrages nicht anwesend sein konnte. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Abgeordneten aller Parteien haben gerade vor Weihnachten aus ihrem Betreuungsgebiet eine Summe von Aufgaben und Interventionen, die alle noch vor Weihnachten erledigt werden sollen, mitbekommen und bemühen sich redlich, diese Wünsche zu erfüllen. *(Abg. Peter: Die Rede hält der Präsident, aber nicht der Generalberichterstatter!)* Besprechungen, die notwendig sind, müssen durchgeführt werden, daher ist die Präsenz in diesen letzten Tagen oft geringer als an anderen Tagen.

Der außerordentlich rege Besuch von Schulklassen auf der Galerie ist der deutliche Beweis dafür, daß die politische Bildung, wie es auch der Erlaß des Unterrichtsministers vorsieht, einen wesentlichen Bestandteil des Bildungsauftrages der Schulen darstellt und daß der Parlamentarismus im Rahmen der politischen Bildung den gebührenden und notwendigen Platz einnimmt.

Weiters war es erfreulich, daß auch viele Gruppen des bürgerlichen Berufsstandes, Gruppen von Betriebsräten aus Groß- und Kleinbetrieben und viele Gemeindefunktionäre an unseren Budgetberatungen auf der Galerie teilgenommen haben, denen ein herzlicher Dank gebührt.

Mit den besten Wünschen für die kommende Zeit dankt für Ihre Aufmerksamkeit Ihr Generalberichterstatter. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Präsident: Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Präsident

Ich lasse zunächst über die Beratungsgruppe IX des Bundesvoranschlages 1981 abstimmen.

Diese umfaßt das Kapitel 63 in 460 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit *a n g e n o m m e n*.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XI des Bundesvoranschlages 1981 in der Fassung des Ausschlußberichtes 547 der Beilagen.

Diese Beratungsgruppe umfaßt die Kapitel 50 bis einschließlich 57 samt dem zu Kapitel 50 gehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages, wie auch die Kapitel 59 und 74 bis einschließlich 76 in 460 der Beilagen.

Ich bitte auch hier jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit *a n g e n o m m e n*.

Zu Anlage III, Stellenplan, liegt ein Abänderungsantrag des Abgeordneten Hauser und Genossen vor.

Ich lasse zunächst darüber abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die der Anlage III in der Fassung des Abänderungsantrages zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit, somit *a b g e l e h n t*.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Anlage III, Stellenplan, in der Fassung der Regierungsvorlage.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit *a n g e n o m m e n*.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über das Bundesfinanzgesetz samt Titel und Eingang in 460 der Beilagen in der Fassung des Ausschlußberichtes 547 der Beilagen und die dazugehörenden Anlagen, soweit über diese nicht bereits abgestimmt wurde. Es sind dies:

die Anlagen I a bis I c — Gesamtübersichten, unter Berücksichtigung der Abänderungsanträge zu den Beratungsgruppen I, II, III und XI,

Anlage II a — Summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlages,

Anlage III — Stellenplan und

der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes sowie

der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes,

die beide je eine Anlage zum Bundesvoranschlag darstellen,

in 460 und Zu 460 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit in der zweiten Lesung angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit *a n g e n o m m e n*.

Das Budget für das Jahr 1981 ist somit verabschiedet.

Die Tagesordnung ist *e r s c h ö p f t*.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 918/J bis 974/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Dienstag, den 20. Jänner 1981, um 10 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

In dieser Sitzung findet eine Fragestunde statt.

Schlußansprache

Präsident: Hohes Haus! Geehrte Damen und Herren! Mit dem Ende der heutigen Sitzung sind wir gleichzeitig am Ende unserer Arbeiten in dem nur noch kurze Zeit dauernden Jahr 1980 angelangt. Es war dies bekanntlich das erste volle Jahr in der jetzt laufenden XV. Gesetzgebungsperiode.

In diesem zu Ende gehenden Jahr hat der Nationalrat 40 Plenarsitzungen abgehalten, davon eine während einer außerordentlichen Tagung. Zur Vorbereitung der Debatten und Abstimmungen im Plenum waren 96 Ausschusssitzungen und 106 Unterausschusssitzungen notwendig. Schon diese Zahlen beweisen, daß es keine billige Phrase ist, wenn wir immer wieder darauf verweisen, daß in einem modernen Parlament die Hauptarbeit zumindest auf gesetzgeberischem Gebiet nicht mehr im Plenum, sondern in den Ausschüssen und Unterausschüssen geleistet werden muß. Darüber hinaus hat der AKH-Untersuchungsausschuß in diesem Jahr 17 Sitzungen abgehalten.

Auch der Ertrag unserer Arbeiten findet einen beachtlichen zahlenmäßigen Niederschlag: 106 Gesetze wurden verabschiedet, 55 Staatsverträge genehmigt, einer Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern

Präsident

zugestimmt sowie 36 Berichte der Bundesregierung und je ein Bericht des Rechnungshofes als auch der Volksanwaltschaft zur Kenntnis genommen.

In den Fragestunden dieses Jahres wurden 189 mündliche Anfragen aufgerufen. Bis zum heutigen Tag wurden rund 630 schriftliche Anfragen eingebracht, von denen nicht weniger als 11 dringlich behandelt worden sind.

Soweit der Blick zurück. Doch am Ende eines Jahres, verehrte Damen und Herren, ist es üblich, auch nach vorne zu schauen und sich auf das wenigstens Vorhersehbare einzustellen. Wir wissen leider, daß überall in den Industriestaaten der voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung nicht nur größte Aufmerksamkeit, sondern auch Sorge entgegengebracht wird. Österreich ist zu klein, um von sich aus eine völlige Unabhängigkeit vom weltwirtschaftlichen Geschehen herbeiführen zu können. Andererseits aber haben wir schon einmal in den Krisenjahren 1974 und 1975 bewiesen, daß es einer wohlbedachten und das moderne Instrumentarium einsetzenden Wirtschaftspolitik möglich ist, unser Land und unser Volk wenigstens für eine absehbare Zeit vor den ärgsten Rückschlägen zu bewahren. Es bleibt nur zu hoffen, daß uns dies auch im kommenden Jahr gelingen möge.

Ob ein Blick in andere Bereiche unseres politischen Lebens erfreulichere Aussichten eröffnet, möchte ich heute nicht zu ausführlich erörtern. Lassen Sie mich als Präsident dieses Hohen Hauses nur das eine sagen: Im Zusammenhang mit gewissen Vorkommnissen wurde jüngst die Parole ausgegeben: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“ Dies ist sicher in verschiedenen Zusammenhängen eine beachtenswerte Wahrheit! Heute aber, da wir alle langsam beginnen, uns auf den Weihnachtsfrieden einzustimmen, möchte ich der zitierten Parole den Gedanken zumindest an die Seite stellen, daß ein menschenwürdiges Zusammenleben — auch und gerade in der Politik — ohne ein Mindestmaß an gegenseitigem Vertrauen nicht möglich ist!

Wenn wir einander stets in der Überzeugung gegenüberstehen, daß der andere sicher nur Böses im Schilde führt, wenn sich unsere gegenseitigen Dispute nur noch darauf beschränken, einander Fehler vorzuhalten und uns gegenseitig des Mißtrauens, ja sogar der Mißachtung zu versichern, dann, verehrte Damen und Herren, fürchte ich eine Entwicklung, an der die Erste Republik zugrunde gegangen ist.

Wenn nicht endlich wieder Vertrauen, Sachlichkeit und gegenseitiger Respekt in unsere politischen Beziehungen und auch Auseinandersetzungen Eingang finden, glaube ich, daß wir nicht nur in wirtschaftspolitischer Hinsicht mit Sorge auf zukünftige Entwicklungen blicken müssen.

Gestatten Sie mir, daß ich auch heuer wieder als erstes in Ihrer aller Namen den Bediensteten des Hauses Dank sage für die Unterstützung, die sie uns während des ganzen Jahres und insbesondere in der wiederum so großen Hektik des Jahresausklanges zuteil werden ließen. *(Allgemeiner Beifall.)* Ich danke weiters allen Beamten des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien, die uns insbesondere in den Ausschlußberatungen hilfreich zur Seite gestanden sind, und ebenso den Sachverständigen und Auskunftspersonen, die zur Vorberatung wichtiger Verhandlungsgegenstände herangezogen wurden. *(Allgemeiner Beifall.)*

Schließlich gilt unser Dank den Mitarbeitern sämtlicher Medien, die sich bemüht haben, das Augenmerk der Öffentlichkeit auf unsere Arbeit zu lenken. Es freut mich, am Ende dieses Jahres feststellen zu dürfen, daß wir in der Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments gerade heuer wieder einige Schritte vorwärts machen konnten.

Natürlich danke ich auch Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren, daß Sie das Ihre zur Bewältigung des vorhin in Zahlen dargestellten großen Arbeitspensums beigetragen haben.

Und schließlich ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, in Ihrer aller Namen unseren Mitbürgern im In- und Ausland und hiebei nicht zuletzt unseren Landsleuten, die im Dienste der Vereinten Nationen oder in Erfüllung humanitärer Aufgaben die kommenden Festtage nicht in der Heimat verbringen werden, die besten Wünsche zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel auszusprechen. *(Allgemeiner Beifall.)*

Nun, sehr verehrte Damen und Herren möchte ich noch sagen: Ein Wiedersehen in einem hoffentlich erfolgreichen und damit für unser Vaterland und die Bürger unseres Staates glücklichen Jahr 1981! *(Allgemeiner Beifall.)*

Die Sitzung ist geschlossen.

Unter dem Beifall des Hauses begeben sich die Klubobmänner Dr. Fischer, Dr. Mock und Peter zum Präsidenten und erwidern im Namen ihrer Klubs die Wünsche.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 55 Minuten